

**Die regionalen Medien in Russland, dargestellt
am Beispiel der Regionen Krasnodar,
Kaliningrad und Baschkortostan**

Dissertation

zur

Erlangung des akademischen Grades

doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Universität Rostock

vorgelegt von

André Ballin, geb. am 21.08.1977 in Rostock

aus Rostock

Rostock, den 24. September 2006

Inhalt

Vorwort.....	5
1. Einleitung.....	7
2. Kapitel	
Aufgabe der Medien in der modernen Informationsgesellschaft.....	12
2.1. Was ist Kommunikation?.....	12
2.2. Bedeutung der Medien im Kommunikationsprozess.....	13
2.3. Medien als Agitator in totalitären Regimen.....	15
2.4. Medien in der Demokratie.....	17
2.5. Medien in Zeiten der Transformation.....	22
2.6. Wieso können Medien die Regierung kontrollieren?.....	24
2.7. Was ist öffentliche Meinung?.....	26
2.8. Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung.....	27
3. Kapitel	
Rechtliche Rahmenbedingungen der Medien in Russland und seinen Regionen.....	31
3.1. Die Verfassung.....	31
3.2. Das Gesetz über die Massenmedien.....	33
3.3. Die gesetzliche Regelung für Berichterstattung in der Zeit des Wahlkampfes.....	34
3.4. Weitere Gesetze und Verordnungen.....	38
3.5. Die Rechtswirklichkeit in Russland und seinen Regionen.....	42
4. Kapitel	
Die Lage der nationalen Medien.....	46
4.1. Die Phase der Transformation.....	46

4.2. Die Medien unter Präsident Jelzin.....	48
4.3. Die Medien unter Präsident Putin.....	52
4.3.1. Fernsehen.....	53
4.3.2. Presse.....	56
4.3.3. Radio.....	57
4.3.4. Internet.....	58
4.4. Die Bedeutung der Regionalmedien in Russland.....	60

5. Kapitel

Die Lage der Medien in Krasnodar.....	64
5.1. Kurzporträt der Region Krasnodar.....	64
5.2. Geschichte.....	67
5.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik.....	70
5.3.1. Die Neuordnung der politischen Landschaft.....	70
5.3.2. Unterordnung der Medien.....	74
5.3.3. Berichterstattung der Medien.....	83
5.3.4. Rechtssituation für Journalisten in Krasnodar.....	88
5.4. Das Verhältnis zwischen Medien und Business.....	93
5.4.1. Medien als Instrument des Geschäfts.....	93
5.4.2. Medien als Business.....	96
5.5. Soziale Situation der Journalisten.....	102
5.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Krasnodar.....	109

6. Kapitel

Die Lage der Medien in Kaliningrad.....	111
6.1. Kurzporträt der Region Kaliningrad.....	111
6.2. Geschichte.....	113
6.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik.....	119
6.3.1. Die Medien unter Jegorow.....	119
6.3.2. Das Verhältnis zwischen Medien und Flotte.....	123
6.3.3. Sezessionisten und russlandtreue Medien im Clinch.....	124
6.3.4. Die Medien unter Gouverneur Boos.....	127

6.3.5. Die Wahlen zum Regionalparlament 2006.....	131
6.3.6. Wichtige politische Themen in der Berichterstattung Kaliningrader Medien.....	133
6.4. Das Verhältnis zwischen Medien und Business.....	135
6.4.1. Die wirtschaftliche Lage der Region Kaliningrad.....	135
6.4.2. Medien als Business.....	139
6.4.3. Der Sonderfall „Königsberger Express“.....	141
6.4.4. Medien als Instrument des Business.....	144
6.5. Die soziale Situation der Journalisten.....	147
6.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Kaliningrad.....	153
7. Kapitel	
Die Lage der Medien in Baschkortostan.....	155
7.1. Kurzporträt der Republik Baschkortostan.....	155
7.2. Geschichte.....	156
7.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik.....	159
7.3.1. Das System Rachimow.....	159
7.3.2. Die Medien unter Rachimow.....	162
7.3.3. Die Gängelung unabhängiger Medien.....	167
7.3.4. Präsidentschaftswahlen und Medien.....	170
7.3.5. Die Rechtssituation in Baschkortostan.....	178
7.3.6. Die Polizei-Pogrome von Blagoweschtschensk.....	181
7.3.7. Die Opposition.....	188
7.4. Das Verhältnis zwischen Medien und Business.....	190
7.4.1. Die wirtschaftliche Lage Baschkortostans.....	190
7.4.2. Medien als Business.....	192
7.4.3. Medien als Instrument im Geschäft.....	196
7.5. Soziale Situation der Journalisten.....	199
7.5.1. Soziales Umfeld, Milieu.....	199
7.5.2. Journalistische Ausbildung, Selbstbild und Anspruch.....	201
7.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Baschkortostan.....	205
8. Zusammenfassung und Schlusswort.....	207

9. Anhang.....	212
9.1. Liste der Interviewpartner.....	212
9.2. Literaturverzeichnis.....	214
9.3. Selbständigkeitserklärung.....	226
9.4. Tabellarischer Lebenslauf.....	227

Vorwort

Die Anregung zu einer Arbeit über russische Regionalmedien verdanke ich Herrn Prof. Dr. Jakob Rösel, der freundlicherweise auch die Betreuung der Dissertation auf sich genommen hat. Die Arbeit hat unter dem Titel „Die regionalen Medien in Russland, dargestellt am Beispiel der Regionen Krasnodar, Kaliningrad und Baschkortostan“ Gestalt angenommen.

Es ist der Versuch, anhand konkreter Beispiele die in Westeuropa und Nordamerika weit verbreitete Kritik am Demokratiedefizit in Russland auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen – schließlich ist die Pressefreiheit ein wichtiges Attribut einer modernen Demokratie. Gleichzeitig ist es die Suche nach der Findung allgemeiner Aussagen über die russischen Provinzmedien und der Beweisführung anhand konkreter Beispiele. Die drei Subjekte Krasnodar, Kaliningrad und Baschkortostan dienen als Spiegel für die Situation im gesamten Land. Um der Aufgabenstellung gerecht zu werden, habe ich drei geographisch weit voneinander entfernte und auch kulturell sowie verfassungsmäßig unterschiedliche Regionen ausgewählt. Dadurch soll das Risiko minimiert werden, eine zu einseitige Darstellung der gesamten Provinzmedien zu geben. Andererseits wäre eine Erhöhung der Regionenanzahl zu Lasten der empirischen Untersuchbarkeit gegangen, weil es einfach aus physischen Gründen unmöglich erscheint, alle Regionen zu bereisen und sich vor Ort ein genaues Bild zu verschaffen.

Als ich das Konzept für die Dissertation erstellte, wollte ich vor allem den Einfluss der regionalen Elite auf die Medien betrachten und das Kräfteverhältnis zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Ziel der Dissertation ist auch jetzt, zu hinterfragen, ob der Monolith Russland, wie er vielfach dargestellt wird, tatsächlich existiert.

Allerdings gab es inzwischen deutliche Veränderungen im Verhältnis zwischen Moskau und seinen Provinzen. Nach dem grausigen Blutbad von Beslan zog Russlands Präsident Putin scharfe Konsequenzen und beschnitt die Freiheit der Regionalfürsten. Sie werden zukünftig nicht mehr vom Volk gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt, was diesem letztendlich eine effizientere Kontrolle über die Tätigkeit der Gouverneure gibt. Für meine Dissertation fiel allerdings damit die aktuelle Betrachtung der Medien im Gouverneurs-Wahlkampf weg. Sie werden lediglich in der historischen Begutachtung eine Rolle spielen. Da es jedoch auch weiterhin genügend Wahlen gibt auf lokaler, regionaler und föderaler Ebene, bleibt

die Rolle der Medien im Wahlkampf auch in Zukunft ein interessantes und spannendes Untersuchungsfeld.

Mit der Fokussierung auf einzelne Regionen ist diese Dissertation wesentlich empirischer angelegt als bspw. meine Masterarbeit, die sich allgemein mit dem Mediensystem unter Präsident Putin beschäftigte. Zum empirischen Gehalt der Arbeit haben in erster Linie meine zahlreichen Interviewpartner aus den Regionen und in Moskau beigetragen, die sich die Zeit genommen haben, meine mitunter naiv erscheinenden Fragen geduldig zu beantworten und mir so ein Bild von der Realität vor Ort zu vermitteln. Ich hoffe, dass ich es vermochte, diese Eindrücke in meiner Dissertation an den geeigneten Leser weiter zu geben.

Neben meinen Interviewpartnern gilt mein Dank meinen Kollegen aus der Redaktion sowie zahlreichen Freunden aus Deutschland und Russland, die mir Anregungen gaben, Mut machten und, wenn es notwendig war, mich kritisierten. Ohne ihre Hilfe wäre die Arbeit in dieser Form wohl nicht zustande gekommen. Außerdem gilt mein Dank der Landesgraduiertenförderung, die mein Vorhaben mit einem Stipendium unterstützte.

Zur technischen Seite: Bei der Schreibung russischer Autorennamen und Buchtitel habe ich die bei der deutschen Presseagentur (dpa) gültige Umschrift gewählt. Eine Ausnahme bilden international bekannte Konzerne wie Yukos und Gazprom. Die Arbeit wurde 2006 abgeschlossen.

Moskau, im September 2006

André Ballin

1. Einleitung

*„In unserer Welt braucht man für einen
Staatsstreich keine Panzerkolonnen; es genügt,
Radio- und Fernsehstationen zu besetzen.“
(Umberto Eco)*

Am 11. Dezember 2004 wurde Michail Afanassjew aus der sibirischen Republik Chakassien mit dem Sacharow-Preis¹ für „Journalistik als Handlung“ ausgezeichnet. Afanassjew hatte über Korruption und Amtsmissbrauch in seiner Region berichtet und war erst am Tag der Preisverleihung aus der Untersuchungshaft entlassen worden, in die er wegen seines Artikels über wildernde Beamte gekommen war. Die Staatsanwaltschaft ließ den Vorwurf der Verleumdung erst fallen, nachdem sich die Moskauer Stiftung zum Schutze von Glasnost für den Journalisten eingesetzt hatte. Insgesamt läuft bereits das fünfte Verfahren gegen Afanassjew, der in keiner Zeitung Chakassiens und erst recht nicht in TV- oder Radioprogrammen seine Beiträge veröffentlichen kann. Einzig auf der Internetseite nazbes.ru (Abkürzung für Nationale Sicherheit) fand Afanassjew eine Plattform.

Dieses Beispiel verdeutlicht sehr anschaulich, mit welchen Schwierigkeiten regionale Journalisten in Russland zu kämpfen haben, wenn sie die Tätigkeit der Obrigkeit kritisch beleuchten.

Dabei gelten die Medien eigentlich als machtvolle Institution. Erst wenn Medien über Ereignisse berichten, haben sie für uns auch stattgefunden. Die letzte Fahrt von Prinzessin Diana, das 1:0 des Brasilianers Ronaldo im WM-Finale 2002 gegen Deutschland, der Terroranschlag auf das World Trade Center: es waren Bilder, die um die Welt gingen. Moderne Medien vermitteln uns Eindrücke von den entlegensten Punkten der Erde. Die Macht der Bilder hat ein enormes Ausmaß in unserer heutigen, der so genannten „Informationsgesellschaft“² angenommen.

Ihren Einfluss haben sich die Medien nicht über Nacht, sondern im Laufe einer langen Entwicklung erarbeitet. Edmund Burke hatte den Effekt der Medien schon vor über 200 Jahren erkannt. Der „vierten Gewalt“³ sprach er einen wichtigen Platz im

¹ Andrej Sacharow (1921 – 1989): russischer Kernphysiker und Friedensnobelpreisträger.

² Zur Definition des Begriffs vgl. Jäckel, Michael, 1994: S. 11-12.

³ Burke said there were “Three Estates in Parliament; but in the Reporters’ Gallery yonder there sat a Fourth Estate more important far than they all.” Edmund Burke, zitiert nach Thomas Carlyle in: www.natreformassn.org/statesman/01/4thestate.html#note1 (Stand: 15.8.2002).

Gefüge der politischen Macht zu. Inzwischen hat mit der Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten ihre Bedeutung nochmals deutlich zugenommen. Doch Medien sind eben nicht nur ein Machtspieler, sie sind auch ein Spielball der Macht. Medien sind beeinflussbar und abhängig. Der Grad der Abhängigkeit und Beeinflussbarkeit jedoch unterscheidet sich von Gesellschaftsform zu Gesellschaftsform. In der Demokratie gilt Pressefreiheit als hohes Gut. In Russland, das sich auf den Weg vom Totalitarismus zur Demokratie begeben hat, ist deshalb die Lage der Medien ein sicheres Indiz dafür, wie weit die Entwicklung in dem Land schon gegangen ist.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass es in Russland eine jahrhundertealte Tradition der Zensur gibt. Seit der ersten, 1703 gegründeten Zeitung „Wedomosti“ stand das Pressewesen unter der direkten Kontrolle des Zaren. Das System der königlichen Zensur blieb über 200 Jahre bestehen bis zur Februarrevolution von 1917.

Welche Konsequenzen kritische Publikationen zur Zeit der Zarenherrschaft haben konnten, musste der berühmte russische Poet Michail Lermontow am eigenen Leib erfahren. Er wurde mit dem Gedicht „Tod eines Poeten“⁴ schlagartig bekannt in Russland. Gleichzeitig brachten ihm diese Verse die Verbannung in den Kaukasus ein, weil er in dem Gedicht indirekt den Zaren Nikolai I. (Regierungszeit 1825 – 1855) für den Tod des bekanntesten russischen Dichters Alexander Puschkin verantwortlich machte.

Verbannung und Gulag dienten auch in der Sowjetunion zur Vernichtung bzw. Isolierung politischer Feinde. Und Journalisten, die nicht stromlinienförmig berichteten, konnten schnell dazu gehören. Deshalb arbeiteten viele von ihnen mit einer „inneren Schere“, die schon vor der Veröffentlichung alles Kritische aus dem Artikel schnitt. Im Zuge der Liberalisierung und Demokratisierung mussten sie gemeinsam mit ihrem Publikum einen Lernprozess durchmachen.

Um real einschätzen zu können, wie weit die Demokratisierung der Medien fortgeschritten ist, müssen sowohl die national operierenden als auch regionale und lokale Publikationsorgane analysiert werden, denn Russland ist schon aufgrund seiner territorialen Weite und ethnischen Vielfalt durchaus nicht der monolithische Block, als der er dargestellt wird. Wenn sich die Politikwissenschaft bisher mit dem

⁴ Lermontow, Michail: „Pogib Poet“. In Stichotworenija, Poemy, Maskerad, Geroi naschego wremeni, Moskau, 1981.

Thema Pressefreiheit im neuen Russland auseinandergesetzt hat, dann wurde jedoch meist die große (und damit grobe) Draufsicht gewählt. Die Situation der regionalen Massenmedien wird dabei oft nicht berücksichtigt. Dabei ergibt sich durchaus kein einheitliches Bild in den Provinzen. Die Dissertation hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Forschungslücke zu füllen. Betrachtet werden soll daher nicht nur die Lage der föderalen Medien – diese dient lediglich als Vergleichsinstrument –, sondern insbesondere die Situation der Medien in drei russischen Regionen: Kaliningrad, Krasnodar und Baschkortostan. Diese drei russischen Provinzen spiegeln ungefähr die Vielfalt des Landes und seine regional unterschiedlich gelagerten Problemlagen wider. Die Republik Baschkortostan im Herzen Russlands mit einer überwiegend muslimischen Bevölkerung, Krasnodar im Süden des Landes gelegen mit mehr als 100 Nationalitäten ein Schmelztiegel der Kulturen und Kaliningrad, die Exklave Russlands in einer sich erweiternden EU. Wie sieht es im Bereich Pressefreiheit aus? Gibt es gravierende Unterschiede gegenüber den nationalen Medien, was Themenwahl, Art der Berichterstattung und kulturellen Hintergrund angeht?

Für einen deutschen Rezipienten ist es mitunter nicht nachvollziehbar, warum es in den Medienlandschaften verschiedener Provinzen eines Landes so große Unterschiede geben kann. Zeitungen in Mecklenburg-Vorpommern unterscheiden sich nicht grundsätzlich von der bayerischen Presse. In Russland ist das anders. Sabine Alexandra Gladkov schreibt dazu: „Geht man im Regelfall von der weitgehend homogenen Beschaffenheit eines nationalen Informationsraums aus, so müssen bei der Untersuchung der russischen Verhältnisse die gewaltigen strukturellen Defizite in den dortigen Regionen, das gravierende ökonomische Gefälle zwischen den stärker urbanisierten, westrussischen und den ländlicheren Gebieten östlich des Urals sowie der fortschreitende Zerfall des einheitlichen Informationsraums in der Russländischen Föderation zu einer maßgeblichen Determinante des Forschungsdesigns werden.“⁵

Nun ist die Verallgemeinerung Gladkovs, dass westlich des Urals die Regionen wirtschaftlich besser gestellt sind als im asiatischen Teil Russlands bestreitbar (die an Öl reiche Region Chanty-Mansisk in Sibirien erwirtschaftet beispielsweise ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen als das westrussische Orjol), doch die Herausstreichung der Unterschiedlichkeit russischer Regionen ist richtig. Einer der

⁵ Gladkov, Sabine Alexandra, 2002: S.14.

Gründe für die Diversifiziertheit liegt im gegenüber Deutschland anders gearteten Föderationsprinzip.

In den 90er Jahren hat sich ein ganz asymmetrischer Regionalismus in der Russländischen Föderation herausgebildet, der auch massiven Einfluss auf die Presselandschaft ausübt. Die Verantwortung dafür trägt der ehemalige russische Präsident Boris Jelzin, der 1990 im Machtkampf gegen Michail Gorbatschow die Regionen geradezu aufgefordert hatte, sich soviel Souveränität wie möglich anzueignen.⁶ Die Regionen machten von diesem Angebot ganz unterschiedlichen Gebrauch. Die einen erreichten den Status einer Republik (z.B. Tschetschenien, Baschkortostan und Tatarstan), andere verharrten im Gebiets- (Kaliningrad) oder Kreisstatus (Krasnodar). Einige dieser Verwaltungseinheiten hält Moskau an der kurzen Leine, andere erreichten einen hohen Grad an Autonomie. Je geringer der Einfluss des Zentrums, desto mehr Bedeutung gewann die regionale Elite auch beim Aufbau des Mediensystems.

Unterschiedlich ist auch die Reichweite der zentralen Medien in den Provinzen, die dort gegen Regionalmedien in einem harten Wettbewerb bestehen müssen. Wie diese wiederum aufgebaut sind, welche Funktion sie erfüllen und welche Abhängigkeiten sich im Laufe der Jahre bildeten, soll in dieser Dissertation geklärt werden. Dabei wird die Arbeit vier zentralen Fragestellungen nachgehen:

Erstens soll nach einem kurzen Resumee über die Aufgabe der Medien in modernen Gesellschaften die rechtliche Situation der russischen Medien im allgemeinen und seiner regionalen Vertreter im besonderen betrachtet werden. Neben den trockenen Gesetzestexten ist die Rechtsprechung vor Ort zu untersuchen. Gibt es überdurchschnittlich häufig Verleumdungsklagen gegen Journalisten? Zu welchen Gunsten entscheiden die Gerichte im Allgemeinen? Wie behandeln Gerichte extremistische Publikationsorgane?

Daneben ist als zweiter großer Fragekomplex das Verhältnis zwischen Medien und Politik zu analysieren. Besonders interessant scheint die Bedeutung von Presse und Rundfunk vor Wahlen. Deshalb soll untersucht werden, ob die Medien dabei als neutrale Vermittler von Informationen oder als Meinungsmacher auftreten. Wie ist die Berichterstattung über die Arbeit der Regionalbehörden? Wird die Position der Opposition beleuchtet und wenn ja in welchen Farben? Das beinhaltet natürlich auch Fragen zu Struktur und Aufbau der regionalen Massenmedien. Hier nähert sich die

⁶ „Take sovereignty, as much as you can swallow.“ Boris Jelzin, zitiert nach Tishkov, Valery 1997: S.220.

Dissertation dann dem dritten Fragenkomplex, dem Wechselspiel zwischen Medien und Business. „Wer zahlt, bestimmt die Musik“, heißt es so schön. Wie sieht es aus bei den Eigentumsverhältnissen in den drei zu untersuchenden Regionen? Gibt es regionale Media-Magnaten oder gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Eigner und Gründer im Mediensektor? Diese Frage ist deshalb interessant, weil auf nationaler Ebene in den 90er Jahren zwei Oligarchen ganz maßgeblich den Mediensektor Russlands prägten. Das war auf der einen Seite Boris Beresowski, auf der anderen Michail Gussinski. Sie bestimmten landesweit, was der russische Zuschauer zu sehen bekam. Dabei definierten häufig geschäftliche Interessen auch den Inhalt gesellschaftlich-politischer Sendungen. Beide Medienzaren verloren nach dem Amtsantritt Putins in einem Machtkampf mit dem Kreml ihre Imperien, doch auf regionaler Ebene hat Putin diese Strukturen bislang trotz aller Zentralisierungsmaßnahmen noch nicht angerührt. Es ist zu prüfen, ob dies gut oder schlecht ist für die Pressefreiheit.

Und schließlich soll zuletzt auch der Fokus auf die Journalisten selbst gelegt werden, auf deren Ausbildung, ihre Lebenssituation, ihr soziales Umfeld und ihren Status in der Gesellschaft. Dies soll anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden.

2. Aufgabe der Medien in der modernen Informationsgesellschaft

2.1. Was ist Kommunikation?

Kommunikation besteht aus der Produktion und Rezeption sprachlicher Zeichen.⁷ Sie dient der Weitergabe von Erfahrungen und Wissen. Einfach ausgedrückt: Sie ist der Garant dafür, dass nicht jede Generation das Fahrrad neu erfinden muss. Dies ist eine ganz wichtige Funktion. Eine weitere, eng damit verknüpfte Aufgabe besteht darin, dass sie das tägliche Zusammenleben regelt. „Kommunikation ist der Kitt, der Organisationen zusammenhält. Kommunikation allein befähigt eine Gruppe, zusammen zu denken, zusammen zu sehen und zusammen zu handeln“⁸, sagte einmal der Kommunikationsforscher Norbert Wiener. Tatsächlich ist Kommunikation ein Grundpfeiler jeder Gesellschaft.

Dies beginnt schon in der Familie: Wer für die Einkäufe verantwortlich ist und wer den Müll heraus trägt, ist Ergebnis eines (mitunter schwierigen) Verhandlungsprozesses, der allein auf Kommunikation basiert. Am Arbeitsplatz muss der Vorgesetzte seinem Angestellten in schriftlicher oder mündlicher Form seine Aufgaben erteilen.

Am wohl beeindruckendsten dokumentiert die Bedeutung der Kommunikation, dass der gesamte Lernprozess eines Menschen von Kindesbeinen auf ihr beruht. Das Sprechenlernen, der Schulalltag, die Erlangung der Fahrerlaubnis, schließlich das Universitätsstudium oder die Berufsqualifikation und –weiterbildung: All das basiert auf Kommunikation. Niklas Luhmann meint, die Kommunikation schaffe erst die Selbstbewusstwerdung des Menschen.⁹ Das heißt, dass Kommunikation zwar nicht angeboren ist, aber früher als das Denken beginnt, also den Denkprozess einleitet. Kommunikation lehrt auch Toleranz, behauptet der russische Soziologe Kolodisch.¹⁰ Dies mag zugegebenermaßen bei dem einen oder anderen Mitglied unserer Gesellschaft nicht besonders geglückt sein. Nichtsdestoweniger ist Kommunikation ein Ausdruck unseres Interesses an der Umwelt, sie ermöglicht die Aufnahme von Informationen und unterschiedlichen Meinungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Somit ist Kommunikation auch der erste Schritt zur

⁷ Zum Begriff des sprachlichen Zeichens vgl. de Saussure, Ferdinand, Berlin, 1967: S. 76-92.

⁸ Zitiert nach Deutsch, Karl W, 1970: S. 127.

⁹ Luhmann, Niklas, 1992: S. 18/19.

¹⁰ Kolodisch, Boris, 2004: S. 4.

Entscheidungsfindung.¹¹

Wenn also Kommunikation und die daraus resultierende Informationsaufnahme Grundlage unseres Handelns sind, so ist die Art der Informationen, die wir erhalten auch von grundlegender Bedeutung. Die Steuerung des Informationsflusses hat auch eine Lenkung unseres Agierens zur Folge. Was bei der Erziehung eines Kindes Anwendung findet, versucht auch die Politik, sich nutzbar zu machen. Um eine möglichst große Anzahl von Rezipienten zu erreichen, bedient sie sich bei der Informationsverbreitung der Medien.

2.2. Bedeutung der Medien im Kommunikationsprozess

Medien sind ein Massenkommunikator. Sie sind der bequemste und effektivste Weg, Informationen zu verbreiten. Einer Definition von Heribert Schatz folgend sind sie technische Verarbeitungsmittel „für Massenkommunikation (MK), jener Sonderform zwischenmenschlicher Kommunikation, bei der nach der klassischen Definition der Kommunikationswissenschaft ein "Kommunikator" seine Aussagen öffentlich (d.h. prinzipiell jedermann zugänglich), indirekt und einseitig (d.h. ohne die Möglichkeit der Beobachtung der Adressaten) an ein anonymes, heterogenes und raum-zeitlich verstreutes "Publikum" richtet.“¹²

Die Wirkung der Massenmedien als Kommunikator zu überschätzen, ist kaum möglich. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“¹³ Dies ist nicht nur in den entwickelten Industrienationen des Westens, sondern auch in Russland so. Der russische Soziologe Josif Dsjaloschinski behauptet: „Bis zu 90 Prozent aller Informationen, die ein Bewohner Russlands nutzt, hat er aus den Massenmedien.“¹⁴

Freilich gibt es durchaus Unterschiede bei der Nutzung der Medien. Wer in einem medienfeindlichen Umfeld aufwächst, ist in der Regel auch als Erwachsener kommunikationsfaul. „Seine Mediennutzung ist eher unterdurchschnittlich, und auch von sonstigen kommunikativen Aktivitäten (z.B. Besuche machen oder bekommen) hält er nicht viel. Wenn er sich Medien zuwendet, dann überdurchschnittlich häufig Boulevardzeitungen und unterhaltenden Wochenzeitungen sowie unterhaltenden

¹¹ Herstein, John, 1985, S. 27.

¹² Schatz, Heribert, 1997: S. 347.

¹³ Luhmann, Niklas, 1996: S. 9.

¹⁴ Josif Dsjaloschinski zitiert nach Kolodisch, Boris, 2004: S. 4.

Programmen in Radio und Fernsehen. Was das Buch betrifft, so ist er eher als Nichtleser zu bezeichnen.“¹⁵

Neben der Erziehung hat auch die Persönlichkeit Einfluss auf die Auswahl und Häufigkeit der Mediennutzung. So bevorzugen einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zu Folge so genannte „Genießer“ und „Eskapisten“ bei der Mediennutzung leichte Kost, während auf der anderen Seite leistungsorientierte und sozial-kommunikative Menschen überdurchschnittlich häufig Medien nutzen.¹⁶ Dies ist insofern wichtig, als dass auch die Medien sich an ein bestimmtes Zielpublikum richten. Wer also politische Inhalte an seine Zielgruppe bringen will, muss sich dazu der entsprechenden Medien bedienen. Die breite Masse des Publikums wird eher durch Fernsehen und Boulevardzeitungen des Typs „Bild“ erreicht, während das Internet eher auf ein elitäres Publikum abzielt.

Bei der Informierung durch Medien taucht ein grundsätzliches Problem auf. Information als bloße Wiedergabe eines Geschehens existiert in der Realität nicht. John Street weist zu Recht darauf hin: „News reporters tell stories too.“¹⁷ Journalisten müssen nicht nur Ereignisse finden, sie müssen sie auch wiedergeben, d.h. erzählen, müssen dem Publikum verständlich machen, warum das Ereignis wichtig ist. Damit werden Nachrichten mehr als ein bloßes Spiegelbild der Realität, sie verwandeln das Geschehen in eine Geschichte mit einem Plot und Akteuren.

Als Idealfall gilt der objektiv berichtende Reporter. Doch selbst wenn er sich redlich um Objektivität bemüht, ist dies stets nur ein Versuch. Schon bei der Auswahl der Informationen kommen subjektive Entscheidungen des Journalisten zum Tragen. Er muss festlegen, welche Fakten wichtig oder unwichtig sind. Dann muss er die Fakten zu einer Geschichte verknüpfen. Damit muss er gleich zwei Operationen durchführen, die dem Neutralitätsideal widersprechen: Er muss zuerst selektieren und dann interpretieren. Hier spielt stets ein subjektiver Faktor mit.

Schon Pontius Pilatus stellte daher die Frage: „Was ist Wahrheit“¹⁸; eine Frage, die mitunter sehr schwer zu beantworten ist.

Der radikalen Auffassung, dass Informationen überhaupt nicht nach wahr oder falsch eingeteilt werden kann, sondern nur in divergierende ideologische Konstrukte der Realität¹⁹, muss allerdings widersprochen werden. Es gibt nämlich einen deutlichen

¹⁵ Saxer, Ulrich u.a.: 1989: S. 12.

¹⁶ Vgl. ebd.: S. 12 – 14.

¹⁷ Street, John, 2001: S. 36.

¹⁸ Johannes-Evangelium 18:38

¹⁹ Vgl. Kellner, Douglas, 1995.

Unterschied zwischen der mehr oder weniger verzerrten Wahrnehmung eines Ereignisses durch einen Journalisten und der bewussten Verdrehung von Tatsachen²⁰. Gerade in Russland hat die Medienlandschaft in den letzten Jahren traurige Erfahrungen mit so genannten Auftragswerken gemacht, in denen „Journalisten“ gegen Bezahlung Reklame oder schwarze PR für bzw. gegen etwas oder jemanden machten.

Da das Publikum der Massenmedien, wie der Definition (s.o.) zu entnehmen ist, zeitlich und räumlich verstreut ist, gibt es für die Medien keinen eigentlichen Interaktionspartner – Leserbriefe und Höreranrufe einmal ausgenommen. Daher ist das System gezwungen, selbst zu entscheiden, worüber es berichtet. Hier liegt die Gefahr einer berufsbedingten Deformation des Informationsflusses, d.h. dass die Medien bestimmte Themen (z.B. die Lage der Medien) stärker akzentuieren als andere. Weitere Gefahren, die einer objektiven und unvoreingenommenen Berichterstattung drohen, hängen in großem Maße vom jeweiligen Regierungssystem ab.

2.3. Medien als Agitator in totalitären Regimen

Massenmedien sind Bestandteil jeder modernen Gesellschaft. Demokratische, autoritäre und auch totalitäre Regime bedienen sich ihrer. Erst die Erfindung moderner Mittel der Massenkommunikation ermöglichte den Aufstieg totalitärer, allumfassender Staatssysteme²¹, behauptet Jens Deppe sogar.

Natürlich unterscheiden sich die Funktionen und „Machtbefugnisse“ der Medien von Regierungssystem zu Regierungssystem. In totalitären Staaten, wie z.B. der ehemaligen Sowjetunion, sind Medien kein selbständiger Akteur, sondern arbeiteten ausschließlich im Interesse der Staatsführung. Um dies zu gewährleisten, steht das Pressewesen unter strenger Kontrolle des Staates. Zensur ist ein prägendes Merkmal totalitärer Medienlandschaften.

Die Medien fungieren als Propagandainstrument. Bei einer völligen Gleichschaltung

²⁰ Dem stimmt übrigens auch Karl Popper zu, wenn er Relativismus und Skeptizismus kritisiert. „Es wäre jedoch ein Fehler zu glauben,[...] bevor wir einen zuverlässigen Lügendetektor hätten, wüßten wir nicht, was wir meinen, wenn wir sagen, daß X bewußt lügt und sollten diese ‚Möglichkeit‘ nicht einmal in Erwägung ziehen, da sie überhaupt keine Möglichkeit wäre, sondern sinnlos; oder, bevor wir kein Wahrheitskriterium hätten, wüßten wir nicht, was wir meinten, wenn wir von einem Satz sagen, er sei wahr“, Popper, 1992: S. 463-464. Zum Begriff der Wahrheit Vgl, Popper, 1992, S.460 – 493.

²¹ Deppe, Jens, 2000, Kapitel 1.1

von Presse und Rundfunk könne die Bevölkerung ganz im Sinne der Obrigkeit gelenkt und erzogen werden, glaubte man lange. Dies hat sich zwar inzwischen als Irrtum herausgestellt. Dennoch erzielten die Medien bei der Beeinflussung der Bevölkerung in totalitären Regimen hohe Effekte.

So waren sowohl das deutsche Nazi-Regime als auch die stalinistische Sowjetunion mit gut geöhlten Propagandamaschinen ausgestattet, die es der politischen Führung erlaubte, den Willen großer Teile der Bevölkerung zu kontrollieren und zu lenken.

Medien in totalitären Regimen zeichnen sich durch hohe Einheitlichkeit aus. In der sowjetischen Presse ähnelten sich sogar die Formulierungen, die eher formelhaften vorgefertigten Schemata glichen. Dies führte zu zwei Effekten: Einerseits lenkten sie das Denken vieler Menschen tatsächlich in die vorgeschriebenen Schranken und Bahnen, andererseits verursachten sie Langeweile beim Auditorium.

Da auch das Fernsehen in der Sowjetunion nicht live senden konnte, um das Risiko des Zensurbruchs zu vermeiden, erhöhte sich dieser Effekt. Die Nachrichten kamen offensichtlich aus der "Konservendose". Außerdem sorgten die stets positiven Nachrichten für Skepsis bei der Bevölkerung, da das in den Medien gezeichnete Bild nicht mit der Realität vereinbar war. Ellen Mickiewicz fand bei einer Publikumsanalyse Anfang der 90er Jahre in Russland folgendes Bild vor:

"From these sessions four basic dimensions from the Soviet-era heuristic emerged: suspicion of overly positive messages, attention to the structure of news programs, the search for sources and who benefits from the news story, and detection of internal inconsistencies on the news."²²

Bei der Bewertung der Studienergebnisse muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Fall des Systems bei den Zuschauern natürlich Spuren hinterlassen musste. Natürlich gab es auch schon zu Sowjetzeiten Misstrauen gegenüber dem Wahrheitsgehalt der Nachrichten, aber erst das Ende des Regimes offenbarte, wie wenig die offiziellen Berichte mit der Realität übereinstimmten. Dementsprechend hoch war natürlich die Skepsis gegenüber den Medien – vor allem bei Erfolgsmeldungen – direkt nach dem Zerfall der UdSSR. Solange ein totalitäres System reibungslos funktioniert, werden auch die offiziellen Berichte vom Publikum mit größerem Vertrauen aufgenommen.

²² Mickiewicz, Ellen, 1999: S. 289.

2.4. Medien in der Demokratie

Wenn die von Burke aufgestellte Behauptung, dass Medien die vierte Gewalt in einer Demokratie seien, stimmt, dann müssen ihr auch bestimmte Funktionen im System der Gewaltenteilung zufallen.

Die Aufgaben der ersten drei Gewalten sind relativ klar umrissen. Die legislative Gewalt, die vom ein- oder zweikammerigen Parlament ausgeübt wird, ist für die Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmens zuständig, in dem die Bürger eines Staates leben. Das Parlament erlässt Gesetze und in der Gründungsphase einer Demokratie kommt ihm sogar die Aufgabe zu, eine Konstitution auszuarbeiten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 von der ersten gesetzgebenden Versammlung beschlossen. Gleiches geschah auch in den Vereinigten Staaten, freilich knapp 200 Jahre früher. Die Verfassung der USA stammt aus dem Jahr 1787.

Auch Russland hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion eine neue Verfassung gegeben. Diese wurde allerdings nicht vom Parlament, der Duma, verabschiedet, sondern trat nach einem Referendum am 12.12.1993 in Kraft. Hierauf wird noch bei der Behandlung der russischen Verfassung zurück zu kommen sein.

Die zweite Gewalt, die Exekutive ist für die Ausführung und Durchsetzung der Gesetze verantwortlich, macht also die Tagespolitik. In den einzelnen Ländern ist unterschiedlich geregelt, wo die exekutive Gewalt liegt. Während in Deutschland der Bundeskanzler und seine Regierung die Exekutive stellen, sind in den USA und Russland die Präsidenten direkt für die Ausführung der Gesetze zuständig.

Die dritte Gewalt schließlich ist die Judikative. Hier geht es um die Überwachung der Einhaltung der Gesetze. Das Oberste Gericht ist die höchste Appellationsinstanz, an die sich die Bürger wenden können, wenn sie meinen, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugeht.

Die drei Gewalten sind untereinander verschränkt und sollen so in einer Art "checks and balances" dafür sorgen, dass keine der drei Gewalten die Überhand über die anderen erhält.

Welche Rolle kommt in diesem System nun den Medien zu?

Da das Parlament und in manchen Demokratien auch der Präsident direkt vom Volk gewählt werden, ist es sehr wichtig, dass die Bevölkerung über die Tätigkeit dieser Institutionen objektiv unterrichtet wird.

Die reine Informierung der Bevölkerung ist dabei nur eine der Aufgaben, die den Medien in Demokratien zugeordnet wird. McNair führt insgesamt fünf verschiedene Funktionen der Medien auf. Sie müssen erstens die Bürger informieren, zweitens sollen sie zur Demokratie erziehen, drittens eine Plattform schaffen für öffentlichen politischen Diskurs, die vierte Aufgabe der Medien besteht in ihrer „watchdog-Funktion“, d.h. alle Handlungen der Regierung werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Und schließlich dienen sie als Sprachrohr bestimmter politischer Richtungen.²³

Die Wichtigkeit der ersten Aufgabe wurde bereits in den vorangegangenen Kapiteln angesprochen. Die Entscheidung eines Menschen basiert stets auf den ihm vorliegenden Informationen. Fehlen uns wichtige Informationen, so fühlen wir uns unsicher und haben Handlungsangst. Falsche Informationen hingegen verleiten zu falschen Entscheidungen.

Bei der zweiten Forderung McNairs scheiden sich jedoch bereits die Geister: Es gibt bei weitem keine Einigkeit darüber, ob es wirklich Aufgabe der Medien sei, die Bevölkerung zu erziehen. Gerade in Russland ist diese Forderung unter Journalisten sehr umstritten. Der ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung „Sotschi“, Georgi Iwanow, sieht die Aufgabe der Medien in der objektiven Berichterstattung, möglicherweise der Betonung bestimmter Problemfelder, jedoch keineswegs in der Erziehung des Publikums²⁴. Hier sei die Gefahr des Subjektivismus viel zu groß, warnt er. Dabei spielt natürlich auch die Erfahrung des Sowjetjournalismus ihre Rolle. Andere russische Autoren hingegen räumen den Medien bei der Demokratisierung einer Gesellschaft eine ganz wichtige Rolle ein.

Jewgeni Prochorow stellt die Frage, wie groß die Bereitschaft und die Fähigkeit der Medien ist, moderne Vorstellungen der Demokratie zu verbreiten und zu vertreten und sich mit den Gegnern der Demokratie auseinander zu setzen.²⁵

Tatsächlich ist das Aufkommen und Fortbestehen von Demokratien kein Selbstläufer. Die Bereitschaft der Bevölkerung für sie einzustehen, macht ihre Stärke aus. Formt man den von US-Präsident John F. Kennedy geprägten Satz: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, frage, was Du für Dein Land tun kannst!“²⁶, leicht um und setzt anstelle des Wortes „Land“ das Wort „Demokratie“ ein, so ist dies eine

²³ Vgl. McNair, Brian, 1995: S. 21-22.

²⁴ Interview mit Georgi Iwanow, 23.1.2005.

²⁵ Prochorow, Jewgeni, 2004: S. 12.

²⁶ Kennedy, John F in seiner Amtseinführungsrede, 20.01.1961.

durchaus triftige Forderung.

Gleichgültigkeit gegenüber der Politik, Unwissenheit über Rechte und Pflichten des Bürgers und damit einhergehende Verantwortungslosigkeit großer Teile der Bevölkerung sind für das Überleben demokratischer Gesellschaftsformen tödlich. Als eine der Hauptstützen der Demokratie gilt die Zivilgesellschaft (civil society). Sie ist ein stärkeres Fundament der Demokratie als alle staatlichen Institutionen, da sie den demokratischen Gedanken in den Köpfen der Menschen verankert. Bei ihrem Aufbau und Schutz kommt den Medien eine Schlüsselrolle zu. Die Aufgabe der Medien besteht in Demokratien also auch darin, das Interesse der Menschen an der Beteiligung an der Politik zu wecken.

Wenn Bürger nicht zur Wahl gehen, weil sie entweder nicht wissen, welche der Parteien oder Politiker ihre Interessen vertreten oder weil sie im Zuge der allgemeinen „Politverdrossenheit“ glauben, dass ihre Stimme sowieso kein Gewicht habe, dann ist das Unwissen keineswegs nur ein Verschulden der Betroffenen selbst. Auch die Medien trifft eine Teilschuld, da sie ihrer Informationspflicht ungenügend nachgekommen sind.

Die von Brian McNair als Funktion der Medien definierte Erziehung zur Demokratie beinhaltet nämlich die Aufklärung des Bürgers über seine Rechte und Pflichten und seine Möglichkeiten sich zu entscheiden. Hier wird auch deutlich, dass die Informations- und die Erziehungsfunktion nicht vollständig voneinander zu trennen sind.

Außerdem schließt die Erziehungsfunktion damit praktisch die von McNair ebenfalls geforderte Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen politischen Diskurs ein. Um Objektivität bemühte Publikationsorgane geben verschiedenen politischen Richtungen die Chance, sich darzustellen, sei es durch ein Interview mit Parteiführern oder durch die indirekte Darstellung der einzelnen Positionen im Artikel bzw. Beitrag.

Eine interessante Beobachtung machte in diesem Zusammenhang der amerikanische Kommunikationsforscher de Sola Pool schon vor etwa 40 Jahren. Rezipienten sind harmoniebedürftig, d.h. sie lesen oder hören in der Regel die Äußerungen, die mit ihrer eigenen Meinung übereinstimmt, während sie Aussagen, die konträr zur eigenen Entscheidung stehen, ignorieren.²⁷ Auf diese Erscheinung wird im Kapitel „Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung“ noch näher

²⁷ de Sola Pool, Ithiel München, 1968: S. 161.

eingegangen.

Und doch ist die umfassende Darstellung aller politischen und gesellschaftlichen Standpunkte wichtig und notwendig, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entscheiden. Hier muss freilich eine Einschränkung gemacht werden. Publikationen, die Personen oder Personengruppen verunglimpfen, Hass propagieren, sind keinesfalls Stützen der Demokratie. So ist auch die von Foster angeführte Kritik an der Pressefreiheit ist unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen: „Leading First Amendment scholars claim that free speech is a threat to democracy. Authors spanning the entire political spectrum decry the effects of uncontrolled individual expression on traditionell American political values and notions of democratic governance. They provide evidence that free speech has deepened gender, racial, and ethnic divisions, silenced women and people of color, and effectevly excluded such groups from political process. They demonstrate that a laissez faire approach to expression has led to capture of government by the wealthy and powerful. They present chilling conclusion that free speech has created an apathetic, self-centered, and cynical populace that has lost both the interest and the will to fulfill its democratic mission of citizen sovereignty.“²⁸

Rassistische, chauvinistische usw. Propagandamaterialien können daher nicht dem Schutz der Pressefreiheit unterliegen. Im Gegenteil, in einer „wehrhaften Demokratie“²⁹ sind sie verboten.

Doch auch bei der allumfassenden Darstellung verschiedener demokratischer Standpunkte droht eine Gefahr: Heutzutage werden die Rezipienten geradezu zugeschüttet mit Informationen. In dieser Fülle des „Informationsmülls“ droht der Einzelne unterzugehen. Daher verstehen viele Journalisten ihre Aufgabe darin, Lebens- und Orientierungshilfe zu geben. Medien versuchen den Wert der gelieferten Informationen zu erklären, dem Auditorium verständlich zu machen, warum ein Ereignis als gut oder schlecht zu bewerten ist und welche Wichtigkeit es hat. Damit verlegen sie sich immer mehr vom bloßen Berichten auf das Kommentieren von Ereignissen.

John Street sieht noch einen anderen Grund für diese Entwicklung: „News is being 'dumbed down', a charge that is supported by reference to the decline in column inches devoted to representative assemblies (Congress, Parliament) since the Second World War, and to the rise of political sketchwriter, for whom politics is a

²⁸ Foster, Frances, 2002: S. 95.

source of amusement.“³⁰

Politik als Form der Unterhaltung sei nicht zuletzt eine Auswirkung der Mediengewalt, behauptet Street. Dem stimmt auch Robert Entman zu, wenn er schreibt: „The real media biases favor simplicity over complexity, persons over institutional process, emotions over facts, and, most important, game over substance.“³¹

Ausgehend vom kommerziellen Zwang, Nachrichten verkaufen zu müssen, sind die Medien praktisch gezwungen, sie publikumsgerecht aufzubereiten, d.h. zu vereinfachen, zuzuspitzen und zu übertreiben. Entman spricht in seinem Buch „Democracy without citizens“ von „simplification, personalization and symbolization.“³² Diese drei Faktoren dienen dazu, möglichst viele Leser oder Zuschauer zu bekommen. Sie gehen dabei oft Hand in Hand. So werden z.B. Wahlkämpfe als die Auseinandersetzungen von Personen und nicht von wesentlich komplizierter darzustellenden und zu bewertenden Ideen dargestellt. Oft wird dabei auch noch mit vergleichender Symbolik gearbeitet, z.B. der Kampf David gegen Goliath.

Das Fernsehen ist darüber hinaus darauf angewiesen, dass sich das Sujet in Bilder fassen lässt. So ist die Personalisierung hier noch ausgeprägter.

Diese Tendenzen der „Mediendemokratie“ kritisiert auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier, wenn er sagt: „Hinzu kommen bestimmte Erscheinungen der Mediendemokratie, in der Talk-Shows zu Ersatzparlamenten werden und eine Informationsverdünnung, eine Simplifizierung zu beobachten ist, die jeden halbwegs komplexen Stoff unterdrückt.“³³

Freilich gibt es deutliche Unterschiede in der Aufbereitung von Informationen zwischen der so genannten „yellow press“ und der seriösen Presse. Während es Markenzeichen der ersten ist, schnelle, einfache Erklärungen zu liefern und zu personalisieren, ist es Merkmal der seriösen Medien, dass Informationen zum generellen Politikverständnis geliefert werden.

²⁹ Vgl. zu dem Begriff Thiel, Markus, 2003.

³⁰ Street, John, 2001: S. 44.

³¹ Robert Entman, zitiert nach Street, John, 2001: S. 38.

³² Entman, Robert, 1989: S. 49

³³ Papier, Hans-Jürgen im Interview mit den Stuttgarter Nachrichten, 18.11.2004.

2.5. Medien in Zeiten der Transformation

Die Demokratisierung autoritärer oder totalitärer Regime vollzieht sich in der Regel in drei Schritten. Der erste Schritt ist die Liberalisierung, der zweite die Demokratisierung und schließlich muss sich im dritten Schritt die Demokratie konsolidieren. Ähnlich verhält es sich mit den Medien. Auch hier erfolgt die Demokratierung in drei Stufen. Während der Liberalisierung werden die Zügel der Zensur gelockert, das Monopol des Staates auf den Informationsfluss fällt. In der Phase der Demokratisierung werden die gesetzlichen Grundlagen zur Gestaltung einer demokratischen Medienlandschaft geschaffen. In der dritten Phase schließlich müssen sich die Medien im Wettbewerb behaupten – es kommt zu einem Konzentrationsprozess und zur Professionalisierung der Journalisten.³⁴

In Zeiten des Umbruchs herrscht in der Bevölkerung ein hohes Interesse an Politik. Dies lässt sich beispielhaft an Hand der DDR im Jahre 1989 oder auch an den Vorgängen in Georgien 2003 und der Ukraine Ende 2004/Anfang 2005 (obwohl es sich bei den letztgenannten Ereignissen wohl eher um Macht- als um klassische Systemwechsel handelt) dokumentieren. Dies wird nicht nur daran deutlich, dass sich das politische Geschehen von den parlamentarischen Kabinetten auf die Straße verlagert. Der Wissensdurst der Bürger über die Vorgänge an der Spitze des Staates nimmt stark zu. Diesen Durst können und sollen die Medien stillen.

Hier fällt ihnen eine herausgehobene Rolle bei der Mitgestaltung des weiteren Prozesses zu. Eine objektive Berichterstattung mit der Lieferung von Hintergrundinformationen hilft den Bürgern in der unübersichtlichen Situation, sich zu orientieren, sich eine eigene Meinung zu bilden. Diese „Meinungsbildungsfunktion“ ist äußerst wichtig, denn „Wissen ist Macht“, wusste schon Francis Bacon. Eine Demokratie – eine Volksherrschaft – kann nur dann entstehen, wenn das Volk am Prozess der Machtausübung beteiligt ist, wenn es weiß, wofür es kämpft und demonstriert.

Dabei ist die Forderung nach einer objektiven Berichterstattung für die Medien alles andere als einfach zu erfüllen. Schon in den vorangegangenen Kapiteln wurden diese Probleme angesprochen. In der Phase vom Übergang eines autoritären in ein demokratisches Regime potenzieren sich diese noch, denn die Medien müssen sich die Pressefreiheit erst noch erkämpfen.

³⁴ Vgl. dazu Thomaß, Barbara, 2000: S. 135 – 136.

Das bedeutet nicht nur Überwindung der äußeren Zensur, sondern auch Bruch mit der eigenen, inneren Zensur, die das Leben eines Journalisten in autoritären Regimen deutlich bequemer machte.

In Zeiten des Systemwandels übernehmen Journalisten eine neue Rolle im Staat. Durch die ständige Begleitung des politischen Prozesses werden sie faktisch zu einer Kontrollinstanz. Sie decken Missstände auf und artikulieren die Forderungen verschiedenster Gruppen und Strömungen. Kommt es infolge des Regimekollapses zu Neuwahlen, so müssen die Medien die in der Regel bis dato weitgehend unbekannt Kandidaten und Parteien sowie deren Programmatik vorstellen.

Der Einfluss der Presse auf die öffentliche Meinung ist in dieser Phase besonders hoch, da sich ein Großteil der Bevölkerung beginnt, für Politik zu interessieren. Die Menschen beziehen ihre Informationen dabei aus dem Fernsehen und aus der Presse.

Nach dieser Hochphase nimmt der Einfluss der Medien allmählich ab. Die Menschen beginnen sich wieder stärker auf ihre Alltagsprobleme zu konzentrieren, das Interesse an der großen Politik lässt spürbar nach und sie wird wieder weitgehend der (neuen) Elite überlassen.

Es wäre allerdings falsch anzunehmen, dass sich die Medien nach einem erfolgten Machtwechsel an der Spitze zurücklehnen können. Für Pressefreiheit müssen die Medien auch weiterhin kämpfen.

Dazu gehört vor allem eine Professionalisierung der Journalisten, die in autoritären Regimen der Funktion der Berichterstattung ja nur scheinbar nachgekommen sind. In Folge dessen kommt es in der Regel nach einem politischen Umbruch mit neuen Gesichtern an der Staatsspitze auch zu einer personellen Fluktuation unter den Journalisten. Viele Quereinsteiger lösen alte, verbrauchte Kader ab.

Ein Journalistikstudium ist keinesfalls Voraussetzung, um ein guter und erfolgreicher Journalist zu werden. "Die besten Journalisten sind in der Regel die, die aus einem anderen Fachbereich kommen"³⁵, glaubt der russische TV-Analyst Sergej Warschawtschik, der selbst eine Ausbildung zum Regisseur durchlief, bevor er anfang zu schreiben. Dennoch müssen die "Neuen" sich erst einmal in die Feinheiten des Geschäfts einfinden, brauchen eine gewisse Phase, um zu professionellen Korrespondenten, Redakteuren und Moderatoren heran zu wachsen.

Ein Katalysator dieser Professionalisierung ist der Konzentrationsprozess, der in den

³⁵ Warschawtschik, im Gespräch mit dem Autor.

Medien stattfindet. Während die staatlichen Medien eines autoritären Staates nicht darauf angewiesen sind, Profit zu machen, müssen private Medien rentabel arbeiten, um zu überleben. In diesem Wettbewerb bestehen nur die Besten.

2.6. Wieso können Medien die Regierung kontrollieren?

Eine der Aufgaben der Medien besteht in der Kontrolle der Regierenden, hatte McNair behauptet. Selbst hochrangige Politiker, wie der langjährige deutsche Innenminister Otto Schily sprechen ihr eine „Wächterfunktion“³⁶ gegenüber Politikern zu.

Aber warum dürfen und können Journalisten, die vom Volk kein Mandat bekommen haben, die gewählten Volksvertreter kontrollieren? Ist dies mit dem Demokratiedenkmal überhaupt vereinbar?

Die Kritik der Mächtigen ist ein Recht, das allen Bürgern einer freiheitlichen Demokratie zusteht. Das Recht der Meinungs- und Redefreiheit ist in vielen Verfassungen verankert, z.B. im deutschen Grundgesetz (Art.5), in der amerikanischen Verfassung (1. Zusatzartikel) oder auch in der russischen Konstitution (Art. 29).

Doch die Kritik eines Journalisten hat in der Regel mehr Auswirkungen als eine Stammtischrede. Sie sind schließlich der Mittler zwischen der Gesellschaft und der Obrigkeit.

Doch um die Regierenden zu kontrollieren, müssen die Medien selbst einen einwandfreien Ruf haben. Ein stadtbekannter Betrüger, der schreit: „Haltet den Dieb“ findet keine Beachtung.

Genau so verhält es sich mit den Medien. Diese werden nur dann wahrgenommen, wenn ein genügend großes Auditorium sie für glaubwürdig hält. Der Einfluss einer Zeitung oder eines Radiosenders ist in der Regel relativ gering. Erst wenn sich eine größere Anzahl von Medien eines Themas annimmt, wird es von der Bevölkerung auch rezipiert.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass es „DIE Medien“ als gedachte Einheit gar nicht gibt. Sie setzen sich zusammen aus vielen kleinen

³⁶ In einer Rede vor Medienvertretern in Berlin rechtfertigte Schily eine Hausdurchsuchung beim Politmagazin „Cicero“ damit, dass das Blatt Geheimnisverrat begangen habe. „Selbstverständlich geht es nicht darum, die Wächterfunktion der Presse einzuschränken“, sagte Schily. Zitiert in Spiegel Online: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,376797,00.html. In der Rede wies Schily den Medien ebenfalls eine „Aufklärer-“ und „Aufdeckerfunktion“ zu.

Zeitungen und Zeitschriften, aus Rundfunk und Fernsehsendern und seit Neuestem auch Internetmedien. Diese arbeiten im Konkurrenzkampf gegeneinander, mitunter mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen und Inhalten. Und dennoch werden auf den Titelseiten und im Nachrichtenblock oft die gleichen Themen behandelt, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung.

Mit anderen Worten, es entscheidet nicht der einzelne Journalist, was und worüber er berichten möchte und selbst der Chefredakteur ist bei der Arbeitsverteilung an verschiedene objektive Vorgaben gebunden.

Der Parteitag der Regierungspartei oder der stärksten Opposition kann in einer Demokratie von den Medien nicht ignoriert werden. Die Bewertung des Ereignisses ist allerdings dann schon eine Sache der politischen Präferenzen eines Blattes.

Die ständige Begleitung der politischen Prozesse durch die Medien und ihre Resonanz in der Bevölkerung, bringt es mit sich, dass sie praktisch als Aufpasser der politischen Elite fungieren. Daher komme es logischerweise zu einem Gegensatz zwischen Obrigkeit und Medien, ist der russische Menschenrechtler Alexej Simonow überzeugt.³⁷

Doch scheint die Aufsichtsfunktion der Medien von diesen nicht immer in gleichem Maße wahrgenommen zu werden. Dies behauptet zumindest Entman: „When journalists believe a president is unpopular, relatively negative news slant tends to arise. Journalism’s watchdog commitment evidence of public coolness toward a president and to convey criticisms of unpopular leaders. On the other hand, when they perceive a president as popular, journalists become more hesitant to convey damaging information“.³⁸

Das würde bedeuten, dass die Medien nur dann die Arbeit der Regierung kritisch beleuchten, wenn offensichtlich oder zumindest ihrer Überzeugung nach, die Öffentlichkeit ihr sowieso argwöhnisch gegenüber steht. Diese These ist allerdings umstritten, denn es existieren zahlreiche Gegenbeispiele (Watergate-Skandal).

Gerade Informationen über die Verletzung allgemeiner Norm- und Moralvorstellungen haben eine große Wirkung. Gerade bei der Aufdeckung - oder wahrscheinlich ist es genauer von Erschaffung zu sprechen - solcher Skandale wird deutlich, wie sehr Journalisten die öffentliche Meinung beeinflussen.

³⁷ Vgl. Interview mit Alexej Simonow, 27.12.2004.

³⁸ Entman, Robert, 1989: S. 46-47.

2.7. Was ist öffentliche Meinung?

Die öffentliche Meinung ist ein Konglomerat von in breiten Teilen der Bevölkerung vorherrschenden Meinungen, die nicht notwendigerweise völlig übereinstimmen müssen. Die öffentliche Meinung unterscheidet sich von der Mode oder von einem „Hype“ durch ihre längere Haltbarkeit in der Bevölkerung, wenn auch ein genauer Zeitraum nicht bestimmbar ist. Auch die öffentliche Meinung unterliegt dem Wandel von Zeit und Gesellschaft. Nach Niklas Luhmann darf öffentliche Meinung jedoch nicht an den Begriff der Wahrheit³⁹ gekoppelt werden.

Medien formieren die öffentliche Meinung. Warum ist die öffentliche Meinung für die Politik so wichtig?

Nur in Hobbes' „Leviathan“ ist der Herrscher von ihr unabhängig. Der Leviathan kennt nur die vom Staat getrennte und politisch folgenlose Privatmeinung. Davon gibt es im Staat unzählige, und damit sie sich nicht bekriegen, steht der Souverän über den Meinungen.⁴⁰

Doch schon Rousseau, der als erster das Wort *opinion publique* gebrauchte, macht diese zu einer Grundlage seines Gesellschaftsvertrages. Die *volonté generale* werden durch Sitten, Bräuche und die Volksmeinung gefunden, sagt er. Bei Rousseau ist die *opinion publique* allerdings eher ein „Konsens der Herzen“ als ein Resultat von Diskussionen und gemeinsamen Überlegungen.

Betrachtet man diese frühen Überlegungen zur öffentlichen Meinung wird verständlich, warum sie d'Alembert in seiner Einleitung zur Enzyklopädie als Joch bezeichnet hat: „le joug de la scolastique, de l'opinion, de l'autorité, en un mot des préjugés et de la barbarie.“⁴¹ Hier wird öffentliche Meinung noch weitgehend als traditionelles Vorurteil verstanden.

Während d'Alembert zwischen *opinion* und *raison* einen Gegensatz sieht, will der Aufklärer Kant die „öffentliche Zusammenstimmung“ – erst Hegel prägt den Begriff „öffentliche Meinung“ – als Moralhüter in der Politik installieren, da sie, d.h. die Öffentlichkeit, aus dem politischen Rasonieren der Gemeinschaft entsteht. Sie bringe Moralvorstellungen hervor, an die sich Politik zu halten hat, demzufolge sei die „Öffentlichkeit als Prinzip der Rechtsordnung“⁴² unabdingbar.

³⁹ Zu Luhmanns kompliziertem Wahrheitsbegriff vgl. Luhmann, Niklas, 1992: S. 167 – 270.

⁴⁰ Vgl. Hobbes, Thomas, 2000.

⁴¹ d'Alembert, zitiert nach Habermas, Jürgen, 1996: S. 165.

⁴² Ebd. S. 180.

Öffentlichkeit und Transparenz gelten auch heute in den Massendemokratien als wichtige Voraussetzung ihres Funktionierens. Doch kann die öffentliche Meinung nicht mehr im direkten Dialog der Bürger gefunden werden. Bei einer Bevölkerung von über 80 Mio. Menschen in Deutschland ist auch die Durchführung von Referenden, also der direkten Abfrage der öffentlichen Meinung, zu einzelnen politischen Fragen kaum möglich. Sicher haben Meinungsforschungsinstitute ein umfangreiches Instrumentarium erarbeitet, um Grundstimmungen und Tendenzen zu erfassen. Dennoch ist die öffentliche Meinung nicht in allen Aspekten erkundet. Daher berufen sich Politiker und Massenmedien immer wieder gern darauf, die vorherrschende öffentliche Meinung zu artikulieren. Da das Gegenteil zu beweisen in der Regel schwer fällt, kann es sein, dass sich deutlich unterschiedlich politische Strömungen als Vertreter der öffentlichen Meinung aufspielen, um ihr moralisches Gewicht zu heben.

Die öffentliche Meinung bestimmt über das Wohl und Wehe der Regierung in Demokratien. Dabei sind Wahlen nur die Spitze des Eisberges. Hier kann das Volk ganz direkt seine Meinung kundtun. Doch auch während der wahlfreien Zeit stehen die Spitzenpolitiker im Fokus der Öffentlichkeit. Lassen sie sich etwas zuschulden kommen, so kann der Druck der öffentlichen Meinung den Rücktritt herbeiführen. Eines der markantesten Beispiele dafür ist der Watergate-Skandal, in dessen Folge US-Präsident Richard Nixon am 9. August 1974 zurücktreten musste.

2.8. Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung

Erst mit der Entwicklung des öffentlichen politischen Dialoges setzte der Aufschwung der Presse ein. Nach Habermas war die Presse in der ersten Phase ihrer Evolution ein Instrument das sich aus dem Räsonment des Publikums entwickelt hatte und diesem diente: „wirksam in der Art eines Vermittlers und Verstärkers, nicht mehr bloßes Organ des Informationstransportes und noch kein Medium der Konsumentenkultur.“⁴³

Im Zuge der zunehmenden Kommerzialisierung werde die Presse jedoch manipulierbar, kritisiert er. Sie stehe im Spannungsfeld zwischen den Lesern auf der einen Seite und den Reklamegebern auf der anderen. Lobbyisten nutzen die Medien, um mittels PR eine öffentliche Meinung zu „fingieren“, sagt Habermas. Als

⁴³ Ebd. S. 277.

Grundthese dient ihm dabei die Vorstellung, dass öffentliche Meinung die Artikulation des Allgemeininteresses sei.

Public Relation könne öffentliche Meinung daher nicht ersetzen, da sie stets nur Privatinteressen vertrete. Zwar lenke sie durch die Schaffung von Neuigkeiten und Ereignissen davon ab, dass es um die Selbstdarstellung eines Privatinteresses gehe, doch vertreten PR-Agenten nie das Allgemeininteresse.⁴⁴

Dabei gibt es verstärkt in letzter Zeit die Tendenz einer Verschmelzung von Journalisten und PR-Leuten aus der Sicht des Publikums und auch im Selbstverständnis der beiden eigentlich völlig unterschiedlichen Berufsgruppen. So werden Journalisten von Pressesekretären häufig als Kollegen bezeichnet und tatsächlich sind viele Öffentlichkeitsarbeiter ehemalige Journalisten. Noch problematischer wird es, wenn ein Journalist nebenbei noch als PR-Agent arbeitet. In Russland gibt es Fälle, wo Journalisten als Wahlkampfmanager für den einen oder anderen Präsidentschaftskandidaten innerhalb der GUS tätig wurden.

Hier liegt ein großes Problem, da der Journalist eigentlich keine Einzel- sondern das Publikumsinteresse vertreten soll. Demzufolge erscheint aus moralischen Gründen die Ausübung beider Berufe zumindest zum gleichen Zeitpunkt fragwürdig.

PR kann kein Ersatz der öffentlichen Meinung sein. Dennoch ist sie ein wichtiger Hebel einzelner Lobbygruppen, um über die Medien die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Es muss nun allerdings hinterfragt werden, wie die Wechselwirkung zwischen Medien und öffentlicher Meinung ist. Sind die Medien noch ein Instrument des Publikums oder haben sie sich schon verselbständigt und wirken nun ihrerseits als unabhängige Größe auf das Auditorium, d.h. die öffentliche Meinung ein?

Folgt man Habermas, so ist der öffentliche Diskurs längst von der Konsumentengesellschaft abgelöst worden, in der das Publikum nicht mehr selbständig rätsoniert, sondern mit Informationen und Meinungen "gefüttert" wird. Tatsächlich beziehen die Bürger, wie wir oben bereits festgestellt haben, den überwiegenden Teil ihres Wissens aus den Massenmedien. Und dennoch ist die Beeinflussbarkeit des Einzelnen unterschiedlich. In erster Linie hängt das mit dem Bildungsniveau und den Außenkontakten der betreffenden Person zusammen. Je mehr Informationen die Person hat, um so besser kann sie die neuen Informationen mit vorhandenem Weltwissen vergleichen und beurteilen. Interessanterweise sind

⁴⁴ Vgl. ebd. S. 280 – 291.

diejenigen Menschen, die sich am stärksten für Politik interessieren, am wenigsten beeinflussbar. Dies hängt damit zusammen, dass sie schon andere Informationen haben und so eine neue Nachricht entsprechend gewichten können.

“Je höher die Bildung, desto größer die Informiertheit”,⁴⁵ fand wenig überraschend eine Bertelsmann-Studie über die Mediennutzung heraus.

Der Kommunikationsforscher de Sola Pool behauptet, dass Rezipienten sich in der Regel nur die Informationen suchen, die sie in einer einmal getroffenen Entscheidung bestätigen, gegenteilige Meinungen und Informationen ignorieren sie.⁴⁶ Diese

selektive Aufnahme würde bedeuten, dass Medien keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Bürger haben. Dass das Auditorium bei der Aufnahme der Informationen selektiert, wies später auch Donsbach in einer Studie über Leser deutscher Tageszeitungen nach. Von den durchschnittlich 65.000 Wörtern einer Zeitung rezipieren die Leser lediglich 5.400.⁴⁷ Dies ist ein klares Indiz dafür, dass die Rezipienten sich jeweils auf die Themen konzentrieren, die sie interessieren. Dabei können sie aber immer noch auf Meinungen stoßen, die konträr zu ihrer stehen.

Doch die Vielfalt des Medienmarktes erlaubt es praktisch jedem Rezipienten, sich das Blatt oder den Sender heraus zu suchen, der am ehesten ihre Interessen vertritt.

Bedeutet dies, dass tatsächlich Medien Wahlen nicht beeinflussen können?

Interessanterweise war es Russland, in dem der Gegenbeweis dieser These angetreten wurde. 1996 vor den Präsidentschaftswahlen lag der Amtsinhaber Boris Jelzin scheinbar aussichtslos zurück. Im Dezember 1995 gaben lediglich vier Prozent der Wahlberechtigten an, ihn wählen zu wollen, Anfang 1996 waren es ebenfalls nur acht Prozent.⁴⁸

Doch im Wahlkampf schien der Amtsinhaber omnipräsent. Einerseits lud er sich tatsächlich ein Mammutprogramm auf und reiste durch das ganze Land, andererseits verstärkten die Medien diesen Eindruck, indem sie sich in ihrer Berichterstattung völlig auf Jelzin konzentrierten und den kommunistischen Herausforderer Gennadi Sjuganow praktisch ignorierten.

Jelzin konnte 50 Prozent der politischen Sendezeit für sich verbuchen, Sjuganow kam gerade mal auf 18 Prozent. Andere Kandidaten, wie z.B. Ex-Präsident Michail Gorbatschow (zwei Prozent) bekamen praktisch überhaupt keine Sendezeit.⁴⁹

⁴⁵ Saxer, Ulrich u.a.: S. 17.

⁴⁶ de Sola Pool, Ithiel, 1968: S.160-161.

⁴⁷ Vgl. Donsbach, Wolfgang, 1992: S. 26.

⁴⁸ Zahlen nach Mickiewicz, Ellen, 1999: S. 168.

⁴⁹ Schäfer, Anke, 1998: S. 718.

Gleichzeitig waren die TV-Beiträge eindeutig parteiisch. Während der Amtsinhaber in den Sendungen überwiegend positiv dargestellt wurde, musste Sjuganow praktisch von allen Sendern Kritik einstecken. Am Ende gewann Boris Jelzin die Wahlen im zweiten Durchgang. Er erzielte 53,7 Prozent.⁵⁰

Den Medien gelang es, die Unentschlossenen auf die Seite Jelzins zu ziehen. Dies ist ein Beweis für die Auswirkung der Medien und ihrer Berichterstattung auf die öffentliche Meinung.

⁵⁰ Sjuganow erreichte 40,4%. Zahlen aus der Welt, 5.7.1996.

3. Rechtliche Rahmenbedingungen der Medien in Russland und seinen Regionen

3.1. Die Verfassung

Damit die Medien ihren Aufgaben effektiv und frei nachkommen können, brauchen sie eine stabile rechtliche Grundlage. „Eine Verfassung ist für die Freiheit so wichtig wie die Grammatik für die Sprache“, sagte einst Thomas Paine⁵¹.

Die russische Verfassung trat 1993 nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Parlament und Präsident, die im Beschluss des Weißen Hauses und der Inhaftierung der aufständischen Parlamentarier gipfelte, in Kraft. Sie ist nicht das Werk eines Kompromisses verschiedener politischer Parteien, sondern wurde von der Administration des Präsidenten erarbeitet und dann in einer Volksabstimmung angenommen.

Präsident Jelzin versuchte, in ihr die exekutive Macht des Präsidenten so stark wie möglich fest zu schreiben und das Parlament zu schwächen. Das Ungleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive besteht bis heute. Der russische Präsident ist mit einer ähnlichen Machtfülle ausgestattet wie der französische oder der amerikanische. Mommsen spricht sogar vom „Superpräsidentialismus“.⁵²

Doch in der Verfassung wurde nicht nur die Aufteilung der Macht geregelt. Im ersten Teil des Gesetzeswerkes finden sich Ausführungen zu den Menschen- und Bürgerrechten, dann zum föderativen Staatsaufbau und schließlich zur oben schon angesprochenen Art der Gewaltenteilung.

Für das Handeln der Medien ist besonders der erste Teil interessant, denn Art. 29 der Verfassung legt fest:

- „1. Jedem wird die Freiheit des Gedankens und des Wortes garantiert.
2. Eine Propaganda oder Agitation, die aus sozialen, rassistischen, nationalen oder religiösen Gründen Haß und Feindschaft schürt, ist unzulässig. Die Propaganda einer sozialen, rassistischen, nationalen, religiösen oder sprachlichen Überlegenheit ist verboten.
3. Niemand darf gezwungen werden, seine Meinungen und Überzeugungen zu äußern oder diese aufzugeben.
4. Jeder hat das Recht, auf rechtmäßige Weise frei Informationen zu suchen, zu

⁵¹ „The American constitutions were to liberty what a grammar is to language: they define its parts of speech, and practically construct them into syntax.“ (Thomas Paine, 2000: S. 111).

⁵² Mommsen, Margareta, 2001.

erhalten, weiterzugeben, zu erzeugen und zu verbreiten. Das Verzeichnis der Nachrichten, die Staatsgeheimnisse sind, wird durch Bundesgesetz festgelegt. 5. Die Freiheit der Masseninformatiön wird garantiert. Zensur ist verboten.“⁵³

Damit gewährt die russische Verfassung den Medien die Freiheiten, die vorangegangenen sowjetischen Konstitutionen (zuletzt 1978) ihr noch verwehrt hatten. Dort war die Pressefreiheit an die „Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung“⁵⁴ gebunden. Insofern ist die neue Verfassung ein wesentlicher Fortschritt für die Pressefreiheit in Russland.

Freilich weist auch die neue Konstitution Schwächen auf. Das Recht „auf rechtmäßige Weise frei Informationen zu suchen“ ist sehr schwammig formuliert. Außerdem wird die Pressefreiheit durch den Zusatz eingeschränkt, dass bestimmte Nachrichten als Staatsgeheimnisse sekretiert werden können.

Dies ist nichts Ungewöhnliches. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es Staatsgeheimnisse.

„Staatsgeheimnisse sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und vor einer fremden Macht geheimgehalten werden müssen, um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden“, heißt es in Art. 93 StGB.

Der sekretierte Bereich an Informationen ist in Russland eindeutig größer als in Deutschland. Immerhin: Nicht verheimlicht werden dürfen Informationen über den Schutz des menschlichen Lebens und der Gesundheit (Art. 41 Abs.3) und über die Umwelt (Art.42).⁵⁵

Und doch wurde der Journalist Grigori Pasko wegen der Weitergabe von Videos, auf denen zu sehen war, wie russische Kriegsschiffe illegal Atommüll in den Pazifik verklappten zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt.⁵⁶ Ihm wurde Geheimnisverrat vorgeworfen.

Nicht ganz unwichtig für die Medien ist das von der Verfassung neu geregelte Recht auf Eigentum. In der sozialistischen Sowjetunion verbot der Artikel 10 die Nutzung von sozialistischem oder staatlichem Eigentum „zum persönlichen Gewinn oder

⁵³ Frenzke, Dietrich, 1995: S. 278.

⁵⁴ Ebd.: S. 92.

⁵⁵ Vgl. Frenzke, Dietrich, 1995: S. 282.

⁵⁶ Vgl. Mrozek, Gisbert, 26.12.2001

anderen eigennützigen Zwecken.“⁵⁷

Die neue Verfassung hingegen lässt erstmals nicht nur Privateigentum zu, sondern stellt es auch unter Schutz. „In der Russischen Föderation werden private, staatliche, municipale und andere Eigentumsformen in gleicher Weise anerkannt und geschützt“⁵⁸, schreibt Artikel 8, Absatz 2 der Konstitution vor.

Für die Medien ist dies insofern wichtig, als dass damit das Monopol des Staates auf den Besitz von Medien auch verfassungsrechtlich aufgehoben wurde.

3.2. Das Gesetz über die Massenmedien

Bereits vor Verabschiedung der Verfassung regelte das „Gesetz über die Massenmedien“ („Sakon o sredstwach massowoi informazii“) die Rechtslage im Medienbereich. Das am 27.12.1991 verabschiedete Gesetz war für die damalige Zeit sehr fortschrittlich und ermöglichte den Journalisten einen wesentlich höheren Freiheitsgrad bei der Ausübung ihres Berufes.

Neben dem Verbot der Zensur sah es auch eine Informationspflicht offizieller Stellen vor, vereinfachte die Registrierung für Publikationsorgane und legte Akkreditierungsregeln fest. Jeder Journalist hat dementsprechend das Recht, sich bei öffentlichen Stellen akkreditieren zu lassen. Diese Akkreditierungen waren dazu gedacht, die Arbeit der Korrespondenten zu erleichtern. Doch leider haben die Gesetzgeber vergessen, ein analoges Gesetz zu erlassen, das es den Behörden vorschreibt, Akkreditierungen auszustellen. So entstand die paradoxe Situation, dass Journalisten zwar das Recht haben, sich akkreditieren zu lassen, andererseits öffentliche Stellen nicht die Pflicht haben, die Journalisten zu akkreditieren.

Das, was eigentlich als Hilfe für die schreibende Zunft gedacht war, erwies sich somit als Hindernis. Behörden nutzen die Akkreditierung häufig, um unliebsame Journalisten vom Informationsfluss auszuschließen und eigene „Hofjournalisten“ zu bevorzugen. Vor allem in den Regionen werden immer wieder Klagen über die ungerechten Akkreditierungsregeln laut.

Das Gesetz über die Massenmedien bestimmte außerdem, wer für die Vergabe von Sendelizenzen von TV und Radio zuständig sein sollte. Nach Auffassung der drei Autoren des Gesetzes, Michail Fedotow, Juri Baturin und Wladimir Entin, sollte eine

⁵⁷ Frenzke, Dietrich, 1995: S. 59.

⁵⁸ Ebd. S. 273

föderale Rundfunkkommission diese Aufgabe übernehmen.

Über die Zusammensetzung dieser Kommission und über deren genaue Aufgabenstellung wurde allerdings 1991 kein Kompromiss gefunden. So blieb eine Gesetzeslücke bestehen, die erst 2004 gefüllt wurde – zum Bedauern der Journalisten.

Denn 2004 wurde diese Kommission durch ein „von der Regierung bevollmächtigtes föderales Organ der Exekutive“ ersetzt. Dass heißt, Prädident und Regierung nahmen die Kontrolle der elektronischen Medien wieder fester in die Hand. Der Journalistenverband kommentierte das mit den Worten: „Ab jetzt führen die Regierung und die von ihr bevollmächtigten Organe schon auf völlig gesetzlicher Grundlage die Lizenzierungspolitik, erteilen und entziehen Lizenzen von Fernseh- und Rundfunkkanälen. Der Spiegel befindet sich in den Händen dessen, den er abbildet. Russland hat erneut seinen Sonderweg eingeschlagen, der sich von den europäischen und anderen entwickelten Ländern unterscheidet.“⁵⁹

Dennoch ist das Gesetz für Massenmedien durchaus brauchbar. Schon vor der Verfassung legte es ein allgemeines Zensurverbot fest, ermöglichte es Bürgern und nichtstaatlichen Organisationen selbst Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben, indem es die Registrierung von Publikationsorganen wesentlich vereinfachte, und verpflichtete öffentliche Stellen, Informationen frei zu geben. Hübner bezeichnete es als „epochemachend“⁶⁰.

3.3. Die gesetzliche Regelung für Berichterstattung in der Zeit des Wahlkampfes

In der Zeit des Wahlkampfes spielen Medien eine besonders große Rolle. Sie berichten über Kandidaten und Parteien, über Programme und Absichtserklärungen, eventuelle Skandale und Verfehlungen. Das alles hat Einfluss auf die Entscheidung der Wähler. Um dem Missbrauch dieser Medienmacht vorzubeugen, hat der Gesetzgeber Regelungen getroffen, die eine gerechte Medienrepräsentanz aller Bewerber garantieren sollen. So sind Zeitungen und Zeitschriften verpflichtet, den Kandidaten in diesem Zeitraum kostenlos einen Teil ihrer Seiten für Wahlagitation zur Verfügung zu stellen, TV- und Radiostationen müssen ebenfalls einen Teil ihrer Sendezeit gratis freihalten.

⁵⁹ Journalistenverband Russlands, 2005: S. 21.

⁶⁰Vgl. dazu Hübner, Peter: 1995: S. 9.

In diesem Rahmen kann sich der Bewerber frei äußern, d.h. ohne dass die Redaktion Einfluss nehmen kann und darf auf den Inhalt des Ausgestrahlten bzw. Gedruckten. Das föderale Gesetz Nr. 67-F3 schreibt in Absatz 4 vor: „Der Kandidat, die Wahlvereinigung, der Wahlblock oder eine Initiativegruppe zur Durchführung eines Referendums bestimmen selbständig Inhalt, Formen und Methoden ihrer Agitation, führen sie selbständig durch, haben aber auch das Recht, entsprechend der Gesetzgebung andere Personen zur Durchführung heranzuziehen.“⁶¹

Diese Regelung scheint an sich vernünftig zu sein – ähnliches gibt es ja auch in Deutschland. Allerdings haftet in Deutschland der Urheber des Beitrags für seine Rechtmäßigkeit und ein Publikationsorgan kann die Veröffentlichung ablehnen, wenn der Beitrag gegen geltendes Recht verstößt. In Russland ist dies nicht so einfach. Dies führt nach Ansicht von Sabine Gladkov zu der für die Presse prekären Situation, dass sie „keine Möglichkeit der Einflussnahme auf das zu publizierende Material haben, ohne dadurch jedoch von der rechtlichen Verantwortung für den Inhalt freigestellt zu sein.“⁶²

Das Problem besteht darin, dass das publizierte Material Beleidigungen oder Verleumdungen von Gegenkandidaten (schlimmer noch: volks- oder religionsverhetzendes Material) enthalten kann, die dann gegen das entsprechende Medium klagen. Eine Ablehnung der Veröffentlichung ist andererseits auch nicht möglich, da sonst der publikationswillige Kandidat klagt, dass seine gesetzlichen Rechte nicht geachtet würden. Daraus ergebe sich für die Medien nur die „Wahl zwischen Strick und Fallbeil“ folgert Gladkov, zeigt aber gleichzeitig eine Rettungsmöglichkeit für die Medien auf. Mit Hilfe von Verträgen könnten sich Medien juristisch gegen mögliche Konsequenzen der Veröffentlichungen absichern. Zum einen besteht die Möglichkeit einer siebentägigen Einreichungsfrist von Materialien, was Spielraum für richterliche Eilentscheidungen oder Verfügungen der Wahlkommission lasse. Zum anderen könne mittels einer Klausel vereinbart werden, dass der Kandidat sämtliche finanzielle Folgen, die mit der Veröffentlichung zusammenhängen, selbst trägt.⁶³

Eines wird aber schon daraus ersichtlich. Russische Journalisten müssen vor allem in Wahlkampfzeiten über ein hohes juristisches Grundwissen verfügen, um sich nicht in den Fallstricken des Gesetzes zu verfangen.

⁶¹ Zitiert nach Simow, Alexej, 2003: S. 11-12.

⁶² Gladkov, Sabine, 7/2003: S. 4.

⁶³ Ebd. S. 5.

Dies gilt umso mehr für redaktionelle Beiträge. In den 90er Jahren ließen sich Medien oft bereitwillig als Instrumente für eine schmutzige PR-Kampagne in Wahlkampfzeiten missbrauchen. Im Laufe der Zeit wurden daher die Gesetze zur Wahlberichterstattung immer weiter verschärft, um dieser Tendenz Einhalt zu gebieten. Geholfen hat dies wenig, wie Oleg Panfilow meint. Immer noch seien Medien in Informationskriege verwickelt.⁶⁴ Die Wahlkommission nutzt die neuen Möglichkeiten, um Journalisten zur Verantwortung zu ziehen sehr selektiv – in der Regel dann, wenn Kritik an Kandidaten des Kremls oder der regionalen Führung geäußert wird.

Es drängt sich daher mitunter der Verdacht auf, dass das Bestreben, Schmutzkampagnen zu unterbinden, inzwischen dem Drang nach Ausschaltung jeglicher Kritik gewichen ist. Die im Wahlgesetz festgelegte Trennung zwischen Agitation und Informierung ist zumindest in ihrer ungenauen Formulierung sehr problematisch. Kommentieren Journalisten im Wahlkampf, kann ihnen das schon als Agitation ausgelegt werden.

Die Trennung zwischen Information und Agitation sei völlig unproblematisch, meint Sergej Bolschakow von der Zentralen Wahlkommission: „Ich bin z.B. kein Journalist, kann keine Artikel schreiben und mache das auch nicht. Aber ich bin Jurist, ich lese das Gesetz, und ich sehe in diesem Gesetz, was ein Journalist tun muss, der im Rahmen des Gesetzes über Wahlen schreiben und dabei den Leser informieren will. Er muss einige Forderungen erfüllen, und zwar: Die Information muss wahr, objektiv und unvoreingenommen sein.“⁶⁵

Der Wortlaut des Gesetzes, auf das sich Bolschakow bezieht, klingt aber etwas anders. Da heißt es beispielsweise in Art. 48 Abs. 2d: „Als Wahlagitation wird während der Wahlkampfzeit... die Verbreitung von Informationen über Handlungen des Kandidaten, die nicht mit seiner professionellen Tätigkeit oder der Ausübung seiner Dienstpflichten zusammenhängen... betrachtet.“⁶⁶ Michail Fedotow, Sekretär des russischen Journalistenverbandes, kritisierte das Gesetz daher schon kurz nach seiner Entstehung als falsch.

„Sie [die neuen Gesetze – d.A.] sind falsch, sogar grob falsch. Es heißt dort, Informationen über Wahlkandidaten dürfen nur veröffentlicht werden, wenn sie etwas mit dem Aufgabenbereich des Abgeordneten zu tun haben. Wenn ein Bewerber für

⁶⁴ Oleg Panfilow im Interview mit dem Autor, 07.02.2006.

⁶⁵ Bolschakow, Sergej, 2003: S. 12.

⁶⁶ Zitiert nach Simonow, Alexej, 2003: S. 11.

ein politisches Amt während des Wahlkampfes betrunken eine Oma mit seinem Wagen überfährt, dann darf das nicht veröffentlicht werden. Es sei denn, der Abgeordnete war auf dem Weg zu einem Treffen mit seinen Wählern. War er aber unterwegs zu seinen Freunden, ist das eine Privatangelegenheit. Darüber zu schreiben ist gesetzeswidrig.“⁶⁷

Tatsächlich lässt der o.g. Artikel eine derartige Auslegung zu. Dementsprechend verunsichert zeigten sich die Journalisten im Duma-Wahlkampf 2003 und den Präsidentschaftswahlen Anfang 2004. Sie hatten auch allen Grund dazu, denn zwei Verwarnungen der Wahlkommission genügen, um ein Publikationsorgan zu schließen. Während sich die Zentrale Wahlkommission mit Verwarnungen jedoch in der Regel zurückhielt, warfen die regionalen Wahlkommissionen gleich mit Verwarnungen um sich. Innerhalb kürzester Zeit wurden im Gebiet Kaliningrad 16 Massenmedien wegen unlauterer Wahlagitation verwarnt. Im Gebiet Brjansk mussten drei Zeitungen mit Verwarnungen leben.

Die Verwarnungen stellen allerdings nur eine Existenzbedrohung für regelmäßig erscheinende Publikationsorgane dar. Das größte Problem in Russlands Informationskriegen ist jedoch das kurzfristige Auftauchen und Verschwinden hochauflagiger, oft kostenloser Sonderzeitungen zu Wahlkampfzeiten, die wahre Schmutzkampagnen fahren. Das Drohmittel der Schließung ist eine stumpfe Waffe gegen diese Medien, da sie nach der Wahl sowieso eingestampft werden. Allerdings weist das Gesetz auch positive Züge auf. So richtet es sich seiner Intention nach gegen die Ausnutzung der in Russland vielzitierten „administrativen Ressource“. Abs. 7 des Gesetzes verbietet es föderalen, regionalen und lokalen Behörden, Armeeeinheiten und Wohltätigkeitsorganisationen Wahl-Agitationsmaterialien herauszugeben und zu verbreiten. Beamte dürfen während ihrer Dienstzeit keinen Wahlkampf betreiben und ihnen ist es ausdrücklich untersagt, irgendwelche Vorteile aus ihrer Stellung für den Wahlkampf zu ziehen. Auch Medienvertretern ist es untersagt, während der Ausübung ihrer eigentlichen Pflichten, d.h. der Informierung der Bevölkerung, Wahlkampf zu betreiben. Eigentlich sollte die stärkere Kontrolle über die Medien in der Zeit des Wahlkampfes eine höhere Chancengleichheit für alle politischen Bewerber und Parteien garantieren. Leider verschließen vor allem die regionalen Wahlkommissionen oft ihre

⁶⁷ Michail Fedotow im Interview mit dem Autor, 03.10.2003, abgedruckt unter <http://www.aktuell.ru/rumed0010/morenews.php?iditem=193>

Augen gegenüber Verstößen der Obrigkeit gegen das Gesetz über die Wahlberichterstattung.

3.4. Weitere Gesetze und Verordnungen

Das Recht auf Pressefreiheit findet seine Grenzen, wenn es andere Persönlichkeitsrechte einschränkt. Insbesondere ist hier das Recht auf Würde gemeint. Sowohl das Strafgesetzbuch (StGB) als auch das bürgerliche Gesetzbuch (BGB) schützen das Recht des Bürgers auf seinen guten Namen. Artikel 150 BGB gewährt den Bürgern u.a. das Recht auf „Würde der Persönlichkeit, persönliche Unantastbarkeit, Ansehen und guten Namen, geschäftliche Reputation“. Der Folgeartikel 151 regelt Kompensationsfragen für erlittenen moralischen Schaden. „Wenn einem Bürger moralischer Schaden zugefügt wurde,.... kann das Gericht dem Verursacher die Verpflichtung einer geldlichen Kompensation für den festgestellten Schaden auferlegen.“ Bei der Festlegung der Summe soll das Gericht das Ausmaß der Schuld und den zugefügten Schaden bewerten. Artikel 153 BGB „Schutz von Ansehen, Würde und geschäftlicher Reputation“ gewährt dem Geschädigten das Recht auf Wiederherstellung seines guten Namens, wenn die über ihn verbreiteten negativen Informationen nicht beweisbar sind. Falschinformationen in Medien müssen im gleichen Publikationsorgan widerrufen werden, der Geschädigte hat das Recht auf Veröffentlichung seiner Stellungnahme.

Während das bürgerliche Gesetzbuch den Medien damit nur Geldstrafen auferlegt, können Journalisten wegen Verleumdung und Beleidigung auch nach dem Strafgesetzbuch auch zu Haftstrafen verurteilt werden.

Art. 129 StGB legt dar, dass Verleumdung „...die Verbreitung von wissentlich falschen Angaben, die Würde und Ansehen einer anderen Person verletzen oder seine Reputation untergraben“, ist. Für öffentliche Verleumdung kann in besonders schweren Fällen ein Strafmaß von drei Jahren Freiheitsentzug und eine Geldstrafe von bis zu 300.000 Rubel (knapp 10.000 Euro) verhängt werden.

Eng damit einher geht Art. 130 StGB, der Beleidigung als „Erniedrigung von Würde und Ansehen einer anderen Person, die in unanständiger Form erfolgt“, definiert. Darauf steht ein Strafmaß von bis zu 80.000 Rubel (2.300 Euro) und Sozialarbeit bis zu einem Jahr.

Ein weiteres Gesetz, dass die Entwicklung des russischen Journalismus jahrelang

beeinflusste, war das „Gesetz über die wirtschaftliche Hilfe von Stadt- und Lokalzeitungen“ In dem Gesetz wurden den Medien wichtige soziale Funktionen zugesprochen und im Gegenzug gewährte der Staat den kleinen Zeitungen Steuererleichterungen und dort, wo es keinen Markt gab, sogar direkte finanzielle Unterstützung. Das Gesetz ermöglichte es einer Vielzahl von kleinen lokalen Zeitungen, ihre Auflage zu finanzieren. Im Jahre 2004 wurde es im Zuge der allgemeinen Sozialreform abgeschafft.

Relativ neu ist das Gesetz über die Begrenzung von Reklame in den Medien. Im August 2004 segnete die Staatsduma in dritter Lesung das Gesetz Nr. 115 „Über Änderungen des Artikel 16 des Föderalen Gesetzes „Über Reklame““ ab. Es war das Ereignis des Jahres, denn es schuf neue Grundlagen für eines der am meisten beworbenen Objekte in der Fernsehreklame: das Bier.⁶⁸

Das Gesetz wurde zwar nach einem Einspruch der zweiten Parlamentskammer, des Senats, im Dezember 2004 noch einmal überarbeitet und abgemildert. Dennoch sind wesentliche Neuerungen beibehalten worden.

So dürfen seit Jahresanfang 2005 Brauereien ihre Produkte nur noch in der Zeit von 22 Uhr – 07 Uhr morgens via TV reklamieren. Außerdem darf die Reklame nicht suggerieren, dass Biergenuss gesellschaftliche, sportliche oder persönliche Erfolge nach sich zieht, durststillend wirkt oder therapeutische Wirkung habe.

In bestimmten Medien darf Bier überhaupt nicht mehr beworben werden. Das betrifft Fachmedien in den Bereichen Ökologie, Erziehung und Gesundheit.⁶⁹

Die Gesetzesinitiative, die vor allem darauf abzielte, den Jugendalkoholismus in Russland zu bekämpfen, stieß auf heftigen Widerstand nicht nur seitens der Bierbrauereien, sondern auch vieler Medienvertreter. Diese befürchteten einen deutlichen Einbruch der Reklameeinnahmen.

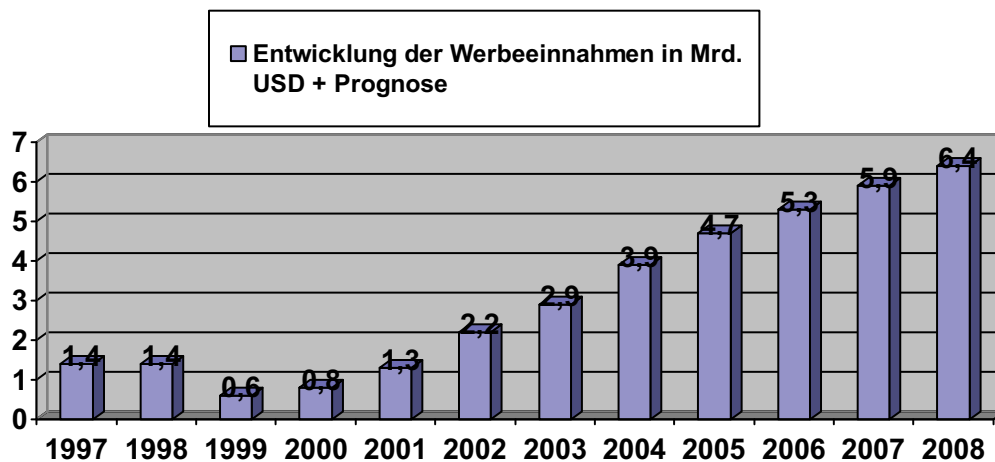
Tatsächlich stellten viele Brauereien ihre Sponsoringtätigkeit für Sportveranstaltungen ein und auch die Werbeeinnahmen der TV-Sender für Bierreklame ist rückläufig.

Nach Einschätzung des Experten Sergej Wesjolow wird der Boom des Reklamemarktes in den nächsten Jahren sowieso zurückgehen. Die Wachstumsraten von bislang 50 – 60 Prozent pro Jahr werden auf etwa fünf Prozent zum Ende des Jahrzehnts sinken. Sie entsprechen dann den Wachstumsraten der

⁶⁸ Vgl. dazu Ballin, Andre: 02.08.2004.

⁶⁹ Vgl. dazu Bordjug, Timur; Kulikowa, Julia; Owtschinikow, Roman, 16.12.2004: S. 1.

Wirtschaft.⁷⁰



Quelle: TNS Gallup Media 2005

1998 wurde in Russland ein Überwachungssystem für Datenübertragungen im Internet, das so genannte SORM2, eingeführt. Alle russischen Provider sind seitdem verpflichtet, dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB uneingeschränkten Zugang zu allen Informationen, die sie verwalten, zu gewähren. Davon betroffen sind auch private Emails oder persönliche geschützte Daten ihrer Kunden. Obwohl bis heute Rechtsexperten bezweifeln, dass diese Überwachungsmaßnahme mit der Verfassung vereinbar ist, wurde es am 31. Mai 1999 vom Justizministerium gebilligt. Angewendet wurde SORM2 allerdings schon vor seiner gesetzlichen Legitimierung. Inzwischen sind die öffentlichen Diskussionen über die Verletzung der Privatsphäre längst verstummt. Im Kampf gegen den internationalen Terror soll SORM2 zur Gewinnung wichtiger Informationen im Vorfeld möglicher Anschläge dienen. Das Abhören des Internets dient aber auch der Kontrolle der Medien, unmittelbaren Einfluss hat es auf die Internetmedien, mittelbaren auch auf alle anderen, denn inzwischen kommunizieren die meisten russische Journalisten mittels E-Mail, ICQ usw.

Auf regionaler Ebene gab es ebenfalls zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die den Medienmarkt beeinflussten. Mitunter gab es dabei deutliche Abweichungen von der in Russland gängigen Rechtsprechung. In Kalmykien bspw. konnten sich nur Vertreter staatlicher Medien bei den Behörden akkreditieren lassen, obwohl, wie oben bereits geschildert, die russische Verfassung eindeutig zulässt, dass Medien sowohl staatlich als auch privat sein können und dass Journalisten dementsprechend

⁷⁰ Die Aussage Wesjolows, zitiert nach dem Journalistenverband, 2005: S. 102.

die gleichen Rechte haben.

Die Republik Baschkortostan hingegen hatte eine eigene Staatsbürgerschaft für seine Einwohner eingeführt. Das führte dazu, dass sich Vertreter föderaler Medien jahrelang in Ufa beim Außenministerium als Vertreter ausländischer Medien anmelden mussten.

Die schärfsten Abweichungen in den Rechtsvorschriften zwischen Russland und seinen Regionen wurden inzwischen abgeschafft.

Putin rief eine Aufsichtsbehörde ins Leben, die regionale Gesetze auf ihre Kompatibilität mit föderalen Gesetzen überprüft.

„Wir überprüfen, ob Gesetze oder Verordnungen, die von Stadt- oder Regionalparlament bzw. den entsprechenden Verwaltungen verfasst werden, mit dem russischen Gesetz und der Verfassung übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, so fordern wir die entsprechende Stelle zur Überarbeitung des jeweiligen Gesetzes auf. Wird unserer Forderung nicht nachgekommen, gehen wir vor Gericht“⁷¹, beschreibt Staatsanwalt Sergej Sabowodny von der Behörde in Kaliningrad die Aufgaben seines Amtes.

Für die Journalisten bedeutet das in gewisser Weise eine Erleichterung. Die Benachteiligung regionaler Journalisten gegenüber föderalen wurde zumindest juristisch abgeschafft.

„Es war das einzige Mal, dass sich unsere Interessen mit denen der Regierung deckten“⁷², sagte Jakowenko. Ein Bericht des Verbandes über die unterschiedliche Rechtslage in den Regionen und Abweichungen von der föderalen Verfassungsgebung wurde den Autoren regelrecht aus der Hand gerissen. „Es gibt immer noch geringe Abweichungen, aber dies ist nicht mehr das Hauptproblem“⁷³, meint Jakowenko.

Tatsächlich kann festgehalten werden, dass die Gesetzeslage in Russland, obwohl nicht perfekt, doch relativ günstige Voraussetzungen für die Entwicklung eines freien und wettbewerbsorientierten Journalismus bietet. Die Bürgerrechte sind nicht nur nach europäischem Muster formuliert worden, seit 1998 erstreckt sich die Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte formal auch auf Russland.⁷⁴

„Ich halte das Gesetz über die Massenmedien für das fortschrittlichste in ganz

⁷¹ Sergej Sabowodny, Staatsanwalt der Kaliningrader Aufsichtsbehörde zur Überprüfung regionaler Gesetze auf ihre Kompatibilität zu föderalen Gesetzen, im Interview, 12.7.2005.

⁷² Jakowenko im Interview, 14.10.2005.

⁷³ ebd. 14.10.2005.

⁷⁴ Vgl. Potapenko, 2002: S. 6.

Europa. Doch die Rechtsprechung hält sich nicht an die Gesetze, weil die Richter abhängig sind. Das ist unser größtes Problem⁷⁵, fasste der Generalsekretär des russischen Journalistenverbandes, Igor Jakowenko, die Situation zusammen.

3.5. Die Rechtswirklichkeit in Russland und seinen Regionen

Es wurde herausgearbeitet, dass die gesetzliche Grundlage in Russland das Vorhandensein einer freien Presse ermöglicht. Eine ihrer Schwachpunkte liegt aber in den mitunter ungenügend und schwammig ausformulierten Regelungen. Gerade diese dadurch auslegbaren Formulierungen werden der Presse in Russlands Rechtswirklichkeit oft zum Verhängnis. Es ist klar, dass die Pressefreiheit nicht dazu führen darf, dass andere Persönlichkeitsrechte eingeschränkt werden. Das betrifft insbesondere das Recht auf Unantastbarkeit der Würde. Sowohl das Zivil-, als auch das russische Strafgesetzbuch sollen die Bürger vor den Auswüchsen der Pressefreiheit schützen.

Doch leider gibt es in der gesamten russischen Gesetzgebung „keine klare Bestimmung, was eine Ehr- und Würdeverletzung darstellt“⁷⁶, beklagen russische Medienrechtler. Dies sei umso bedauerlicher als dadurch auch rechtlich nicht klar sei, was Beleidigung und Verleumdung darstelle, legen die Autoren dar.

Dies öffnet der Justizwillkür ein breites Tor. Jeder, der sich durch einen Artikel ehrgeschädigt fühlt, kann die Medien verklagen. Dies ist durchaus legitim. Dass aber jedes angerufene Gericht ohne genauere Anhaltspunkte im Gesetzestext allein entscheiden kann und muss, inwieweit das Recht auf Würde verletzt wurde, ist zumindest problematisch.

Dabei geht es in den Prozessen um viel Geld. Die Schadenersatzforderungen sind mitunter immens hoch.

Die höchste Summe, zu der eine Zeitung in Russland verurteilt wurde, waren elf Millionen US-Dollar. Die Wirtschaftszeitung „Kommersant“ hatte während einer kleineren Bankenkrise im Sommer 2004 über endlos lange Schlangen an den Bankautomaten der Alfa-Bank geschrieben. Das Finanzinstitut klagte daraufhin wegen Rufschädigung. Auf Grund dieser Artikel sei Panik unter ihren Kunden ausgebrochen. Viele hätten so schnell wie möglich ihr Geld abheben wollen (die

⁷⁵ Jakowenko, 14.10.2005.

⁷⁶ Basylew, u.a, 1998.: S. 12

Erinnerung an den Bankencrash 1998 ist bei vielen Russen noch frisch). Das habe der Bank einen Schaden in Höhe von einer halben Mrd. USD eingebracht, klagten die Banker und forderten zumindest moralische Kompensation vom „Kommersant“. Das Gericht sah die Sache ähnlich und verurteilte das Blatt zu oben genannten elf Mio. USD (8,5 Mio. Euro) Schadenersatz und einem Widerruf. „Solche Gerichtsentscheidungen haben einen politischen Kontext“, sagte Oleg Panfilow, der Direktor des Moskauer Zentrums für Journalismus in Extremsituationen in einer kurzen Stellungnahme gegenüber der Internetzeitung russland-aktuell. Millionenforderungen seien keine Seltenheit, etwa 5.000 – 8.000 Fälle von Schadenersatzklagen würden jährlich gegen Medien angestrebt, die Hälfte davon sei tatsächlich von den Journalisten selbstverschuldet. „In den anderen Fällen handle es sich zumeist um Versuche, unliebsame Medien mundtot zu machen. In Russland, Weißrussland und Kasachstan seien Schadenersatzverfahren ein weit verbreitetes Mittel dazu.“⁷⁷

Tatsächlich hat sich Russlands kleiner westlicher Nachbar, Weißrussland, zur Vorzeigediktatur in Europa entwickelt. Regimekritische Medien werden u.a. mit Hilfe von Gerichten mundtot gemacht. Die oppositionelle Zeitung „Narodnaja Wolja“ („Volkswille“) wurde im Jahr 2005 zu einer Strafzahlung von 100 Millionen weißrussischen Rubeln (40.000 Euro) verurteilt, nachdem sie über Verbindungen eines Lukaschenko-nahen Politikers zum Hussein-Regime im Irak berichtet hatte. Dies bedeutete das faktische Ende des Blattes.⁷⁸ Die Pfändungen von Büromaterial, Computern und die Blockierung des Redaktionskontos fanden unmittelbar vor einem Kongress der Opposition statt, die sich auf einen Einheitskandidaten gegen Amtsinhaber Alexander Lukaschenko bei den nächsten Präsidentschaftswahlen verständigte. Kurz danach starb dann auch noch einer der Korrespondenten dieser Zeitung unter mysteriösen Umständen.⁷⁹

Das Beispiel Weißrussland zeigt, welche Gefahren der Pressefreiheit und Demokratie in Russland drohen.⁸⁰ In Weißrussland gibt es keine unabhängigen Gerichte. Doch auch in Russland gibt es damit gravierende Probleme.

⁷⁷ Panfilow, zitiert nach Packeiser, Karsten: 20.10.2004

⁷⁸ Vgl. Ballin, Andre, 29.09.2005

⁷⁹ Vgl. Packeiser, Karsten, 27.10.2005.

⁸⁰ The Commission on Human Rights expresses deep concern „About the recent report of the OSCE Representative on Freedom of the Media, dated March 10, 2005, which raises serious concerns regarding the grave situation of the independent media in Belarus, in particular the declining number of registrations of independent newspapers and the increased pressure on the media through judicial, extra-judicial and economic means“, vgl. <http://www.state.gov/p/io/rls/othr/44759.htm>

„So fehlt es nach wie vor an Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Die Defizite in diesem Bereich führten in den letzten anderthalb Jahrzehnten immer wieder zu Willkür von ausführenden Organen sowie damit einhergehender Korruption“, klagt Eimermacher.⁸¹

Die unterschiedliche Auslegung von Gesetzen führt zu einer Ungleichbehandlung der Medien. „In Russland gibt es völlige Straffreiheit für einige Auserwählte und Ungerechtigkeit für alle übrigen“,⁸² meint Julia Kitowa.

Vor allem oppositionelle Medien müssen fürchten, durch Schadenersatzklagen in den Ruin getrieben zu werden.

Besonders haarsträubend sieht die Situation in den Regionen aus. Die oben zitierte Julia Kitowa, eine Journalistin aus der westrussischen Region Belgorod musste sogar zeitweise nach Deutschland übersiedeln, um der gerichtlichen Verfolgung zu entgehen.⁸³ Ihre erste Verhaftung 2001 beschrieb sie folgendermaßen: „Alles, was danach folgte, erinnerte an einen schlechten Action-Film: Von drei Seiten kommen Autos scharf angefahren, die Bremsen quitschen, eine Horde von Kerlen stürmt aus den Wagen, kreist ein, wirft auf die Erde...mit einem Unterschied – das alles passierte mit mir in der Realität. Ich war es, die eingekreist wurde. Auf mich entlud sich diese wilde Kraft. Es waren meine Hände, die mit dem üblichen Ruck buchstäblich auf den Rücken verdrehten, mich zerrten sie an den Haaren, auf meine Beine schlugen sie ein.“⁸⁴ Später verurteilte ein Gericht die Journalistin wegen angeblicher Verleumdung zu zweieinhalb Jahren auf Bewährung, 20.000 Rubel (etwa 600 Euro) Strafe und dem Verlust des passiven Wahlrechts für einen Zeitraum von drei Jahren. Der deutsche Journalistenverband hingegen zeichnete Kitowa im Herbst 2003 für ihren hohen Professionalismus, Tapferkeit und Prinzipientreue aus.

Die juristischen Schwierigkeiten Michail Afanassjews aus dem sibirischen Chakassien wurden bereits in der Einleitung erwähnt.

In Nowosibirsk, eigentlich eine der russischen Regionen mit dem höchsten Grad an Pressefreiheit, musste der Medienoligarch Jakow London gegen eine Prozesslawine bestehen, nachdem er bei den Duma-Wahlen nicht den Kreml-Kandidaten unterstützt hatte. Das Gericht entzog ihm letztendlich die Lizenzen für den Betrieb von zwei Sendern. Offizielle Begründung: Das Presseministerium habe die Sendelizenzen für

⁸¹ Eimermacher, 2004: S. 60.

⁸² Kitowa, zitiert nach Packeiser, Karsten, 30.10.2002.

⁸³ Zum Schicksal Kitowas erschien der ARD-Dokumentarfilm: „Russische Treibjagd“ von Udo Lielischkes. Nachzulesen auch unter: http://www.wdr.de/themen/politik/1/russische_treibjagd/index.jhtml

⁸⁴ Kitowa, Olga, 2003: S. 12.

Londons Sender ungerechtfertigterweise verlängert, statt sie neu auszuschreiben.⁸⁵

Der bekannte russische Anwalt Stanislaw Markelow formulierte es zugespitzt: „Wenn Politik mitspielt, wird Rechtsprechung unvorhersehbar.“⁸⁶

Auch in den drei näher beobachteten Regionen Kaliningrad, Krasnodar und Baschkortostan gab und gibt es Konfliktpotential zwischen Journalisten und Beamten und Rechtsverstöße gegen Journalisten, wobei diese Konflikte in der schärfsten Form in der Republik Baschkortostan auftreten. Näheres dazu ist in den jeweiligen Regionen-Kapiteln nachzulesen.

⁸⁵ Vgl. dazu Rostowa, Natalja, 19.05.2005: S. 19

⁸⁶ Stanislaw Markelow im Gespräch mit dem Autor, 25.10.2005.

4. Die Lage der russischen Medien

4.1. Die Transitionsphase

Während des Transformationsprozesses in Russland spielten die Medien eine wichtige Rolle. Trotz jahrzehntelanger Bevormundung und Instrumentalisierung durch die Politik konnten die Medien im Zuge von Glasnost und Perestroika zunehmend als eigenständige Akteure den Prozess mitbegleiten und –gestalten. Waren es anfangs die Printmedien, die sich in der ersten Phase der Liberalisierung mit kritischen Beiträgen profilierten, ging schließlich auch das staatliche Fernsehen in die Offensive. Der Dekan der journalistischen Fakultät, Jassen Sassurski, datiert den Beginn des Transitionsprozesses der Medien auf April 1986.⁸⁷

Genauer gesagt, waren es natürlich einzelne Journalisten, die sich in Presse und Rundfunk hervor wagten und erste Markierungspunkte setzten.

Doch damit setzten sie das System unter Druck und forcierten die Entwicklung und den eingeleiteten Transformationsprozess ganz erheblich.

Gorbatschow hatte anfangs keineswegs vor, das Medienmonopol der KPdSU aufzugeben, genau so wenig, wie er nach Ansicht vieler Politologen eine Demokratie anstrebte.

„...in a democracy, power outcomes are necessarily **contingent** and cannot be guaranteed or fixed by one historical decision, a political **opposition** must have the right to legal existence, internal party democracy is important but never a substitute for free **multiparty elections** for central power, and no degree of social pluralism is a substitute for **political pluralism**. Gorbachev's thought in 1985-91 was hostile or at best ambivalent to all of these positions.“⁸⁸

Vielmehr strebte er nach einer Liberalisierung des Systems, verlor aber während des Transformationsprozesses die Macht, die Ereignisse zu steuern. Grund dafür waren auch die Medien, die ihm anfangs noch als Mittel dienten, um gegen den Widerstand der alten Nomenklatura seine neue Politik der Offenheit (glasnost) zu propagieren. Im Laufe der Entwicklung wandten sich die Medien aber auch immer kritischer der Politik Gorbatschews selbst zu.

Als die Medien begannen, das System in Frage zu stellen, machten sie sich

⁸⁷ Sassurski, Jassen, 2002: S. 89.

⁸⁸ Linz, Juan; Stepan, Alfred, 1996: S. 379 (Hervorhebung im Original).

Gorbatschow zum Feind. Doch es war bereits zu spät, der Untergang der Sowjetunion nicht mehr rückgängig zu machen.

Natürlich waren es nicht nur die Medien, die mehr Freiheit forderten, aber ihre Rolle sollte bei der Artikulation der Forderungen nicht unterschätzt werden. Nicht zufällig ging in Vilnius 1991 das Militär gegen eine Fernsehstation vor. Bei der Aktion starben 14 Menschen. Danach war die Abspaltung der baltischen Republiken nicht mehr aufzuhalten. In Moskau hingegen wurden die Redakteure der progressiven Nachrichtensendung TSN, die Partei für die „Separatisten“ genommen hatten, gefeuert.⁸⁹

Ihre nächste Bewährungsprobe mussten die Medien beim Augustputsch 1991 bestehen. Hier trennte sich die Spreu vom Weizen. Während ein Teil der Presse und des Fernsehens sich den Anordnungen des selbsternannten Notstandskomitees widerstandslos fügte – im Fernsehen lief in den dramatischen Augusttagen lediglich das Tschaikowski-Ballett „Schwanensee“, das von Dekretverlesungen der Putschisten unterbrochen wurde – organisierten andere Journalisten den Widerstand.⁹⁰

Da die reformorientierten Zeitungen verboten worden waren, stampften sie kurzerhand die „Obschtschaja Gaseta“ („Allgemeine Zeitung“) aus dem Boden. Freiwillige Helfer brachten das neue Publikationsorgan unter die Massen und versorgten die Bevölkerung in Moskau mit Informationen über das Geschehen. In den Regionen war die Bevölkerung weit weniger gut informiert über das Geschehen in Moskau, aber auch hier gab es Zeitungen und Fernsehkanäle, die über das Geschehen berichteten, wie z.B. über die Proteste in Leningrad gegen das Notstandskomitee.⁹¹

So halfen diese Medien Boris Jelzin, dem frisch gewählten russischen Präsidenten, bei der Organisation des Widerstandes gegen die Putschisten. Zugute kam Jelzin auch, dass der zweite sowjetische Kanal zu der Zeit bereits unter seiner Kontrolle stand. Den Putschisten gelang es nicht, wie geplant, den Sender zu schließen. Selbst die Nachrichtensendung „Wremja“ („Zeit“) des ersten staatlichen Kanals brachte Bilder vom Putsch und, was viel wichtiger war, vom Protest der Bevölkerung gegen die Putschisten.

Die dilettantischen Versuche der Putschisten, ein Informationsmonopol

⁸⁹ Vgl. Mickiewicz, Ellen, 1999: S. 78 – 79.

⁹⁰ Vgl. zu den unterschiedlichen Reaktionen Wendler, Hauke, 1995: S. 87-89.

⁹¹ Vgl. Mickiewicz, Ellen, 1999: S. 106.

durchzusetzen, was den Erfolg des Umsturzes erheblich wahrscheinlicher gemacht hätten, scheiterten damit am Widerstand emanzipierter Journalisten.

In der Konfrontation offenbarte sich auch die hohe Politisierung der Journalisten und Medien. Durch ihren Erfolg stiegen die Rolle der Medien und das Ansehen der Presse nach dem gescheiterten Putsch erheblich an. Neue Medien wurden gegründet - oft mit wenig Kapital aber viel Enthusiasmus der neuen Eigner. Kurz nach diesen dramatischen Ereignissen wurde das fortschrittliche „Gesetz über die Massenmedien“ verabschiedet. Damit war die Phase der Demokratisierung der Medien eigentlich abgeschlossen.

4.2. Die Medien unter Präsident Jelzin

Dass die darauf folgende Phase der Konsolidierung der Demokratie in den Medien nicht so problemlos vonstatten ging, lag vor allem an den wirtschaftlichen Problemen des Landes. Diese sorgten schnell für Ernüchterung in der Bevölkerung und für einen massiven Rückgang der Abonnentenzahlen bei den Zeitungen. Die Auflagenzahlen der Blätter fielen ins Bodenlose. So verlor die beliebteste Wochenzeitschrift Russlands „Argumenty i Fakty“ von Dezember 1991 bis Januar 1993 über 50% ihrer Leserschaft, die Auflage ging von 24,228 Mio. auf 12,05 Mio. Exemplare pro Auflage zurück. Andere Zeitungen traf es sogar noch härter: „Komsomalskaja Prawda“ Auflage 17,8 Mio. im Dezember 91; 1,9 Mio. im Januar 93, die Auflage der „Prawda“ fiel von 2,6 Mio auf 500.000 die der „Iswestija“ von 4,7 Mio. auf 1 Mio.⁹²

Es war die Zeit, in der die Regierung Gaidar mit einer „Schocktherapie“ das Land von seiner chronischen Defizit-Krankheit heilen wollte. Tatsächlich füllten sich auf einmal die Regale der Geschäfte mit einer in der Sowjetunion unbekannteren Warenvielfalt und –auswahl. Gleichzeitig jedoch verarmte die Bevölkerung. Die Preisliberalisierung setzte eine Inflationsspirale in Kraft, die die Einkommen und Ersparnisse des Großteils der Bevölkerung einfach entwerteten. In Folge dessen mussten sich die meisten Menschen deutlich einschränken. Gekauft wurde nur noch das Notwendigste. Zeitungen gehörten in der Regel nicht dazu.

So wurde der bei einer Transformierung des Mediensystems übliche Konzentrationsprozess in Russland durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch erheblich verschärft. Das gesamte Pressewesen, das zu Sowjetzeiten staatlich

⁹² Zahlen nach Wendler, Hauke, 1995: S.136-137.

subventioniert wurde durch gestützte Papierpreise, Abo-Verpflichtungen usw. stürzte in eine tiefe Krise. Durch die harten Wettbewerbsbedingungen wurde nicht nur minderwertigen Publikationsorganen, sondern auch absolut seriös und professionell arbeitenden Medienunternehmen buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Mit dem Rückgang der Abonnentenzahlen ging auch der Abstieg des Journalistenberufes einher. Viele Publikationsorgane lösten sich auf und die Journalisten standen auf der Straße, andere kürzten ihren Mitarbeitern die Gehälter, um zu überleben.

Offiziell sind derzeit in Russland 45.000 Presseorgane registriert. Die tatsächliche Zahl liegt nach Schätzungen des russischen Journalistenverbandes bei gerade einmal einem Drittel.⁹³ Das liegt daran, dass Verlage, die ihre Arbeit auf Grund von Finanz- oder anderen Problemen eingestellt haben, sich in der Regel nicht bei der für die Registrierung zuständigen „Föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikation“ abmelden. Dies verkompliziert die Gründung neuer Medienanstalten, da die Namensrechte oft schon an ein (inzwischen oft nicht mehr existentes) Publikationsorgan vergeben sind.

Neben dem Konzentrationsprozess setzte in den 90er Jahren des letzten Jahrtausends ein weiterer Prozess ein, der bedeutenden Einfluss auf die Medienlandschaft haben sollte. Viele unrentable Medien wurden von branchenfremden Besitzern aufgekauft, die sich eine Zeitung, ein Journal oder einen Fernsehsender aus Prestige Gründen hielten, bzw. um politische Propaganda zu betreiben. Die Pressefreiheit litt ganz erheblich darunter

„...Medien als Unternehmen, die Zeitungen herausgeben oder TV-Programme produzieren, sind verlustbringend oder unrentabel. Unrentable Medien können aber nicht unabhängig und frei sein. Sie hängen von demjenigen ab, der ihnen die Differenz zwischen den Ausgaben und den kleinen Einnahmen zuschießt.“⁹⁴

Bei den neuen Eignern handelte es sich einerseits um Oligarchen, andererseits waren auch hohe städtische und regionale Beamte daran interessiert, die Medien unter ihre persönliche Kontrolle zu nehmen.

In der Mehrzahl waren es zu dieser Zeit aber Oligarchen, die sich ab Mitte der 90er für die Medien interessierten. Sie sahen darin eine willkommene Gelegenheit, ihre

⁹³ Vgl. Journalistenverband, 2005: S. 47.

⁹⁴ Sassurski, Jassen, 05/2002: S. 15.

wirtschaftliche Macht durch politischen Einfluss abzusichern.

Am weitesten brachten es auf nationaler Ebene dabei die beiden Media-Magnaten Boris Beresowski und Michail Gussinski. Ersterer hatte sich praktisch in der Endphase der Jelzin-Ära die Kontrolle über den staatlichen „Ersten Kanal“ (zu jener Zeit unter dem Namen ORT), die politische Wirtschaftszeitung „Kommersant“ und die einflussreiche Tageszeitung „Njesawissimaja Gaseta“⁹⁵ gesichert. Gussinski hingegen hatte mit den Geldern seiner Most-Bank eine Medienholding aufgebaut, zu der der Fernsehsender NTW, der Radiosender „Echo Moskaus“, die Tageszeitung „Segodnja“ und die Wochenzeitschrift „Itogi“ gehörten.

Aber auch andere Oligarchen sicherten sich ihren Einfluss in der Medienbranche: Michail Potanin und der Ölkonzern Lukoil des Oligarchen Wagit Alikperows sicherten beispielsweise sich die größte seriöse Tageszeitung dieser Zeit, die „Iswestija“. Auf der anderen Seite konnte, wer erfolgreich im Medienbusiness war, auch politische Karriere machen. So stieg der Besitzer des Reklamemonopolisten „Video International“, Michail Lessin, zum Presseminister auf. Dies verdeutlicht einmal mehr die enge Verbindung zwischen Business und Politik in Russland.

Auch die Media-Magnaten Gussinski und Beresowski versuchten mit ihren Imperien Politik zu machen. Während der erste gegen den Kreml schoss, unterstützte Beresowski Jelzin. Gussinskis Sender NTW berichtete offen über die Brutalität des Tschetschenienkrieges und gewann dadurch deutlich an Ansehen. Der Konflikt, der Ende 1994 von Jelzin entfacht wurde, ließ den Präsidenten in ein Populartätstief fallen. Dies drohte zu einer echten Gefahr bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen 1996 zu werden.

Doch da zeigte sich, dass beide Oligarchen stets auf ihren eigenen Vorteil bedacht waren. Ihre Medien verfolgten die Linie ihrer Eigner oft ohne Rücksicht auf journalistische Ethik. Die Wahlen 1996 wurden zum „Sündenfall“ der russischen Medien.

Gussinski und Beresowski, aber auch andere Oligarchen, die in der Machtergreifung des Kommunisten Gennadi Sjuganow eine reale Gefahr für ihren frisch erworbenen

⁹⁵ Die Geschichte der „Njesawissimaja Gaseta“ zeigt eindrucksvoll den Untergang der unabhängigen Medien. Der Name Njesawissimaja Gaseta übersetzt sich mit Unabhängige Zeitung. Tatsächlich war der Name in der Anfangsphase des Blattes Programm. Journalisten konnten dort ihre Meinungen veröffentlichen, die mitunter sogar konträr zu der des Chefredakteurs und Gründers Tretjakow standen. Doch wirtschaftliche Schwierigkeiten führten schließlich dazu, dass die Zeitung 1995 von Beresowski übernommen wurde. Dieser sah darin ein willkommenes Instrument für den Wahlkampf 1996 und die Diffamierung von wirtschaftlichen Konkurrenten, z.B. wurde die Njesawissimaja dazu benutzt, um eine Kampagne gegen andere Bewerber (Potanin) für die Übernahme des Telefonunternehmens Swjasinvest zu starten. Vgl. dazu auch Sassurski, Iwan: 2001: S. 51-52.

Reichtum witterten, nutzten ihre Mediengewalt zu einer Dämonisierung des KP-Führers aus.

Die Journalisten ließen sich willig vor diesen Karren spannen – ehrlicherweise muss gesagt werden, dass viele von ihnen tatsächlich auch überzeugt davon waren, dass mit Sjuganows Machtantritt eine Rückkehr zur Sowjetunion einsetzt.

Die Wahlkampagne für Jelzin war mächtig und letztendlich auch erfolgreich. Die parteiische Berichterstattung der Medien zahlte sich aus – für Jelzin, in dem er als Präsident bestätigt wurde und für die Olgarchen, die nun für ihre Loyalität belohnt wurden und die noch nicht privatisierten Rohstoffkonzerne unter sich aufteilen durften. Für den Sender NTW, der im Wahlkampf vom Jelzin-Kritiker zu einem glühenden Befürworter des Präsidenten mutiert war, zahlte sich die Wandlung ebenfalls aus. Er bekam eine weitere Frequenz zugesprochen und war nun landesweit empfangbar.

Ende der 90er Jahre war der russische Medienmarkt weitgehend aufgeteilt.

Unabhängige Medien, die sich also aus eigener Kraft finanzierten, waren kaum noch übrig geblieben. Auf dem Printmarkt konnten sich lediglich die „Komsomolskaja Prawda“ (KP), deren Redaktion freilich in einem Gebäude sitzt, das der Kremladministration gehört, und der „Moskowski Komsomelez“ (MK) als gesamt-nationale Boulevardzeitungen einigermaßen behaupten. Dabei kam diesen Zeitungen auch zugute, dass sie sich Regionalbeilagen zulegten und sie somit auch außerhalb des so genannten Moskauer Gartenrings ihre Leser fanden.

Der Einfluss von KP und MK auf die politische Elite war und ist jedoch relativ gering.

Vom Format ähneln sie der deutschen Bild-Zeitung, d.h. die politische

Berichterstattung nimmt nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtprodukt ein.

Skandale und Skandälchen mehr oder weniger berühmter Persönlichkeiten

bestimmen die Schlagzeilen. Während in Deutschland der „Medienkanzler“ Schröder

während seiner Amtszeit die Bild-Zeitung ab und zu mit Exklusiv-Interviews

versorgte, konnten sich weder KP noch MK einen derartigen Stand erarbeiten.

Die politisch einflussreiche Presse befand sich in den Händen der Oligarchen.

Als ein Nachfolger für Präsident Jelzin gesucht wurde, teilten sich diese Medien in

zwei Lager. Auf der einen stand die so genannte „Familie“, die für Jelzins

Wunschnachfolger Putin propagierte. Unter ihrem Einfluss waren die beiden

staatlichen Sender „ORT“ und „Rossia“, die Radiosender „Majak“ und „Rossia“ (die

drei letztgenannten zählen zur staatlichen TV- und Rundfunkanstalt WGTRK⁹⁶) und zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften, zu denen unter anderem „Kommersant“ und „Njesawissimaja“ gehörten.

Auf der anderen Seite agitierte die wieder abtrünnig gewordene Media-Holding Most von Wladimir Gussinski für den Ex-Premier Jewgeni Primakow. Der wurde auch von Moskaus Oberbürgermeister Juri Luschkow und „seinem“ Fernsehsender TV Zentr⁹⁷ unterstützt.

In einem kurzen, aber schmutzigen Wahlkampf für die Duma-Wahlen 1999 gelang es dem Kreml, die am stärksten eingeschätzte Oppositionspartei „Vaterland – Ganz Russland“ deutlich zu schwächen. Sie erzielte bei der Abstimmung lediglich 13,33 Prozent, während die Kremlpartei „Einheit“, deren Wahlprogramm lediglich in der Unterstützung für Premier Putin bestand, auf Anhieb 23,32 Prozent erhielt⁹⁸.

Auch der als aussichtsreichster Gegner von Putin gehandelte Spitzenkandidat von Vaterland, Jewgeni Primakow, verlor in Folge harter Medienattacken viel Vertrauen in der Bevölkerung. Einer Umfrage nach sackte sein Rating von September 1999 (25%) bis Januar 2000 (9%) um mehr als die Hälfte ab.⁹⁹ Am Ende trat Primakow gar nicht mehr bei den Wahlen an und Putin siegte ungefährdet. Damit begann eine neue Ära in Russland – auch und vor allem für die Medien.

4.3. Die Medien unter Präsident Putin

In den letzten Jahren stand die Medienpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin häufig in der Kritik. Westliche Journalisten und Politikwissenschaftler warfen ihm diktatorisches Gehabe und Unterdrückung der Meinungsfreiheit vor. Einige Beispiele aus der Zeitschrift *osteuropa* sollen dies verdeutlichen:

„Im fünften Jahr im Amt erinnert Putins Stellung an die eines Monarchen – wenn auch eines gewählten, wie der Ausgang der Präsidentschaftswahlen demonstriert. Und noch viel mehr gemahnt die unterwürfige Haltung weiter Kreise der rußländischen politischen Klasse und der Medien ihm gegenüber an die von

⁹⁶ WGTRK ist die russische Abkürzung für die „Allrussische Staatliche TV- und Rundfunkgesellschaft“. Dazu zählen die föderalen TV-Sender Rossia und Kultura, die föderalen Radiosender Majak und Rossia sowie eine Unmenge regionaler und lokaler Fernseh- und Rundfunkstudios.

⁹⁷ TV Zentr ist ein Fernsehsender, der der Moskauer Stadtverwaltung gehört. Anfangs als reiner Regionalsender konzipiert, strahlt er inzwischen russlandweit aus.

⁹⁸ Zahlen nach Bos, Ellen, 2001: S. 65.

⁹⁹ Zahlen nach Popow, Nikolai, 2000: S. 10.

Untertanen eines Monarchen als an die selbstverantwortlicher Bürger“¹⁰⁰, kritisiert Sapper.

Sokolov verurteilt das von Putin geprägte Wort und System der gelenkten Demokratie: „Der Idee der Lenkbarkeit ist inhärent, perfektioniert zu werden, eine perfekt gelenkte Demokratie jedoch ist so dysfunktional, daß sie niemand mehr braucht. Selbst der nicht, der sie geschaffen hat.“¹⁰¹

Eimermacher behauptet gar: „Die Einschränkung der Pressefreiheit durch gezielt gesteuerte Selektion, Quantifizierung und Unterdrückung von Meldungen, die Minimierung kritischer Offenheit sowie die Behinderung einer freien Berichterstattung beispielsweise über den Tschetschnienkrieg durch rußländische und ausländische Korrespondenten haben zu einem verstärkten Mißtrauen gegenüber dem Staat als Ausdruck der Macht sowie zur politischen Verweigerung in der Öffentlichkeit geführt“, und setzt hinzu: „Erschreckend hoch ist die erneut praktizierte innere Zensur von Journalisten in den Massenmedien.“¹⁰²

Tatsächlich gab es eine deutliche Flurbereinigung in der Medienlandschaft unter dem ehemaligen Geheimdienstoffizier. Ohne den Fehler einer Pauschalverurteilung zu machen, wird sich die Dissertation in diesem Kapitel kritisch der Medienpolitik Putins und ihren Auswirkungen auf die russische Journalistik zuwenden.

Seit 2000 ist ein verstärkter Einfluss des Staates auf die russischen Medien zu spüren. Vor allem im Fernsehen hat der Kreml nun fast ein Informationsmonopol. „Ich bedauere es außerordentlich, dass vor allem die staatlichen Fernsehkanäle auf die Bedürfnisse der Präsidialadministration hin „harmonisiert“ wurden“¹⁰³, kritisiert Eichwede diese Tendenz.

4.3.1. Fernsehen

Der 1. Kanal (früher ORT), zu Jelzins Zeiten, vom Oligarchen Boris Beresowski zur Durchsetzung eigener Interessen instrumentalisiert, ist wieder vollständig unter staatlicher Kontrolle. Neben dem 1. Kanal und dem Sender Rossia, die stets staatlich waren, ist inzwischen praktisch auch der drittgrößte landesweite Sender, NTW, nationalisiert worden.

¹⁰⁰ Sapper, Manfred, 2004: S. 54.

¹⁰¹ Sokolov, Maksim, 2004: S. 7.

¹⁰² Eimermacher, Karl: 2004: S. 60.

¹⁰³ Eichwede, Wolfgang, 29.11.2005 im Interview.

Diese Aktion ist zwar inzwischen bereits vielfach kommentiert worden, dennoch lohnt es sich, hierüber ein bisschen ausführlicher zu berichten:

Der Fernsehsender NTW wurde 2001 nach einer harten Übernahmeschlacht vom damals noch halbstaatlichen (inzwischen besitzt Russland wieder mehr als 50 Prozent an dem Unternehmen) Erdgasmonopolisten Gazprom übernommen. Der ehemalige Besitzer, Wladimir Gussinski, hatte mit seiner Medien-Holding Media-Most einen bedeutenden Schuldenberg angehäuft. Neben Steuerrückständen hatte er auch Kreditschulden über 200 Mio. USD bei Gazprom. Der Konzern forderte die Summe anno 2000 mit der Begründung zurück, dass die Informationspolitik des Senders NTW den Interessen des Konzerns schade.

Vordergründig ging es bei diesem Konflikt um rein wirtschaftliche Interessen, doch war der Einfluss des Kremls auf Gazprom schon zu der Zeit sehr hoch. Den plötzlichen Kreditrückforderungen war ein Treffen Putins mit Gazprom-Chef Alexej Miller vorangegangen.

Direkten Druck auf Gussinski übten die Steuerfahnder aus, die mehrmals, unterstützt von bewaffneten Spezialeinheiten, die Büros von Media-Most durchsuchten. Ein ähnliches Szenario wiederholte sich dann übrigens später bei der Enteignung des bis dato größten russischen Ölkonzerns Yukos.

Nach der Übernahme des Senders ging ein Großteil der alten Mannschaft. Neben Chefredakteur Jewgeni Kisseljow verließen auch prominente Redakteure wie Viktor Schenderowitsch (Moderator der Satiresendung „Kukly“) NTW.

Versuche Kisseljows bei anderen Sendern Fuß zu fassen, scheiterten. Erst wurde der Sender TV6, bei dem die Mannschaft Kisseljows im Anschluss an den NTW-Skandal Unterschlupf fand, nach einer Klage des Minderheitsaktionärs Lukoil geschlossen¹⁰⁴, dann verlor auch TWS – die zweite Station Kisseljows – nach diversen Querelen im Aufsichtsrat aufgrund finanzieller Schwierigkeiten die Lizenz.¹⁰⁵

Als zwischen dem Kreml und Russlands reichstem Ölmagnaten, Michail Chodorkowski, ein Machtkampf ausbrach, installierten Verantwortliche des Ölkonzerns Yukos Kisseljow als Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Moscow News“, die Yukos kurz zuvor übernommen hatte. Als Zeitungsredakteur war

¹⁰⁴ In der Klage berief sich Lukoil darauf, dass TV6 seit mehreren Jahren Verluste mache. Das Gesetz, wonach Minderheitsaktionäre auf Auflösung eines derartigen Unternehmens klagen können, war zwar kurze Zeit zuvor abgeschafft worden. Das Gericht nahm die Klage dennoch an und verurteilte TV6 zur Schließung. Angebote des Mehrheitsaktionärs, Boris Beresowski, Lukoil auszuzahlen, lehnte der Ölkonzern ab und offerierte dem in Ungnade gefallenen Exil-Oligarchen selbst ein Kaufangebot.

¹⁰⁵ Ballin, 18.06.2003.

Kisseljow allerdings qualitativ deutlich schlechter als in seiner früheren Position bei NTW. Die vormals angesehene Zeitung verlor deutlich an Einfluss, außerdem kündigte der Großteil der Redaktion Anfang 2005 wegen Querelen mit Kisseljow.¹⁰⁶ Schließlich gab Chodorkowski-Freund und Yukos-Mitbesitzer Leonid Newslin entnervt die Zeitung auf und der neue Besitzer Rabinowitsch entließ in einer ersten Amsthandlung den unglücklich agierenden Chefredakteur.

Der zuvor kritische Sender NTW agiert seit seiner Übernahme durch Gazprom wesentlich moderater gegenüber der Staatsführung. Im Jahr 2004 musste schließlich auch der bekannte Moderator Leonid Parfjonow seinen Hut nehmen, nachdem er der Sendeleitung öffentlich Zensur vorwarf.¹⁰⁷ Ein „Kanal ohne Gesicht“¹⁰⁸ blieb übrig. Das Aus des „alten NTW“ sei ein „Ritualmord vor den Augen aller Journalisten“ gewesen, klagt Jakowenko.

„Es war ein Ritualmord der effektivsten, professionellsten, talentiertesten und populärsten TV-Gesellschaft des Landes. Es war ein langsamer Tod, der sich über ein Jahr hinzog und allen Journalisten klar machte, was mit ihnen passiert, wenn sie Freiheit fordern.“¹⁰⁹

Tatsächlich hat bei vielen Journalisten nach dem Ende von NTW Ernüchterung eingesetzt. Dmitri Michejew, NTW-Korrespondent in der Region Krasnodar, der den Sender zwischenzeitlich verlassen hatte, um mit Kisseljow bei TW6 und TWS weiter zu arbeiten, ist inzwischen wieder zurück gekehrt. Wegen der ständigen Finanzsorgen, konnten die Sender monatelang keine Gehälter auszahlen. Auf 14.000 USD beziffert Michejew die Schulden, die die inzwischen pleite gegangenen TV-Kanäle bei ihm hätten. Die Rückkehr zu NTW war eine rationale Entscheidung, wie bei vielen anderen Kollegen auch, doch glücklich ist Michejew nicht: „Der Teamgeist ist verkommen“, glaubt Michejew und ergänzte: „Das Lable, der grüne Ball, ist geblieben, aber die Politik, die Nachrichten sind vollkommen andere.“¹¹⁰

Doch das Ende von NTW wirkte nicht nur auf die Journalisten. „Gleichzeitig war das auch Anschauungsunterricht für die regionalen Verwaltungschefs. Die begriffen: So muss man jetzt mit den Medien umgehen. In den Regionen wiederholt sich also jetzt

¹⁰⁶ Die langjährige Mitarbeiterin der Zeitung Sanobar Schermatowa charakterisierte Kisseljow für die Aufgabe des Chefredakteurs einer Zeitung als ungeeignet (im persönlichen Gespräch mit dem Autor).

¹⁰⁷ Parfjonow hatte in seiner Sendung „Namedni“ ein Interview mit der Witwe des von russischen Geheimdienstlern in Katar ermordeten Terroristenführers Jandarbijew bringen wollen. Die Sendeleitung verbot dies. Parfjonow beklagte sich öffentlich darüber und wurde entlassen. Vgl. dazu Deeg, Lothar, 02.06.2004.

¹⁰⁸ Überschrift in der Wochenzeitung „Moskowskije Nowosti“, Vgl. Lankina, Jelena: 28.01.-03.02.2005: S. 19.

¹⁰⁹ Jakowenko im Gespräch mit dem Autor, 14.10.2005.

¹¹⁰ Michejew im Gespräch mit dem Autor, 24.1.2005.

dieses Szenario, nur geschieht es mit einer regionalen Färbung, d.h. in den Regionen geschieht es in gröberer, erbarmungsloserer und hässlicherer Form.“¹¹¹ Neben dem 1. Kanal, Rossia und NTW strahlen noch TV-Zentr (im Besitz der Moskauer Stadtregierung), die reinen Unterhaltungssender STS¹¹² und TNT (ebenfalls im Besitz von Gazprom Media) sowie Ren-TV landesweit ihre Programme aus.

Der Sender Ren-TV ist dabei die interessanteste Erscheinung auf dem Fernsehmarkt, nicht nur weil die Media-Holding RTL 2005 ein 30-Prozent-Aktienpaket an dem Sender übernahm. Das Nachrichtenprogramm unterscheidet sich erfrischend von anderen Sendern. Es ist nach Einschätzung des Fernsehanalysten der Njesawissimaja Gaseta, Sergej Warschawtschik¹¹³, offener und kritischer als die Nachrichten der staatlichen Sender. Allerdings sind auch hier Konflikte zu beobachten. Ende 2005 kündigte eine ganze Reihe von Mitarbeitern, nachdem gegen die Moderatorin einer Nachrichtensendung ein Auftrittsverbot verhängt wurde.¹¹⁴ Außerdem ist der Marktanteil so gering, dass er keine Gefahr für das Informationsmonopol des Kreml auf dem TV-Markt darstellt.

Daher kommt der Menschenrechtsreport 2004 zu folgendem Schluss: „The degree of editorial freedom tolerated by authorities appeared to depend on the size of the audience. For example, Ren-TV, which reaches over 65 percent of the nationwide audience but only has an audience share of approximately 5 percent, was frequently sharply critical of the Kremlin. However, Ren-TV’s regional affiliates often replaced prime-time news programs critical of the government with local news. This practice, coupled with a lack of interest in "Moscow politics" on the part of provincial audiences reduces the channel’s impact on public opinion.“¹¹⁵

4.3.2. Presse

Auch auf dem Zeitungsmarkt ist der Staat ein so genannter big player. Etwa 3.500 städtische oder regionale Zeitungen sind ihm untergeordnet. Hier tritt die Stadt- oder Regionalverwaltung direkt als Gründer des Publikationsorgans in Erscheinung. Das

¹¹¹ Jakowenko, 14.10.2005.

¹¹² STS habe keine Informations-, Analyse- und publizistischen Programme, weil der Besitzer den Kreml nicht reizen wolle, behauptet Jelena Lankina, 28.01. - 03.02.2005: S. 19.

¹¹³ Im persönlichen Gespräch.

¹¹⁴ Packeiser, Karsten, 06.12.2005.

¹¹⁵ Country Reports on Human Right Practices 2004, hrsg. v. Bureau of Democracy, Human Rights and Labor,

betrifft etwa ein Drittel der russischen Printmedien.¹¹⁶ Dazu kommt noch die Tatsache, dass etwa 80 Prozent der Druckereien staatlich sind.

Dennoch sind in der Presse durchaus kritische Stimmen zu vernehmen. Der österreichische Journalist Gerald Böhm drückte es einmal so aus: „Die Printmedien sind völlig frei, wie schon gesagt zügellos. Die Zügel haben sich dann irgendwo in den Fernsehantennen verfangen.“¹¹⁷

Allerdings gebe es keine unabhängige Oppositionspresse, bemängelt Alexej Simonow.¹¹⁸ Es gibt Medien, die die Regierung kritisieren, mitunter scharf kritisieren, doch sind diese Zeitungen in der Regel von einem Menschen oder einer Organisation abhängig. Der Kommersant bspw. gehörte bis vor kurzer Zeit dem inzwischen ins Londoner Exil geflüchteten Oligarchen Boris Beresowski und betrieb natürlich dessen Informationspolitik. Inzwischen hat Beresowski die Zeitung seinem Geschäftsfreund Badri Patarkazischwili übergeben.

Die zweimal wöchentlich erscheinende „Nowaja Gaseta“ äußert sich ebenfalls kritisch zu der Kremlpolitik. Eine weitgehend neutrale Position nehmen die unter Mithilfe der Financial Times gegründete Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ und die Tageszeitung „Wremja Nowostjei“ ein.

Als kremlnah muss hingegen die größte seriöse Tageszeitung „Iswestija“ (Auflage 234.000 Exemplare) eingeschätzt werden. Besitzer der Zeitung ist der staatliche Gas-Konzern Gazprom, der darüber hinaus im Printbereich u.a. noch über die politische Wochenzeitschrift „Tribuna“, das Monatsjournal „Itogi“ und das Verlagshaus „7 dnjei“ verfügt.¹¹⁹

4.3.3. Radio

Das Radio ist traditionell das unpolitischste klassische Massenmedium. Politische Analysen und Sendungen sind bei den meisten Sendern nicht anzutreffen. Lediglich in den Nachrichten wird die politische Situation reflektiert. Da die meisten Radiosender jedoch keine eigenen politischen Korrespondenten haben, unterscheiden sich die Nachrichten in ihrem Gehalt nicht wesentlich voneinander. Drei Ausnahmen gibt es allerdings auf dem Radiomarkt. Das sind zum einen die

28.2.2005, Kapitel 2a.

¹¹⁶ Zahlen nach Jakowenko.

¹¹⁷ Böhm, 20.11.2002 im Gespräch mit dem Autor.

¹¹⁸ Simonow im Gespräch mit dem Autor, 28.12.2004.

¹¹⁹ Vgl. zur Struktur des Gazprom-Tochterunternehmens Gazprom-Media Ballin, André, 14.07.2006.

staatlichen Sender Rossia und Majak, zum anderen der zu Gazprom gehörende Kanal „Echo Moskaus“. Gerade an diesem Sender zeigt sich die Bedeutung des Chefredakteurs. Obwohl „Echo Moskaus“ gemeinsam mit NTW in die Hände des Staatskonzerns übergang, konnte Chefredakteur Alexej Wenediktow eine eigenständige Redaktionspolitik ausüben. Der Sender ist der einzige, der praktisch rund um die Uhr Nachrichten, politische Analysen und Interviews bringt. Der Anteil der Unterhaltungsmusik ist auf ein Minimum (etwa 30 Prozent) reduziert. Dabei hat „Echo Moskaus“ sich einen hohen Grad an Unabhängigkeit bewahrt und kritisiert die politische Führung des Landes regelmäßig und häufig. Freilich ist die Reichweite des Senders stark begrenzt. In etwa 40 Städten Russlands und in Chicago ist der Sender empfangbar. Dennoch setzen sich die Hörer des Senders im Wesentlichen aus den Moskauer Anhängern der liberalen Parteien Jabloko und SPS zusammen. Die Angaben des Senders, dass täglich eine Million Zuhörer den Kanal einschalten, scheinen übertrieben.

4.3.4. Internet

In den letzten Jahren ist die Bedeutung der Internetmedien in Russland ständig gewachsen. Das ist naturgemäß eng verbunden mit der wachsenden Bedeutung des Internets. War das worldwideweb im Jahr 2000 eine Angelegenheit eines engen Kreises von Adepten, so ist die Zahl der Internetuser in Russland inzwischen auf mehrere Millionen angestiegen. Einer Studie des „Fonds für Öffentliche Meinung“ zu Folge lag im Frühjahr 2005 die Zahl der Menschen, die mindestens einmal pro Halbjahr im Internet sind bei 18,9 Mio¹²⁰. Täglich nutzen dementsprechend 5,7 Mio. oder fünf Prozent der Bevölkerung das Internet. Allerdings ist auch hier ein relatives Ungleichgewicht zu registrieren. Während in den Metropolen Moskau und St. Petersburg schon Millionen Haushalte verkabelt sind, findet das Internet in den Regionen wesentlich weniger User. Zum Vergleich: In der Hauptstadt Moskau gab es Anfang 2005 3,1 Mio. Nutzer, während es in den Großregionen Ural und Fernost gerade einmal 1 Mio. bzw. 900.000 Nutzer sind. Auch die Nutzergewohnheiten haben sich geändert. Standen anfangs pornographische Inhalte im Mittelpunkt des Interesses, werden inzwischen andere Prioritäten gesetzt. Bei einer im Herbst 2005 unter Internetnutzern durchgeführten

¹²⁰ Zahlen nach www.connect.ru/newsdetails.asp?id=6370

Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ROMIR gaben 90 Prozent an, Suchmaschinen zu nutzen, 62 Prozent, Nachrichtenseiten zu lesen und 59 Prozent, auf Email-Dienste zurückzugreifen.¹²¹

Nachrichten im Internet finden einen immer größeren Leserkreis und so ist das Aufkommen von Internetzeitungen und Nachrichtenportalen im Internet eine logische Konsequenz.

Hinter den meisten Internetmedien steht entweder ein klassischer Medienanbieter oder ein Provider. So haben sowohl die Fernsehsender, als auch die meisten Zeitungen Internetausgaben. Selbst der Radio-Sender Echo oder die staatliche Nachrichtenagentur RIA Nowosti haben eine eigenen Internetauftritte.

Doch daneben gibt es auch eigenständige Internetmedien. Die Seite newsru.com beispielsweise wird vom einstigen Online-Team des Senders NTW gemacht. Nachdem der Sender aber den Besitzer wechselte, machten sich die Online-Redakteure selbständig. Zwar verfügt newsru nicht über eigene Korrespondenten vor Ort. Dafür geben die Journalisten eine relativ schnelle Zusammenfassung der russischen Presse im Internet und haben aktuelle Berichte von den Nachrichtenagenturen.

Die Zeitung gazeta.ru hingegen verfügt über eigene Korrespondenten und Kommentatoren, erstellt sogar einen eigenen professionellen Nachrichtenticker. Das Geld für die Redaktionskosten stellte lange Zeit der Ölkonzern Yukos bereit. Vor allem während des „Informationskrieges“ zwischen Kreml und Yukos war gazeta.ru ein nützliches Instrument. Bis heute haben die Korrespondenten des Internetmediums den intensivsten Kontakt zum gefallenem Oligarchen Michail Chodorkowski.

Zwar haben auch viele Regionalmedien ihren Internetauftritt, aber der stößt bislang kaum auf Interesse der Leser, weil der Großteil der Informationen auf ein Publikum abzielt, das keinen Zugang zum Netz hat. „Auf regionalem Niveau bleibt das System der Internet-Medien völlig unterentwickelt (was natürlich in erster Linie mit der Geographie des heimischen Internets zusammenhängt: die Mehrheit der Nutzer lebt in Moskau, St. Petersburg und in einigen anderen großen Städten)... Eigene Internet-Medien entstehen in den Regionen in der Regel zufällig und weisen oft die Züge auf, die charakteristisch für gesamt-russische Internetmedien in der ersten Periode waren. So entwickeln sich solche Medien z.B. ziemlich häufig durch die Unterstützung

¹²¹ Vgl. dazu und zu weiteren Arten der Nutzung Ballin, André, 02.09.2005.

großer lokaler Provider.“¹²²

4.4. Die Bedeutung der Regionalmedien in Russland

Russlands Regionalmedien haben in der postsowjetischen Phase extrem an Bedeutung gewonnen. Obwohl die großen Moskauer Zeitungen sich gern als landesweite Medien bezeichnen, wird ihre Auflage doch weitestgehend innerhalb des Gartenrings der russischen Hauptstadt verkauft. Die zwei Drittel der Russen, die in Provinzstädten leben, finden die Informationen und Themen, die sie interessieren, vor allem in den Regional- und Lokalmedien wieder.¹²³

Die „große Politik“ spielt in den Provinzmedien nur eine untergeordnete Rolle. Dafür werden die Themen, die Politiker, Geschäftsleute und Personen des öffentlichen Lebens behandelt, die dem Auditorium am besten – oft aus eigener Erfahrung - bekannt sind.

Die Aufgabe der Medien, auf bestimmte Problemlagen der Bevölkerung aufmerksam zu machen, besteht für die Provinzmedien im verschärften Maße. Wer, wenn nicht sie, kann die konkreten Probleme der einzelnen aufzeigen?

„Wenn wir vom Regionalfernsehen reden, so ist heute das Wichtigste: die Erzählung über Menschen aus der Nachbarstraße, hier und jetzt. Nicht irgendwo in Tschetschenien oder Amerika, sondern das, was bei uns hier passiert“¹²⁴, macht der Chef des Nowosibirsker Privatsenders MIR, Jakow Taubes seine Philosophie vom Regionalfernsehen deutlich.

Die landesweit operierenden Medien können sich in der Regel nicht um die Probleme in den Regionen kümmern. Was für die Kleinstädte Blagoweschtschensk in Baschkortostan oder Swetly im Gebiet Kaliningrad mittlere Katastrophen sind, interessiert in Moskau herzlich wenig.

Nichtsdestoweniger ist es für die betroffenen Regionen wichtig, dass darüber berichtet wird. Dafür sind die Regional- und Lokalmedien da. „Wenn wir über bestimmte Dinge reden, wie es jetzt heißt, bestimmte Dinge kritisieren, z.B. Schmutz in der Stadt, Probleme mit der Elektrizität, mit Wasser, das Leben in der Stadt, dann bedeutet das nicht, dass wir einen bestimmten Menschen kritisieren. Wir geben der politischen Führung Informationen über vorhandene Missstände. Eigentlich sollte sie

¹²² Monachow, Viktor, 2003: S. 20.

¹²³ Vgl. Gladkov, Sabine Alexandra, 2002: S.254.

¹²⁴ Jakow Taubes, zitiert nach Simonow, Alexej, 2004: S. 50

uns dafür dankbar sein, denn es ist klar, dass sie nicht alles sehen kann, was vor sich geht“¹²⁵, fasst der stellvertretende Sendechef von GTRK Sotschi, Wjatscheslaw Toropow, die Aufgaben eines Lokalsenders zusammen.

Doch wie entwickelten sich die Lokal- und Regionalsender? Sicher, es gab die einzelnen Regionalstudios des staatlichen Rundfunks. Doch nicht sie waren es, die die neue Medienlandschaft aufbauten. Vielmehr war es die Privatinitiative einiger Enthusiasten – oft gar nicht einmal aus dem Bereich der Journalistik, sondern Techniker, Philologen oder aus ganz anderen Bereichen – die neue, private Fernsehsender gründeten. Diese schossen Anfang der 90er Jahre wie Pilze aus dem Boden. Nicht alle überlebten, aber einige wurden zu echten Medienimperien auf regionaler Ebene. Einen bedeutenden Anteil an der Entwicklung der regionalen TV-Landschaft in Russland hat die amerikanische NGO „Internews“ und ihr russischer Ableger. „Anfang der 90er Jahre waren wir für die regionalen TV-Sender so notwendig wie die Luft zum Atmen“¹²⁶, erinnert sich die Moskauer Bürochefin Manana Aslamasjan. Denn durch amerikanische Stiftungsgelder und Fonds, angefangen von USAID bis über die Ford- und Rockefeller-Stiftung, verfügte Internews über Geld. Dieses investierte sie in die Schulung von Journalisten und Managern von regionalen TV-Unternehmen. Außerdem hatte die NGO gute Beziehungen zu amerikanischen Medienprofis, die in der Euphorie der beginnenden 90er oft kostenlos anreisten, Seminare veranstalteten und Tipps beim Aufbau eines kommerziellen Fernsehsenders gaben. Desweiteren wurden russische TV-Manager auch auf Internews-Kosten nach Amerika eingeladen, um vor Ort zu sehen, wie kommerzielles TV gemacht wird.

Zusätzlich fungierte Internews als „Connector“ der weit verstreuten TV-Stationen im Land. Hatten die privaten Lokalsender in den ersten Jahren vor allem als „Piraten“ gelebt, d.h. Filme illegal kopiert und gezeigt, so half Internews den Regionalsendern beim Aufbau des ersten legalen Filmverleihs. Mehrere Stationen taten sich zusammen und kauften gemeinsam einen bestimmten Bestand an Filmen, der für jede einzelne Station finanziell nicht tragbar gewesen wäre.

Und schließlich sorgte das Projekt „Wremja Mestnoje“ („Ortszeit“) auch für den Zusammenhalt des zerfallenden Informationsraums. Das Projekt sah vor, dass jede der beteiligten TV-Stationen sein bestes Nachrichtensujet der Woche nach Moskau

¹²⁵ Wjatscheslaw Toropow im Interview mit dem Autoren, 19.01.2005.

¹²⁶ Manana Aslamasjan im Interview mit dem Autoren, 05.08.2006.

an Internews schickte, diese machte daraus eine Kassette und gab das gesammelte Material wieder zurück an die Stationen. So konnte der Bewohner der fernöstlichen Stadt Wladiwostok überhaupt erfahren, was sich beispielsweise in Kaliningrad abspielte und umgekehrt. Dies alles war noch bevor die große Vernetzung der kleinen Lokalsender mit den kapitalkräftigen Moskauer Medienkonzernen einsetzte. Die Vernetzung der einzelnen kleinen TV-Stationen begann Mitte der 90er Jahre, als die Manager erkannten, dass nur so wichtige Werbekunden gewonnen werden können oder auch Produktionen zu finanzieren sind. Um die Kosten zu senken, bestreiten die Regionalsender oft nicht die gesamte Sendezeit, sondern teilen sich die Frequenz mit einem landesweiten Programm-Anbieter. Dieses Arrangement ermöglicht es den Provinzkanälen, bei den in der Produktion teuren Informationssendungen zu sparen. Andererseits hat diese Kooperation auch ihre Schattenseiten, denn ein Großteil der Werbeeinnahmen fließt dann nach Moskau. Freilich kommt dies jeweils auf den einzelnen Sender und sein Verhandlungsgeschick mit den Moskauer Medien an. Hatte ein Sender zuvor in seinem Gebiet hohe Einschaltquoten, kann er sich in der Regel einen relativ hohen Einfluss und damit Geldzufluss sichern.

Doch die Konzentrierung des Kapitals in Moskau¹²⁷ wirkt sich für die Medien auf dem Lande negativ aus. Die Redaktionen sind oft schlecht bezahlt und müssen um ihr Überleben kämpfen. Ambitionierte, professionelle Journalisten versuchen ihr Glück daher lieber bei einem zentralen Medium als in einer Lokalredaktion.

Um den Etat halbwegs zu decken, greifen die Fernsehsender vielerorts zum Mittel der in Deutschland verbotenen „Laufenden Zeile“. Kleinanzeigen und Reklamen örtlicher Betriebe und Dienstleister laufen den ganzen Tag vor dem Hintergrund des eigentlichen Programms im unteren Bildschirmteil über den Fernseher. In vielen Regionen macht diese Art der Reklame mehr als 50 Prozent der Werbeeinnahmen aus.¹²⁸

Über den Freiheitsgrad der Regionalmedien gegenüber den föderalen streiten sich die Experten. Während Alexej Simonow vom Glasnost-Fonds glaubt, dass die regionalen Medien „mehr Luft“ haben, widerspricht der Leiter des Moskauer Sacharow-Zentrums, Juri Samodurow. Im Gegenteil, Regionaljournalisten hätten es

¹²⁷ Schätzungen zu Folge sind über 80 Prozent des russischen Kapitals in Moskau konzentriert. Zu Ursachen und wirtschaftlichen Folgen dieser Konzentration vgl. z.B. Miljukow, Oleg 30.09.2004:

¹²⁸ Beim Kanal 12 in Nowosibirsk sind es beispielsweise nach Angaben von Gladkov zwischen 50 – 70 Prozent. Vgl. Gladkov, Sabine Alexandra, 2002: S. 257.

deutlich schwerer, meint er.¹²⁹

Jedoch beide Aussagen sind zu grobe Verallgemeinerungen. Der Freiheitsgrad der einzelnen Medien hängt tatsächlich von der betreffenden Region ab. Als relativ erfolgreich gelten die Großregionen Sibirien und Ural und hier insbesondere die Gebiete Nowosibirsk, Tomsk und Krasnojarsk (Sibirien) sowie das Gebiet Swerdlowsk mit der Gebietshauptstadt Jekaterinburg. In diesen genannten Regionen konnten sich starke private Medien-Holdings bilden, die unabhängig von der regionalen Führung agieren.

Wie es in den drei näher beobachteten Provinzen Krasnodar, Kaliningrad und Baschkortostan aussieht, soll in den nächsten Kapiteln verdeutlicht werden.

¹²⁹ Simonow und Samodurov bei der Preisverleihung des Sacharow-Preises für „Journalistik als Handlung“, 16.12.2004.

5. Die Lage der Medien in Krasnodar

5.1. Kurzporträt der Region Krasnodar

Das Gebiet Krasnodar („Krasnodarski Krai“) liegt im Süden Russlands umgeben von den Bergen des Kaukasuses und dem Schwarzen Meer. Wegen des milden Klimas gilt es auch als „Kornkammer Russlands“. In Kuban, wie Krasnodar wegen des ihn durchquerenden Flusses Kuban auch genannt wird, gibt es daher einen hohen Anteil ländlicher Bevölkerung. Von den etwa fünf Mio. Einwohnern des Gebietes lebt knapp die Hälfte auf dem Lande. Diese Besonderheit wirkt sich auch auf Wählerverhalten und Mediengebrauch aus. Es gibt vier Großstädte in der Region: Krasnodar (715.000 Einwohner), Sotschi (329.000 Einwohner), Noworossisk (231.000 Einwohner) und Armawir (192.000 Einwohner).¹³⁰

Kuban wurde erst im 18. Jahrhundert unter der Zarin Katarina der Großen „kolonisiert“. Die Hauptstadt der Region trug daher bis zur Revolution den Namen Jekaterinodar. Um das Land zu bewirtschaften und die Grenzen zum unruhigen Kaukasus zu sichern, lud Katarina Kosaken, vor allem aus dem Dongebiet, ein. Kosaken galten lange Zeit als Stütze der Monarchie. Kein Wunder, dass zu Zeiten des Bürgerkriegs (1918 – 1921) der Kuban einer der Stützpunkte der „weißen“, promonarchistischen Armee war.

Nach dem Sieg der Bolschewiki wurden die Kosaken entweder vertrieben oder unterdrückt, genau wie Trotzki es gefordert hatte: „Die alte Kosakenschaft soll in den Flammen der sozialen Revolution verbrennen.“

Die Bevölkerung wurde wie im ganzen Land nach den marxistisch-leninistischen Grundsätzen umerzogen. Diese neue Ideologie verband sich in Krasnodar mit der schon vorhandenen nationalistisch-konservativen Grundstimmung. Und so galt Krasnodar nach dem Zerfall der Sowjetunion als Teil des „roten Gürtels“¹³¹, d.h. Teil eines Gebietes in dem die Unterstützung für die Kommunisten besonders hoch war. Während des Putsches im August 1991 schlug sich der damalige KP-Sekretär des Gebietes Krasnodar, Nikolai Kondratjenko, auf die Seite der Putschisten. Präsident

¹³⁰ Stand 2005. Quelle Russischer Dienst für Statistik. In: http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/04-17.htm

¹³¹ Die Bezeichnung Roter Gürtel wurde 1996 nach den Präsidentschaftswahlen geprägt. Dort wurden auf einer interaktiven Karte, die Gebiete, die mehrheitlich für Jelzin stimmten, blau eingezeichnet. Diejenigen Gebiete, die mehrheitlich für den kommunistischen Kandidaten Sjuganow stimmten, hingegen wurden rot markiert. Vor allem ländliche Gebiete im Süden des Landes stimmten für die Kommunisten.

Boris Jelzin löste ihn daher nach der Niederschlagung des Aufstandes ab.

Zwischen August 1991 und den ersten Gouverneurswahlen regierten von Jelzin eingesetzte Verwaltungschefs das Gebiet Krasnodar. Erst Wassili Djakonow (1991 – 1992, abgesetzt u.a. wegen Problemen mit den Kosaken in der Region), dann Nikolai Jegorow (1992 – 1994, anschließend zum Minister und später Chef der Präsidentialverwaltung ernannt) und schließlich Jewgeni Charitonow (1994 – 1996).

Bei den Gouverneurswahlen 1996 bewarben sich alle drei erneut um das Amt des Gouverneurs, verloren aber ausgerechnet gegen den von Jelzin abgesetzten Nikolai Kondratjenko, der im ersten Wahlgang 57,17 Prozent der Stimmen holte.

Der kommunistische Gouverneur, der wegen seiner antisemitischen und fremdenfeindlichen Haltung bekannt war, regierte den Kuban bis zum Jahr 2000. In seiner Amtszeit legte er sich häufig mit der Moskauer Führung an.

Sein eigener personaler und populistischer Führungsstil brachte ihm in der Bevölkerung den Spitznamen „Batjka Kondrat“ („Väterchen Kondrat“) ein. Er strebte nach einer relativ starken Unabhängigkeit seines Gebiets von Moskau. Positiv ist ihm anzurechnen, dass er ein Kreditprogramm startete, um die marode Landwirtschaft und die Bauern vor dem Ruin zu bewahren.

Im August 2000 erklärte er, aus Altersgründen nicht noch einmal antreten zu wollen. Ihn beerbte Alexander Tkatschow, den der Kreml als Kompromisskandidaten vorgeschlagen hatte.

Seit den ersten Wahlen 1991 lag der Anteil der kommunistischen Wähler im Gebiet Krasnodar stets über dem Landesdurchschnitt. 1991, bei den Wahlen zum Präsidenten der RSFSR holten die kommunistischen Kandidaten Makaschow, Ryschkow und Tulejew in Krasnodar 34,1 Prozent, während es in Gesamtrussland nur 27,4 Prozent waren. Auch bei den Parlamentswahlen 1993 und 1995 holten die kommunistischen Parteien in Kuban mehr Prozente als in Russland. Bei der Präsidentschaftswahl 1996 hätte bei einer Auszählung in Krasnodar der kommunistische Kandidat Gennadi Sjuganow gegen Jelzin gesiegt. Er kam im zweiten und entscheidenden Wahlgang auf 51,5 Prozent, während der amtierende Präsident Boris Jelzin nur auf 43,9 Prozent kam. In Russland setzte sich hingegen Jelzin mit 53,8 Prozent deutlich vor Sjuganow (40,3) durch.

Bei den Parlamentswahlen 1999 holten die kommunistischen Parteien 36,9 Prozent im Kuban (28% in Russland) und bei den Präsidentschaftswahlen 2000 schloss der Kommunistenkandidat Sjuganow mit 37,4 Prozent überdurchschnittlich gut ab

(landesweit 29%).¹³²

Neben den Kommunisten konnten in Krasnodar seit den ersten freien Wahlen auch die Nationalisten um den LDPR-Chef Wladimir Schirinowski auf gute Ergebnisse rechnen. 1991 erzielte Schirinowski in Krasnodar 12,8 Prozent, russlandweit waren es 7,8 Prozent. Bei den Parlamentswahlen 1993 (25,5%, Vgl. Russland 22,9%) und 1995 (15,2%, Russland 11,2%) waren die Ergebnisse der Nationalpatrioten ebenfalls überdurchschnittlich gut. Erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fielen die Ergebnisse der LDPR kontinuierlich ab. 1996 holte Schirinowski mit 6,4 Prozent der Stimmen nur noch geringfügig mehr als im übrigen Russland (5,7). 1999 (4,8% vs. 6%) und 2000 (2,1% vs. 2,7%) blieben die Ergebnisse sogar hinter den Vergleichswerten von Russland zurück.

Das Wahlverhalten ist nicht zufällig. Galina Taschmatowa, Journalistik-Dozentin an der Universität in Krasnodar kam in einer Untersuchung des Krasnodarer Elektorats zu dem Schluss, dass das kulturelle und das Bildungsniveau der Bevölkerung vergleichsweise niedrig ist.¹³³

So fallen populistische und einfache Losungen auf fruchtbaren Boden unter den Wählern. Dieses Schema macht sich nun auch der neue Gouverneur Alexander Tkatschow zur Erhöhung seiner eigenen Imagewerte zunutze.

Im Gebiet Krasnodar können alle landesweit ausstrahlenden Programme empfangen werden, also die staatlichen Sender "Erster Kanal", „Rossia“ „Kultura“ und „Sport“, außerdem die zu Gazprom gehörenden Kanäle NTW und TNT sowie die Sender STS und Ren-TV.

Der regionale Sender NTK (Neues TV Kuban) ist ebenfalls im gesamten Gebiet zu empfangen. Ansonsten gibt es zahlreiche lokale TV-Stationen.

Auf dem Printmarkt sind die regionalen Tageszeitungen „Kuban Segodnja“ (Auflage: 75.000)¹³⁴, „Kubanskije Nowosti“ (55.000), „Wolnaja Kuban“ (45.000), „Noworossiski Rabotschi“ (42.000) „Krasnodarskije Iswestija“ (41.000) und „Krasnodarski Kurier“ (40.300) erhältlich. Außerdem hat die Regionalausgabe der „Komsomolskaja Prawda“ in dem Gebiet eine Auflagenstärke von 80.000.

Eine Ausnahme im Medienverhalten spielt die Stadt Sotschi, deren Bewohner sich auch in ihrem Selbstverständnis nicht als Krasnodarer begreifen. Sotschi war immer ein Kurort, während der Rest des Landstrichs vor allem als landwirtschaftliches

¹³² Zahlen, Taschmatowa, G.; Sakiewa R., 2000: S. 145 und 164/165.

¹³³ Vgl. Taschmatowa, G.; Sakiewa R., 2000: S.9.

¹³⁴ Zahlen aus dem Media-Guide. Vgl. http://www.mediaguide.ru/pr_list.php?str=3&start_t=53

Gebiet fungierte. In Sotschi werden andere Zeitungen gelesen als im übrigen Gebiet. Hier haben die Zeitungen „Sotschi“ und „Tschornomorskaja Sdrawniza“ eine längere Tradition. Die im übrigen Gebiet gelesenen Zeitungen hingegen verkaufen sich schlecht. Die Stadt verfügt über eigene lokale TV-Sender.

5.2. Geschichte

Als 1985 mit dem Machtantritt Gorbatschows die zögerliche Öffnung auch für die Medien begann, reagierten längst nicht alle Publikationsorgane enthusiastisch darauf. Im Gebiet Krasnodar gab es viele konservative Zögerer, die die Grenzen der Zensur nicht besonders ausweiteten. Und doch entwickelte sich auch in der russischen Schwarzmeerregion Unternehmergeist und Demokratieverständnis unter einigen Journalisten. Neue Zeitungen und Fernsehstudios entstanden privat initiiert und privat finanziert.

In Sotschi beispielsweise gründeten 1990 mehrere Journalisten die Lokalzeitung „Sotschi“. Jeder der insgesamt 15 Gründer bekam einen Anteil am Gemeinschaftsunternehmen, gemeinsam machte sich das Kollektiv an die Arbeit. Die demokratische Grundhaltung des Blattes wurde 1991 deutlich, als im August Putschisten den Generalsekretär Gorbatschow stürzen wollten. Die meisten Medien in Krasnodar reagierten darauf nach dem bewährten Schema. Sie warteten auf Anweisungen „von oben“. Der Parteisekretär des Gebiets, Nikolai Kondratjenko, war eindeutig auf Seiten der Putschisten, dementsprechend waren es die meisten Zeitungen auch.

Die Redaktion der Zeitung „Sotschi“ hingegen produzierte eine Sonderausgabe, die ausführlich über den Putsch berichtete. Dabei positionierte sich die Zeitung eindeutig als Gegner der Putschisten. Mit der Hilfe demokratischer Aktivisten wurde das Blatt unter die Bevölkerung gebracht. Sie fand damals reißenden Absatz, erinnert sich der ehemalige Chefredakteur des Blatts, Georgi Iwanow, der die Zeit von 1990 – 1993 als die Blütezeit der Medien in Krasnodar betrachtet. „In der Zeit hatten Medien Einfluss, nahm der Staatsapparat Rücksicht auf sie, weil er die öffentliche Meinung fürchtete. Seitdem nahm der Einfluss der Medien immer stärker ab.“¹³⁵

Auch in Krasnodar wirkte sich die wirtschaftliche Misere negativ auf die Pressevielfalt und –unabhängigkeit aus. Der erste Schlag war für viele Zeitungen die

¹³⁵ Iwanow, Georgi im Interview mit dem Autor, 23.1.2005.

Preisliberalisierung. Wirklich prekär wurde die Situation für viele Publikationsorgane 1998. Besonders hart traf es unabhängige Medien, die nicht auf das Geld von reichen Gönnern zurück greifen konnten.

„Bis 1998, bis zum Default, lebten wir nicht schlecht. Unsere Journalisten waren die bestbezahlten in der Stadt. Ich erzähle das alles, um deutlich zu machen, das wir mit unserer Philosophie des neutralen Journalismus wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen konnten.“¹³⁶

Dennoch gab es in der Region Krasnodar auch nach dem Rubelkrach, der das Land in seinem Mark traf, eine Vielzahl kleiner, unabhängiger Sender und TV-Studios.¹³⁷ Die 90er Jahre zeichneten sich durch einen scharfen Gegensatz zwischen der Moskauer und der Krasnodarer Regionalführung aus. Diese politische Konkurrenz gab den Medien einen relativ weiten Freiraum bei der Gestaltung der eigenen Redaktionspolitik. Dementsprechend scharf konnten die Medien auch die Obrigkeit kritisieren.

„Kondratjenko war ein Antisemit, aber Kritik an seine Adresse ließ er zu. Selbst, wenn Journalisten aus anderen Regionen zu uns reisten, kauften sie als erstes eine Zeitung und sagten: <<Mensch, ist das interessant bei Euch.>> Nach dem Amtsantritt Tkatschows änderte sich das“¹³⁸, behauptet die Krasnodarer Korrespondentin der Tageszeitung „Kommersant“, Swetlana Turjalai.

Nun verfärbt das Gedächtnis des Menschen in der Regel die Vergangenheit ein wenig. Der Soziologe Alexander Tarasow beispielsweise kritisierte schon Ende der 90er Jahre „das Niveau von Zensur und Selbstzensur in unseren Medien“¹³⁹ und bezieht sich dabei auf einen Fall aus dem Gebiet Krasnodar, bei dem der russische Inlandsgeheimdienst FSB eine Anklage gegen Anarchisten fabrizierte, die angeblich einen Mordanschlag gegen den Verwaltungschef Kondratjenko geplant hatten. Bei dem Prozess wurden die Rechte der Angeklagten – u.a. einer hochschwangeren Frau - ganz offen mit Füßen getreten, die Presse jedoch nahm davon kaum Notiz. Diejenigen Journalisten, die Partei für die Opfer ergriffen, mussten ebenfalls mit Sanktionen rechnen.

„Der Journalist der Zeitung „Kuban Segodnja“, Juri Kuzenko (beileibe kein Anarchist), der an der Kampagne zur Verteidigung von Schipzowa und Randina teilgenommen

¹³⁶ Iwanow, Georgi im Interview mit dem Autor, 23.1.2005.

¹³⁷ Nach Angaben des NTW-Korrespondenten für das Gebiet Krasnodar, Dmitri Michejew, gab es 145 kleine Sender in der Region.

¹³⁸ Swetlana Turjalai im Interview mit dem Autor, 31.1.2005.

¹³⁹ Tarasow, Alexander, 2004: S. 237.

hatte, wurde entlassen, nachdem Mitarbeiter des FSB die Redaktion besucht hatten. Wie sich heraus stellte, erzählten die FSB-Mitarbeiter dem Chefredakteur der Zeitung, dass Kuzenko ein Mitglied der Anarchistenorganisation sei, die Terrorverbindungen habe. Und in Kürze könne er sowieso verhaftet werden.“¹⁴⁰

Dieser Fall zeigt die enge und vor allem unsaubere Verquickung von Politik, Sicherheitsorganen und Justiz, die dem Demokratie-Ideal widerspricht, aber leider bis heute in vielen Regionen die Realität widerspiegelt.

Daneben gab und gibt es im Gebiet Krasnodar ein weiteres Problem. In dem „Krai“ leben über 100 verschiedene Nationalitäten. Doch das Nebeneinander der Kulturen ist keineswegs immer von Toleranz gekennzeichnet. Zu größeren Ausschreitungen kam es glücklicherweise noch nicht, aber in Teilen der Bevölkerung herrscht Xenophobie. Ein Beleg dafür sind die hohen Wahlergebnisse nationalistischer Parteien in Krasnodar. Die Angst vor einer Überfremdung wird auch von der Obrigkeit und den Medien geschürt.

„The krai "has become the saddest example of the installation of a regime of extreme xenophobia and ethnic discrimination in a major Russian region. Without a doubt, the major factor is the head of the administration, Nikolai Kondratenko,“¹⁴¹ beklagte die Moskauer Helskinki-Gruppe bereits 1999.

Die antisemitische Grundhaltung Kondratjenkos war weit bekannt in den Medien. Er machte aus seinen Überzeugungen keinen Hehl. In einer Rede gebrauchte er 62mal das Wort „schid“ (russisches Schimpfwort für Jude), gleichzeitig griff er die Medien wegen ihrer angeblich fehlenden Unterstützung für ihn an:

„Die Zeitungen schreiben nicht so, wie es der Gouverneur will. Und niemanden stört es. Sie gingen zur Wahl: 37 Prozent der Wähler stimmten für die Kommunisten, 60 Prozent für die Juden. Und jetzt sagt Ihr: Nikolai Ignatowitsch, rette uns.“¹⁴²

Das Zitat beleuchtet auch die Haltung Kondratjenkos zur Pressefreiheit. Der Vorwurf, dass die Presse nicht so schreibe, wie er es wolle, offenbart die immer noch von kommunistischem Hierarchiedenken geprägte Vorstellung des damaligen Gouverneurs. So kritisiert auch die Publizistik-Dozentin Galina Taschmatowa: „In der Regierungszeit von <<Batjka Kondrat>> hatten die Medien überhaupt keine Freiheit, und das Wort <<Glasnost>> wurde in der besten Tradition der partei-

¹⁴⁰ ebd.: S. 232.

¹⁴¹ Zitiert nach Coalsen, Robert, 18.7.2002

¹⁴² Kondratjenko, Nikolai, zitiert nach gazeta ru, 25.08.2003 In: <http://www.gazeta.ru/elections2003/info/51553.shtml?print>

kommunistischen Nomenklatura unterdrückt.“¹⁴³

Andererseits war Nikolai Kondratjenko, ähnlich wie Wladimir Schirinowski, ein Politiker mit einer Begabung für PR. Daher erregten seine Reden stets Aufsehen und wurden in den Medien breit wiedergegeben.

„Kondratjenko hat sein eigenes „Know-how“: Worüber Kondratjenko auch gesprochen hat, seine Reden waren stets effektiv in ihrer Form, was durch die Berichterstattung darüber („einprägend“, „Eskapaden“, „Ausfälle“) bestätigt wird und sie erregen daher unausweichlich das Interesse der Medien. Daher sind sie politisch erfolgreich und langlebig“¹⁴⁴, bescheinigte ihm Natalja Chassajewa von der Moskauer Polit-Consulting- und PR-Agentur „Nikkolo M“. So erlangte Kondratjenko eine weit über sein Verwaltungsgebiet herausragende Popularität. Seine populistischen Ausfälle fielen aber vor allem im ländlichen Krasnodar auf fruchtbaren Boden. Bis heute ist Kondratjenko einer der beliebtesten Politiker im Gebiet.

Im Jahr 2000 kündigte Kondratjenko überraschend an, nicht mehr für den Posten des Gouverneurs zu kandidieren. Allgemein gingen politische Beobachter davon aus, dass dieser Schritt auf Druck des Kremls erfolgte. Als Ausgleich wurde ihm ein Senatsposten im russischen Föderationsrat eingeräumt und auch bei der Auswahl seines Nachfolgers dürfte er ein Mitspracherecht gehabt haben. Der jetzige Gouverneur Alexander Tkatschow gilt als Kompromisskandidat zwischen dem Kreml und Kondratjenko.

5.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik

5.3.1. Die Neuordnung der politischen Landschaft

In der von der „Stiftung zum Schutze von Glasnost“ herausgegebenen Broschüre „Glasnost-Inseln 2“ beschäftigen sich die Untersuchenden eingehend mit der Lage in vier russischen Regionen: in den Republiken Baschkortostan und Marie El sowie in den Gebieten Pensa und Krasnodar.¹⁴⁵ Im Gegensatz zu den ersten drei Gebieten herrscht in Krasnodar keine rohe Gewalt im Verhältnis Obrigkeit – Medien vor. Dennoch ist der Mechanismus zur „Gleichschaltung“ der Medien sehr effektiv.

¹⁴³ Taschmatowa, Galina, 2003: S. 125.

¹⁴⁴ Chassejewa, Natalja: Obras Nikolaja Kondratjenko w federalnyx SMI. In: Regionalnye lidery w serkale federalnyx SMI Nikkolo M, Moskau, 2004 http://www.nikkolom.ru/article/an_zercalo_kodrat.htm

¹⁴⁵ Vgl. Glasnost-Fonds, 2003: S. 158 – 189.

Im Kreis Krasnodar regiert mit Gouverneur Alexander Tkatschow ein relativ junger Politiker Mitte 40 (geb. 1960). Als Mitglied der Kremlpartei „Einiges Russland“ hat er sich einen festen Rückhalt in Moskau gesichert. Nachdem er im Jahr 2000 den Kommunisten und Antisemiten Kondratjenko auf diesem Posten ablöste, hofften viele Bürger der Region, dass Tkatschow als dynamischer Gouverneur Veränderungen bringen werde. Tatsächlich gab es eine Menge Neuerungen unter der Ägide Tkatschows.

Vor allem strukturierte Tkatschow die Machtverhältnisse in der Region um. In den wichtigen Großstädten Krasnodar, Noworossisk und Sotschi stehen nun Männer aus der Riege Tkatschows als Bürgermeister an der Spitze.

Wer sich dabei den Interessen Tkatschows nicht unterordnet, muss mit Schwierigkeiten rechnen. Eindrucksvoll illustriert dies der Fall „Pris“.

Bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen 2004, die zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, gingen der Kremlkandidat Alexander Tkatschow und der Kommunist Nikolai Pris noch zusammen. Der eine kandidierte für das Gouverneursamt, der andere für den Bürgermeistersessel der Gebietshauptstadt. Obwohl in unterschiedlichen Parteilagern (da die Parteienlandschaft in Russland allerdings eher imaginär ist, ist die Zugehörigkeit zu einer Partei nicht unbedingt gleichbedeutend mit Übereinstimmung zu deren Ideologie) beheimatet, machten sie gegenseitig Wahlwerbung füreinander und priesen sich gegenseitig als die ehrlichsten Menschen unter der Krasnodarer Sonne.

Schon diese Kampagne deckte einige Besonderheiten auf. Es wurde befürchtet, dass die Wahlen auf Grund niedriger Wahlbeteiligung wiederholt werden müssen. Bei einer Quote von unter 25 Prozent gilt die Abstimmung als ungültig. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wurden daher fast alle Agitationsmittel eingesetzt: „Sogar aus Lehrern wurden Polittechnologien gemacht. Am Freitag bekamen die älteren Klassen Sozialkundeunterricht zum Thema: <<Warum muss man zur Wahl gehen?>> In der Direktive, die die Lehrer erhielten, wird erklärt, dass die Kinder <<alle Argumente gebrauchen sollen, um die Eltern davon zu überzeugen, zur Wahl zu gehen.>> Den Jugendlichen wurde empfohlen, Mutter und Vater an die Hand zu nehmen und gemeinsam ins Wahllokal zu gehen. Und danach sollten sie einen Aufsatz zum Thema schreiben:<<Wie ich gemeinsam mit meinen Eltern zur Wahl ging>>“¹⁴⁶

¹⁴⁶ Pawlowskaja, Tatjana: 2004: S. 4.

Außerdem wurden sämtliche Geschäfte am Wahltag geschlossen. Lediglich in den Wahllokalen durfte mit billigem Schnaps und Lebensmittel gehandelt werden, damit sich die Wähler „nicht umsonst von ihren warmen Sofas losrissen“, wie der „Krasnodarer Kurier“¹⁴⁷ ironisch vermerkte.

Und auch bei der Wahlkampagne griff die Regionalverwaltung offen auf die administrative Ressource zurück. „Treffen mit den Wählern wurden sorgfältig vorbereitet, um jedwede <<Überraschung>> zu vermeiden. In der Siedlung Leningradskaja, z.B. wurden vor einem Treffen mit dem hohen Gast [dem Gouverneur – d.A.] auf der Farm alle Melker nach Hause geschickt. Ihre Rolle übernahmen erfolgreich Angestellte aus der Stadtverwaltung. Die Siedlung hat ordentlich gelacht, als sie ihre Direktoren in der Fernsehreportage wieder erkannte.“¹⁴⁸

Obwohl nicht überaus geschickt, war die Kampagne überaus erfolgreich. Tkatschow wurde mit 84 Prozent der Stimmen – d.h. sogar knapp 17 Prozent mehr als Putin bekam – wiedergewählt. Auch für Pris endete die Wahl erfolgreich. Er wurde Bürgermeister.

Doch bereits kurze Zeit darauf kam es zwischen den beiden Politikern zu Meinungsverschiedenheiten über die Privatisierung der kommunalen Dienstleistungen.¹⁴⁹ Daraufhin fuhren die der Regionaladministration hörigen Medien eine Schmutzkampagne gegen Pris. Gleichzeitig wurde Pris der Prozess wegen „ineffizienten Mitteleinsatzes“, d.h. Korruption gemacht, wobei die Regionaladministration offensichtlich Druck auf die Staatsanwaltschaft ausübte. Am Ende gewann Pris zwar den Prozess, sein Amt hatte er in der Zwischenzeit aber längst verloren.

Besonders „verdient“ bei der Diskreditierung der Kommunisten machte sich dabei die unter Kontrolle der Administration stehende Krasnodarer Abteilung der staatlichen Sendeanstalt WGTRK, GTRK „Kuban“. Unter anderem berichtete sie über eine Demo, die die Kommunisten zur Unterstützung des festgenommenen Pris veranstalteten. Dabei behauptete sie, dass der KP-Stadtsekretär Nikolai Osadtschi die Demonstranten zu gewaltsamen Aktionen gegen die Obrigkeit aufgerufen habe. Dies entsprach nicht der Wahrheit, weshalb Osadtschi den Sender verklagte. Zwar behauptete die Sendeleitung vor Gericht, das Stück nicht gesendet zu haben, doch

¹⁴⁷ Ohne Autor, 17.3.2004.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Ballin, Andre, 2005.

der Videobeweis und drei Zeugen, die den TV-Beitrag gesehen hatten, sorgten für eine Verurteilung des Senders. Dem Geschädigten wurden 5.000 Rubel (150 Euro) ausgezahlt.¹⁵⁰ Doch das Ziel war erreicht. Die Maxime: „Ein bisschen Dreck bleibt immer hängen“, bewährte sich. Pris war aus dem Rennen und ein neuer, loyalerer Vasall durfte die Neuwahlen gewinnen.

Zum Nachfolger wurde Wladimir Jewljanow, der die im September 2005 angesetzten Bürgermeisterwahlen unter gütiger Mithilfe der Medien gewann. „Die Gouverneurs-Medien, zeichneten, erneut lange vor Beginn der eigentlichen Wahlkampagne zu dem Bild des guten Mannes ohne große Ansprüche die Züge des Stadtvaters – eines strengen, aber väterlich gerechten.“¹⁵¹

Damit verstießen die Medien gleich zweimal gegen das Gesetz über die Wahlberichterstattung. Einmal darf Wahlwerbung nur in der Wahlkampfperiode gemacht werden, zum anderen muss die Reklame entsprechend gekennzeichnet sein.

Jewljanow erzielte bei seinem Sieg knapp 65 Prozent bei einer allerdings erschreckend schwachen Wahlbeteiligung von 25,24 Prozent.¹⁵² Wäre die Wahlbeteiligung unter 25 Prozent geblieben, so hätte auch diese Wahl als ungültig wiederholt werden müssen.

Interessant ist dazu ein Leser-Kommentar der Internetzeitschrift „Russki Jug“ („Russischer Süden“): „Ja, schon sehr verwunderlich, dass in den letzten beiden Stunden fast 6% der <<Wähler>> in die Wahllokale gingen. Ich denke, dass man diese Resultate kaum als zuverlässig betrachten kann. Aber das geschieht uns recht. Wir werden abwarten, wann Tkatschow auch dieses Bürgermeisters überdrüssig ist und die Renovierung der Roten Straße vom Dramatischen Theater bis zur Nordstraße <<ineffektiver Mitteleinsatz>> genannt wird.“¹⁵³

Die merkwürdig späte Aktivierung der Wähler erklärte die Wahlkommission mit dem guten Wetter. Daher wären viele Krasnodarer erst am Abend von ihrer Datscha nach Hause zurückgekehrt, um dann abzustimmen. Offiziell wurden keine Verstöße gegen die Wahlordnung festgestellt.

Der Sieg von Jewljanow war voraussehbar und durch die Medien professionell vorbereitet worden. Mit ähnlichen Medienschlachten hatte Tkatschow zuvor bereits

¹⁵⁰ Zentrum für Extremjournalismus: In: www.cjes.ru

¹⁵¹ Garmasch, Sergej, 21.09.2005.

¹⁵² Zahlen, ebd.

¹⁵³ Vgl. dazu den Kommentar unter dem Pseudonym Snatok (=Kenner), 19.09.2005 In: <http://www.russ-yug.ru/article.htm?naid=1002>

die Kontrolle über die Industriestadt Noworossisk oder den Kurort Sotschi gewonnen. Neben den Kreisstädten werden inzwischen auch die Landkreise nun größtenteils von Tkatschows Vertrauten geführt.

5.3.2. Unterordnung der Medien

Neben den administrativen Veränderungen gab es auch Veränderungen im Verhältnis zwischen Medien und politischer Führung. Die Bevormundung und Gängelung der regionalen Medien nahm ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß an. Während die einen Journalisten dafür hauptsächlich seine Medienberaterin Galina Solina verantwortlich machen¹⁵⁴, meint die für Krasnodar zuständige Korrespondentin der russlandweiten Tageszeitung „Kommersant“, Swetlana Turjalai, dass dies mit den persönlichen Eigenschaften des Gouverneurs zusammenhänge: „Tkatschow hat eine unglaublich hohe Meinung von sich und kann überhaupt keine Kritik vertragen. Er schaut sich die Sendungen persönlich an, in denen er vorkommt und wenn ihm nicht gefällt, wie er herüberkommt oder dargestellt wird, dann ruft er seine Medienberaterin Galina Solina an und beschwert sich bei ihr. Die wiederum ruft dann in den Redaktionen an und beschimpft die Journalisten.“¹⁵⁵

Dieser Druck von oben nach unten kann freilich nur wirken, weil sich in Krasnodar eine hierarchisch gegliederte Struktur zwischen Obrigkeit und Regionalmedien herausgebildet hat.

Das wichtigste Instrument zur Durchsetzung des administrativen Willens gegenüber den Medien ist das sogenannte „Register“. Theoretisch ist das Register eine Liste aller Massenmedien in der Region, die, einmal darin aufgenommen, gewisse finanzielle Vorteile (z.B. Steuererleichterungen) genießen. Praktisch ist es jedoch eine Möglichkeit, loyale Publikationsorgane direkt oder indirekt zu finanzieren und damit eine ungleiche Konkurrenz zu schaffen.

„Kreis- und Stadtzeitungen haben ihre kurze Leine – das Gebietsregister, welches es der Obrigkeit erlaubt, die Beziehungen zu den Redaktionen mittels Steuererleichterungen, verschiedenen Zahlungen für den Kauf von Fahrzeugen oder Technik sowie die Durchführung von Redaktionsjubiläen zu regulieren“¹⁵⁶, stellt der Bericht des Glasnost-Fonds lakonisch fest.

¹⁵⁴ Vgl. z.B. Interview mit Gennadi Schljachow, 22.1.2005.

¹⁵⁵ Vgl. Interview mit Swetlana Turjalai, 31.1.2005.

¹⁵⁶ Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 41.

Das „Register“ existierte schon unter der Vorgängerregierung von Kondratjenko. Es musste ein Vertrag mit der Stadt- oder Regionalverwaltung über die „informative Betreuung“ geschlossen werden. Während sich dies anfangs nur auf die Publikation öffentlicher Bekanntmachungen bezog, forderte die Administration schon sehr schnell die Veröffentlichung von PR-Materialien.

Wer dies ablehnte, dem wurde die Aufnahme in das Register verweigert. So wurden in der Region Krasnodar die Grundlagen für einen ungleichen Wettbewerb geschaffen. Neben Steuererleichterungen bezahlt die Administration auch direkt für die Veröffentlichung bestimmter „Werbetexte“, berichtet der ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung „Sotschi“, Georgi Iwanow:

„Mehr noch, die Verträge wurden über eine bestimmte Summe geschlossen, d.h. die Medien veröffentlichen das, was die Obrigkeit an Materialien gibt und sie bekommen dafür eine bestimmte Summe Geld von ihr.“¹⁵⁷

Auf den ersten Blick erscheint diese Maßnahme ganz den Gesetzen der Marktwirtschaft zu entsprechen. Die Regionalverwaltung will ein Sujet oder einen Artikel in einem Massenmedium platzieren und zahlt dafür, genau so, wie es jede andere kommerzielle Einrichtung auch tun würde. In diese Richtung argumentierte auch die damalige Beraterin des Gouverneurs, Galina Tschewentschuk, auf einer Medienkonferenz 2002:

„Wir werfen das Geld nicht zum Fenster heraus, wir bieten es für eine bestimmte Information, die die Administration gerne auf den Seiten einer Zeitung platzieren möchte. Wir schließen einen Vertrag über informative Betreuung. Der ist für beide Seiten vorteilhaft: Wir brauchen Platz, Sie verkaufen ihn uns. Wenn Sie nicht wollen, brauchen Sie keinen Vertrag zu schließen.“¹⁵⁸

Aus Sicht der Administration ist diese Argumentation logisch und folgerichtig. Bei näherer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, dass das „Register“ der freien Presse den Boden unter den Füßen wegzieht. Dazu muss man sich die schlechte wirtschaftliche Lage Russlands, die Lebensverhältnisse seiner Bürger und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Medien, kommerziell erfolgreich zu arbeiten, vergegenwärtigen. Die Krise traf auch das Gebiet Krasnodar. Von 1991, dem Ende der Sowjetunion, bis zum Bankencrash 1998 fiel das Bruttosozialprodukt um die Hälfte. Der Aufschwung in den folgenden sechs Jahren fiel weit weniger rasant aus.

¹⁵⁷ Siehe Interview mit Georgi Iwanow, 23.1.2005.

¹⁵⁸ Tschewentschuk, Galina, 2003: S. 129.

Um gerade einmal 20 Prozent wuchs die Wirtschaft der Region in diesem Zeitraum.¹⁵⁹

Dementsprechend instabil war und ist die Lage auf dem Medienmarkt. Ein Eingriff in dieses höchst fragile Gefüge zeigte daher schnell Resultate.

Zeitungen und TV-Sender, die sich auf die Bedienung der Administrationsinteressen, einließen, wurden – so widerwitzig es klingt – praktisch unabhängig vom Auditorium. Die regelmäßigen Geldzuflüsse ermöglichten den betreffenden Unternehmen einen enormen Wettbewerbsvorteil. Zeitungen und Zeitschriften waren nicht mehr auf die kärglichen Einnahmen aus dem freien und Abonnentenverkauf sowie Reklamegeldern angewiesen, sondern konnten auf die Zahlungen der Administration bauen.

Für die Herausgeber wurde es möglich, den Bürobestand zu modernisieren, das Layout neu zu gestalten oder zu einer besseren Druckerei zu gehen.

Es war auch möglich, die Preise zu senken und somit Druck auf die Konkurrenz auszuüben. „Das war einer der Schläge gegen die unabhängigen Medien¹⁶⁰“, befand daher auch Georgi Iwanow.

Die Regionaladministration investiert nicht wenig Geld in ihre Imagewerbung. 2003 vor den Wahlen gab sie 270 Mio. Rubel (knapp acht Mio. Euro) für Zeitungen und Fernsehen aus. 2004 waren 168 Mio. Rubel (fünf Mio. Euro) als Investitionen im Bereich Medien geplant, später wurde das Budget dafür auf 212 Mio. Rubel (6,2 Mio. Euro) angehoben und am Ende des Jahres sogar 244 Mio. Rubel (7,2 Mio. Euro) ausgegeben.¹⁶¹ Von den jährlich etwa 200 Mio. Rubel fließen nur etwa zehn Mio. Rubel (300.000 Euro) in die politisch ungebundene Unterstützung von Stadt- und Lokalzeitungen. Weitere zwölf Millionen Rubel werden für den Unterhalt der Presseabteilung ausgegeben. Der Rest fließt in die Bezahlung der „informativen Betreuung“.¹⁶² Außerdem greift sie auch offen auf Budgetgelder, um die Aufwendungen für Übernahmen von Sendern oder Zeitungen zu finanzieren. Am höchsten waren die Ausgaben für Reklame im Jahr 2003/2004, als die Wiederwahl des Gouverneurs anstand. Doch auch danach ließ der Geldzufluss nicht entscheidend nach.

Auf den ersten Blick ist nicht ganz nachzuvollziehen, warum die Administration immer

¹⁵⁹ Zahlen nach der Wirtschaftsredaktion der Iswestija, 20.8.2004: S. 7.

¹⁶⁰ Iwanow, im Gespräch mit dem Autor, 23.1.2005.

¹⁶¹ Zahlen nach Turjalai, 31.1.2005.

¹⁶² Vgl. zu diesen Angaben Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 41

noch so viel Geld in die Medien investiert, wird doch der Gouverneur nicht mehr vom Volk sondern seit Herbst 2004 vom „Wähler Nr.1“¹⁶³, Wladimir Putin, bestimmt. Doch dafür gebe es eine Erklärung, meint Turjalai. Schließlich müsse sich auch der Präsident irgendwie über die Arbeit der Regionaloberhäupter informieren. Dies tue er u.a. durch Zeitungslektüre oder die Auswertung von Fernsehbeiträgen.¹⁶⁴

Diese Behauptung muss allerdings relativiert werden, denn wenn sich Präsident Putin teilweise auch über die Medien informieren mag, so wird er mit Sicherheit nicht die Regionalmedien konsumieren, sondern die nationale Presse auswerten.

Dies weiß natürlich auch Gouverneur Tkatschow. Dennoch wirkt sich die Beeinflussung der regionalen Medien positiv für ihn aus.

Nach dem Blutbad von Beslan begründete Putin die Aussetzung der Gouverneurswahlen damit, dass durch Einsetzung von oben mehr Stabilität erzielt werden könne. Ein Gouverneur, dessen Macht innerhalb der Region stabil ist, kann somit auch auf einen Bonus beim Präsidenten hoffen. Außerdem ist es nun für den Gouverneur wichtig, dass er im Regionalparlament, das Putins Kandidaten absegnen muss, eine Mehrheit hat.

Somit zielt die Beeinflussung der Regionalmedien auf einen doppelten Zweck hin. Zum einen sollen mit den Medien die Wähler der Region animiert werden, für die jeweilige Gouverneurs-Partei zu stimmen. Das ist in Krasnodar wie in fast allen Regionen die Kremlpartei Einiges Russland. „Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass die Politik des Einigen Russlands einen sicheren Rückhalt in praktisch allen Regionen unseres Landes genießt. Der Krasnodarer Kreis ist dabei keine Ausnahme“¹⁶⁵ übt sich daher die von Tkatschow abhängige Tageszeitung „Kuban Segodnja“ in Lobhudelei.

Zum anderen vermitteln die Medien der Bevölkerung ein bestimmtes Bild ihres Gouverneurs. Ein positives Bild wirkt auch auf die Grundstimmung der Bevölkerung positiv. Diese ist dadurch leichter zu lenken. Die Macht des Gouverneurs stabilisiert sich dadurch – ein Faktor, der bei der Wiederernennung eine große Rolle spielt. Die Stabilität der Macht wird in Krisensituationen deutlich. Eine solche trat in ganz Russland Anfang 2005 auf, als die Regierung die umstrittene Sozialreform umsetzte. Diese Sozialreform sollte Sozialvergünstigungen, wie kostenlose Fahrten im

¹⁶³ Überschrift in der Tageszeitung „Wedomosti“ als Kommentar zur Entscheidung Putins, die Gouverneure künftig nicht mehr wählen zu lassen. Vgl. Nikolajewa, Anna; Iwanow, Witali; Derbilowa, Jekaterina, 14.09.2004: S. 1.

¹⁶⁴ Vgl. Interview mit Turjalai, Swetlana, 31.1.2005.

¹⁶⁵ Kuban Segodnja vom 16.09.2003, zitiert nach vvp.ru

öffentlichen Nahverkehr, Mietminderungen u.ä. für Rentner, Weltkriegsveteranen, Behinderte u.a. in Geldleistungen umwandeln. Doch decken die monatlichen Auszahlungen keineswegs die Mehraufwendungen, die Rentner u. a. zuvor begünstigte Personengruppen nun zu leisten haben. Infolgedessen kam es in den ersten Monaten nach In-Kraft-Treten im ganzen Land zu heftigen Protesten gegen diese Reform.

Auch im Gebiet Kuban gab es viele Unzufriedene. In den Lokalzeitungen jedoch erschienen deutlich mehr Beiträge, die die "Fürsorglichkeit" der Administration gegenüber der Bevölkerung heraus hoben, als Artikel über die unzufriedenen Pensionäre.

"Nach den Worten von A. Remeskow, verfolgt der Gouverneur von Kuban sehr aufmerksam, wie sich die Situation mit der Monetarisierung der Sozialleistungen gestaltet"¹⁶⁶ zitiert bspw. die Zeitung "Kuban Segodnja" (Kuban Heute) ausführlich aus einer Krisensitzung.

Der Gouverneur selbst hatte sich jedoch vor jeglicher Verantwortung in der Krisensituation gedückt. Unter dem Vorwand einer Krankheit ließ sich Tkatschow auf dem Höhepunkt der sozialen Spannungen in ein Moskauer Krankenhaus einliefern und verschwand somit für mehrere Tage von der Bildfläche. Dieses Schema war übrigens nicht besonders originell, denn gleiches machten die Gouverneure in Nischni Nowgorod und Irkutsk auch, andere Regionalchefs versuchten über Dienstreisen dem aufgebrachten Volk zu entkommen.¹⁶⁷

Die Krasnodarer Journalisten kamen jedenfalls nicht dahinter, unter welcher geheimnisvoller Krankheit ihr Gouverneur litt. Insofern ist die „große Aufmerksamkeit“, mit der Tkatschow angeblich die Probleme seiner Landsleute verfolgte, nicht besonders glaubwürdig.

Die Zeitung "Kuban Segodnja" ist nur eines der vier Flaggschiffe auf dem Pressemarkt, das vollständig von der Regionalverwaltung kontrolliert wird.

„Es gibt vier große Zeitungen in Krasnodar: Die Zeitung "Kubanskije Nowosti", die völlig auf Kosten der Regionaladministration lebt, dann "Kuban Segodnja", die aus dem Stadtsäckel und dem Regionalhaushalt bezuschusst wird, dann gibt es die "Krasnodarskije Iswestija", die als municipal gilt, sich aber der Regionalverwaltung

¹⁶⁶ Artikel der Tageszeitung Kuban Segodnja, im Internet nachgedruckt bei www.yuga.ru, 16.1.2005 In: <http://www.yuga.ru/news/45429/index.html>

¹⁶⁷ Vgl. dazu: Maksakow, Ilja, 01.02.2005. In: <http://www.annews.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=694>

untergeordnet hat. Außerdem gibt es noch die „Wolnaja Kuban“, die von sich behauptet, unabhängig und volksnah zu sein, aber ihre Kosten aus dem Register deckt.“¹⁶⁸

Die größte Auflage hat dabei die Zeitung Kuban Segodnja. 75.000 Exemplare werden täglich herausgegeben. Die Kubanskije Nowosti verkauft 55.000 Exemplare, die Zeitung Wolnaja Kuban 45.000 Exemplare, die Krasnodarskije Iswestija 41.000.¹⁶⁹ Beim Absatz hilft die Verwaltung ein wenig mit, indem sie den Kiosken über den staatlichen Verteiler „Rospetschatj“ förmlich aufdrängt.¹⁷⁰ Damit erfassen sie einen großen Teil der Krasnodarer Leserschaft. Natürlich wirkt sich das Sponsoring auch auf die Berichterstattung der Blätter aus. Häufig erscheinen auf den Titelseiten der Gazetten vom Pressedienst der Administration verfasste Artikel über die Arbeit des Gouverneurs, mag der Anlass auch noch so trivial sein.¹⁷¹

Damit er seine Eigenreklame unterbringen kann, hat sich Tkatschow neben den Printmedien auch entscheidenden Einfluss in den elektronischen Medien seiner Region gesichert. Schon kurz nach seinem Machtantritt kaufte sich Tkatschow den einflussreichen Regionalsender NTK (übersetzt: Neues TV Kuban). Der ehemaligen Besitzerin, Ljudmila Martschenko, zahlte er, d.h. eigentlich die Krasnodarer Steuerzahler, mehrere Millionen Rubel Abfindung und setzte sie auf den Posten des stellvertretenden Generaldirektors in der Presseabteilung der Verwaltung.¹⁷²

In einem weiteren geschickten Schachzug setzte er später den erfolgreichen Medienunternehmer Michail Mikschis, der u.a. in Sotschi zwei Privatsender unterhält, als Generaldirektor des neuen „Gouverneurssenders“ ein. Damit schlug Tkatschow zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens sicherte er sich die Dienste eines fähigen Generaldirektors für seinen Sender, zweitens sicherte er sich auch einen bestimmten Grad an Kontrolle über die Sender von Mikschis, der ja nun zu einer gewissen Loyalität verpflichtet war.

Neben dem in der ganzen Provinz zu empfangenen Sender NTK gibt es unzählige, kleine lokale Fernsehstudios, die von der Administration nach und nach aufgekauft wurden. Ein Beispiel dafür ist der Sotschier Stadtsender „FTK“. Als er 1993

¹⁶⁸ Turjalai, Swetlana im Interview mit dem Autor, 31.1.2005.

¹⁶⁹ Zahlen nach dem Media-Guide. www.media-guide.ru

¹⁷⁰ Georgi Iwanow im Gespräch mit dem Autor, 23.01.2005.

¹⁷¹ Bsp. ist eine so genannte „Arbeitsreise“ des Gouverneurs in den Kreis Sewersk, die in der Zeitung „Kubanskije Nowosti“ als Top-Thema präsentiert wurde. Vgl. Pressedienst der Krasnodarer Administration, 23.05.2006: S. 1.

¹⁷² Vgl. Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 46-47.

gegründet wurde, war er privat. „Aber im Laufe der Zeit wechselten die Besitzer und seit drei Jahren gehört der Sender der Administration“, gab die Chefredakteurin Tatjana Polinjuk Auskunft. Interessant war die Reaktion auf die Frage, ob die Sendepolitik des Kanals daher als Tkatschow-freundlich zu bezeichnen ist. Noch ehe die Chefredakteurin etwas erwidern konnte, hatten mehrere der im Büro anwesenden Journalisten bereits mit „Ja“ geantwortet. „Offenbar haben die Journalisten hier schon für mich mitgeantwortet. Es ist nicht so, dass die Administration direkten Druck ausübt, aber das Hauptziel unserer Arbeit besteht darin, die Tätigkeit unseres Gebiets und unserer Stadt zu zeigen“¹⁷³, versuchte Polinjuk diese Einschätzung ihrer Untergebenen zu relativieren.

Da sich FTK die Frequenz mit zwei anderen Sendern, DTW und dem ebenfalls völlig der Regionaladministration unterstellten NTK, teilt, bestreitet die Redaktion täglich nur 1,5 Stunden Sendezeit. In erster Linie beleuchtet der Sender die Tätigkeit der Stadtverwaltung.

„Aus Krasnodar werden uns Sujets über die Arbeit des Gouverneurs zugeschickt, die wir im Rahmen unseres Nachrichtenprogramms ausstrahlen. Außerdem berichten wir über das Leben in der Stadt, Ereignisse, Kriminalfälle usw. Menschen wenden sich an uns und wir berichten über sie und ihre Probleme, wenn uns das interessant erscheint. Und schließlich ist Sport ein Thema“¹⁷⁴, berichtet Polinjuk über die weiteren Inhalte des Programms. Es ist völlig klar, dass ein der Administration gehörender Sender keine inhaltlichen Veränderungen an den Sujets aus Krasnodar vornimmt.

Von den einst 145 unabhängigen TV-Studios in der Region konnten sich nur die wenigsten halten. Bei den von der Regionalverwaltung aufgekauften Sendern werden die „unangenehmen“ und kritischen Journalisten entlassen.¹⁷⁵ Dieses Prinzip hat sich als Zensurschema sehr bewährt. „Mit der engen Spezialisierung eines Journalisten, Kameramannes oder Regisseurs ist es schwer auf dem Arbeitsmarkt. Bauarbeiter finden immer einen Job“¹⁷⁶, klagt auch Wjatscheslaw Toropow.

Aber auch bei den Privatsendern findet die Regionaladministration Hebel um ihre eigenen an die Redaktion verschickten Sujets ausstrahlen zu lassen. Dabei entsprechen die von Administration zur Ausstrahlung bereitgestellten TV-Beiträge

¹⁷³ Tatjana Polinjuk im Interview mit dem Autor, 22.1.2005.

¹⁷⁴ ebd.

¹⁷⁵ Vgl. Interview mit Dmitri Michejew, 24.1.2005.

¹⁷⁶ Wjatscheslaw Toropow im Interview mit dem Autor, 23.1.2005.

keineswegs dem Nachrichtenformat. Während ein gewöhnliches Nachrichtenstück circa eineinhalb Minuten lang ist, sind die Beiträge, die die Presseabteilung des Gouverneurs an die TV-Sender verschickt, zwischen vier und sechs Minuten lang. Dennoch werden die Sujets in der Regel ungekürzt gebracht, berichtet Gennadi Schljachow, der beim Sotschier Privatsender Max-TV als Spezialkorrespondent arbeitet.

„In der Regel werden die Beiträge von allen Sendern gezeigt, die einen bringen sie in gekürzter Form - schon deshalb, weil sie mit vier - sechs min für das Nachrichtenformat zu lang sind - andere kürzen nicht. Aber in der Regel senden es alle. Meine persönlichen Versuche als Chefredakteur, etwas nicht zu senden oder etwas zu kürzen, waren einer der Gründe, warum ich jetzt nur noch Korrespondent bin.“¹⁷⁷

Schljachow, der als Nachrichtenchef eingestellt wurde, musste diesen Posten räumen. Besitzer des Senders Max-TV, bei dem Schljachow angestellt ist, ist der oben schon erwähnte Unternehmer Michail Mikschis. Logisch, dass eine allzu kritische Berichterstattung bei dem Privatsender nicht möglich ist. Schließlich werde er von der „Administration gefüttert“¹⁷⁸, bemerkte der stellvertretende Leiter des GTRK „Sotschi“, Wjatscheslaw Toropow giftig.

Es ist allerdings nicht so, dass allein die Regionalverwaltung Druck auf die Berichterstattung der Medien ausübt. Auch die lokalen Behörden nahmen sich ein Beispiel an dieser Vorgehensweise und kontrollieren die ihnen unterstellten Presseorgane oft willkürlich. Ein Beispiel aus der Stadt Slawjansk (145.000 Einwohner) an der Küste des Asowschen Meeres soll dies verdeutlichen: Der Korrespondent der Lokalzeitung „Slawjanskije Westi“, Andrej Schubin, musste nach massivem Druck der Slawjansker Administration bei der kommunalen Zeitung kündigen. Vorausgegangen war ein kritischer Artikel Schubins über das staatliche Ölunternehmen „Rosneft-Krasnodarneftegas“ in der Zeitung „Krasnodarski Kurier“. Als der Artikel kurze Zeit später auch in der Krasnodarer Regionalbeilage des „MK“ veröffentlicht wurde, war das Maß voll. Die Administration schlug Schubin vor, entweder zukünftig Materialien vor der Veröffentlichung mit ihr abzustimmen oder Slawjansk zu verlassen. Schubin kündigte bei der Zeitung „Slawjanskije Westi“.¹⁷⁹ Während die meisten Regional- und Lokalmedien auf Grund der Eigentums- und

¹⁷⁷ Interview mit Gennadi Schljachow, 22.1.2005.

¹⁷⁸ Interview mit Wjatscheslaw Toropow, 23. 1.2005

¹⁷⁹ Vgl. dazu cjes.ru/monitoring/view_monitoring.php?id=3611.

Abhängigkeitsverhältnisse mit Druck relativ bequem auf Linie gebracht wurden, ist es bei den Journalisten der föderalen Medien schwieriger.

Doch selbst bei den staatlichen Sendern, deren Politik eigentlich in Moskau bestimmt wird, versucht die Regionalführung mitzuregieren. Bei der größten staatlichen Sendeanstalt WGTRK gelang ihr das.

Bis 2005 gab es zwei regionale Abteilungen der Rundfunkgesellschaft WGTRK – eine in Krasnodar und eine in Sotschi. Im Rahmen der Rundfunkreform bei der WGTRK wurde die zuvor selbständige Redaktion in Sotschi zu einer Unterfiliale der Redaktion Krasnodar. Die Reform sah unter anderem auch vor, den tatsächlich aufgeblähten Mitarbeiterstab zu senken. Von den einst 179 Angestellten des Senders sollten nur noch 120 bleiben.¹⁸⁰ Die angedachte Reform entwickelte sich ganz nach dem Szenario, das in Krasnodar entwickelt wurde. Unter den ersten Abgängern war z.B. Chefredakteur Waleri Beljajew, der sich zuvor in Krasnodar und bei der Stadtverwaltung von Sotschi unbeliebt gemacht hatte. Noch im Amt hatte Beljajew den Kampf um die Unabhängigkeit der Berichterstattung so beschrieben:

„Moralischer Druck wird ausgeübt. Bei mir ist das zwecklos, das haben die schon begriffen, deshalb setzen sie jetzt direkt die Korrespondenten unter Druck. Es ging so weit, dass ich meinen Leuten verboten habe, mit denen von der Administration zu reden.“¹⁸¹

Die Administration beschwerte sich in Moskau über die ihrer Ansicht nach unzumutbare Berichterstattung des Senders und erreichte ihr Ziel. Der unbequeme Beljajew musste gehen, zum neuen Chef der Filiale Sotschi wurde der stellvertretende Vorsitzende des GTRK „Kuban“, Dmitri Mosaljuk, der von der Administration wesentlich einfacher zu steuern war.¹⁸²

Dabei war der Kanal „Sotschi“ auch zu Beljajews Zeiten keineswegs ein Oppositionssender. In der Regel brachte der Kanal die von der Regionalverwaltung in die Redaktion geschickten PR-Videos wie alle anderen Sender auch. Doch Beljajew hatte sich die Freiheit genommen, einige Beiträge auf Nachrichtenformat zurecht zu stutzen.

Bei der Einsetzung der neuen Führung in Sotschi bewies die Sendeleitung in

¹⁸⁰ Zahlen nach Toropow, Wjatscheslaw, 2.2.2005

¹⁸¹ Waleri Beljajew im Interview mit dem Autor, 19.1.2005

¹⁸² Nach Angaben der Glasnost Defense Foundation befindet sich die GTRK „Kuban“ auf der Registerliste der Gebietsadministration. Das bedeutet, dass der eigentlich von Moskau abhängige Kanal, sich auch durch die Regionaladministration finanzieren und damit auch steuern lässt. Vgl. Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 41.

Krasnodar nicht besonders viel Geschick. Innerhalb kürzester Zeit mussten über 50 Mitarbeiter gehen, die freigewordenen Stellen wurden von Personen besetzt, die nicht die notwendige Erfahrung und das Know-How mitbrachten. Andere Qualitäten schienen weit wichtiger. Schon im Herbst 2005 entbrannte darüber ein handfester Skandal.

In einem offenen Brief, der u.a. an den Moskauer Patriarchen Alexi II. gerichtet war, beklagte sich ein Teil des alten Sendeteams über zunehmenden Druck. Der Kanal „Sotschi“ sei unter den Einfluss einer religiösen Sekte geraten, die aggressiv neue Mitglieder zu werben versuche, heißt es in dem Schreiben. Die Zeitungen nahmen den Skandal natürlich dankbar auf. Am Ende musste eine Kommission aus Krasnodar anreisen, um die Wogen zu glätten.

5.3.3. Berichterstattung der Medien

In der Berichterstattung der russlandweiten Medien spielt Krasnodar keine Rolle. Dazu muss erwähnt werden, dass ganz allgemein die Regionalberichterstattung der föderalen Medien zu wünschen übrig lässt. Sie sind in der Regel allein auf Moskau fixiert. Allerdings ist festzustellen, dass einige Regionen mehr Beachtung finden als andere. Zu den häufiger erwähnten Regionen gehören der Kaukasus, insbesondere natürlich Tschetschenien, St. Petersburg und in abgeschwächter Form auch Kaliningrad (möglicherweise wegen seiner strategischen Bedeutung).

Krasnodar hingegen scheint den föderalen Medien selten einen Bericht wert. Größere Aufmerksamkeit fanden lediglich die Vogelgrippe und ihre Folgen für Krasnodar (etwa eine halbe Millionen Hühner mussten geschlachtet werden), und auf politischer Ebene die Mescheten-Problematik (wegen andauernder Diskrimination wanderte das Turkvolk schließlich 2004 fast komplett aus der Region aus, s.u.) sowie der Bau eines Dammes von der Halbinsel Taman zur Sandbank Kosa Tusla. Der Bau hatte zu einem massiven Grenzkonflikt mit der Ukraine geführt, die das Inselchen und vor allem die Gewässer darum als ihr Hoheitsgebiet betrachtete.

Während in der Mescheten-Frage die kritischen Töne überwogen, stieß der Dammbau größtenteils auf Zustimmung.¹⁸³ Allerdings ist es auch unwahrscheinlich, dass die Regionalverwaltung von Krasnodar den Bau des umstrittenen Dammes

¹⁸³ Einer Umfrage des Moskauer Radiosenders „Echo Moskaus“ Oktober 2003 zufolge wollten 82 Prozent der Hörer Kosa Tusla als Teil Russlands sehen.

ohne vorherige Rückendeckung aus Moskau begonnen hätte.

Für die Tagespolitik in Krasnodar hingegen interessieren sich die föderalen Medien so gut wie gar nicht. Dementsprechend haben regionale Medien die Meinungsführerschaft in diesem Bereich. Diese stehen, wie im vorangegangenen Kapitel erwähnt, mehrheitlich unter Einfluss der Administration.

Es ist logisch, dass die Besitzverhältnisse entscheidenden Einfluss auf die Berichterstattung haben. So wurde schon erwähnt, dass die Regional- und Lokalsender TV-Beiträge, die ihnen von der Administration zugeschickt werden als Nachrichtenstücke ausstrahlen, obwohl sie ihrem Charakter nach eigentlich PR-Beiträge sind. Zeitungen und Zeitschriften, die im Register sind, drucken ebenfalls die in der Presse-Abteilung der Administration formulierten Artikel ab.

„Es kam nicht selten vor, dass die Gebietszeitungen „Kubanskije Nowosti“ und „Kuban Segodnja“ ein und dieselben Materialien (Interviews mit Politikern, analytische Beiträge) veröffentlichten, die von ein und denselben Journalisten angefertigt wurden“¹⁸⁴, stellte die Moskauer Helsinki-Gruppe fest.

Die Regionalverwaltung fordert freilich, dass diese Beiträge nicht als entsprechend gekennzeichnete PR-Materialien veröffentlicht werden, sondern wie ganz gewöhnliche Nachrichten. Dies geschieht dann in der Regel auch.

Im Fernsehen wird diese Art der Werbung Schleichwerbung genannt. Sie gilt als wesentlich effektiver als die offizielle Reklame, da die Wachsamkeit des Lesers bzw. Hörers oder Zuschauers eingeschläfert ist. Genau dieses Ziel verfolgt auch die Regionalverwaltung. Durch die Veröffentlichung von lobenden PR-Beiträgen als Nachrichten, entsteht beim Auditorium der Eindruck, dass die Administration gute Arbeit leistet. Dieses nicht nur auf Krasnodar beschränkte Problem der Schleichwerbung kritisiert auch Nina Swerewa:

„Wenn eine TV-Gesellschaft PR für ihren Auftraggeber, der die Obrigkeit verkörpert, macht, so müssten die Zuschauer der Logik nach in der Ecke des Bildschirms ständig einen Untertitel sehen: <<Bezahlt aus diesem oder jenem Budget>> oder <<Bestellt von dieser oder jener Person>>. Doch heutzutage haben wir Nachrichtenprogramme mit vortrefflichen Gouverneuren in jedem Sujet ohne jeden Verweis oder Untertitel.“¹⁸⁵

Theoretisch besteht zwar für private Anbieter die Möglichkeit neben den bezahlten

¹⁸⁴ Bericht der Moskauer Helsinki-Gruppe über das Gebiet, Krasnodar, angefertigt von Tuschinski, Wladimir, 2002. In: <http://www.mhg.ru/publications/231BD2C>

¹⁸⁵ Swerewa, Nina: 2004: S. 50.

Werbeartikeln auch Kritik zu bringen, doch ist dies praktisch natürlich kaum durchführbar. Schließlich wollen die Medien nicht ihren potentesten Kunden verlieren.

So formuliert die Pressestelle der Administration im Wesentlichen die politischen Tagesthemen der Presse und des Rundfunks. Lange Zeit war die Minderheitenfrage eines der schärfsten politischen Themen.

Insbesondere ging es dabei um den Konflikt der turksprachigen Minderheit, der Mescheten. Die Mescheten waren während des Zweiten Weltkrieges von Stalin aus dem kaukasischen Raum nach Mittelasien deportiert worden. Gegen Ende der Sowjetzeit erfuhren die Mescheten auch in ihrer neuen Heimat scharfe Anfeindungen, die schließlich in den Pogromen 1989 in Usbekistan gipfelten. Erneut mussten die Mescheten umziehen und sie erhielten Bleiberecht in Russland.

Die meisten Mescheten siedelten sich im Gebiet Krasnodar an. Doch auch hier schlug ihnen unter dem Gouverneur Kondratjenko bald eine Welle der Xenophobie entgegen.

„Über 10.000 Mescheten leben auf dem Territorium Krasnodars ohne russische Staatsbürgerschaft und Wohnsitzanmeldung. Dabei leben fast alle Mescheten seit Februar 1992, als das Gesetz „Über die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation“ in Kraft trat ständig auf dem Gebiet der RF, hatten keinen Wohnsitz außerhalb Russland und verzichteten nicht auf die russische Staatsbürgerschaft. Darum sind sie in Übereinstimmung mit Abs. 1 Art. 13 des Gesetzes Bürger der RF und erhielten in allen Regionen ohne Probleme diesen Status und eine Wohnsitzanmeldung.“ Ausnahmen seien neben Krasnodar das Gebiet Stawropol und die Republik Kabardino-Balkarien, stellt ein Bericht der Moskauer Helsinki-Gruppe fest.¹⁸⁶ Allerdings handelt es sich in beiden Fällen um Personengruppen zwischen 400 – 700, in Krasnodar sind es Tausende, die vom öffentlichen Leben ausgegrenzt werden. Die unwillkommenen Gäste werden nicht nur administrativ, sondern auch medial ausgegrenzt.

Im Gegensatz zu Kondratjenko hält sich Alexander Tkatschow persönlich mit Äußerungen zum Thema zurück, obwohl auch er sich hin und wieder in Interviews hinreißen lässt, seine wahren Ansichten preiszugeben:

„Das Problem sind gerade diejenigen, die, obwohl sie ihre eigene Staatsbürgerschaft haben, es vorziehen, hier zu leben. Und diejenigen, die sich entgegen einer

¹⁸⁶ Vgl. Tuschinski, Wladimir, 2002. In: <http://www.mhg.ru/publications/231BD2C>

Regierungsentscheidung hier im Süden niedergelassen haben – ich rede hier von der Diaspora der Türken-Moscheen, von denen es schon 20.000 gibt...Sie baten, wie es so schön heißt, um Asyl für eine Nacht, und jetzt sind es schon über zehn Jahre seit ihrer Ankunft. Hier haben sie die Statistik des ethnischen Bevölkerungswachstums in den letzten zehn Jahren: Um 38% erhöhte sich die Zahl der Armenier, um 85 die der Kurden, um 64 die der Assyrer, um 43 die der Georgier...Wie in einem Durchgangshof¹⁸⁷

Die vom Gouverneur abhängigen Medien entfachten daraufhin eine regelrechte Hetzkampagne gegen die Moscheen.

Zwar ist das Problem der Xenophobie nicht auf die Medien des Krasnodarer Kraises beschränkt. Russische Medien verstärken und erhalten eher Ethnophobien als sie abzubauen, festigen und provozieren negative Einstellungen, Stereotypen und Vorurteile, fand der Soziologe Boris Kolodisch heraus:

„In unseren Medien herrscht die Tendenz auf die Nationalität eines Verbrechers hinzuweisen, wenn er <<kaukasischer Herkunft>> ist, aber wenn der Gesetzesbrecher <<slawischer Herkunft>> ist, versteht sich seine Nationalität wie von selbst, wird jedoch nie offen erwähnt. In der regionalen Presse trifft man die ihrer Art nach rassistischen Äußerungen fast täglich. Im Ergebnis formiert sich im gesellschaftlichen Bewusstsein ein festes Stereotyp: Ist jemand Tschetschene (Aserbaidshaner, Georgier usw.), dann ist er ein Verbrecher oder so etwas ähnliches“¹⁸⁸

In den Krasnodarer Medien tritt dieses für viele Regionen typische Phänomen verstärkt auf. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen: Unter der Überschrift „Wem klagen?“ veröffentlichte die Regionalzeitung „7 dnjei Kubani“ einen Artikel, in dem über einen angeblichen Vergewaltigungsversuch junger Moscheen berichtet wird. Anschließend fordert der Autor die Kosakenbewegung im Gebiet Kuban dazu auf, die Ankömmlinge zu vertreiben, um die „stille Annexion“ zu verhindern.¹⁸⁹

Bereits kurz zuvor hatte die der Administration gehörende Zeitung „Kuban Segodnja“ einen Artikel unter der bezeichnenden Überschrift: „Schützen wir das russische Volk“¹⁹⁰ veröffentlicht. Die xenophoben Beiträge ziehen sich wie ein roter Faden über

¹⁸⁷ Alexander Tkatschow im Interview, abgedruckt in der Zeitung „Wolnaja Kuban“ vom 21.12.2001 in dem Artikel: „Nadojeli gosti chosjajewam“ („Die Hausherrn haben von den Gästen die Nase voll“) von Tatjana Schurbenko.

¹⁸⁸ Kolodisch, Boris, 2004: S. 26.

¹⁸⁹ Vgl. Wolokutin, Viktor, 18.12.2001.

¹⁹⁰ Frolow, Sergej, 09.11.2001.

die Jahre hinweg durch Veröffentlichungen mehrerer Zeitungen: In dem Artikel „Chronik der Expansion“ behauptet der Autor: „Außerdem erklären die Mescheten heute schon offen, dass das Territorium des Krajs ursprünglich muslimisch sei und die slawische Bevölkerung in Kürze von hier vertrieben werde und die Grenze Russlands legen sie entlang des Flusses Choper im Gebiet Woronesch fest. Die türkische Minderheit hat langlebige, feste Beziehungen zum Ausland.“¹⁹¹ Der letzte Satz im Zitat soll noch einmal die äußere Gefahr, die von der turksprachigen Minderheit ausgeht, verdeutlichen.

Nur einen Monat später veröffentlichte die gleiche Zeitung einen offenen Brief des einflussreichen Kosakenatamans Boris Gromow: „Brüder, Kosaken, teure Landsleute. Die Stimme des Kosaken hat ganz Mütterchen Russland vernommen. Aber wir hörten mit Besorgnis auch von etwas anderem: Davon, dass unsere Erde von allen möglichen Fremden besiedelt wird. Und es kommen immer mehr, und es gibt niemanden, der sie aufhalten kann. Ist es möglich, dass, wenn wir zurückzukehren denken, wir nirgendwohin mehr zurückkehren können? Brüder, lasst das nicht zu! Und wenn Eure Kräfte nicht reichen, ruft uns.“¹⁹²

Es verwundert nicht, dass zwei Krasnodarer Zeitungen bei einer Studie unter den „Top-3“ der intolerantesten Regional-Zeitungen geführt werden. Dabei handelt es sich um die Tageszeitungen „Kuban Segodnja“ und „Krasnodarski Kurier“.¹⁹³

Am Ende führte die Diskriminierung dazu, dass die Vereinigten Staaten im Jahr 2004 den Mescheten den Status einer verfolgten Minderheit zusprachen und ihnen Green Cards gewährten. „Die Kriterien, nach denen die Mescheten Flüchtlingsstatus zugesprochen bekommen können, sehen so aus: die Bewerber müssen ethnische Türken sein, Usbekistan bis zum 1. Januar 1994 verlassen haben und das Wichtigste – auf dem Gebiet des Kuban leben.“¹⁹⁴

In der Regel wird ein Flüchtlingsstatus verfolgten Minderheiten eines Landes verliehen. Hier gibt es den kuriosen Fall, dass ein einzelnes Verwaltungsgebiet als so intolerant gekennzeichnet wird, dass einer Minderheit aus dieser Region und nur aus dieser Region der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird.

¹⁹¹ Beitrag aus der Tageszeitung „Kubanskije Nowosti“ vom 13.03.2002, zitiert nach Tuschinski, Wladimir, 2002.

¹⁹² Gromow, Boris, 03.04.2002.

¹⁹³ Die Studie wurde vom Moskauer analytischen Zentrum „Sowa“ gemeinsam mit dem Zentrum für Entwicklung der Demokratie und Menschenrechte sowie der Moskauer Helsinki-Gruppe durchgeführt. 30 Zeitungen wurden auf ihre ethnische und religiöse Toleranz hin untersucht. Vgl. dazu www.yuga.ru, 22.03.2004.

¹⁹⁴ Turjalai, Swetlana, 23.07.2004: S. 7.

Im Juli 2004 flogen die ersten Mescheten in die USA aus. Ihnen folgte die Mehrheit der Krasnodarer Mescheten. Gouverneur Tkatschow kommentierte dies wie folgt: „Wir haben lange auf diesen Prozess gewartet und sein Beginn ist im Sinn der Mescheten selbst und der regionalen Bevölkerung. Die Mescheten konnten sich in der freundlichen Krasnodarer Völkerfamilie, die mehr als 100 Nationalitäten umfasst, nicht adaptieren und lebten abgesondert in Enklaven. Sie nahmen weder die Traditionen, noch die Struktur, noch die Sprache des Volkes an, mit dem sie zusammenlebten. Mehr als alles andere hat uns folgender Fakt beunruhigt: In den Orten, die die Mescheten kompakt besiedelten, stieg die Zahl der Verbrechen stark an, stieg die Drogensucht und dies führte zu einer negativen Reaktion der eingesessenen Bevölkerung. Die Spannung wuchs von Jahr zu Jahr und hätte zu unkontrollierten Folgen führen können.“¹⁹⁵

Kein Wort verlor Tkatschow darüber, wer die Spannungen mitverursacht hat, zum einen dadurch, dass den Mescheten keine Möglichkeit gegeben wurde, sich zu integrieren, zum anderen durch gezielte Mediendiskreditierung.

Nach der Auswanderung der Mescheten wird das Thema in den Medien totgeschwiegen.

5.3.4. Rechtssituation für Journalisten in Krasnodar

Im Kapitel „Rechtsgrundlagen“ wurde darauf verwiesen, dass die Gesetze zwar allgemein für den Bestand einer freien Presse ausreichend seien, aber es dennoch einige Gesetzeslücken gibt, die das Leben der Journalisten erschweren können. Dazu zählt u.a. die Akkreditierungspraxis. Zwar haben Korrespondenten grundsätzlich das Recht, akkreditiert zu werden, andererseits fehlt eine entsprechende Verordnung, die den Behörden vorschreibt, Journalisten zu akkreditieren.

Dieses Manko wird sehr augenscheinlich in Krasnodar. Unliebsamen Journalisten wird oft die Akkreditierung verweigert. Zu diesem Personenkreis zählt auch die Korrespondentin des „Kommersant“ in Krasnodar, Swetlana Turjalai.

„Jetzt gibt es z.B. keine Akkreditierungen mehr für föderale Journalisten. Das erschwert die Aufgaben für uns sehr. Wir werden jetzt nur mit Einlassgenehmigung irgendwo vorgelassen, d.h. man muss anrufen, die Beamten müssen einen

¹⁹⁵ Zitiert nach Turjalai, Swetlana, 23.07.2004: S. 7.

Passierschein ausstellen usw“¹⁹⁶, berichtet sie.

Regionalkorrespondenten überregionaler Medien sind von der Administration am schwersten zu zähmen. Das Schema Übernahme – Entlassung funktioniert hier offensichtlich nicht. Daher sind die Korrespondenten relativ unabhängig von Weisungen aus der Administration. Zwar werde versucht mit Anrufen moralischen Druck auf ihn auszuüben, aber wirklichen Einfluss auf die Berichterstattung könne weder die Stadt- noch die Regionalverwaltung ausüben, berichtet auch der NTW-Korrespondent Dmitri Michejew.

Daher greifen die Behörden zur „Zähmung des Widerspenstigen“ zu einem anderen Mittel; den Akkreditierungsregeln. Da die Journalisten nun nicht mehr ohne Voranmeldung ins Gericht, in die Administration oder die Gesetzgebende Versammlung eingelassen werden, sind sie auf einmal wieder in der Position des Bittstellers. Das erschwert die Arbeit ungemein, da es den Journalisten einen zusätzlichen moralischen Druck auferlegt. Haben sie die Erlaubnis bekommen, erwartet man im Gegenzug von ihnen Dankbarkeit, d.h. eine wohlwollende Berichterstattung. Zeigt sich der Reporter jedoch „undankbar“, so kann es passieren, dass er beim nächsten Mal keinen Zutritt mehr erhält. Beispielhaft dafür ist der Fall Turjalai:

„Ich bekomme keinen Zutritt mehr zu Veranstaltungen der Administration. Dies begann, nachdem im Sommer [2004 – d.A.] der Präsident feststellte, dass es in Russland immer noch Lohnrückstände gibt, d.h. Angestellte nicht rechtzeitig bezahlt werden und auf Gehälter warten. Es stellte sich heraus, dass der Kreis Krasnodar die höchsten Lohnschulden hat. Daraufhin startete die Kreisverwaltung eine Kampagne, um die Lohnschulden zu bekämpfen. Auf der eigens einberufenen öffentlichen Anhörung dazu wollte die Medienberaterin Tkatschows das Programm als Eigeninitiative des Gouverneurs darstellen, obwohl der bis zum Signal aus dem Kreml einfach nur geschlafen hatte. Da regte sich dann dort Widerspruch. Der ehemalige Staatsanwalt der Region, Uljanow, sagte: „Das könnt ihr wohl kaum als eure eigene Kampagne darstellen, die Anweisung kam doch aus dem Kreml.“ Ich habe eben darüber geschrieben, wie sich das dort abspielte und seitdem habe ich keinen Zutritt mehr zur Administration.“¹⁹⁷

Mit dem gleichen Problem hatte auch die Korrespondentin der „Rossiskaja Gaseta“,

¹⁹⁶ Swetlana Turjalai im Interview mit dem Autoren, 31.1.2005.

¹⁹⁷ Swetlana Turjalai im Interview mit dem Autoren, 31.1.2005.

Galina Simkina, jahrelang zu kämpfen. Dass dies keine Einzelfälle sind, wird am Beispiel des „Krasnodarer Kuriers“ deutlich, dessen sämtliche Korrespondenten im Jahre 2003 von der Akkreditierung bei nahezu allen behördlichen Stellen ausgeschlossen wurden. Als Begründung sagte man der Antragstellerin im Zollkomitee, die Zeitung habe nicht das „nötige Niveau“¹⁹⁸.

Ein eng damit verbundenes Problem ist die Auskunftspflicht der Behörden. Laut Gesetz müssen die Behörden den Medien über ihre Arbeit Auskunft geben. In Wirklichkeit sieht das jedoch ganz anders aus. Für den NTW-Korrespondenten Dmitri Michejew ist dies doppelt schwierig, da die neue Sendekonzeption NTWs vorschreibt zwingend beide Seiten eines Konflikts den Fall kommentieren zu lassen.

„Vor kurzem haben wir ein Sujet mit versteckter Kamera gedreht, wo Zöllner hier in Sotschi, die angeblich Fördervorrichtungen für Öl in die Emirate exportierten, einfach nur wertloses Metall verschifften. Bei dem Export wird die Mehrwertsteuer zurückerstattet und so erhielten sie 3 Mio. USD. Die Zöllner verdienten dadurch natürlich eine Menge Geld. Wir hatten also das Bildmaterial, aber das Problem war, einen Kommentar zu bekommen. Praktisch alle Instanzen weigerten sich, den Vorfall zu kommentieren. Aufgrund der neuen Sendepolitik konnten wir das Sujet daher einfach nicht bringen. Das Thema verfiel also“¹⁹⁹, berichtet er.

Ein weiteres Problem sind nach Angaben des Glasnost-Fonds die vielen Verleumdungsklagen in der Region. Die Chefredakteurin der Zeitung „Labinskije Westi“ beispielsweise wurde 2003 wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 18.000 Rubel (>500 Euro) und einem Berufsverbot von drei Jahren verurteilt. Sie hatte in einem Artikel die Ernennung des Kaufmanns Alexander Rusakow zum Friedensrichter kritisiert und die Rechtmäßigkeit seiner Ernennung wegen dessen unzureichender Erfahrung in der juristischen Arbeit angezweifelt. Das Oberste Gericht hob zwar das Berufsverbot gegen Matwejew wieder auf, ließ aber die Geldstrafe bestehen.²⁰⁰

Leider gibt es nur Schätzungen darüber, wie viele Verleumdungsklagen jährlich in Russland verhandelt werden. Selbst der Chef des „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“, Oleg Panfilow, hat keine genauen Angaben. „Wir erfassen nur diejenigen Klagen, die veröffentlicht werden. Um genauere Daten für jede Region zu

¹⁹⁸ Vgl. Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 40.

¹⁹⁹ Dmitri Michejew im Interview mit dem Autoren, 24.1.2005.

²⁰⁰ Vgl. Gorewoi, Ruslan; Polonizki, Pjotr, 2003: S. 42-43 oder Timoschenko, Boris, 10/2003: S. 21.

erheben, bräuchte man ein gewaltiges Institut“²⁰¹, erklärt er den Missstand.

Andere Rechtsverletzungen treten seltener auf. Im Jahr 2005 wurden dreimal Zeitungsausgaben entweder völlig aufgekauft, noch ehe sie in den Handel gelangten bzw. beschlagnahmt. Zweimal traf es die Boulevardzeitung „Wersija“, die Tkatschow mit Korruption in Verbindung gebracht hatte. In einem Fall kaufte die Gebietsadministration die gesamte Auflage „wegen Eigenbedarfs“ auf, im anderen wurde sie beschlagnahmt.

Die regionale Parteizeitung der Kommunisten wurde auf Anweisung der städtischen Wahlkommission von Krasnodar beschlagnahmt. Nach Angaben der Chefredakteurin enthielt die Nummer „gutes Wahlmaterial“ für den kommunistischen Bürgermeisterkandidaten Kirjuschin.²⁰²

Es ist nur ein Fall bekannt geworden, in dem ein Journalist auf Grund seiner Ermittlungen in Lebensgefahr geriet. Der Korrespondent der Zeitung „Sotschi“, Sergej Solowkin hatte eine ganze Reihe von Materialien über Beamtenwillkür und Korruption veröffentlicht. Insbesondere deckte er dabei einen Fall von illegalem Grundstückshandel direkt an der Küste des Schwarzen Meeres und im Naturschutzgebiet Krasnaja Poljana auf. „Der Journalist hatte tatsächlich hart recherchiert und ernsthafte Ergebnisse zutage gefördert. Solche Journalisten gibt es hier leider nicht mehr“²⁰³, beklagt Schljachow.

Solowkin bekam daraufhin Morddrohungen. Schnell stellte sich heraus, wie ernst diese gemeint waren. Ein gedungener Killer sollte den Journalisten Sergej Solowkin am 11. März 2002 aus dem Weg räumen.

„...Ungefähr um zehn Uhr abends parkte der Journalist Sergej Solowkin zusammen mit seiner Frau Emma seinen alten Lada und sie gingen auf den Eingang zu. Emma hörte hinter ihrem Rücken ein Rascheln, drehte sich um und schrie auf. Eine Pistole mit Schalldämpfer bellte in der Hand des Einholenden auf. Solowkin ergriff eine Gaspistole und begann ebenfalls zu schießen. Der Killer, der keinen Widerstand erwartet hatte, verlor den Kopf, schrie ebenfalls vor Schreck auf, schoss noch zweimal und lief davon.“²⁰⁴

Der Täter hatte den Journalisten angeschossen und lief davon – einer zufällig vorbei kommenden Streife direkt in die Arme. Er gab später zu, 30.000 Rubel (rund 1.000

²⁰¹ Oleg Panfilow im Gespräch mit dem Autoren, 07.02.2006.

²⁰² Zu den Fällen vgl. die Daten des „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“ In: cjes.ru

²⁰³ Schljachow im Interview, 22.1.2005

²⁰⁴ Tschelyschew, Witali: In: www.rusglobo.net/zolovkin/naezd/chelischev.htm.

Euro) bekommen zu haben, dafür, dass er Solowkin erschieße. Allerdings war die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, die Hintermänner des Anschlags zu ermitteln. Der Journalist musste daher aus Sicherheitsgründen das Land verlassen. Er lebt heute in Deutschland.

Interessanterweise hatte kurz zuvor der Vorsitzende des Krasnodarer Bezirksgerichts, Alexander Tschernow, ein Verfahren gegen Solowkin angestrengt. Ein Artikel Solowkins wurde in der Moskauer Zeitung „Nowaja Gaseta“ unter dem provokanten Titel „Auf den Boden! Das Verfahren läuft!“²⁰⁵ veröffentlicht, allerdings wurde er dort redigiert und mit einem kompromittierenden Zusatztext versehen, der nicht von Solowkin stammte. Im Artikel ging es um einen Gerichtsskandal, in welchem eine um ihre Wohnung betrogene Frau von den regionalen Gerichten abgewiesen wurde, obwohl sogar der Oberste Gerichtshof Russlands das Krasnodarer Richterkollegium dazu aufforderte, der Frau zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Artikel kritisierte u.a auch den Richter Tschernow scharf.

In dem Zusatztext aber wurde über teure Uhren, Fahrzeuge, Urlaubsreisen und Grundstücksbesitz des Richters Tschernow spekuliert, was nicht beweisbar war. Der Richter empfand diesen Artikel folgerichtig als ehrverletzend und klagte in Moskau vor Gericht gegen die „Nowaja Gaseta“; Solowkin wurde gleich zu Beginn des Prozesses als Unbeteiligter entlastet. Das Moskauer Bezirksgericht „Basmanny“, (das später auch Chodorkowski verurteilen sollte), schloss sich der Ansicht ihres Krasnodarer Kollegen an. Das Urteil freilich war schockierend: Die „Nowaja Gaseta“ wurde zu einer Zahlung von umgerechnet etwa einer Million Euro verurteilt.²⁰⁶ Das Urteil hätte das finanzielle Aus der Zeitung bedeutet. Die Entscheidung aus erster Instanz wurde sogar noch bestätigt, ehe sich beide Parteien außergerichtlich einigten. Die Nowaja Gaseta verpflichtete sich, einen für sie wenig schmeichelhaften Beschluss der „Großen Jury“ des russischen Journalisten-Verbandes zu veröffentlichen. Tschernow zog seine Klage zurück.

Solowkin allerdings wurde, wie bereits erwähnt, bereits im Anfangsstadium des Prozesses, d.h. noch im Februar 2002 entlastet. Ob dieser Umstand ein „schärferes Vorgehen“ von Solowkins Gegnern provozierte, ist unbewiesen, doch die zeitliche Nähe – der Anschlag fand im März statt – verleiht dieser Version zumindest eine gewisse Glaubhaftigkeit.

²⁰⁵ Solowkin, Sergej, 14.01.2002. In: <http://novayagazeta.ru/nomer/2002/02n/n02n-s09shtml>

²⁰⁶ Vgl. zu dem Urteil auch Glasnost-Fonds, 2003: S. 20 und S. 26.

Die Artikel Solowkins über die illegale Verbauung des Strandes von Sotschi mit Elite-Wohnhäusern hatte übrigens keine Auswirkungen für die Beschuldigten. Dies ist leider typisch für gesamt Russland.

„Ich möchte hier einen besonderen Schutz der herrschenden Elite gegenüber Kritik herausheben. Nicht in dem Sinne, dass Kritik verboten wäre, sondern darin, dass sie in der Regel keine konkreten Folgen für Beamte und Geschäftsleute hat, die sich nicht an das Gesetz halten, selbst wenn diese Kritik offensichtlich und unbestreitbar ist. Wenn im gegebenen Moment die Kritik nicht mit den Interessen der offiziellen Obrigkeit oder der Staatsanwaltschaft zusammenfällt, dann wird sie (ob sie den Präsidenten oder einen unwichtigen Handlanger betrifft) ignoriert. Die Ausnahme ist, wenn die Obrigkeit selbst einen konkreten Direktor oder eine Business-Gruppe genau unter die Lupe nehmen möchte.“²⁰⁷

5.4. Das Verhältnis zwischen Business und Medien

5.4.1. Medien als Instrument im Geschäft

Politik und Business sind in der ganzen Welt, in Russland und auch im Krasnodarer Krai eng miteinander verquickt. Diese mitunter problematische enge Verbindung lässt auch bei der Betrachtung keine ganz klare Trennung zwischen Business und Politik zu. So steht in diesem Kapitel zwar das Verhältnis von Medien und Business im Mittelpunkt. Dabei tauchen aber auch immer wieder Verbindungen auf, die auch in das Kapitel „Verhältnis zwischen Medien und Politik“ gepasst hätten.

„In Russland ist das Business politisiert, denn ein ehrlicher Geschäftsmann kann seinem Geschäft nicht erfolgreich nachgehen, wenn er keine Freunde in der näheren Umgebung des Gouverneurs hat. Und darum nehmen Geschäftsleute beim Ausbrechen von Informationskriegen vor den Wahlen offen an diesen Auseinandersetzungen teil“²⁰⁸, verdeutlicht der Chef des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen, Oleg Panfilow die Situation.

Die meisten Medienbesitzer stammen aus anderen Bereichen der Wirtschaft und die Publikationsorgane dienen ihnen oft zur Propagierung ihrer geschäftlichen und/oder politischen Interessen.

²⁰⁷ Tretjakow, Witali, 05/2002: S. 17.

²⁰⁸ Oleg Panfilow im Gespräch mit dem Autor, 07.02.2006.

Der größte Medienbesitzer in der Provinz ist, wie bereits erwähnt, die Regionalverwaltung. Daneben gibt es jedoch noch einige „unabhängige“ Medieneigner, die in der Regel eigene PR-Ziele mit der Gründung oder dem Kauf eines Mediums verbinden.

So gründete Wadim Boiko, ein ehemaliger Journalist, der später zum Politiker und Geschäftsmann umsattelte, 1999 in Sotschi die kostenlose Zeitung „Prawda Matka“ mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Sein Ziel war das Bürgermeisteramt der Stadt. Zur Erreichung dieses Ziels scheute er keine Mittel. „Ungeachtet der gewaltigen Geldmittel, die er einsetzte, verlor er die Wahlen 2000. Doch die kostenlose Wochenzeitschrift (A3, 8 Seiten) machte er nicht dicht, offensichtlich darauf hoffend, den Boden für die nächsten Wahlen gründlicher vorzubereiten. Die Zeitung kommt bis heute regelmäßig heraus, lobpreist ihren Gründer und schimpft mit jedem Atemzug die lokale Obrigkeit. Eine einfache Hochrechnung (Redaktions-, Papier-, Druckerei-, Versandkosten und Reklameeinnahmen) zeigt, dass das Vergnügen den Verleger nicht weniger als 100.000 Dollar Verlust im Jahr einbringt.“²⁰⁹

Boiko wurde vor allem aus dem Kreml bei seinen Bemühungen unterstützt. Über die Einmischung von Presseminister Michail Lessin in den Wahlkampf beschwerte sich schließlich sogar der Journalistenverband Russlands. „...das Presseministerium mischte sich in die Kadersituation des GTRK „Sotschi“ ein, nachdem die Leitung des Senders sich der politischen Zensur widersetzte, die auf dem Sender zu Gunsten Boikos durchgeführt wurde. Eine andere, gegenüber Boiko illoyale TV-Gesellschaft in Sotschi, TV-Zentr, erhielt eine Verwarnung vom Presseministerium. Schließlich wurde am 8. Dezember die letzte nicht von Wadim Boiko kontrollierte TV-Gesellschaft, „Max-TV“ auf Anweisung des Ministers abgeschaltet.“²¹⁰

Hier muss allerdings erwähnt werden, dass die Formulierung „nicht von Boiko kontrollierte TV-Gesellschaft“ im Zitat nicht ganz stimmt, weil sie suggeriert, dass Max-TV seine Sendepolitik unabhängig gestaltete. Er war aber ebenfalls aus kommerziellem Interesse eindeutig auf der Seite des Gegenkandidaten, wie selbst Mitarbeiter von Max-TV zugeben.

„Wir waren im Wahlkampf als einziger Sender auf der Seite von Mostowoi... Wenn ein anderer Bürgermeister gewählt worden wäre, wusste unser Chef, würde sein

²⁰⁹ Iwanow, Georgi, 2004: S. 42-43.

²¹⁰ Borejko, Alexander, 16.12.2000.

Geschäft dicht gemacht. Da findet sich immer eine Möglichkeit:

Feuerschutzbestimmungen, sanitäre Bestimmungen usw. Das ist immer so, wenn sich keine normalen Beziehungen in der Vorzeit herausgebildet haben. Hier sucht jeder seinen Vorteil. Das können direkte Geldzuwendungen sein, politischer Nutzen oder kommerzielle Interessen in der Zukunft.“²¹¹

Boiko verlor die Wahlen trotz seiner Investitionen in die Medien und der Unterstützung aus dem Kreml, gab aber seine Zeitung auch danach noch weiter heraus. Die Zeitung „Prawda Matka“ war scharf oppositionell, allerdings keineswegs objektiv. Sie widmete sich reinen Schmutzkampagnen. 2004, noch vor den Wahlen, einigte sich Boiko jedoch mit dem von der Regionaladministration favorisierten Viktor Kolodjaschni und die „Prawda Matka“ stellte ihr Erscheinen ein.

Auch an der Person Kolodjaschni zeigt sich die Verquickung zwischen Politik und Business. Nach der Wahl Kolodjaschnis begann die Stadtverwaltung sämtliche Wege Sotschis mit Pflastersteinen auszulegen. Dabei spielt es wohl keine geringe Rolle, dass der Sohn Kolodjaschnis Besitzer einer Fabrik ist, die Pflastersteine herstellt. Bezahlt werden diese Arbeiten z.T. aus der Stadtkasse, z.T. aus „freiwilligen“ Abgaben der Geschäfte, die entlang der gepflasterten Straße liegen. Die Unternehmen zahlen allerdings widerwillig und nur deshalb, um keinen Ärger mit Steuer- und anderen Behörden zu bekommen. Die Lokalmedien allerdings berichten euphorisch von der großen Unterstützung der Businesswelt für die Verschönerung Sotschis.

Ein weiteres Beispiel für einen politisch ambitionierten Geschäftsmann gibt es aus der Hafenstadt Noworossisk. Ein örtlicher Oligarch aus dem Hafenbusiness wollte in die Politik gehen, um sein Geschäft abzusichern. Als erste Station hatte er sich das Bürgermeisteramt von Noworossisk auserkoren. „Schischkarjow sah den Posten als Sprungbrett, um später Gouverneur zu werden“²¹², glaubt Turjalai. Schischkarjow hatte sich zu diesem Zweck eine eigene kleine Medienholding zusammengekauft, die Stimmung für ihn machen sollte. Dazu gehörte die Lokalzeitung „Sjem dnjei Kubani“, der örtliche Fernsehsender „33. Kanal“ und die Radiostation „Jugmediatreck“.

Das Konzept von Schischkarjow schlug freilich fehl, da die Regionaladministration den Oligarchen als Bedrohung der eigenen Machtbasis empfand und einen regelrechten Medienkrieg in der Hafenstadt anzettelte. Sie kaufte die restlichen

²¹¹ Gennadi Schljachow im Interview mit dem Autoren, 23.01.2005.

²¹² Swetlana Turjalai im Interview mit dem Autoren, 31.01.2005.

unabhängigen Studios in Noworossisk und Umgebung auf, um dann aus vollen Rohren auf Schischkarjow zu schießen. Die Schlamm Schlacht brachte das gewünschte Resultat: Die Wähler stimmten am Ende für den „richtigen Kandidaten“ ab. Schischkarjow stand mit leeren Händen da.

Außerdem soll hier noch der undurchsichtige Krasnodarer Geschäftsmann Wladimir Nemtschinski Erwähnung finden, der mit Hilfe seines lokalen Fernsehkanals STS (nicht zu verwechseln mit dem föderalen Sender) zehn Jahre lang erfolglos versuchte, Bürgermeister von Krasnodar zu werden. Er erreichte immerhin trotz krimineller Vergangenheit 2004 etwa 20 Prozent der Wählerstimmen. Als er ein Jahr später seiner PR-Maschine verlustig ging, d.h. er die Kontrolle über den Sender verlor, da bekam er nur noch 7,39 Prozent.²¹³

Andere Geschäftsleute gehen gar nicht erst auf Konfrontationskurs. Die Zeitung „Unser Haus Sotschi“ „gehört einem Geschäftsmann, der der Obrigkeit nahesteht und anfangs eine Menge Geld hineinpumpt. Inzwischen könnte es sein, dass sich das Blatt auf Grund der verkauften Werbeflächen trägt, aber mehrere Jahre lang war es unrentabel. Die Zeitung vertrat die Interessen der Obrigkeit und natürlich die kommerziellen Interessen des Geschäftsmannes. Der bekam dann gute Grundstücke usw.“²¹⁴ Die Auflage des Blattes liegt bei 100.000. Die große Stückzahl ermöglicht ihr einen gewissen Einfluss. Dennoch ist es schwer, die Mitarbeiter der Zeitung als Journalisten zu bezeichnen, da ihre Aufgabe denen der Journalistik entgegengesetzt sind. Sie dienen nicht dem Informationsbedürfnis ihrer Leser sondern einzig und allein dem Verkündungs- und Werbebedürfnis ihres Besitzers. Daher sind sie wohl eher der Kategorie der PR-Agitatoren als der der Journalisten zuzuordnen. Leider trifft diese Einschätzung aber auf einen Großteil der in den Krasnodarer Medien Beschäftigten zu.

5.4.2. Medien als Business

Allein mit dem Betrieb von Medien lässt sich in Russland in der Regel kein großes Geld verdienen. Die Region Krasnodar ist da keine Ausnahme. Die Einnahmen aus Werbung und (bei Zeitungen) Verkauf sind relativ gering, reichen oft gerade einmal zur Begleichung der Ausgaben. Manchmal nicht einmal dafür. Das liegt auch daran,

²¹³ Zahlen nach Rogoschin, Georgi, 19.09.2005.

²¹⁴ Georgi Iwanow im Interview, 23.1.2005.

dass die Druckkosten vergleichsweise hoch liegen. Fast sämtliche lokalen Druckereien befinden sich in Staatsbesitz. Daher lägen bspw. die Druckkosten für die Zeitung „Tschernomorskaja Sdrawniza“ viermal so hoch wie die von äquivalenten amerikanischen Zeitungen, kritisierte der Chefredakteur des Blatts, Sergej Below, 1997 auf dem Amsterdamer Kongress der „World Association of Newspapers“²¹⁵. Allerdings muss erwähnt werden, dass Krasnodar eine der Regionen mit dem höchsten Sättigungsgrad an Print- und elektronischen Medien in Russland ist. So liegt das Gebiet Krasnodar bei der Zahl der Zeitungsabonnenten landesweit an dritter Stelle mit insgesamt 1,76 Mio. bestellten Zeitungen. Geschlagen wird Krasnodar nur von Baschkortostan und Tatarstan, während die Bildungszentren Moskau und St. Petersburg weit abgeschlagen sind. Die folgende Tabelle verdeutlicht dies anschaulich:

Abonnements von Periodika, 2. Halbjahr 2004

Rang	Name der Region	Herausgegebene Periodika gesamt (1.000)	Bevölkerung 01.01.2003 (1.000)	Exemplare auf 1.000 Einwohner
1	Republik Tatarstan	2020,3	3780	534
2	Republik Baschkortostan	2071,8	4103	505
3	Oblast Wolgograd	957,4	2703	354
4	Oblast Amur	311,3	903	345
5	Krasnodarski Krai	1758,2	5124	343
6	Republik Tuwa	104	306	340
7	Oblast Kursk	401	1236	324
8	Republik Kalmykien	92	292	315
9	Republik Nordossetien	222,5	710	313
10	Oblast Magadan	56,6	183	309
11	Primorski Krai	633,6	2068	306
12	Republik Altai	50,9	203	300
13	Kreis Chanty-Mansisk	428,7	1433	299
14	Oblast Belgorod	444,6	1512	294
15	Republik Mordowia	255,2	889	287
16	Altaiski Krai	746	2607	286
17	Oblast Kurgan	289,5	1020	284
18	Oblast Samara	890,2	3240	275
19	Rep. Karatschajewo-Tscherkessien	120,3	440	273

²¹⁵ Vgl. Below, Sergej: 1997: S. 11.

20	Oblast Woronesch	646	2379	272
21	Republik Tschuwaschien	351,8	1314	268
22	Oblast Brjansk	368,3	1379	267
23	Autonomer Kreis der Jamalen & Nenzen	135,3	507	267
24	Autonomer Kreis Tschukotka	14,4	54	267
25	Autonomer Kreis Taimyr	10,6	40	266
26	Oblast Uljanow	364,3	1382	264
27	Oblast Tambow	309,8	1179	263
28	Stawropolski Krai	708	2730	259
29	Autonomer Kreis der Nenzen	10,4	41	254
30	Oblast Tomsk	262,1	1046	251
31	Oblast Orjol	212,9	861	247
32	Oblast Tjumen	323,7	1326	244
33	Oblast Lipezk	293,4	1213	242
34	Oblast Sachalinsk	132	546	242
35	Oblast Orenburg	525,8	2177	242
36	Oblast Kirow	360,3	1504	240
37	Oblast Kamtschatka	85,1	359	237
38	Republik Komi	241,4	1019	237
39	Oblast Saratow	621,9	2669	233
40	Republik Adygeja	100,2	447	224
41	Oblast Pensa	322,8	1453	222
42	Republik Jakutien	207,6	948	219
43	Krasnojarski Krai	638,4	2926	218
44	Oblast Wologda	277	1270	218
45	Oblast Kostroma	159,5	738	216
46	Oblast Rostow	952	4407	216
47	Oblast Twer	317,7	1473	216
48	Republik Udmurtien	338,1	1571	215
49	Oblast Perm	567,9	2824	201
50	Oblast Kaluga	206,6	1041	198
51	Oblast Jaroslawl	257,9	1368	189
52	Oblast Kemerowo	533,4	2900	184
53	Oblast Irkutsk	469,5	2582	182
54	Oblast Archangelsk	233,7	1295	180
55	Rep. Kabardino-Balkarien	162,4	901	180
56	Republik Chakassien	98,4	546	180
57	Oblast Rjasansk	220,5	1228	180
58	Oblast Smolensk	187,3	1050	178

59	Oblast Tula	290,9	1676	174
60	Oblast Wladimir	262,3	1525	172
61	Republik Mari El	122,2	728	168
62	Republik Karelien	117,5	717	164
63	Oblast Swerdlowsk	708	4490	158
64	Oblast Pskow	119,9	761	158
65	Oblast Omsk	325,8	2079	157
66	Oblast Tscheljabinsk	546,1	3606	151
67	Republik Burjatien	147,5	981	150
68	Oblast Nowgorod	104,3	695	150
69	Oblast Nischni Nowgorod	525,6	3524	149
70	Chabarowski Krai	201,8	1435	141
71	Oblast Astrachan	140,8	1007	140
72	Jüdisches Autonomes Gebiet	26,4	191	138
73	Oblast Iwanowo	149	1149	130
74	Oblast Tschita	149	1156	129
75	Oblast Nowosibirsk	329,3	2692	122
76	Oblast Kaliningrad	96,5	955	101
77	Oblast Moskau	657,8	6627	99
78	Republik Dagestan	253,2	2584	98
79	Oblast Murmansk	86,9	893	97
80	Moskau	826,6	10358	80
81	Sankt Petersburg	493,5	6340	78
82	Republik Tschetschenien	55,6	1100	51
83	Republik Inguschetien	12	469	26
	Gesamt Russische Föderation	30841,2	1415183	212

216

Zur Erklärung dieser Tabelle muss hinzugefügt werden, dass natürlich in den beiden Metropolen der Anteil der an den Kiosken verkauften Zeitungen und Zeitschriften deutlich höher ist als im ländlich geprägten Krasnodar.

Die auflagenstärkste Zeitung in Krasnodar ist die regionale „Komsomolskaja Prawda“ mit einer Gesamtauflage von 80.000 Exemplaren. Dies betrifft aber nur die einmal in der Woche erscheinende so genannte „Tolstuschka“, d.h. die dickere Wochenbeilage. Ansonsten liegt die Auflage nur bei 30.000 Exemplaren täglich. Dennoch sind die Anzeigenpreise staatlich. Für das dickere Wochenheft verlangt die Redaktion bis zu

²¹⁶ Quelle Journalistenverband, 2004.

50.200 Rubel (knapp 1.500 Euro) pro Seite inklusive zehn Prozent Mehrwertsteuer und fünf Prozent Reklamesteuer, für die täglich erscheinende Ausgabe bis zu 27.400 Rubel (über 800 Euro).²¹⁷

Während Zeitungen bei der Akquise von Werbekunden auf die Auflagenhöhe verweisen können (was bei den niedrigen Zahlen einiger Lokalblätter nicht unbedingt ein Vorteil sein muss), ist für die Lokalsender eine professionelle Marktanalyse meist nicht finanzierbar. In Sotschi z.B. kann sich außer dem WGTRK-Studio niemand sein Rating untersuchen lassen. WGTRK ist seiner eigenen Ratinganalyse zu Folge deutlicher Marktführer in Sotschi mit einem Anteil von 40 Prozent, während auf die übrigen Konkurrenten jeweils etwa 10 – 15 Prozent entfallen.²¹⁸

Die Konkurrenz bezweifelt natürlich die Authentizität der Untersuchung, hat aber selbst kein eigenes Konzept zur Messung des Zuschauervolumens:

„Da außer WGTRK niemand das Rating untersucht, lässt sich dieses schlecht einschätzen. Ich kann auch nicht sagen, wie echt die Zahlen dort sind, denn WGTRK ist ja kein unabhängiger Analyst, sondern ein Teilnehmer des Marktes. Aber ich kann sagen, dass man uns von Adler bis Tuapse empfangen kann“²¹⁹, gibt die Chefredakteurin von FTK, Tatjana Polinjuk Auskunft.

Mit derartig schwammigen Angaben ist es natürlich auch schwer, Reklamekunden zu gewinnen, denn die Klienten wollen in der Regel schon wissen, wie viel Personen sie erreichen.

Zwar wird der Reklamemarkt in den Regionen größer, da die Werbung im landesweiten TV- und Printbereich immer teurer wird. Viele regionale Anbieter, die in der Vergangenheit gern in den zentralen Medien ihre Produkte reklamierten, sind daher nun aus Kostengründen gezwungen, ihre Reklame gezielter zu platzieren und den Streueffekt zu minimieren.

Doch große Unternehmen, die sich teure Werbung leisten können, gibt es kaum in Krasnodar. Außerhalb der Provinzhauptstadt sieht es noch düsterer aus.

„Unsere Reklamepartner sind private Firmen, Geschäfte, kleine Dienstleistungsunternehmen. In unserer Stadt gibt es keine großen Betriebe, die uns finanzieren könnten“²²⁰, gesteht dann auch Polinjuk.

Die folgenden Zahlen verdeutlichen dies: Während der Reklamemarkt für Medien in

²¹⁷ Anzeigenpreise nach den offiziellen Angaben der Zeitung für das Jahr 2006, nachzulesen unter <http://kuban.kp.ru/reklama/paper/>.

²¹⁸ Zahlen nach Waleri Beljajew, 19.1.2005.

²¹⁹ Tatjana Polinjuk, 22.1.2005.

²²⁰ ebd.

der Stadt Krasnodar 2004 immerhin umgerechnet 13,6 Mio. USD ausmachte und ihm von den Analysten des TV-Reklameverkäufers Video International ein gutes Wachstumspotenzial zugesprochen wurde, waren die gleichen Analysten für Sotschi wesentlich pessimistischer. Gerade mal eine Million US-Dollar umfasste der Reklamemarkt, der sich auch noch völlig ungleichmäßig über die Saison entwickelte. Im Sommer, während der Saison, waren die Werbeeinnahmen der Medien wesentlich höher als in den übrigen Monaten.

Freilich gibt es hier interessante Abweichungen, wenn man die Selbsteinschätzungen der einzelnen Redaktionen mit den Werten von Video International vergleicht. So gab die Sendeleitung von GTRK Sotschi Anfang 2005 an, monatlich eine Million Rubel (34.500 USD) an Werbeeinnahmen zu haben, bei FTK und Max-TV war es jeweils die Hälfte. Hochgerechnet auf das Jahr ergibt allein dies schon eine Summe von über 800.000 USD. Doch in Sotschi gibt es insgesamt sieben Fernsehstationen und ebenso viele Radiosender. Hinzu kommen noch etliche Zeitungen, die ebenfalls noch einen gewissen Anteil am Werbemarkt haben.

In den anderen Städten und Gemeinden des Gebietes sieht es noch trüber aus. Es gibt daher nicht einmal professionelle Schätzungen über die Größe der einzelnen lokalen Reklamemärkte.

Um die Kosten zu senken, gehen, wie in vielen anderen Regionen auch, die Sender dazu über, mit landesweiten Programmen zu kooperieren. Der Sender Max-TV beispielsweise teilt sich mit dem Moskauer Unterhaltungssender STS eine Frequenz. Die Sendezeit von Max-TV ist allerdings inzwischen so gering, dass selbst Schljachow, der beim Sender arbeitet, kritisch anmerkt:

„Max-TV kann man eigentlich nicht einen Sender nennen, weil die eigene Sendezeit außer am Wochenende aus einer Nachrichtensendung von 20 min, die dreimal täglich wiederholt wird, einem analytisch-informativen Wochenrückblick und zwei kommerziellen Projekten besteht. Die Projekte realisiert eine unabhängige Gruppe, die selbst dreht, selbst produziert und selbst Abnehmer sucht. Aus dem Gewinn wird die Sendezeit bezahlt. Außerdem gibt es noch ein Programm, dass von der Stadtverwaltung finanziert wird und dementsprechend über die Tätigkeit dieser berichtet. D.h., was die Stadtverwaltung will, das bestellt sie dann beim Sender.“²²¹

Außer den Nachrichten sind praktisch alle Programme bei Max-TV

Werbeprogramme, die entweder von einem Dienstleistungsunternehmen (oft

²²¹ Gennadi Schljachow im Gespräch mit dem Autor, 22.01.2005.

Sanatorien), einem Kleinbetrieb oder einem politischen Auftraggeber bestellt wurden. Die Nachrichten werden dann ebenfalls noch mit Sujets aus der Regionaladministration vollgepackt.

Eine Tendenz, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, ist Schleichwerbung. Das von der Regionaladministration angewandte Schema wird auch von privaten Firmen zur Lobbierung des eigenen Unternehmens genutzt.

„Heute fordern viele Werbefirmen, dass wir versteckte Reklame bringen - sozusagen als Artikel getarnt. Früher war das die Ausnahme, heute eher die Regel. Die Werbefirmen schließen nur Verträge, wenn man sich verpflichtet, diese Regeln einzuhalten. Ich halte das für Betrug am Leser, deshalb hat „Sotschi“ das nicht gemacht. Die Verluste aus solch entgangenen Verträgen, die anfangs unerheblich waren, wurden in letzter Zeit spürbar. Die Werbefirmen gingen zur Konkurrenz und dort erschien ihr Material so wie gewollt“²²², verdeutlicht Iwanow das Problem am konkreten Beispiel.

Ein interessantes Geschäftsmodell liegt lediglich dem Verlagshaus „Provinzia“ zugute. Der Verlag ist zwar in Moskau ansässig, verdient sein Geld aber, wie der Name schon andeutet, mit der Herausgabe von Regionalzeitungen. In der Region Krasnodar ist das Unternehmen mit der Tageszeitung „Krasnodarer Kurier“ vertreten.

5.5. Soziale Situation der Journalisten

Die Lebens- und Arbeitsumgebung von Journalisten, ihr soziales Umfeld ist von entscheidender Bedeutung für die Berichterstattung. Wenn der Marx-Spruch: „Das Sein form das Bewusstsein“ mitunter auch schon etwas abgedroschen klingt, so ist nicht abzustreiten, dass das täglich Er- und Durchlebte sich auch in der Berichterstattung des Journalisten widerspiegelt.

In Krasnodar liegt das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung mit 3.576 Rubel, d.h. etwa 100 Euro (Stand 2003), deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 5.162 Rubel. Selbst im krisengeschüttelten Generalgouvernement Südrussland belegt das fruchtbare Kuban nur Platz vier hinter den Regionen Rostow am Don, Wolgograd und Astrachan, aber natürlich deutlich vor allen benachbarten Kaukasus-Republiken. Das Durchschnittseinkommen der Journalisten hebt sich nicht deutlich von dem der übrigen Bevölkerung ab. Vor allem bei den Zeitungen sind die Korrespondenten oft

²²² Georgi Iwanow im Gespräch mit dem Autor, 23.01.2005.

unterbezahlt. Im Fernsehen sieht es etwas besser aus.

„Wir haben bspw. Korrespondenten, die 10.000 Rubel (etwa 300 Euro) verdienen und wir haben Redakteure, die nur 3.000 Rubel (über 80 Euro) im Monat bekommen“, macht der Leiter des GTRK-Senders „Sotschi“, Waleri Beljajew allerdings ein breites Gefälle deutlich. Es komme darauf an, wie gut jemand arbeite und wie oft seine Beiträge veröffentlicht würden.²²³ Für den Sender ist es lohnenswert, auf Honorarbasis zu arbeiten. Bei dem großen Mitarbeiterstab (Anfang 2005 180 Mitarbeiter) erzeugt dies einen hohen Leistungsdruck. Für die einzelnen Korrespondenten hat dies natürlich den Nachteil der sozialen Unsicherheit. Andere Sender bezahlen ihre Angestellten nach Festsätzen, so z.B. der Lokalsender FTK. Allerdings ist die Redaktion mit der Bezahlung alles andere als zufrieden. „Als ich vor sieben beim Fernsehen anfang, war sie hoch im Vergleich zum Durchschnittsgehalt in der Stadt. - 3.500 Rubel sollen es sein – D.h. jetzt liegt sie bei uns ein bisschen darüber. Für einen hochqualifizierten Journalisten im TV ist das eine niedrige Bezahlung. Im Prinzip ist sie so hoch wie bei allen anderen Sendern auch“²²⁴, erzählt Tatjana Polinjuk, die Chefredakteurin. Große Sprünge können die Journalisten des Senders damit logischerweise nicht machen, auch wenn die Lebenshaltungskosten in Sotschi deutlich niedriger liegen als in der russischen Hauptstadt.

Beim Lokalsender Max-TV liegt das Durchschnittsgehalt der Korrespondenten bei 6.000 Rubel (170 Euro). „Das ist meiner Meinung nach die höchste Bezahlung innerhalb der Stadt“ ist Nachrichtenchef Schljachow überzeugt.²²⁵ Doch selbst 6.000 Rubel bedeuten keineswegs eine gesicherte Existenz.

Die Grundstückspreise im südrussischen Kurort lassen sich durchaus mit Moskauer und St. Petersburger Preisen vergleichen. Elitärer Wohnraum verteuerte sich bspw. innerhalb von 2003 bis Anfang 2005 um 90 Prozent und kostet ungefähr 3.000 USD pro Quadratmeter. Im Gefolge des stetig wachsenden elitären Wohnmarktes wachsen auch die Preise für normalen oder minderwertigen Wohnraum. Da in Russland die Praxis langfristiger Mietverträge unbekannt ist, gilt die eigene Wohnung immer noch als Sicherheitsgarantie. Mit dem üblichen Gehalt eines Lokal- oder Regionaljournalisten – wie auch eines jeden anderen Normalsterblichen in Russland – ist der Kauf einer Wohnung allerdings utopisch.

²²³ Waleri Beljajew im Gespräch mit dem Autor, 19.01.2005.

²²⁴ Tatjana Polinjuk im Gespräch mit dem Autor, 22.01.2005.

²²⁵ Gennadi Schljachow im Gespräch mit dem Autor, 22.01.2005.

Glück hatten diejenigen, die ihre aus Sowjetzeiten stammende Wohnung zu einem relativ kleinen Preis privatisieren konnten. Doch für zugezogene oder junge Leute ist das Wohnungsproblem gravierend. Die Thematik hat zwar an sich mit der Journalistik wenig zu tun, soll aber Erwähnung finden, weil es charakteristisch für die unsichere soziale Lage der meisten Menschen Russlands – und eben auch der Regionaljournalisten - ist. Nicht zufällig stehen die Probleme „zu niedriges Lohnniveau“ (58 Prozent) und „unzureichender Wohnraum“ (28 Prozent) auf Platz 1 und 2 der am häufigsten genannten sozialen Probleme in Russlands Regionen.²²⁶ Relativ gut leben können nur die Regional-Korrespondenten der nationalen Medien, deren Gehalt so um die 1.000 Euro liegt.

Die schlechte Bezahlung macht die Lokal- und Regionaljournalisten anfällig für Bestechung und Korruption. Da sie andererseits durch ihre Position Einfluss auf das Denken und Handeln der Bevölkerung ausüben können, treten „Sponsoren“ auch gern an sie heran, um bestimmte Beiträge in ihrem Sinne veröffentlichen zu lassen. „Ein Journalist hält es für unwürdig, seine Reputation, seine Autorität oder auch seine beruflichen Rechte und Möglichkeiten auszunutzen, um Informationen mit Werbe- oder kommerziellem Charakter weiter zu verbreiten, besonders wenn dieser Charakter nicht offen und eindeutig aus der Form der Mitteilung hervorgeht. Die Vermengung von journalistischer und Werbetätigkeit gilt als ethisch unzulässig“²²⁷, heißt es so schön im Ethikkodex der russischen Journalistik.

Die Realität sieht leider anders aus. Es ist keineswegs unüblich, dass sich Journalisten in Krasnodar kaufen lassen. Daneben ist noch ein anderes Phänomen in der Region zu beobachten; ein allgemeiner Hang zu Schönfärberei und Anbiederung. Die Journalistik-Dozentin Galina Taschmatowa kritisiert diese Tendenz scharf: „Die Krise liegt nicht bei der Obrigkeit, die von Natur aus selbstsüchtig ist, sondern in der Krasnodarer Journalistik begründet, die ihre Hauptaufgabe vergessen hat – diese Obrigkeit zu kontrollieren und die Interessen der Öffentlichkeit zu vertreten. Das höchste Ziel der „Starfabrik“, d.h. der Fakultät für Journalistik, an der auch ich unterrichte, ist nicht die Unterrichtung der Bevölkerung, sondern die Ausbildung von Hofjournalisten.“²²⁸

Tatsächlich scheinen sich viele Journalisten in der Region mit der Lage angefreundet zu haben. Natürlich ist es bequemer, zu loben als zu kritisieren. Vor allem in der

²²⁶ Zahlen aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau, 2005.

²²⁷ abgedruckt in der Zeitschrift Journalist 11/94: S. 30-31.

²²⁸ Galina Taschmatowa im Gespräch mit dem Autor, 31.01.2005.

Provinz, wo jeder jeden kennt und der Journalist notgedrungen häufig auf das Objekt seiner Kritik bzw. seines Lobes trifft.

Dennoch muss hier angemerkt werden, dass die Medien zu einem Großteil selbst an dem schlechten Bild, das über sie unter Bevölkerung herrscht, Schuld haben. Die Obrigkeit ist zwar nicht an Kritik interessiert, doch die Zeiten, da Kritik einfach verboten werden kann, sind vorbei. Kritik ist möglich und einzelne Beispiele zeigen dies sehr deutlich.

So existiert seit der zweiten Jahreshälfte 2004 die Zeitung „Nowaja Gaseta Kubani“, ein Ableger der Moskauer „Nowaja Gaseta“, die jedoch weder aus der russischen Hauptstadt finanziert, noch vollständig mit journalistischen Materialien versorgt wird. Die Chefredakteurin Galina Taschmatowa, berichtete ein halbes Jahr nach der Entstehung stolz von ihrem Projekt. Da sie auf keine Ersparnisse zurückgreifen konnte, habe sie einen gewöhnlichen Kredit zu 18 Prozent Zinsen aufgenommen. Nach etwa einem halben Jahr hatte sie den Kredit fast abbezahlt. „Natürlich sind die Gehälter niedrig“, räumte sie ein. „Wir arbeiten viel, fast 24 Stunden am Tag. Es ist schwer, aber wir wissen, dass man im ersten Jahr hart arbeiten muss. Das ist in jedem Geschäft so.“²²⁹

Das Erfolgsbeispiel ist natürlich bescheiden. So berichtete Taschmatowa über eine laufende Abo-Aktion, die bereits 157 Dauerleser eingebracht habe, ohne dass die Zeitung Geld für Reklame ausgeben konnte. Dies sei Rekord, fügt sie hinzu.

Wenn man bedenkt, dass das Halbjahresabo der Zeitung umgerechnet etwas mehr als zehn Euro kostet, kann man sich ausrechnen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf spärlich sind, wenn natürlich auch mehr Exemplare am Kiosk umgesetzt werden als über das Abonnement.

Doch die Zeitung lebt trotz mitunter scharfer Kritik an der Regionalführung. Damit widerlegt sie das bei vielen Medienvertretern in der Region verinnerlichte Vorurteil, dass es sowieso keine Chance auf Unabhängigkeit gebe und man sich daher arrangieren müsse.

Schwieriger ist es natürlich für den einzelnen Journalisten, der z.B. bei einem vom Gouverneur abhängigen Medium arbeitet. Ihre anfänglichen Ambitionen und späteren Enttäuschungen beschrieb beispielsweise die junge Korrespondentin Olessja Schubina in einem Internet-Forum für Journalisten:

„Vor vier Jahren begriff ich, dass ich nicht schlecht schreibe und ich einer großen

²²⁹ Galina Taschmatowa im Gespräch mit dem Autor, 31.01.2005.

Anzahl von Menschen helfen möchte. Es war toll, als Beamte auf die heiklen Artikel des „jungen Talents“ aufmerksam wurden – und noch wichtiger – den Leuten halfen, die in den Artikeln beschrieben wurden. Aber so ist es nicht immer. Vor einem Jahr zog ich nach Krasnodar. Das letzte Halbjahr arbeitete ich beim „Moskowski Komsomolez im Kuban“. Die Zeitung ist ganz anders als die Zentralausgabe. Über die Besonderheiten der Krasnodarer Journalistik kann man viel erzählen... Hier musste ich meine Prinzipien vergessen und unendliche Lobeshymnen auf den Besitzer der Zeitung schreiben. Erst war es interessant unter der Maske eines sozial wichtigen Artikels primitive PR zu verhüllen. Nach ein paar Monaten wurde es ekelhaft. Ich ging mit dem festen Willen, mit der Printjournalistik und der Suche nach Gerechtigkeit zu brechen. Es bringt kein Geld und den Menschen auch keine Hilfe... ärgerlich. Ich ging zu einer Fernsehzeitung mit stabilem Gehalt.“²³⁰

Die junge Korrespondentin fand keine Möglichkeit, sich dem Druck der Redaktionsleitung zu entziehen. Sie schrieb so, wie es ihr befohlen wurde. Dies ist leider der Alltag in vielen Redaktionen innerhalb der Region Krasnodar. Viele der Angestellten haben in Lokal- und Regionalredaktionen keinen festen schriftlichen Arbeitsvertrag, was sie sehr viel abhängiger von der Chefetage macht.

Olessja Schubina entschied sich am Ende, den Verlag zu verlassen, weil sie sich ihre innere Freiheit bewahren wollte. In der Region Krasnodar gibt es glücklicherweise eine relativ große Anzahl von Medien (siehe Tabelle), so dass Korrespondenten die Möglichkeit der Wahl haben. Sie können ein Medium wählen, dass, wenn auch nicht hundertprozentig, so doch eher ihren eigenen politischen Ansichten entspricht. Nina Swerewa bemerkt dazu, dass die Meinungspluralität in den russischen Regionen sich in der Regel nicht aus dem Meinungspluralismus innerhalb der Redaktionen sondern durch die verschiedenen Interessen einzelner Sender ergebe.²³¹ Das bedeutet, dass auch die Journalisten praktisch gezwungen sind, sich schon vorher das passende Publikationsorgan auszusuchen. Ein Problem ergibt sich dabei natürlich, wenn sich nach dem Wechsel des Eigentümers die Informationspolitik radikal ändert. Dennoch wechseln die wenigsten Journalisten aus Protest gegen die Redaktionspolitik ihres Senders oder Blattes.

Freilich gibt es auch hier einzelne Journalisten, die einen Weg zu innerer Unabhängigkeit finden. Gennadi Schljachow von Max-TV erläutert seine Philosophie

²³⁰ Schubina, Olessja, 18.10.2003. In: <http://www.journalist-virt.ru/forum/viewtopic.php?t=10>

²³¹ Vgl. Swerewa, Nina, 2004: S. 55.

folgendermaßen:

„Unabhängig von der Informationspolitik deines Senders kannst Du als Journalist, wenn Du Dich an die Prinzipien der journalistischen Ethik, wie sie in Europa und eigentlich auch in Russland gelten, hältst, Dein Gesicht wahren. Aber die Erfahrung zeigt, dass die Mehrheit der Journalisten gebrochen wird. Vor allem jetzt gibt es viele junge Moderatoren, meist unausgebildet, obwohl das nicht das Wichtigste ist, die problemlos mit dem Strom schwimmen.“²³²

Die beiden zitierten Aussagen reflektieren auch das Selbstbildnis, welches die Journalisten in der Region Krasnodar haben. In Russland allgemein hat das Ansehen des Journalistenberufes in den Augen der Kommunikationselite deutlich eingebüßt. Während selbst Mitte der 90er Jahre die Journalisten ihren Beruf noch zu den angeseheneren Beschäftigungen zählten, verlor er bis zur Jahrtausendwende deutlich an Renomee. Als angesehen gelten nun Geistliche der orthodoxen Kirche (72 Prozent Zustimmung), Schauspieler und Künstler (65 Prozent Zustimmung) und Wissenschaftler (60 Prozent Zustimmung). Die eigene Berufsgruppe hingegen schätzen die Journalisten deutlich schlechter ein. Demnach glauben nur 37 Prozent, dass der Beruf eines staatlichen TV- oder Radiojournalisten ein angesehener Beruf sei, 60 Prozent schätzen ihn als nicht angesehen ein. Noch schlimmer ist es um das Renomme des Pressejournalisten bestellt. 31 Prozent der Befragten halten den Beruf für angesehen, 65 Prozent für nicht angesehen.²³³

Empirische Daten zum Gebiet Krasnodar gibt es zwar nicht, doch aus den Gesprächen mit Korrespondenten aus der Region ergab sich ein ähnliches Selbstbild. Aussagen wie: „Ich bin mein Leben lang Journalist gewesen. Natürlich glaube ich, dass Journalismus ein ehrbarer Beruf ist,“ von Waleri Beljajew sind eher die Ausnahme. Aber auch der ehemalige Leiter des GTRK-Senders „Sotschi“ relativierte diese Aussage noch im Gespräch: „Aber das kommt natürlich immer auf die Person an. Als in Russland die so genannte Freiheit ausbrach, begannen viele Journalisten einfach zu schreiben, was sie wollten. Sie logen oder schrieben bestellte Artikel. Das hat unserem Image natürlich sehr geschadet.“²³⁴

Die Selbsteinschätzung, dass Journalisten ein schlechtes Image haben, deckt sich mit dem in der Bevölkerung vorhandenen Misstrauen gegen sie. Das spiegelt sich in der Unruntbarkeit der Medien wider. Die hohen Auflagen der „Gouverneursmedien“

²³² Gennadi Schljachow im Gespräch mit dem Autor, 23.01.2005.

²³³ Zahlen aus einer Studie der Moskauer Friedrich-Ebert-Stiftung, München, Moskau, 2001.

²³⁴ Waleri Beljajew im Gespräch mit dem Autor, 19.01.2005.

werden künstlich von der Administration finanziert, sind keineswegs das Resultat des hohen Vertrauens der Bevölkerung.

Lob bekommt diese Presse nur von der Hand, die sie füttert: „Ich sage es ganz ehrlich: auf Reisen langweile ich mich ohne die Krasnodarer Presse. Fahre ich z.B. in den Ural, kaufe dort Zeitungen, um zu erfahren, wie Jekaterinburg lebt. Aber ich erfahre nur etwas über den Konflikt zwischen Gouverneur und Bürgermeister und darüber, wo die lokalen Oligarchen Urlaub machen. Das Niveau der Informierung ist in den Krasnodarer Medien ohne Frage höher“²³⁵, sagte Nikolai Petrikow, der stellvertretende Chef der Krasnodarer Administration.

Negativ wirkt sich die relativ niedrige Mobilität der Journalisten auf die Qualität ihrer Arbeit aus. Auslandserfahrung bringt so gut wie niemand in der Region mit. Die große Entfernung zu Westeuropa, aber auch nach Moskau macht sich hier bemerkbar.

Positiv ist hervor zu heben, dass es einen Studiengang Journalistik an der Universität in Krasnodar gibt. Nach Angaben der 1991 gegründeten Fakultät für Journalistik besteht auch ein internationales Austauschprogramm mit Universitäten aus den USA, Deutschland und China für die besten Studenten. Die übergroße Anzahl der Praktika wird allerdings in Krasnodarer Medien gemacht. Verbunden mit der konservativen Grundhaltung der Menschen in Kuban bedeutet das, dass Veränderungen im Bewusstsein äußerst langsam voran gehen. Selbst die jungen Menschen sind in ihrem Alltag von neuen Eindrücken relativ weit abgeschottet. Selbst wenn in der Universität journalistische Grundideale gelehrt werden, sehen die Absolventen recht schnell, dass sich ihr Arbeitsalltag davon unterscheidet.

Auffällig ist auch die relativ geringe Anzahl der Quereinsteiger in diesen Beruf. Immerhin einer der Befragten war in seinem „vorherigen Leben“ Pianist. Es ist zwar nicht zwangsläufig so, aber bemerkenswert, dass viele gute Journalisten keine rein journalistische Ausbildung haben, sondern sind aus einem anderen Beruf oder Umfeld in den Journalismus gekommen. Dies ermöglicht offenbar einen Blick über den so genannten Tellerrand. Der beispielsweise nun nicht mehr in Krasnodar lebende Sergej Solowkin arbeitete zu Sowjetzeiten bei der Polizei. Seine investigativen Fähigkeiten als Journalist sind zweifellos auf seine frühere Tätigkeit zurückzuführen.

Zu guter Letzt soll auch noch ein Blick auf das Geschlechterverhältnis geworfen

²³⁵ Zitiert nach: Gordjuschow, Igor, 13.01.2004.

werden. Die Emanzipation der Frau in der Sowjetunion bedeutete, dass ihr grundsätzlich alle Berufe offen standen. Diese Tradition hat sich in Russland bis heute bewahrt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass relativ viele Frauen im Medienbusiness der Region Krasnodar tätig sind. Dabei fällt positiv auf, dass Frauen auch in verantwortlichen Positionen sitzen. Zwei meiner Gesprächspartnerinnen waren Chefredakteurinnen, eine weitere Korrespondentin regionale Bürochefin eines gesamtnationalen Mediums.

5.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Krasnodar

Die Medien in Krasnodar haben einen schweren Stand. Zwei Gründe sind hierfür hauptsächlich zu nennen. Zum einen ist es die eigene wirtschaftliche Impotenz, zum anderen die Gängelung und Bevormundung durch die Regionalverwaltung.

Diese hat geschickt die ökonomischen Schwierigkeiten der Medien ausgenutzt, um sie sich unterzuordnen. Als Instrument diente dazu das so genannte „Register“, über das es der Administration möglich war, loyale Publikationsorgane direkt und indirekt zu finanzieren. Der ungleiche Wettbewerb hat die Position der noch verbleibenden unabhängigen Medien weiter ausgehöhlt. Einst selbständige Medienorgane, wie die Wochenzeitung „Sotschi“, wurden so in den Ruin getrieben.

Große, unabhängige regionale oder lokale Medienunternehmer, die allein vom Gewinn ihrer Medien leben können, gibt es in Krasnodar nicht. Wenn Medien einen anderen Besitzer als Stadt- oder Gebietsverwaltung haben, so handelt es sich in der Regel um einen Oligarchen, der sein Geld in einem anderen Sektor verdient und sich das entsprechende Publikationsorgan zur Selbstdarstellung hält. Eine Instrumentalisierung der Medien in so genannten „Informationskriegen“ ist Folge dieser Entwicklung.

Erleichtert wird diese Tendenz auch durch die stromlinienförmige Haltung vieler Journalisten in der Region. Dass unabhängiger Journalismus möglich ist, wird an Einzelbeispielen deutlich. Die „Nowaja Gaseta Kubani“ kann trotz scharfer Töne ihr, wenn auch bescheidenes Dasein in der Region fristen. Eine objektive Berichterstattung bietet auch das bislang nicht erwähnte Internetportal Yuga, das von einem Web-Anbieter ins Leben gerufen wurde. Allerdings können diese unabhängigen Medien dem Informationsmonopol der Obrigkeit nicht gefährlich werden.

Fazit: Die Pressefreiheit in Krasnodar ist von der politischen Führung stark eingeschränkt worden. Medien sind kein Kontrollorgan der Obrigkeit, sondern dienen dieser als Instrument zur Eigendarstellung.

6. Die Lage der Medien in Kaliningrad

6.1. Kurzporträt der Region Kaliningrad

Kaliningrad, das ehemalige Ostpreußen, ist die westlichste Region Russlands und gleichzeitig mit 15.100 Quadratkilometern territorial eine der kleinsten. Knapp eine Million Menschen leben in der Exklave, davon knapp die Hälfte in der gleichnamigen Gebietshauptstadt. Die nächstgrößeren Städte sind Tschernjachowsk (Insterburg) mit 44.000 Einwohnern, Sowjetsk (Tilsit) mit 43.000 Einwohnern und Gussew (Gumbinnen) mit 29.000 Einwohnern.²³⁶ Insgesamt liegt die Urbanisierungsrate bei etwa 75 Prozent. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sind Russen (78 Prozent), es gibt kleine Minderheiten von Weißrussen, Ukrainern, Russlanddeutschen, Litauern und Polen. Von Sezessionsbestrebungen ist zwar immer wieder zu hören, sie werden aber von der Bevölkerungsmehrheit nicht getragen.

Etwa ein Fünftel der Bevölkerung sind Angehörige der Streitkräfte. In Kaliningrad ist die Baltische Flotte stationiert. Das Militär hat daher einen hohen Stellenwert in der Region.

Kaliningrad ist zwar nicht besonders reich an Bodenschätzen, aber immerhin gibt es bedeutende Bernsteinvorkommen, Torf und etwas Öl vor der Ostseeküste.

Wegen ihrer abgeschiedenen Lage verspüre die Region zusätzliche Schwierigkeiten beim Aufbau einer florierenden Wirtschaft, heißt es gleich zu Beginn eines Wirtschaftsführers für Kaliningrad, der 2004 im Auftrag der Administration herausgegeben wurde.²³⁷ Tatsächlich ist die wirtschaftliche Lage in der Region verhältnismäßig schlecht. Zwar liegt das Pro-Kopf-Einkommen mit 3.776 Rubel (110 Euro) leicht über dem von Krasnodar, doch im Verwaltungsbezirk Nordwestrussland (Durchschnittseinkommen 5.393 Rubel) belegt Kaliningrad damit lediglich den achten Platz. Außerdem sind zum Vergleich mit anderen Großregionen in Nordwestrussland die Lebenshaltungskosten deutlich höher. Das liegt in erster Linie an Klima- und Bodenverhältnissen. Die Landwirtschaft ist – im Gegensatz zu Krasnodar – schlecht entwickelt und so kosten Lebensmittel deutlich mehr als im warmen Süden des Landes. Der russische Statistikdienst hat die Kosten für den Warenkorb in

²³⁶ Zahlen aus Jegorow, Wladimir, 2004: S. 8 – 11.

²³⁷ Jegorow, Wladimir, 2004: S.4.

Nordwestrussland auf 3.753,30 Rubel (rund 110 Euro) taxiert, während die Bewohner anderer Regionen, z.B. im Wolgabezirk (3.237 Rubel = 90 Euro) oder in Südrussland (3.238,90 Rubel) deutlich weniger ausgeben.²³⁸

Die großen Chancen, die Kaliningrad als Drehscheibe zwischen EU und Russland immer wieder vorhergesagt werden, konnten bislang nicht realisiert werden. Zu einem Teil hat dazu sicher auch die Gebietsverwaltung in den vergangenen Jahren beigetragen. Unter wechselnder politischer Führung lief längst nicht alles nach dem Prinzip „Glasnost“. Andererseits leidet Kaliningrad auch schwer unter den Visa- und Transitbestimmungen. Eine Lösung ist bislang nicht in Sicht. Die beiden Nachbarländer Litauen und Polen wollen dem Schengen-Abkommen beitreten und müssen daher Maßnahmen zur Sicherung ihrer Grenzen treffen. In den 90er Jahren war der Grenzschmuggel – vor allem von Bernstein, den Tränen der Götter, wie der altrömische Dichter Ovid sie nannte - zwischen Kaliningrad und den Nachbarländern ein finanziell lukratives Geschäft. Inzwischen ist das Geschäft allerdings deutlich zurückgegangen. Geschmuggelt werden in der Regel Alkohol und Zigaretten, die in Russland deutlich billiger sind als in den benachbarten EU-Staaten.²³⁹

Zahlreiche Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren getroffen, um die Schmugglerei in den Griff zu bekommen. Allerdings trifft die verschärfte Grenzregelung nicht nur Kriminelle, sondern praktisch alle Einwohner Kaliningrads, die selbst für den Weg nach Russland – so sie per Bahn reisen – eine Durchfahrtgenehmigung von Litauen benötigen.

Für Geschäftsleute ist dieses Prozedere umständlich. Investitionen in die Region sind daher selten. Das neue Gesetz über die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone, die Präsident Putin im Januar 2006 endgültig absegnete, soll nun Abhilfe schaffen. Zwar hat Kaliningrad schon seit Mitte der 90er Jahre Sonderwirtschaftsstatus, doch dieser bevorteilte lediglich einzelne Branchen, wie z.B. Montagewerke. Auf diese Weise ließen zwar einige westliche Automobilfirmen, wie z.B. General Motors und der deutsche Autobauer BMW im Gebiet Kaliningrad ihre Fahrzeuge zusammenschrauben, doch die erhoffte Anzahl an Arbeitsplätzen brachte das bislang nicht.

Zwei Faktoren bestimmen nach wie vor ganz wesentlich die Wirtschaft der Region:

²³⁸ Zahlen nach dem Russischen Statistikamt, abrufbar im Internet unter der Adresse ww.gks.ru/PEREPIS/t11.htm.

²³⁹ Die Praxis ist bis heute verbreitet, wovon sich der Autor dieser Zeilen persönlich überzeugen konnte, Vgl. dazu Ballin, André, 22.07.2005.

das Öl und der Hafen. Das Öl, das Lukoil vor der Küste fördert, macht den Petroleumkonzern zum wichtigsten Unternehmen in der Region. Die Allgegenwart des Unternehmens ist nicht nur auf zahlreichen Werbetransparenten in der ehemaligen Hansestadt spürbar. Der Konzern ist auch Sponsor zahlreicher Veranstaltungen, wie z.B. der 750-Jahrfeier der Stadt im Jahr 2005. Lukoil investiert auch in die Medien, um Imagepflege zu betreiben.

Die wirtschaftliche Instabilität hat in den 90er Jahren eine ganze Reihe von sozialen Problemen ausgelöst, mit denen die Region auch heute noch konfrontiert ist. Jahrelang führte Kaliningrad die russischen Regionen in der traurigen Statistik der Pro-Kopf-Erkrankung an AIDS an, hervorgerufen vor allem durch massive Drogenprobleme. Zwar behauptet der Rosbalt-Korrespondent und Dozent für Journalistik, Waleri Birjukow, dass die Schwierigkeiten inzwischen teilweise bereits überwunden seien, doch Berichte wie „Kaliningrad bekommt Drogenproblem nicht in den Griff“²⁴⁰ belegen das Gegenteil.

In Kaliningrad gibt es neben einer technischen Universität auch die geisteswissenschaftliche Alma-Mater, die im Juli 2005 im Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin in „Kant-Universität“ umbenannt wurde. An der Uni wird seit kurzem auch der Sonderstudiengang Journalistik gelehrt. Damit soll das gravierende Nachwuchsproblem an Journalisten in der Region gelöst werden.

6.2. Geschichte

Die Geschichte Kaliningrads ist bewegt und keineswegs einfach. 1255 wurde Königsberg das Stadtrecht verliehen. Einer Blütezeit im Mittelalter folgte der wirtschaftliche Niedergang nach dem Ende der Hanse. Als die Preußen die Stadt zu ihrer Hauptstadt erkoren, kam neues Leben in die Stadt.

Im 18. Jahrhundert kam Kants Heimatstadt – zu dem Zeitpunkt schon nicht mehr Hauptstadt Preußens – das erste Mal unter russische Herrschaft (1758 – 1762). Während des siebenjährigen Krieges besetzten russische Truppen die Stadt. Es war ein kurzes Intermezzo, denn nach der Räumung blieb der Landstrich unter preußischer bzw. später deutscher Hoheit. Wie die anderen nordostdeutschen Provinzen Pommern und Mecklenburg verschlief auch Ostpreußen im 19.

²⁴⁰Mischke, Johanna, 21.07.2005.

Jahrhundert die Industrialisierung Deutschlands weitgehend. Das Gebiet lebte von den Erträgen der Landwirtschaft und wurde von den Junkern beherrscht. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Bestimmungen des Versailler Vertrages wurde Ostpreußen vom Rest des Deutschen Reiches abgeschnitten. Dies schuf den Nährboden für die stark nationalistische Haltung eines Großteils der Bevölkerung. Ostpreußen wählte braun²⁴¹. Die Machtergreifung der Nazis stieß auf Zustimmung unter den Einwohnern. Bei der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges nutzte die Wehrmacht Ostpreußen als Aufmarschgebiet, um Polen in die Zange zu nehmen. Die 3. Armee von Generaloberst Georg von Küchler überschritt am 1. September 1939 die Grenze nach Polen. 1941 begann die Heeresgruppe Nord unter Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb von hier aus den Feldzug „Barbarossa“. Später dann sollen die Nazis das sagenumwobene Bernsteinzimmer nach Königsberg verschleppt haben, wo es in den Wirren am Ende des Krieges verloren ging. 1945 war Königsberg schließlich die erste deutsche Großstadt, die von der Roten Armee gestürmt wurde. Schon zuvor hatten amerikanisch-englische Fliegerangriffe Stadt und Schloss weitgehend in Schutt und Asche gelegt. Mit der Niederlage des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg endete auch die Deutsche Geschichte in der Region. Während der Potsdamer Konferenz wurde der nordöstliche Teil des Gebietes mehrheitlich der Russischen Föderativen Sowjetrepublik zugeschlagen. Am 7. April 1946 wurde die Oblast Kaliningrad gegründet. Ein halbes Jahr später erschien mit der „Kaliningradszkaja Prawda“ die erste russischsprachige Lokalzeitung des Gebiets. Die deutsche Bevölkerung wurde vertrieben (1948 wurden die letzten deutschen Siedler deportiert²⁴²). Russen besiedelten ab 1946 das Gebiet neu. Bis zum Zerfall der Sowjetunion stellte die Zugehörigkeit zur Russischen Sowjetrepublik keine besonderen Probleme dar, doch nach der Abspaltung der baltischen Staaten aus dem einst mächtigen Imperium war aus dem Vorposten über Nacht eine Insel geworden. Der erste postsowjetische Verwaltungschef wurde von Moskau aus eingesetzt. Boris Jelzin ernannte einen Monat nach Putschende, am 21. September 1991, (also streng

²⁴¹ Bei der Märzwahl 1933 gehörten die heute zu Polen zählenden ostpreußischen Wahlkreise Neidenburg und Lyck mit 81 bzw. 80 Prozent zu den Hochburgen der NSDAP. Vgl. Falter, Jürgen <http://www.km.bayern.de/blz/web/100083/100083kapitel7.pdf>

²⁴² Nur ganz wenige Deutsche konnten bleiben. Von einem solchen Einzelfall berichtet die Wochenzeitung „Strana Kaliningrad“, die das Schicksal der 84jährigen Martha Ortlieb beschreibt. Vgl. Kowalewskaja, Schanna, 08.06.2005: S. 7.

genommen noch zur Zeit der Sowjetunion) den ehemaligen Marineoffizier Juri Matotschkin zum neuen Oberhaupt des Verwaltungsgebietes. Die beiden kannten sich aus ihrer gemeinsamen Abgeordnetenzeit im Obersten Sowjet der RSFSR. Juri Semjonow, der bis dahin als Parteisekretär das Gebiet geführt hatte, wurde abgelöst. Doch nicht nur auf der Personalebene fand der politische Wandel in Kaliningrad Anfang der 90er statt.

Im Gebiet Kaliningrad gab es viele aufgeschlossene und gut ausgebildete Journalisten zu dieser Zeit. Das milde Klima und die nahe Ostsee zogen viele an. „Früher, d.h. zu Sowjetzeiten bekamen wir gut ausgebildete Journalismus-Studenten aus Moskau oder St. Petersburg. Die kamen gern hierher“²⁴³, berichtet Jelena Lebedjewa vom „Königsberger Express“. Zur Zeit des Eisernen Vorhangs waren Auslandsreisen für Sowjetbürger unvorstellbar und das Baltikum daher ein beliebtes Reiseziel und ein attraktiver Standort.

Unter den zugezogenen Journalisten waren einige reformfreudige Talente. Schon in den 80er Jahren wurde beispielsweise die TV-Journalistin Olga Kotowskaja für ihren Film über einen Kriegsveteranen aus Afghanistan ausgezeichnet. Der Film „Wie kurz war der Weg, der länger als alle anderen schien“ schildert das Leben eines Kaliningraders, der aus dem Krieg heimkehrend seinen Platz im Leben nicht mehr findet und sich am Ende erhängt.

Anfang der 90er Jahre gründete Kotowskaja dann zusammen mit ihrem Lebenspartner Igor Rostow das private Fernsehstudio „Kaskad“. Auf der Internetseite des Senders lassen die Gründer die Anfangszeit noch einmal leicht ironisiert am Leser vorbei ziehen.

„Ende 1991. In der Luft verbreitet sich der Geruch von Freiheit... Fünf arme Schlucker (unter ihnen Olga Kotowskaja, die zu der Zeit zehn Jahre Erfahrung aus dem lokalen GTRK-Studio mitbrachte und Igor Rostow, der Erfahrung bei der Schaffung eines Kabelsenders auf Tschukotka gesammelt hatte) konnten eine Kaliningrader Bank überreden, ihnen einen Kredit in Höhe von 3,05 Mio. Rubel (in den Preisen von 1991) zu einem Zinssatz von 45 Prozent, was zu der Zeit etwa 45.000 USD entsprach, zu gewähren.“²⁴⁴

Es entstand einer der ersten privaten regionalen TV-Sender in Russland und einer der erfolgreichsten. Schon nach einem Jahr konnte der Kredit zurückbezahlt werden,

²⁴³ Jelena Lebedjewa im Gespräch mit dem Autoren, 07.06.2005.

²⁴⁴ <http://www2.kaskad-info.ru/new/little/awards.htm>

da russische Geschäftsleute schnell aufmerksam wurden auf das neue Sendeformat und Reklame bei dem Kanal schalteten. Der Sender sammelte im Laufe der Jahre einige nationale Prämien und Preise für sein Programm ein. Um ihn herum gruppierte sich dann eine ganze Mediengruppe, zu der auch eine Zeitung, eine Reklameagentur und ein Radiosender gehörten.

Auch einige Zeitungen konnten sich von der staatlichen Bevormundung lösen und wurden privatisiert. Darunter war z.B. die Kaliningradskaja Prawda, die sich schnell einen guten Ruf erarbeitete. Die meisten Presseorgane allerdings verharren bis heute in municipialem Besitz.

Politisch und wirtschaftlich gesehen waren die Anfangsjahre der russischen Exklave extrem schwierig. Zwar wurde das Gebiet, das bis 1991 militärisches Sperrgebiet war, für Ausländer geöffnet. Einige Heimwehtouristen nutzten dies für einen Besuch ihrer ehemaligen Heimat. Die erhofften Touristen- und Geldströme blieben jedoch aus.

Da auf der anderen Seite die staatlichen Subventionen rapide sanken, fiel auch das Lebensniveau der Bevölkerung. So stiegen die Ausgaben der Kaliningrader für Lebensmittel von einem Viertel im Jahr 1990 bis 1993 auf knapp die Hälfte (42,3 Prozent) ihrer monatlichen Einkünfte.²⁴⁵

Auch Moskau wusste mit seiner Exklave nicht viel anzufangen. „Eine klare Vorstellung, welchen Platz die Region in Russland einnimmt, hatte die Führung des Landes weder Anfang der 90er Jahre, noch hat sie sie jetzt“²⁴⁶, lautete eine weit verbreitete Kritik. Der erste demokratische Statthalter Kaliningrads erfüllte die Erwartungen der Kaliningrader offensichtlich nicht.

So war seine Niederlage bei den 1996 erstmals durchgeführten freien Gouverneurswahlen in Kaliningrad keine Überraschung. Zwar hatten sich die so genannten „Demokraten“ um die Kreml-Partei „Unser Haus Russland“, aber auch die liberale „Jabloko“-Partei zum Wahlblock „Jantarny Krai Rossii“ („Bernsteinkreis Russlands“) zusammengeschlossen, um Matotschkin zu unterstützen.

Aus dem Urnengang ging jedoch der ehemalige Direktor des Seehafens, Leonid Gorbenko, als Sieger hervor. Er hatte sich die Unterstützung der Opposition, vor allem des Linksblocks „Volkspatriotische Kräfte“ um die Kommunisten herum, gesichert und versprach den Kaliningradern den Kampf mit der Automafia aufzunehmen. Sein Wahlsieg zeigt auch die Bedeutung des Hafens für die Region.

²⁴⁵ Statistik nach dem Königsberger Express, Oktober 1993: S. 3.

Die wachsende Kriminalität erschreckte viele Kaliningrader. Bei einer Anfang 1996 in der Exklave durchgeführten Umfrage sahen 51 Prozent der Befragten darin ein großes Problem. Weit weniger beunruhigten Inflation und Arbeitslosigkeit (je 37 Prozent) und soziale Unsicherheit (33 Prozent) die Menschen.²⁴⁷ So stießen die Versprechungen des Hafendirektors, sich der Kriminalität anzunehmen, auf einen fruchtbaren Boden.

Die Person Gorbenko ist bis heute eine der umstrittensten Persönlichkeiten Kaliningrads. Wie sein Krasnodarer Amtskollege jener Zeit, Nikolai Kondratjenko, mit antisemitischer Grundeinstellung, war er darüber hinaus nach Ansicht vieler politischer Beobachter korrupt. Der 1939 in der Ukraine geborene Ex-Gouverneur war während seiner vierjährigen Amtszeit in zahlreiche Skandale verwickelt. Seine Wahlversprechen vergaß er schon relativ kurz nach seiner Amtseinführung. In der Gebietskasse habe er lediglich 380 Rubel vorgefunden, die Landwirtschaft sei auf dem Tiefpunkt, die Städte und Dörfer heruntergekommen, machte er seine Vorgänger für die auch nach seiner Amtseinführung weiter grassierende wirtschaftliche Misere verantwortlich.²⁴⁸

Der versprochene Kampf gegen die Korruption zeigte keine sichtbaren Resultate. Im Gegenteil, der Gouverneur verstrickte sich selbst immer häufiger in undurchsichtige Geschäfte.

Als prioritäres Ziel hatte Gorbenko beispielsweise den Wiederaufbau der heruntergekommenen Landwirtschaft ausgegeben. Dazu wurde 1998 ein Zehn-Millionen-Dollar-Kredit bei der Dresdner Bank aufgenommen. Gedacht war das Geld für den Aufbau einer Geflügelfarm. Doch der Kredit verschwand, die Farm ging Pleite und die Oblast blieb auf einem Schuldenberg sitzen. 2001 wurde gegen den ehemaligen Vize Gorbenkos, Michail Karetny in Abwesenheit Anklage wegen Veruntreuung erhoben.²⁴⁹

Die Weigerung Kaliningrads, den Kredit zurückzuzahlen, führte nicht nur zu einer Unzahl von Prozessen, die im Endeffekt alle verloren gingen, sondern auch zu einem Vertrauensverlust unter potentiellen Investoren.

Wegen seiner Verfehlungen wehte Gorbenko oft ein scharfer Wind aus den Reihen der unabhängigen Medien entgegen. Besonders scharf und häufig kritisierte ihn die

²⁴⁶ Winogradow, Michail, 14.-20.9.2000: S. 5.

²⁴⁷ Umfrage veröffentlicht im Königsberger Express, Nr. 4/96: S. 4.

²⁴⁸ Vgl. Gorbenko im Interview bei der Wochenzeitung Argumenty i Fakty. Im Internet unter: <http://www.enet.ru/~kepress/gorbenko.htm>

²⁴⁹ Vgl. dazu Königsberger Express, 10/2001: S. 2.

TV-Gesellschaft „Kaskad“. Die Kritik führte zu einem heftigen Konflikt zwischen beiden Parteien.

„Gorbenko begann Rostow [den damaligen Generaldirektor von „Kaskad“ – d.A.] zu hassen und organisierte eine wahre Medienschlacht mit Hilfe der ihm unterstellten Medien (der Zeitung Dmitrija Donskogo, 1 und des damals gegründeten TV-Kanal „Dünen“)²⁵⁰, beschreibt die ehemalige Chefredakteurin von „Kaskad“, Olga Kotowskaja, die gegenseitigen Beziehungen.

1999 wurde auf Rostow ein tätlicher Angriff verübt. Mehrere unbekannte Täter schlugen den Journalisten vor seinem Haus brutal zusammen. Rostow musste für eineinhalb Monate ins Krankenhaus. Die Staatsanwaltschaft eröffnete zwar ein Strafverfahren gegen Unbekannt, doch die Akte musste (wie so oft in Russland) ergebnislos geschlossen werden. Die Täter wurden nicht gefasst. Es gibt bis heute Gerüchte und Vermutungen, dass Gorbenko hinter dem Angriff stand.

Auch er selbst scheute nach seinem Amtsende vor persönlichen Beleidigungen und einem tätlichen Angriff auf Mitarbeiter des Senders nicht zurück.

Auf einem Presseball 2005 betrank sich der zu der Zeit schon abgewählte Gouverneur und begann aus einem Plastikbecher die Umstehenden mit Wasser zu bespritzen. Als ein Kameramann des staatlichen Senders GTRK „Kaliningrad“ den Vorfall filmen wollte, wurde er mit Gewalt von einem Begleiter Gorbenkos daran gehindert.

Gorbenko seinerseits beschimpfte den Pressechef der Administration Kaliningrad und ging dann auf Igor Rostow los. „Vergessen Sie den Namen Gorbenko“ drohte er dem „Kaskad“-Generaldirektor.²⁵¹

Ein ähnlich Aufsehen erregender Skandal hatte sich schon während der Amtszeit Gorbenkos ereignet. Im Flugzeug Kaliningrad – Moskau hatte er einem Senator während eines Wutanfalls mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Die Verfehlungen Gorbenkos fanden in den regionalen Medien lauten Widerhall, so dass die Popularität des Gouverneurs schnell sank. Zwar hatte sich Gorbenko die Kontrolle über die Tageszeitung „Dmitrija Donskogo, 1“ gesichert, doch selbst deren Unterstützung half Gorbenko wenig beim Wahlkampf 2000. Gegen den ehemaligen Flottenadmiral Wladimir Jegorow, der auf die Unterstützung des Kremls, der Wirtschaft und des Großteils der Medien bauen konnte, hatte Gorbenko wenig

²⁵⁰ Kotowskaja, Olga, 06.04.2006.

²⁵¹ Vgl. dazu Wypolsow, Andrej, 26.3.2005 In: <http://www.regnum.ru/news/427816.html>.

Chancen. Im zweiten Wahlgang ging Gorbenko gegen den Admiral unter.

6.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik

6.3.1. Die Medien unter Jegorow

Während des Zeitraums, als die Dissertation geschrieben wurde, wechselte in Kaliningrad die politische Führung. Der Admiral Wladimir Jegorow wurde als Gouverneur vom Moskauer Georgi Boos abgelöst.

Die Entscheidung traf Präsident Putin, den die Entwicklung in der Exklave offensichtlich nicht zufrieden stellte, Mitte 2005. Daher wird in diesem Kapitel sowohl die Situation, die unter Jegorow herrschte, analysiert, als auch erste Tendenzen der Regentschaft Boos' aufgezeigt.

Wladimir Jegorow war Oberbefehlshaber der Baltischen Flotte, bevor er sich um das Gouverneursamt bewarb. Dass ehemalige Offiziere in politische Spitzenämter gelangten, war gerade in der Anfangszeit Putins relativ häufig. Von den sieben Generalgouverneuren, die Putin anno 2000 einsetzte, hatten gleich vier Schulterklappen. Pjotr Latyschew und Georgi Poltawtschenko hatten Karriere bei Polizei gemacht, Viktor Kasanzew und Konstantin Pulikowski waren zuvor ArmeeGeneräle. Auch in den Regionen stellten sich ehemalige Armee- oder FSB-Generäle zur Wahl.

Bei der Abstimmung um das höchste politische Amt in der Region setzte sich Jegorow 2000 im zweiten Wahlgang gegen den Amtsinhaber Leonid Gorbenko mit 57 Prozent der Stimmen durch. Das Vertrauen der Wähler gewann Jegorow nicht ohne Unterstützung der Medien. Gerüchten zu Folge soll seine Wahlkampagne etwa fünf Millionen US-Dollar gekostet haben und von der Ölgesellschaft Lukoil finanziert worden sein.

Doch während viele seiner Amtskollegen im Laufe ihrer Amtszeit zur Kremlpartei „Einheitliches Russland“ wechselten, um ihre Macht zu stabilisieren und gleichzeitig ihre Loyalität zu Putin unter Beweis zu stellen, blieb Jegorow außen vor. Es ist keineswegs so, dass er zum Putin-Gegner avancierte. Lediglich mit den Parteigenossen von „ER“ fand Jegorow keine gemeinsame Sprache.

Als der Präsident Ende 2003 seine Wiederwahl ankündigte, nahm Jegorow die Wahlkampagne in Kaliningrad unter seine Fittiche. Der Erfolg war allerdings eher

bescheiden. Nur 54 Prozent Wahlbeteiligung und ein unterdurchschnittliches Wahlergebnis von nur knapp 70 Prozent, während Putin russlandweit auf 71 Prozent kam. Das Ergebnis war einer der Gründe, warum Jegorow – auch von den Medien – immer wieder mit dem Vorwurf der Führungsschwäche konfrontiert wurde.

Hinzu kommt, dass auch unter Jegorow die Korruption nicht ausgerottet werden konnte. Sie zog sich bis in die höchsten Ebenen der regionalen Führung, wie die Verhaftung des Vize-Gouverneurs Sawa Leonow im August 2004 bewies. Leonow wurde auf frischer Tat dabei ertappt, wie er 150.000 USD von einem regionalen Geschäftsmann annahm. Das Geld war ein „Dankeschön“ für eine kurz zuvor von Leonow getürkte Auktion bei der Vergabe von Einfuhrquoten für ausländische Fahrzeuge.²⁵² Es ist logisch, dass die Medien nach so einem Vorfall Jegorow Führungsschwäche attestierten.

Am Ende seiner Amtszeit intrigierte auch die Partei „Einheitliches Russland“ offen gegen ihn. Als bekannt wurde, dass die Partei einen eigenen Wunschzettel mit Kandidaten für die Regionalführung aufstellte, auf dem er, Jegorow, fehlte, äußerte er sich dazu unzweideutig und soldatisch derb: „Wenn die Katze nichts zu tun hat,...“²⁵³ Das ganze sei eine „grobe Intrige“ ereiferte sich Jegorow. Doch die Kremlpartei hat in der Region einflussreiche Mitglieder, so dass Jegorow es schwer hatte, gegen die Partei zu regieren. Hinzu kommen weitere Konfliktherde, die dem Gouverneur die Führungsarbeit erschwerten.

Wie in vielen russischen Regionen gab es auch in Kaliningrad Streit zwischen der Gebietsverwaltung und der Verwaltung der Stadt Kaliningrad. Bürgermeister Juri Sawenko ist bereits seit mehreren Jahren Mitglied der putintreuen Fraktion, doch die Gegensätze beschränken sich nicht allein auf die Parteizugehörigkeit. Es gibt ein ständiges Gerangel um Machtkompetenzen und Einflussphasen.

Sawenko, der bereits seit 1998 Bürgermeister der Gebietshauptstadt ist, lag schon mit Jegorows Vorgänger Gorbenko im Clinch. Auch gegen Jegorow versucht er die Interessen der Stadt (und die seiner Verwaltung) durchzusetzen.

Augenscheinlich wurde der Konflikt u.a. bei der Vorbereitung auf 750-Jahrfeier der Stadt.

Anfangs gab es innerhalb der politischen Elite Russlands und Kaliningrads die

²⁵² Vgl. Mischke, Johanna, 13.8.2004. Im Juni 2006 wurde Leonow dann schließlich zu sieben Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet knapp 3.000 Euro verurteilt.

²⁵³ ...dann leckt sie ihre Eier“ geht das Sprichwort weiter. Jegorow meinte damit, dass die Partei sich aus der Personaldebatte heraushalten solle. Zitat vgl. Wypolow, Andrej, 21.11.2004 In: <http://www.regnum.ru/news/362858.html>

Diskussion, ob der Jahrestag überhaupt und wenn, unter welchem Namen er begangen werden solle. Schließlich war die deutsche Vergangenheit Kaliningrads jahrzehntelang in der Öffentlichkeit ausgeblendet worden.²⁵⁴ Als dann endlich entschieden wurde, dass gefeiert wird, der Name Königsberg jedoch bei den offiziellen Festlichkeiten ungenannt bleibt, gingen zwischen Stadt- und Gebietsverwaltung die Streitigkeiten um die Organisation der Veranstaltung los. Immerhin ging es um ein gewaltiges Renommee – Präsident Putin hatte sich angekündigt, internationale Gäste wurden erwartet – und ein nicht zu verachtendes Budget. Allein aus dem föderalen Haushalt wurden über 200 Millionen Rubel in die Vorbereitung des Stadtgeburtstags investiert.

Den Konflikt trugen Jegorow und Sawenko auch öffentlich über die ihnen nahe stehenden Medien aus.

Jegorow kritisierte die Projektierung der Feierlichkeiten durch das Bürgermeisteramt öffentlich. „Das Projekt ist mit niemandem abgestimmt und daher hat es das Wirtschaftsministerium zur Überarbeitung zurückgewiesen. Es bleibt wenig Zeit und wegen solch undurchdachter Handlungen kann es passieren, dass der Plan nicht in den Haushalt 2005 aufgenommen wird“²⁵⁵, erregte sich Jegorow auf einer Pressekonferenz im Herbst 2004.

Aber auch er selbst musste scharfe Kritik von den Medien einstecken.

„Die Vorbereitung auf das Jubiläum hat die Schärfe des Kaderproblems in der regionalen Exekutive real aufgezeigt. Über die Schwäche der regionalen Führungsmannschaft ist oft und viel geschrieben worden“²⁵⁶ kritisiert beispielsweise das reißerische „Kaliningrader Abendblatt“ (Kaliningradskaja Wetschorka) die Mannschaft um Jegorow.

Freilich wird der Zeitung keine große Objektivität von ihren Kollegen zugestanden:

„Die Chefredakteurin, nimmt Geld mal von dem einen, mal von dem anderen Politiker. Und dementsprechend wandelt sie ihren Standpunkt. Früher bekam sie Geld vom Vize-Gouverneur Pirogow und die Wetschorka schrieb darüber, wie gut, die Politik der Gebietsverwaltung sei. Dann stellte er die Zahlungen ein, die Wetschorka bekam Geld von jemand anderem und begann, die Politik des Gouverneurs scharf zu kritisieren“²⁵⁷, verdeutlicht die Chefredakteurin der

²⁵⁴ Vgl. zu der Diskussion Plath, Thoralf, 15.05.2003. In: <http://www.zeit.de/2003/21/Petersburg> Beist 9fck

²⁵⁵ Wypolsow, Andrej, 08.07.2004. In: www.regnum.ru

²⁵⁶ Tschernowa, Viktoria, 10.06.2005: S. 1.

²⁵⁷ Marina Wassiljewa im Interview mit dem Autoren, 21.06.2005

Wochenzeitschrift „Strana Kaliningrad“ und Mitbesitzerin der Medienholding um die „Komsomolskaja Prawda“, Marina Wassiljewa, dass das Problem der Auftragsjournalistik auch in Kaliningrad existiert.

Auf die Frage angesprochen, warum ihre Zeitungen eher zu Sawenko als zu Jegorow halten, begründete sie dies mit der größeren Offenheit der Stadtverwaltung gegenüber den Medien: „Sawenko ist der offenere Politiker. Man kann ihm praktisch jede Frage stellen und bekommt darauf eine ehrliche Antwort... Wenn du ihn um einen Kommentar, bittest, bekommst du einen. Bei anderen Dienststellen ist es häufig so, dass man keine Antwort bekommt, selbst wenn man die Frage schriftlich formuliert hat.“²⁵⁸

Die Jubiläumsfeier ist nur ein Beispiel für den Widerstreit zwischen den politischen Ebenen in Kaliningrad. In der Regel können die Medien von Streitigkeiten innerhalb der politischen Führung profitieren, meint der Leiter der Glasnost-Stiftung Alexej Simonow.

Die Interessengegensätze der einzelnen Machtebenen erlaubten es den Medien, ihre Nische zu finden. So könnten sie im Schutze der einen Seite, Entscheidungsträger der anderen Seite kritisieren, glaubt Simonow.²⁵⁹

Tatsächlich hatten sich auch in Kaliningrad zwei Lager in den Medien herausgebildet. Während die einen zu Sawenko hielten, waren die anderen eher Jegorow-orientiert. Freilich war diese Orientierung nicht auf administrative Unterstellung der Medien zurückzuführen, sondern auf persönliche Vorlieben der Redaktion oder des Herausgebers. Vollständig loyal gegenüber Jegorow war lediglich die Flottenzeitung „Strascha Baltiki“.

„In Kaliningrad herrscht relative Pressefreiheit, allerdings ist dort gerade der Gouverneur ausgewechselt worden. Es wird sich zeigen, wohin nun die Tendenz geht. Bisher gab es in Kaliningrad einen sehr schwachen Gouverneur, daher hat sich ein recht buntes Medienfeld bilden können“²⁶⁰ beurteilte Jakowenko im Herbst 2005 die Situation in Kaliningrad aus dem Moskauer Blickwinkel.

Natürlich gab es in Kaliningrad auch unter Jegorow Konflikte zwischen der Obrigkeit und den Medien. Als im Oktober 2004 der ansonsten dem Gouverneur positiv gegenüber stehende Sender „Kaskad“ ein Interview mit dem Chef des Automobilwerks Avtotor, Wladimir Stscherbakow, ausstrahlte, in dem dieser die

²⁵⁸ ebd.

²⁵⁹ Alexej Simonow im Interview mit dem Autoren, 28.12.2004.

²⁶⁰ Igor Jakowenko im Interview mit dem Autoren, 14.10.2005.

Gebietsverwaltung mit den Worten: „Statt das Gebiet ordentlich zu führen, sind sie nur darauf aus, ihre Taschen voll zu stopfen“, kritisierte, verklagte Jegorow anschließend sowohl Stscherbakow als auch den Sender wegen Verleumdung. Von „Kaskad“ verlangte Jegorow ein Dementi der Aussagen, von Stscherbakow sogar zehn Millionen Euro Schadenersatz, die in die Gebietskasse fließen sollten. Am Ende einigten sich die Parteien jedoch außergerichtlich.

Doch trotz gelegentlicher Auseinandersetzungen und Konflikte kann das Verhältnis zwischen regionaler politischer Führung und den Medien unter Jegorow als entspannt bezeichnet werden. Drohungen oder gar Anschläge und Überfälle auf Journalisten gab es bislang nicht. Der Druck der Administration beschränkt sich auf die moralische Ebene. Wenn ein Artikel oder Beitrag als zu kritisch empfunden wird, muss sich der Journalist am Telefon fragen lassen, warum er denn das geschrieben habe.

6.3.2. Das Verhältnis zwischen Medien und Flotte

Etwas schärfer ist der Umgangston zwischen der Baltischen Flotte, die in der Region ebenfalls als Machtfaktor einzustufen ist, und der Presse.

Ein Beispiel kann dieses Verhältnis ganz gut verdeutlichen. Im Jahr 2004 veranstaltete die Baltische Flotte eine Truppenübung unter Beisein von Journalisten. Dabei wollte das Militär das Heben eines in Seenot geratenen U-Boots demonstrieren. Da die Erinnerung an das 2001 gesunkene U-Boot Kursk noch frisch war, stieß die Übung auf reges Interesse bei den örtlichen Journalisten. Diese mussten sich vorher anmelden und wurden dann auf einem Begleitschiff zusammengefasst, um das Manöver mit eigenen Augen zu verfolgen.

Die Übung verfehlte ihr Ziel. Wäre das U-Boot tatsächlich in Seenot gewesen, dann wäre die Besatzung ertrunken. Als das klar war, ging der Presseoffizier der Flotte, Anatoli Lobski, zu jedem einzelnen Journalisten an Bord und forderte sie auf, die Geschichte nicht zu veröffentlichen. Nach dem Motto: „Sie verstehen doch, das ist nur eine Übung. Beim nächsten Mal klappt es bestimmt“, versuchte er die Reporter dazu zu bewegen, nicht über den katastrophalen Verlauf zu berichten. Tatsächlich hat keiner der an Bord befindlichen Journalisten etwas veröffentlicht.

Dass das Scheitern des Manövers dennoch bekannt wurde, liegt daran, dass der Journalist des Kommersant, Andrej Wypolsow, der es wegen der umständlichen

Anmeldeformalitäten nicht aufs Schiff schaffte, von einem Kollegen angerufen wurde, der ihm alles berichtete. So wurde der Pressechef der Baltischen Flotte am nächsten Morgen unangenehm von der Schlagzeile des Kommersant: „Sie ist untergegangen“ (ein Zitat Putins in der David Letterman-Show auf die Frage, was denn nun eigentlich mit der Kursk passiert sei.) überrascht.

Der Einzige, der über den Vorfall berichtete, war also jemand, der das Manöver nicht mit eigenen Augen verfolgte und den der Presseoffizier daher auch nicht persönlich „bearbeitete“.

Zwei Wochen nach dem Vorfall rief Presseoffizier Anatoli Lobski den Journalisten Wypolsow an und drohte ihm mit einer Verleumdungsklage. Wypolsow hatte unter anderem geschrieben, dass, nachdem klar war, dass das Manöver gescheitert war, unter Deck derbe Flüche ausgestoßen wurden. Dies war ihm am Telefon so berichtet worden, selbst gehört hatte er sie nicht. Und genau darauf versuchte ihn das Militär festzunageln. Fluchen an Bord sei ein Dienstvergehen und eine Behauptung, dass ein Dienstvergehen vorliege, ohne selbst Zeuge dessen gewesen zu sein, sei böswillige Verleumdung, so die Argumentation. Zu einer Anklage kam es allerdings nicht. „Wahrscheinlich haben sie eingesehen, dass sie sich nur lächerlich machen, wenn ich in einem Widerruf schreibe, dass die Geschichte an sich stimmt und nur die Offiziere unter Deck nicht geflucht haben“²⁶¹, begründet Wypolsow selbst den Rückzieher der Flotte.

Der Presseoffizier wird von den Journalisten als Militarist bezeichnet. Auch Lobski selbst betont, kein Journalist, sondern Soldat zu sein. Dennoch sind die meisten Korrespondenten mit der Kooperation zufrieden. Gelobt wird in erster Linie die operative Arbeit des Pressedienstes. „Wenn irgendetwas passiert, dann geben sie sehr schnell eine erste Information“, lobt auch Wypolsow, schränkt jedoch ein: „Wenn Du natürlich Details haben willst, ist das zwecklos. Außer dem Pressedienst redet keiner mit Dir. Und der sagt dann, wir haben noch keine weitergehende Info.“²⁶²

6.3.3. Sezessionisten und russlandtreue Medien im Clinch

Dieses Problem haben die Journalisten auch bei anderen Pressediensten. Sowohl in der Stadt- als auch in der Regionalverwaltung hält sich die Auskunftsfreudigkeit der

²⁶¹ Andrej Wypolsow im Gespräch mit dem Autoren, 14.06.2005.

²⁶² ebd.

Beamten in Grenzen.

Doch in dem, was die Zeitungen schreiben, sind sie relativ unabhängig von der Obrigkeit. Dies wird an einer weiteren politische Konfliktlinie, entlang derer sich die Medien positionieren, deutlich. Immer wieder aufkeimende Sezessionsbestrebungen in der Region werden von den Medien in der einen oder anderen Form betrachtet. Es wäre falsch, zu behaupten, dass die Bevölkerung Kaliningrads eine Abspaltung von Russland befürwortet. Zwar sehen sich Umfragen zu Folge mehr Kaliningrader als Europäer als im russischen Durchschnitt, dennoch ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung prorussisch eingestellt.²⁶³

Nach Angaben von Viktor Tschernyschow (Redakteur beim Königsberger Express) gibt es jedoch einflussreiche Geschäftsleute, die die Loslösung von Moskau, zwar nicht offen, doch versteckt propagieren. Dazu nutzen sie die ihnen gehörenden Medien.²⁶⁴ Der Abgeordnete des Regionalparlaments Witautas Lopata und der Geschäftsmann Sergej Pasko gehören dazu. In der Zeitung „39. Region“ (benannt nach dem KfZ-Kennzeichen der Region Kaliningrad) findet Lopata eine breite Plattform, um auf die moskautreue Partei „Einheitliches Russland“ zu schießen. Die Mitglieder dieser Partei hätten sich schon jahrzehntelang unter kommunistischer Herrschaft die Hosen auf Versammlungen durchgesessen, blockierten ausländische Investitionen in die Region durch ihre Unfähigkeit und Korruption, lästert Lopata in einem als Interview getarnten Meinungsartikel.²⁶⁵

Die Zeitung wird mit einer Auflage von 135.000 Exemplaren herausgegeben und kostenlos an die Haushalte der Stadt und der Oblast Kaliningrad verteilt. Die Einnahmen aus der Reklame decken offensichtlich bei weitem nicht die Kosten. Schon allein daraus wird ersichtlich, wie abhängig das Blatt von ihrem politischen Gönner ist.

Zusammen mit Pasko und dem Regionalpolitiker Igor Rudnikow – der übrigens Herausgeber der Regionalzeitung „Kaliningradskije Nowye Koljosa“ („Kaliningrader Neue Räder“) ist – gründete Lopata Anfang 2005 die Bewegung „Republik“.

Öffentlich ausgegebenes Ziel der Organisation ist es, den Status Kaliningrads zu ändern. Die Exklave soll zur Republik (ähnlich wie Tatarstan oder Baschkortostan)

²⁶³ Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau zu Folge sehen sich 12,2% der Kaliningrader in erster Linie als Europäer. Russlandweit sind dies nur 4,3%. Allerdings ist auch das Zugehörigkeitsgefühl zu Russland stärker als landesweit ausgeprägt: 47,1% gegenüber nur 40,6% im landesweiten Durchschnitt fühlen sich zuerst einmal als Russen. Vgl.

²⁶⁴ Viktor Tschernyschow im Gespräch mit dem Autoren, 06.06.2005.

²⁶⁵ Vgl. Tambowski, Wolf, 22.06.2005: S. 2.

erhoben werden und damit mehr Freiheit von Moskau bekommen.

Diese Aktivitäten stoßen bei der regionalen politischen Führung auf wenig Gegenliebe. Zwar sprach sich auch der Vize-Vorsitzende der Gebietsduma, Sergej Koslow, kurze Zeit später für die Annäherung an die EU aus und forderte Moskau auf, Kaliningrad den Status eines „russischen Auslandsterritoriums“ zu verleihen. Von den Ideen einer Republik nahm Koslow jedoch deutlichen Abstand: „Die Befürworter des „gefährlichen Separatismus“ tun nur so, als ob sie die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Region lösen wollen. In Wirklichkeit verfolgen sie ihre eigenen politischen Ziele“²⁶⁶, zitiert der Königsberger Express den Regionalpolitiker. Gouverneur Jegorow äußerte sich in einem Interview mit der Tageszeitung „Iswestija“ ebenfalls ablehnend: „Ab und zu kommen Projekte in die öffentliche Diskussion, die verschiedene Zukunftsszenarien für unsere Region zum Thema haben. Jedoch hat bisher keines von ihnen vermocht, die Mehrheit unserer Bevölkerung für sich zu gewinnen. Meinungsumfragen haben ergeben, dass sich 94 Prozent unserer Gebietsbewohner als russische Bürger sehen, die an der Westgrenze ihres Vaterlands leben und bereit sind seine Interessen als ihre eigenen wahrzunehmen.“²⁶⁷

Doch konnte oder wollte die Administration die Veröffentlichung „separatistischer“ Meinungen nicht verhindern. Daher nahmen Moskauer Geschäftsleute, die Business-Interessen in Kaliningrad hatten, die Gründer der „Republik“ mit ihren Medien unter Beschuss.²⁶⁸

Besonders geeignet dazu erwies sich das schon erwähnte „Kaliningrader Abendblatt“, das Lopata & Co scharf angriff. Als „staatsfeindlich“ wurden die Handlungen der „Republikaner“ gegeißelt. In einem großen Artikel durfte sich der schon oben erwähnte Koslow äußern. Als er Pasko entweder „Unprofessionalismus oder bewusste Lüge“²⁶⁹ vorwarf, kam es sogar zur gerichtlichen Auseinandersetzung. Pasko verklagte Blatt und Politiker wegen Ehrverletzung; ein, wie bereits festgestellt wurde, sehr beliebtes Verfahren in Russland, um unliebsame Presse zum Schweigen zu bringen. In diesem Fall gewann die Redaktion der Zeitung allerdings den Prozess.²⁷⁰ Sie fuhr fort, die Mitglieder der „Republik“-Bewegung zu attackieren. Natürlich kann die Berichterstattung der „Wetschorka“ als tendenziös kritisiert

²⁶⁶ Königsberger Express, 04/2005: S. 5 (Kurs auf die EU)

²⁶⁷ Jegorow, zitiert nach Stulow, Igor, 11.05.2005.

²⁶⁸ Viktor Tschernyschow im Gespräch mit dem Autoren, 06.06.2005.

²⁶⁹ Koslow, Sergej, 25.02.2005.

²⁷⁰ Vgl. Wladimirowa, Anna, 10.06.2005: S. 6.

werden. Da allerdings auch die Gegenseite mit ihren (durchaus nicht zimperlichen) Medien ausgestattet war, ist eine Art Chancengleichheit gewahrt.

Daher kann hier festgehalten werden, dass zur Amtszeit Jegorows das Problem der Presse in erster Linie nicht politischer Druck, sondern wirtschaftliche Unselbständigkeit gewesen ist.

6.3.4. Die Medien unter Gouverneur Boos

Unter dem neuen Gouverneur scheint sich dies zu ändern. Zwar ist der Beobachtungszeitraum zu kurz, um ein endgültiges Urteil zu fällen, doch erste Anzeichen deuten auf eine stärkere Hand des Staates hin.

So wurde kurz nach der Inauguration von Boos, im Oktober 2005, der Direktor der staatlichen Druckerei „Jantarny Skas“ ausgewechselt. Den Worten der Angestellten nach „ist der Wechsel eines professionellen Druckers gegen den Vize-Präsidenten der örtlichen Handelskette „Wester“, der keine fachliche Ausbildung besitzt, mehr als eigenartig. Wenn man natürlich die bevorstehende Privatisierung des Unternehmens nicht in Betracht zieht, die kein geringes kommerzielles Interesse für Privatanbieter darstellt“²⁷¹, kommentierte die Nachrichtenagentur Rosbalt den Vorfall. In der Druckerei wurden zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften der Oblast gedruckt. Noch deutlicher bekam die TV-Gesellschaft „Kaskad“ den Besen des neuen Gouverneurs zu spüren. Eine der ersten Amtshandlungen von Georgi Boos war der Versuch, sich die private Fernsehgesellschaft „Kaskad“ unterzuordnen.

Im Januar 2006 begannen die Unannehmlichkeiten der Sendeleitung, als ihnen vorgeworfen wurde, sich Reklamegelder anzueignen. Das Schema an die Übernahme des Fernsehsenders NTW. Hier wie dort ging es vordergründig um finanzielle Fragen. Im Hintergrund standen aber in beiden Fällen politische Interessen.

Der Duma-Abgeordnete Alexander Hinstein (in seiner Vergangenheit ebenfalls Journalist, inzwischen Parteigenosse von Boos beim „Einheitlichen Russland“) beantragte im Dezember 2005 bei der Staatsanwaltschaft eine Überprüfung der Tätigkeit der TV-Gesellschaft „Kaskad“. Zur Begründung, wieso der Moskauer Abgeordnete ausgerechnet einen Kaliningrader Fernsehsender überprüfen lassen wolle, erklärte Hinstein:

²⁷¹ Birjukow, Waleri, 13.10.2005. In www.rosbalt.ru

„Ich als Abgeordneter erhalte eine große Menge an Anträgen und Klagen. Den einzigen und optimalen Weg, diese Klagen zu bearbeiten, sehe ich darin, sie an kompetente Stellen weiter zu leiten. Wenn es um eine Gesetzesübertretung geht, leite ich sie automatisch an den Generalstaatsanwalt weiter. Diese Praktik betrifft ausnahmslos alle Eingaben, mit der seltenen Ausnahme, dass ich selber beurteilen kann, ob das so ist oder nicht so ist, bzw. wenn ich klar sehe, dass es sich hier um Eigentumsstreitigkeiten handelt, aus denen ich mich heraus zu halten versuche. Hier lag weder der erste noch der zweite Fall vor, so dass ich die Eingabe an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet habe.“²⁷²

Doch es handelte sich hierbei ganz eindeutig um Besitz- und Einflusstreitigkeiten. Das hätte auch Hinstein klar sein müssen. Im Interview behauptete er zwar später: „Zu meiner großen Schande erinnere ich mich nicht jetzt mehr, wer sich an mich gewandt hat“²⁷³, doch ist diese Aussage sehr zweifelhaft. An ihn hatte sich nämlich der Vorstandsvorsitzende der Medienholding „Kaskad“, Wladimir Pirogow, gewandt. Pirogow war gleichzeitig Interessenvertreter der Mehrheitsaktionäre des Senders. Dazu gehörten die Henshow Fines Inc. (15,3% der Aktien), Power Telecom Group Limited (16,85%), Dooney Limited (16,85%), Investenergo (1%) und NIKoil Consulting (1%). Zusammen besaßen diese Unternehmen 51 Prozent der Anteile an der Medienholding „Kaskad“. Der Rest gehörte den Gründern und Mitarbeitern des Senders, d.h. Programmdirektorin Olga Kotowskaja (17,15%), Generaldirektor Igor Rostow (14,7%), der stellvertretenden Generaldirektorin Olga Grak (7,35%), der Hauptbuchhalterin Swetlana Rjabuch (7,35%) und dem technischen Direktor Algirdas Lapenas (2,45%). Pirogow beschuldigte das Kollektiv, gemeinsam Briefkastenfirmen gegründet zu haben, auf deren Konten dann die Gewinne des TV-Unternehmens versickerten. Schon diese Aufstellung lässt ziemlich offensichtlich den Charakter der Auseinandersetzung erkennen. Einzig die Verbindung zu Boos wird nicht auf den ersten Blick deutlich. Führt man sich allerdings vor Augen, wer der neue Generaldirektor bei „Kaskad“ ist, so wird einiges klar.

Juri Rjaschski heißt der neue Mann an der Spitze von Kaskad. Früher war er in Moskau tätig als stellvertretender Pressechef des Bürgermeisters Juri Luschkow. Zu dessen Kommando gehörte auch Georgi Boos. Boos wurden keine schlechten Chancen auf den Posten des Nachfolgers eingeräumt, besonders, nachdem der

²⁷² Hinstein, Alexander im Interview mit der Nachrichtenagentur Regnum

²⁷³ ebd.

Kreml Luschkows ersten Wunschnachfolger, Waleri Schanzew als Gouverneur nach Nischni Nowgorod in die Provinz abgeschoben hatte.

Später wurde allerdings auch Boos mit seiner Versetzung nach Kaliningrad aus dem Rennen um den politisch wichtigen Bürgermeisterposten in Moskau genommen, da der Kreml niemanden aus dem Luschkow-Kommando auf dieser Stelle haben wollte. Nichtsdestoweniger blieben die Beziehungen von Boos zu seinen einstigen Mitarbeitern auch in der russischen Exklave intakt. Das Verhältnis zwischen Boos und Rjaschski geht dabei sogar über die reinen Dienstbeziehungen hinaus. Auch privat verbindet die beiden eine feste Freundschaft. Rjaschski ist der Taufpate von Boos jüngster Tochter.

Insofern ist die Schlussfolgerung von Tamara Samjatina nachzuvollziehen, wenn sie behauptet, dass hinter der Anzeige von Hinstein im Endeffekt Boos stehe.

„Anstelle von Swetlana Obolenzowa und Sergej Bodanow [Pressesekretäre von Boos – d.A.] wählte Boos das bewährte Mittel des hauptberuflichen Enthüllers – des Abgeordneten Alexander Hinstein.“²⁷⁴

Hinstein bewies nämlich schon bei seiner Anzeige gegen den Ex-Premier Michail Kassjanow Wadenbeißerqualitäten in Kremldiensten. Da hatte er als Abgeordneter bei der Staatsanwaltschaft eine Überprüfung verlangt, wie der inzwischen in die politische Opposition gewechselte Kassjanow zu seiner Datscha gekommen war. Im Fall „Kaskad“ verlangte er eine Überprüfung der Finanztätigkeit der Holding. So sollten die Ermittler überprüfen, ob Generaldirektor Rostow und andere führende Mitarbeiter des Unternehmens tatsächlich Geld in die eigene Tasche abgezweigt hätten. Steuerfahnder durchsuchten Büro- und Privaträume von Kotowskaja und Rostow und gingen dabei wenig zimperlich vor.

Es ist dabei tatsächlich möglich, dass die Dokumente Igor Rostows nicht völlig in Ordnung waren. So glaubt Manana Aslamasjan von Internews, dass Rostow die Enteignung teilweise auch seinen eigenen Fehlern zuschreiben müsse. Er sei als Chef des Senders autoritär geworden, habe sich die Beziehungen mit vielen seiner Journalisten verdorben und geglaubt, dass er unangreifbar sei. Doch gerade die guten Beziehungen zu Gouverneur Jegorow haben ihn beim neuen Gouverneur unbeliebt gemacht, glaubt Aslamasjan. Durch Fehler in der Buchführung habe er es seinen Gegner wesentlich einfacher gemacht, ihn aus- und den Sender

²⁷⁴ Samjatina, Tamara, 18.01.2006.

gleichzuschalten.²⁷⁵

Bei „Kaskad“ nutzten derweil die Mehrheitsaktionäre die Gunst der Stunde aus, um die unliebsamen Gründer aus den Führungspositionen zu drängen.

Danach wurde auch die Sendepolitik umgekrempelt. Chefredakteurin Kotowskaja wurde gegen Dmitri Kamorin, einen aus Moskau angereisten Journalisten ausgetauscht. Sie selbst durfte die Räumlichkeiten nicht mehr betreten. Ein neuer Wachdienst hinderte sie selbst daran, ihre persönlichen Sachen aus dem Schreibtisch zu räumen.

Kurze Zeit später musste der Chef der Nachrichtenabteilung, Dmitri Podgortschuk, seinen Hut nehmen. Der neue Chefredakteur Kamorin feuerte ihn per Telefon, weil er angeblich eine Reihe von Fehlern bei der Nachrichtensendung „Infomix“ gemacht hatte. Doch Kamorin hatte sich diese Sendung nach Angaben von Podgortschuk vor der Aufzeichnung persönlich mit angesehen und somit entweder die Fehler absichtlich durchgehen lassen, um Podgortschuk zu entlassen oder aber hatte sie selbst nicht bemerkt.

Tatsächlich scheint der Grund für die Entlassung darin zu liegen, dass Podgortschuk, einen TV-Beitrag eines Korrespondenten zur Veröffentlichung freigab, der über gekaufte Stimmen bei der Wahl zur Regionalduma im März 2005 berichtete. Die gesamte Führungsetage des Senders feierte zu der Zeit in Polen eine Party und bekam daher erst anschließend von dem Skandal etwas mit.

Da das Material selbst einwandfrei recherchiert war, konnte die Sendeleitung kaum etwas unternehmen, doch bei nächstbestem Anlass machte sie klar, dass es enge Grenzen bei der Berichterstattung gibt.

Somit ist der Sender inzwischen unter der Kontrolle des Gouverneurs. Georgi Boos hat sich mit der faktischen, wenn auch inoffiziellen Übernahme ein Instrument zur Agitation gesichert.

Damit bestätigte er geradezu auf klassische Weise die Theorie des Politologen Serge Moskowitz, der schon in den 90er Jahren behauptete: „Die Übernahme von Presse, Radio und vor allem des Fernsehens wird zu einem der Ziele des politischen Kampfes und der sozialen Debatten. Jede regierende Gruppe – Regierung oder Opposition – glaubt, dass derjenige, der Zugang zu ihnen erhält, entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung bekommt...Es reiche eine sehr begrenzte Zahl von Publizisten, um das gewünschte Resultat zu erreichen...und seinen Willen dem

²⁷⁵ Vgl. Manana Aslamasjan im Interview mit dem Autoren, 05.08.2006.

ganzen Land aufzuzwingen.“²⁷⁶

In dem Fall war es zwar nicht das ganze Land, aber immerhin eine ganze Region. Boos, der einen neuen politischen Kurs in Kaliningrad einschlagen wollte, begann damit, sich die Medien gefügig zu machen.

Politische Konkurrenz hatte Boos nicht zu befürchten. Der zuvor selbst als Gouverneurskandidat gehandelte Kaliningrader Bürgermeister Juri Sawenko nannte Boos Ernennung „eine Chance für die Kaliningrader Oblast“²⁷⁷ Das Regionalparlament stimmte noch im September mit deutlicher Mehrheit der Ernennung von Boos zu. Bei 27 Ja-Stimmen wurden nur zwei Nein-Stimmen gezählt. Und auch Jegorow trat, den Wink aus Moskau wohl verstehend, vorzeitig von seinem Amt zurück, um seinem Nachfolger den Weg frei zu machen.

6.3.5. Die Wahlen zum Regionalparlament

Die ersten wichtigen Wahlen unter Boos waren die für das Regionalparlament am 12. März 2006. Die Kremlpartei „Einiges Russland“ gewann die Abstimmung deutlich, wenn sie auch die absolute Mehrheit verfehlte. Immerhin gelang es „ER“, die 34,12% in 19 der zu vergebenden 40 Sitze umzumünzen²⁷⁸. Die Kommunisten sind gerade einmal mit vier Mandaten (15,09%) vertreten. Die „Patrioten Russlands“ und die Pensionärspartei kamen auf je drei Sitze, die nationalistische LDPR und die „Volkspartei“ auf je zwei Sitze und sechs unabhängige Kandidaten schafften den Sprung in die Duma. Da im Wahlbezirk 4 (Baltisk, Selenograd, Swetlogorsk) der Kandidat „Gegen alle“ gewann, muss die Abstimmung in diesem Bezirk im Oktober wiederholt werden. Ein Sitz ist daher noch strittig.

Die liberale Jabloko-Partei scheiterte wie in Russland an der Fünf-Prozent-Hürde (vier Prozent), die bei den Duma-Wahlen 2003 überraschend starke „Rodina“-Partei war bereits während des Wahlkampfes ausgeschlossen worden. Hatte sich 2003 in Kaliningrad noch der Rodina-Vertreter Wladimir Nikitin bei der Abstimmung für das Direktmandat gegen seinen „ER“-Konkurrenten Alexander Dazyschin durchsetzen können, so blieb der Partei „Rodina“ 2006 nur die Rolle des Zuschauers.

Den Nationalpatrioten wurden Verstöße beim Sammeln der für die Registrierung bei

²⁷⁶ Moskowitschi, zitiert nach Kolodisch, Boris, 2004: S. 19.

²⁷⁷ Vgl. Rosbalt, 06.09.2005. In www.rosbalt.ru/2005/09/06/224761.html

²⁷⁸ Die Wahlergebnisse sind bei der regionalen Wahlkommission von Kaliningrad unter der Adresse www.kaliningrad.izbirkom.ru abrufbar (Stand: 01.05.2006).

der Wahlkommission nötigen Unterschriften vorgeworfen. Als ein Gebietsgericht am 14. Februar die Wahlteilnahme von „Rodina“ auf Antrag der LDPR und der Pensionärspartei verbot, erregte sich Nikitin im Radio „Baltik Plus“ über die „kleinen politischen Prostituierten“, die sich für die Kremlpartei „Einheitliches Russland“ einspannen ließen.

Tatsächlich zog „Einheitliches Russland“ den größten Nutzen aus dem Ausschluss von „Rodina“, denn diese war ein ernsthafter Konkurrent. Das Ziel, die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen, konnte die Kremlpartei bei einer Nichtteilnahme dieses Konkurrenten deutlich leichter erzielen. Am Ende scheiterte „ER“ nur knapp an dieser Aufgabe. Doch durch die Integration einiger „unabhängiger“ Kandidaten kontrolliert die Kremlpartei das Regionalparlament inzwischen klar.

Im Wahlkampf setzte die regionale politische Führung mehr auf administrative Ressourcen als auf die Medien. Diese berichteten zwar über den Ausschluss von Rodina, hielten sich mit Kommentaren dazu aber merklich zurück, wie übrigens auch die Wähler bei der Abstimmung. Die Wahlbeteiligung fiel niedrig aus. Gerade einmal ein Drittel der Wahlberechtigten (36 Prozent) ging an die Urne.

Einer Liste der Wahlkommission zu Folge hatten sich zwar über 70 Publikationsorgane bereit erklärt, Parteien und Kandidaten Platz zur Wahlagitation auf ihren Seiten bzw. in ihrer Sendezeit zur Verfügung zu stellen (vier Medienorganen hatte die Kommission Wahlwerbung verboten, da sie weniger als ein Jahr vor den Wahlen gegründet worden waren),²⁷⁹ dennoch war die Wahlkampagne lau. Das Ergebnis war sowieso vorhersehbar.

Die „Wetschorka“ berichtete in der Vorwahlwoche über den Tatendrang des „Einheitlichen Russlands“ bei der Bekämpfung von Staus in der Stadt Kaliningrad und publizierte einige Wahlversprechen des Gouverneurs.²⁸⁰ Die dem Oppositionskandidaten Igor Rudnikow gehörende Zeitung „Nowye Koljosa Kaliningrada“ erregte sich über eine Entscheidung des Wahlkommissionsleiters, den Namen Rudnikow aus der Parteibezeichnung „Volkspartei“ zu streichen. (In den Wahllisten war die Regionalorganisation der Partei erst eingetragen unter „Rudnikow Volkspartei“). Angeblich habe die Wahlleitung die Entscheidung auf Drängen der Kremlpartei getroffen, die befürchtete, dass der Name Rudnikow der Volkspartei zusätzliche Stimmen einbringen werde.²⁸¹

²⁷⁹ Liste ist ebenfalls unter www.kaliningrad.izbirkom.ru abrufbar.

²⁸⁰ Autor in beiden Fällen, Wassili Sergejew, 04.03.2006.

²⁸¹ Ohne Autor: Rudnikow unter Verbot: Die Gebietswahlkommission strich den Namen des Abgeordneten aus

Doch auf besonders große Resonanz stießen diese und andere Beiträge nicht. Immerhin eine Ausgabe der „Komsomolskaja Prawda Kaliningrad“ fand im Vorfeld der Wahlen reißenden Absatz. Unbekannte kauften bereits in den frühen Morgenstunden am 2. März in verschiedenen Kiosken der Stadt die gesamte Auflage der Zeitung auf. In der Nummer waren zwei leicht ironische Beiträge über Georgi Boos abgedruckt, die allerdings keine echte Kritik am Gouverneur darstellten. Insofern ist das Motiv für das Verschwindenlassen der Nummer nicht ganz nachzuvollziehen.²⁸² Der Wahlkampf stand zwar im Zeichen von „Einheitliches Russland“ und auch die beiden bekanntesten und mächtigsten Politiker der Region, Boos und Sawenko, machten großplakatig Werbung für die Kremlpartei, ohne selbst zu kandidieren, doch die Wähler konnten sie nicht aus der Lethargie reißen. Die Medien kamen erst nach der Wahl ein wenig in Schwung. Der Sender „Kaskad“ berichtete, wie oben schon erwähnt, über einen Fall von Wahlfälschung. Und sogar aus Moskau meldete sich der föderale Sender NTW mit leichter Kritik an Boos zu Wort. In der vom Kreml-Politologen Gleb Pawlowski geführten Sendung „Realpolitik“ wurde das Business-Programm von Boos als mittelmäßig verrissen. Der Gouverneur selbst wurde kritisiert, da er es nicht geschafft habe, seine Unbeliebtheit bei der Kaliningrader Intelligenz abzubauen.²⁸³ Allerdings darf die leichte Lästerei eines Gleb Pawlowski nach einer entschiedenen Wahl nicht überbewertet werden. Pawlowski hat bei NTW eine Feigenblattfunktion übernommen, die er allerdings eher schlecht als recht ausfüllt.

6.3.6. Wichtige politische Themen in der Berichterstattung Kaliningrader Medien

Die besondere geopolitische Lage erzwingt praktisch in den Kaliningrader Medien auch erhöhte Aufmerksamkeit zu bestimmten Themen, die in der russlandweiten Presse weniger präsent sind. Außenpolitisch sind dies in erster Linie zwei große Themenblöcke: die sich nach Osten erweiternde EU und die ebenso nach Osten drängende Militärallianz der NATO.

Es ist keineswegs so, dass die Osterweiterung der NATO in Russland auf

der Bezeichnung der regionalen Gruppe der Volkspartei von den Wahlzetteln. In: Nowye Koljosa Kaliningrada, 02.03.2006.

²⁸² Die Redaktion der Zeitung stellte jedoch offenbar einen Zusammenhang des massiven Aufkaufs mit dem Wahlkampf fest und kritisierte, „dass unverantwortliche, aber gut betuchte Personen wegen politischer Interessen den einfachen Leser einer Nummer seiner geliebten Zeitung berauben“ In: Jermakow, Alexander, 04.03.2006.

²⁸³ Pawlowski, Gleb: „Realpolitik“ bei NTW, 18.03.2006.

Gleichgültigkeit stößt. Mitnichten. In der Region Kaliningrad jedoch schrillen die Alarmglocken noch einmal deutlich lauter als im fernen Moskau. Zwar ist die Diskussion der 90er Jahre über den Ausbau Kaliningrads zu einer Militärbasis mit Atomwaffen verstummt, doch immer noch sieht die überwältigende Mehrheit der Kaliningrader (wie übrigens auch der Russen) in der NATO eine feindliche Militärallianz. Bei einer Befragung des Allrussischen Forschungsinstituts für Öffentliche Meinung „WZIOM“ gaben 53 Prozent der Befragten an, eine negative Einstellung zum Militärbündnis zu haben. 70 Prozent waren der Meinung, dass die NATO von den USA abhängig sei und deren Politik vertrete.

Im Gebiet Kaliningrad beunruhigt viele vor allem die Tatsache auf lange Sicht von NATO-Mitgliedsstaaten eingekreist zu sein. Nachdem Polen (1999) und die baltischen Staaten (2004) dem Nordatlantikvertrag beitraten, ist der Kaliningrader Militärbezirk tatsächlich fest umschlossen.

Die Medien unterstützen diese Phobie. So erschien im November 2005 in der Kaliningrader Ausgabe der „Komsomolskaja Prawda“ ein Interview mit dem russischen General und Vize-Präsidenten der Russischen Akademie für geopolitische Probleme, Leonid Iwaschow, der über angebliche Invasionspläne der Amerikaner für das Gebiet Kaliningrad Auskunft gab. Demnach sei seine Akademie in den Besitz eines Dokuments gekommen, das US-Militäroperationen zur Eroberung strategisch bedeutsamer Regionen wie Kaliningrad beschreibe.

„...Zum Beispiel das Szenario eines bewaffneten Konflikts um diese Region. Und dann folgt die Planung konkreter Operationen zur Zerschlagung des Leningrader Militärbezirks und der Baltischen Flotte.“²⁸⁴

Der hauseigene Militärexperte der Zeitung Viktor Baranez, ein ehemaliger Oberst, kommentierte diesen Artikel in der Richtung, dass das Verteidigungsministerium Mitte der 90er Jahre vorgeschlagen habe, Atomwaffen in Kaliningrad zu stationieren, doch Präsident Jelzin „gekniffen habe“.²⁸⁵ In Kalter-Kriegs-Manier schließt der Kommentar mit den Worten:

„Aber das Gebiet Kaliningrad – das sind nicht irgendwelche Inseln auf dem Amur, die wir demütig unseren Nachbarn überlassen. Unsere Armee und Flotte befindet sich

²⁸⁴ Iwaschow, zitiert nach Gontscharowa, Olga, 11.03.2005.

²⁸⁵ Tatsächlich hatte die Forderung des damaligen Verteidigungsministers Pawel Gratschow, Kaliningrad in eine „Sonderverteidigungszone“ umzuwandeln, hohe Wellen in der ausländischen (vor allem polnischen) Presse geschlagen. Es gab Befürchtungen, dass Russland, welches die baltischen Staaten (und möglicherweise auch Polen) in seiner Militärdoktrin als „nahes Ausland“ betrachte, sein Militär in der Region Kaliningrad dazu nutzen wolle, politischen Druck auf die Nachbarstaaten auszuüben.

nicht in bestem Zustand. Aber unsere Kräfte und Mittel reichen aus, um den wichtigsten Brückenkopf Russlands im Nordwesten zu halten.“²⁸⁶

Die Erweiterung der EU stößt hingegen auf ein geteiltes Echo unter der Bevölkerung und den Medien. Der allgemeine Tenor geht in die Richtung einer geforderten engeren Kooperation zwischen EU und Russland. Medienvertreter in Kaliningrad betonen immer wieder die Wichtigkeit der Europäischen Union für die Wirtschaft der Region. Kritisiert wird dabei die Verschlossenheit des europäischen Marktes für Waren aus Kaliningrad und Schwierigkeiten beim Visaerwerb. Die Transitregelungen für das Gebiet stehen immer wieder im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen. (siehe dazu auch das Kapitel: Medien und Business). Kaliningrader Medien fordern von Zeit zu Zeit eine Aufhebung des Visaregimes für die Region, damit Europäer ohne übermäßigen Aufwand nach Kaliningrad reisen können, aber auch Kaliningrader die Möglichkeit haben, ihre „Insel“ zu verlassen. Auf der anderen Seite wird auch gern über Investitionen europäischer Unternehmen in der Sonderwirtschaftszone berichtet. Das Internet-Portal „westrus.ru“ hat sich die Aufgabe gestellt, die Region Kaliningrad im Ausland vorzustellen. Der Auftritt ist dreisprachig (russisch, englisch und deutsch). Wenn auch die Computerübersetzungen aus dem Russischen etwas holprig klingen, so bietet die Seite dem interessierten Beobachter der Region auch ohne Fremdsprachenkenntnisse einen guten Einblick. Finanziert wird der Auftritt, der vom „Interregionalen Pressezentrum“ gemanagt wird, bislang von der Regionaladministration, auch wenn die Mitarbeiter immer wieder von Gerüchten erschreckt werden, dass die Finanzierung eingestellt werden soll.²⁸⁷

6.4. Das Verhältnis zwischen Medien und Business

6.4.1. Die wirtschaftliche Lage der Region Kaliningrad

Die wirtschaftliche Situation in der westlichsten russischen Region sieht schlecht aus. Nachdem die stark auf die Bedürfnisse des Militärs zugeschnittene Wirtschaftsstruktur der Region zusammengebrochen ist, muss sie sich nun in den letzten Jahren umorientieren. In einigen Fällen gelingt das bereits überraschend gut,

²⁸⁶ Baranez, Viktor, 11.03.2005.

²⁸⁷ So berichtete es zumindest die Redakteurin Lilia Schewzowa auf Anfrage des Autors, 15.05.2006.

dennoch hinkt die Dynamik im Vergleich zu den Nachbarländern deutlich zurück.²⁸⁸

Für Kaliningrad kommen zusätzliche Schwierigkeiten hinzu. Die auf Integration in die Europäische Union zielenden Nachbarländer Polen und Litauen schotteten ihre Grenze gegenüber Russland weitgehend ab. Für die Enklave Kaliningrad bedeutet dieses Inseldasein eine doppelte Isolation. Die EU verschließt einerseits ihren Markt gegen Waren aus Kaliningrad, andererseits hat die Region auch nur eingeschränkten Kontakt zum Mutterland.

Die schwierigen Transitverhandlungen sind regelmäßig Gegenstand hitziger Diskussionen in den Medien und in der Bevölkerung.²⁸⁹ Für viele Waren werden Transitgebühren erhoben, der Personenverkehr ist durch den Visazwang reglementiert.

Zwar soll der neuen Sonderwirtschaftszonen-Logik nach die Visa-Erteilung für Geschäftsleute vereinfacht werden. In der Praxis ist aber noch nichts dergleichen geschehen. Weder können ausländische Investoren unbürokratisch und schnell ein Visum für Kaliningrad bekommen, noch werden Kaliningrader bei ihren Visa-Anträgen bevorzugt. Bis heute ist die Lage Kaliningrads daher ein Minus bei der Ansiedlung von Unternehmen.

Die bisherigen Anläufe, das Potenzial der Region als Bindeglied zwischen EU und Russland zu nutzen, müssen als fehlgeschlagen betrachtet werden.

Der erste Versuch der Einrichtung einer freien Wirtschaftszone erfolgte bereits Anfang der 90er Jahre. Ziel war es, Industrie- und Wirtschaftsunternehmen aus dem In- und Ausland in der Region anzusiedeln. Doch das Projekt scheiterte. Schuld daran war die Moskauer Politik, die in Bezug auf die Entwicklung in Kaliningrad sehr wankelmütig war.

Als das Projekt einer freien Wirtschaftszone durch einen Ukas von Präsident Jelzin am 7.12.1993 in Kraft gesetzt wurde, waren große Hoffnungen damit verbunden. Ein „Hongkong an der Ostsee“ prognostizierten viele Experten eine rosige Zukunft für Kaliningrad.

Das Gesetz über die Schaffung der freien Wirtschaftszone sah eine ganze Reihe liberaler Vorteile für die Exklave vor. Produktionsbetrieben wurden für fünf Jahre die Gewinnsteuer gestundet, Exportbetriebe mussten nur 50 Prozent der üblichen

²⁸⁸ Wolfgang Eichwede schlägt daher vor, für die Region Kaliningrad einen Partner in Europa zu suchen, „um ein weiteres Abrutschen gegenüber den Nachbarstaaten zu verhindern“. Dieser Partner könnten der Ansicht Eichwedens nach die Niederlande sein, da sie einerseits wirtschaftlich hoch effizient, andererseits politisch auch keine Provokation für Russland bedeuten würden. Vgl. Eichwede im Interview mit dem Autoren, 29.11.2005.

²⁸⁹ Vgl. Mischke, Johanna, 20.07.2005. In: www.aktuell.ru

Gewinnsteuer an den Fiskus zahlen. Im Gebiet produzierte Waren sollten von Ausfuhrzöllen befreit werden und auch für Importwaren, die für den Verbrauch in Kaliningrad bestimmt waren, sah die Regelung für den Zeitraum von zehn Jahren eine Befreiung von Einfuhrzöllen und Mehrwertsteuer vor. Und schließlich sollten die Regionalbehörden ein Mitspracherecht bei der Zollregelung bekommen, wenn es um den Warenverkehr aus und nach Kaliningrad ging.

Der Ukas brachte Bewegung in das Kaliningrader Geschäftsleben. So siedelten sich bereits im ersten Jahr 689 Firmen mit ausländischer Beteiligung in der Exklave an, die meisten aus Polen, Deutschland und Litauen. Dies war die dritthöchste Zahl in Russland überhaupt.

Doch der Boom währte nur kurz. Nur ein Jahr später, d.h. 1995, löste Jelzin die freie Wirtschaftszone wieder auf. Grund für die Rücknahme waren Moskauer Befürchtungen von wegfallenden Zolleinkünften. Da zu dieser Zeit in Russland die meisten Unternehmen sich relativ erfolgreich vor dem Zahlen von Steuern drückten, waren Zolleinnahmen die wichtigste Haushaltsstütze des Landes.²⁹⁰

Die meisten Unternehmen verließen die Region daher bald wieder. Die fehlende wirtschaftliche Stabilität und die grassierende Korruption in ganz Russland schreckte die Investoren zusätzlich ab. So blieben die Russen dann 1996 bei der Einrichtung der zweiten Sonderwirtschaftszone Kaliningrad weitgehend unter sich. Lediglich im ersten Jahr ihres Bestehens zog die Sonderwirtschaftszone mehr als 20 Millionen US-Dollar direkter Auslandsinvestitionen an.

Von den Regelungen für diese Sonderwirtschaftszone funktionierte eigentlich nur Artikel 7, der das Zollregime regelt. Dieser sah eine Zollbefreiung für in die Region importierte und für den Verbrauch vor Ort vorgesehene Waren sowie für in der Region hergestellte Güter beim Export vor. Wichtig dabei war, dass Waren, deren Wertschöpfung in Kaliningrad über 30 Prozent betrug als in der russischen Exklave hergestellt galten und somit beim Weiterverkauf nach Russland ebenfalls zollfrei waren. Dies ermöglichte vor allem den Aufbau von Montagewerken. Am erfolgreichsten ist dabei das Unternehmen Awtotor – der Chef des Automobilwerkes, Wladimir Stscherbakow, ist als Rubelmilliardär zweitreichster Mann der Exklave. Bei Awtotor schraubt seit 1999 BMW, außerdem hat das Werk Kooperationen mit General Motors und KIA abgeschlossen.

Außerdem werden in Kaliningrad u.a. Fernseher, Staubsauger und Kühlschränke

²⁹⁰ Vgl. Stein, Stephan, 2003: S. 353 - 354.

zusammengebaut. 35 Prozent aller in Russland hergestellten Fernsehgeräte stammen aus Kaliningrad.

Etwa ein Drittel der regionalen Industrieproduktion wird von der Lebensmittelindustrie (vor allem der Fischfang) geleistet, ein Viertel geht auf Maschinenbau und Verarbeitung zurück und nur etwas über 13 Prozent der Industrieproduktion stammt aus dem Ölsektor.

Dennoch stammt der wichtigste und einflussreichste Wirtschaftsakteur in der Region aus dieser Branche. Lukoil ist als Russlands größter Ölförderer auch vor der Ostseeküste Kaliningrads aktiv. „Als der Kaliningrader Gouverneur Wladimir Jegorow im Jahr 2000 sein Amt antrat, trat als einziger Gratulant aus der Wirtschaft ein Vertreter des LUKoil-Konzerns auf. Damit war symbolisiert, wer im Gebiet das Sagen hat“²⁹¹, kommentierte der Leiter der Kaliningrader Außenstelle der Handelskammer Hamburg den Einfluss des Ölgiganten.

Auch der neueste Versuch der Schaffung einer Sonderwirtschaftszone in Kaliningrad wird von der Ölbranche massiv beeinflusst. Gouverneur Boos forderte Ende 2005 – wohl nicht ohne Druck der Ölkonzerne – auch der Ölbranche Steuervergünstigungen im Rahmen der Sonderwirtschaftszone zu gewährleisten. Eigentlich waren Unternehmen aus der Erdöl-Industrie von solchen Vergünstigungen ausgeschlossen. Die Regionaladministration hofft jedoch durch die Verarbeitung des in der Region geförderten Öls auf höhere Steuereinnahmen im Wert zwischen 90 – 150 Mio. Euro.²⁹² Für den Bau einer Raffinerie wollen die Ölkonzerne jedoch Steuerrabatte. Inzwischen gibt es zwar ein von Putin unterzeichnetes Gesetz über eine Sonderwirtschaftszone, doch dieses weist noch etliche Lücken auf. Viele bislang begünstigte Unternehmen, vor allem aus der Transportbranche, sehen sich neuen Problemen gegenüber. Mögliche Nachbesserungen, d.h. auch zusätzliche Begünstigte, sind daher möglich.

Die Schattenwirtschaft nimmt einen hohen Stellenwert in Kaliningrad ein.

Schätzungen zu Folge war der Umsatz der Schattenökonomie im Jahr 2005 zweieinhalbmal höher als der der offiziellen Wirtschaft. Die Hauptbestandteile der Schattenwirtschaft sind der so genannte „kleine Grenzhandel“, bei dem Schmuggler mit Zigaretten und Alkohol aus der russischen Exklave in die Nachbarländer Polen und Litauen fahren, aber auch das für ganz Russland typische Auszahlen von

²⁹¹ Stein, Stephan, 2003: S. 357.

²⁹² Vgl. dazu Mischke, Johanna, 19.12.2005. In: www.aktuell.ru

schwarzen Gehältern (in Kaliningrad sind es etwa 60 Prozent), um Lohnsteuern zu umgehen. Ein weiteres „Steuersparmodell“ besteht darin, zahlreiche eng miteinander vernetzte Firmen zu gründen, in denen dann zugewiesene Gelder versickern.

6.4.2. Medien als Business

Kaliningrad ist klein und das wird auch an der Medienvielfalt deutlich. Es gibt in der Stadt nur etwa 50 Journalisten, im Gebiet sind es natürlich mehr, da praktisch jede Stadt ihre eigene Lokalzeitung hat. Insgesamt gibt es 29 städtische Zeitungen. Immerhin haben nicht nur die drei großen Nachrichtenagenturen Interfax, RIA Nowosti und Itar-Tass hier ihre Büros, sondern auch die kleineren Agenturen wie Rosbalt und Regnum sind hier mit einem Korrespondenten vertreten. Seit kurzer Zeit (Ende 2004) gibt es auch eine Außenstelle der deutsch-russischen Nachrichtenagentur rufo, die allerdings nicht ständig besetzt ist.

Die Region hat natürlich eigene Fernsehsender, das sind die Privatsender „Kaskad“ und „Premier“, der teilweise der Regionalverwaltung unterstehende Sender „Dünen“ (die Angaben über den Anteil der Aktien sind widersprüchlich – sie schwanken zwischen 24% - 66,5%²⁹³) sowie das Regionalprogramm des 1. staatlichen Kanals, das in Kaliningrad unter der Bezeichnung „Jantar“ (Bernstein) läuft. Jantar ist außerdem auch die Regionalausgabe des staatlichen Hörfunks.

Auf dem Zeitungsmarkt hat sich vor allem eine Medienholding erfolgreich etablieren können. Alexander Wlassow und seine Ehefrau Marina Wassiljewa geben etwa ein Dutzend unterschiedlicher Zeitungen heraus. Dazu gehören u.a. die Regionalausgabe der „Komsomolskaja Prawda“, die Wochenzeitschrift „Strana Kaliningrad (Land Kaliningrad) und das Businessmagazin „Korolewskije Worota“ („Königstor“, benannt nach dem Wahrzeichen der Stadt).

Angefangen hat bei den Verlegern alles vor acht Jahren (1998) mit der Herausgabe der Komsomolskaja Prawda Kaliningrad. Zwar sei die Seitenaufteilung bei der Tageszeitung etwas ungünstig geregelt, da es keinen zusammenhängenden Block gebe, beklagt Wassiljewa, doch „bei der dicken Wochenbeilage ist das besser und Umfragen haben ergeben, dass unsere Leser mit dem Kaliningrader Teil anfangen.

²⁹³ Vgl. dazu auch den offenen Brief Igor Rudnikows an den Staatsanwalt der Region Sinyk mit der Forderung um Aufklärung in diesem Fall. Nachzulesen unter: <http://www.rudnikov.ru/printitem.php3?newsid=1748>, 29.11.2004.

Außerdem gibt es noch Reklamebeilagen.²⁹⁴ Dies sowie – ebenfalls in Absprache mit der Moskauer Hauptredaktion – die Herausgabe der Fernsehzeitschrift „Antenna“ und des Reklamehefts „Vabanque“ ermöglichte es dem Duo zu expandieren. Auch wenn, wie allgemein in Russland üblich, niemand die genauen Gewinnzahlen bekannt geben will, so ist das läuft das Mediengeschäft von Wlassow/Wassiljewa hervorragend. Selbst Kollegen, die die Berichterstattung der „Komsomolskaja“ kritisieren, erkennen das Marketing-Konzept der Herausgeber an.

„Die Komsomolskaja Prawda versucht so zu arbeiten wie die Hauptredaktion in Moskau auch. Aber das ist eben yellow press, d.h. sie versucht Überschriften zu fabrizieren, aber sie dringt nicht in das Problem ein. Keine tiefere Recherche. Es gibt einzelne Journalisten, die gut arbeiten. Was hingegen das Marketing betrifft arbeitet die Komsomolskaja Prawda sehr gut. Das ist eine ganze Mediaholding, dazu gehört z.B. noch die Zeitung „Strana Kaliningrad“ aber auch sich gut verkaufende Frauenzeitschriften.“²⁹⁵

Das Ehepaar hat sich die Arbeit so aufgeteilt, dass Wlassow für die „Komsomolskaja“ zuständig ist, während Marina Wassiljewa als Chefredakteurin der Wochenzeitschrift „Strana Kaliningrad“ („Land Kaliningrad“) arbeitet.

Die „Komsomolskaja Prawda“ hat eine tägliche Auflage von 18.000 Exemplaren, die dicke Wochenbeilage hingegen verkauft sich sogar rund 70.000mal. Auch „Strana Kaliningrad“ ist mit einer Auflagenhöhe von 37.000 Exemplaren ein Renner.

Sehr erfolgreich scheint die Monatszeitschrift „Korolewskije Worota“ zu laufen, die zwar nur in einer begrenzten Auflage (3.000 Exemplare) produziert und kostenlos an Geschäftsleute verteilt wird, allerdings sehr gut mit Reklame ausgefüllt ist. Etwa die Hälfte der Seiten des Hochglanzmagazins wird von Anzeigen belegt. Hinzu kommen noch Unternehmerporträts, die wohl ebenfalls von den Porträtierten bezahlt wurden. Das neueste Projekt des Verlegerehepaars ist wieder ein Franchising-Unternehmen. Mit dem „Moskowski Komsomolez“ wurde ein Vertrag über die Herausgabe einer Regionalausgabe geschlossen. „Da müssen wir ganz von vorn anfangen. Die Auflage lag bei 3.000 Stück“²⁹⁶, beschreibt Wassiljewa das Unternehmen. Dies ist umso interessanter, als das russlandweit die beiden Boulevardblätter um die gleiche Leserschaft kämpfen. Hilfreich bei der Herausgabe der Zeitungen und Zeitschriften ist für das Duo der Besitz eines Kiosknetzes zum Vertrieb.

²⁹⁴ Marina Wassiljewa im Interview mit dem Autoren, 21.06.2005.

²⁹⁵ Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

²⁹⁶ Marina Wassiljewa im Interview mit dem Autoren, 21.06.2005.

Deutlich weniger erfolgreich sind Experimente, seriöse Tageszeitungen in der Region aufzulegen. Waleri Birjukow scheiterte vor einigen Jahren mit seinem Versuch, eine Tageszeitung nach dem Format der Moskauer Wirtschaftszeitung „Kommersant“ herauszugeben. Am Ende bekannte er resigniert, dass sich derzeit in Russland keine Zeitung mit ausgewogener, d.h. neutraler Berichterstattung finanziell selbst tragen könne.²⁹⁷ Dies betreffe vor allem die Regionen. Die Zeitung stellte ihr Erscheinen ein. Doch die meisten anderen Redaktionen wagten Anfang der 90er Jahre nicht den Schritt in die Unabhängigkeit und verblieben in munizipalem Besitz. Daher gibt es bis heute in praktisch jeder Kleinstadt des Gebietes ein mehr schlecht als recht arbeitendes Lokalblatt, das vollständig von den mageren Zuweisungen aus der Stadtkasse abhängig ist.

Diese Unselbständigkeit vieler Publikationsorgane ist auf den relativ kleinen Reklamemarkt der Oblast zurückzuführen. Nach Schätzungen von Video International betrug der Umfang des Reklamemarkts Kaliningrads gerade einmal 4,3 Mio. USD (3,4 Mio. Euro). Davon entfallen 1,3 Mio. USD (1 Mio. Euro) auf Plakatwerbung, während Print- und elektronische Medien davon jeweils 1,5 Mio. USD (1,2 Mio. Euro) abgreifen. Bei den elektronischen Medien ist das TV mit 1,1 Mio. USD (870.000 Euro) deutlich lukrativer als das Radio (400.000 USD = 320.000 Euro).²⁹⁸

Zwar wird an diesen Zahlen deutlich, dass der Anteil der Printmedien an den Reklamegeldern verhältnismäßig hoch ist, dennoch ist der Markt insgesamt viel zu klein, um eine gesicherte Existenz für alle zu ermöglichen. Im Vergleich zu der knapp doppelt so großen Stadt Krasnodar werden auf dem Reklamemarkt Kaliningrads gerade einmal ein Drittel der Gelder umgesetzt. Für die gesamte Oblast dürfte der Vergleich noch ernüchternder für Kaliningrad ausfallen. So ist die relativ geringe Anzahl von Medien in der Region logisch zu erklären.

6.4.3. Der Sonderfall „Königsberger Express“

Ein besonderes Beispiel für Medien als Business ist die deutschsprachige Monatszeitschrift „Königsberger Express“. Seit Mai 1993 wird der Königsberger Express in Kaliningrad herausgegeben. Die Zeitung ist ein Familienunternehmen.

²⁹⁷ Birjukow im Gespräch mit dem Autor, 03.07.2005.

²⁹⁸ Zahlen nach dem Media-Guide, Vgl. Saltanowa, Swetlana, 17.11.2005. In: http://www.mediaguide.ru/news_sub.php?number=437c47b8

Herausgeber ist der russische Fotojournalist Igor Saremba, seine Frau Jelena Lebedjewa ist die Chefredakteurin.

Die deutschsprachige Monatszeitschrift über das Gebiet Kaliningrad hatte über die Jahre hinweg eine Auflage von 5.000 – 10.000 Exemplaren pro Monat. Die Tendenz ist erstaunlicherweise steigend. Erstaunlich daher, weil die Zeitschrift eigentlich auf die „alten Ostpreußen“ fokussiert war. Die alte Generation stirbt nach und nach aus, doch es finden sich neue Leser.

„Die meisten unserer Leser sind nach wie vor ehemalige Bewohner Ostpreußens oder Königsbergs bzw. ihre Nachkommen. Die haben eine besondere Beziehung zu dem Gebiet. Eine weitere Gruppe unserer Leser sind die, die sich für Kaliningrad als besonderen Teil Europas, besonderen Teil Russlands, interessieren. Wir haben immerhin Abonnenten in nunmehr 26 Ländern der Erde. Diese haben entweder politische oder ökonomische Interessen in Kaliningrad. Und ein neuer Teil unserer Leserschaft rekrutiert sich aus dem Internet. Dies sind natürlich in erster Linie jüngere Menschen, die schon andere und erweiterte Weltanschauungen haben als die Alten“²⁹⁹, berichtet Lebedjewa.

Heute zählt die Zeitung 2.500 Abonnenten aus aller Welt. Außerdem wird der Königsberger Express noch an verschiedene gesellschaftliche und politische Institutionen verteilt, er liegt in verschiedenen Hotels der Stadt aus, geht an Bibliotheken und germanistische Institute.

„Dem Königsberger Express liegen alle extremen politischen Standpunkte fern, egal ob links oder rechts“, heißt es in einer Selbstbeschreibung der Zeitung. Tatsächlich ist die Redaktion auch so klein, dass der Königsberger Express sich zum Großteil auf die Übernahme und Übersetzung vorhandener russischer Quelltexte beschränken muss. Neben der Chefredakteurin Jelena Lebedjewa, die die entsprechenden Quellen heraus sucht, gibt es noch einen Übersetzer, der die Texte dann ins Deutsche bringen muss. Ihm zur Seite steht ein deutschsprachiger Praktikant. Allein die Fotos stammen zum Großteil aus eigener Hand, da der Herausgeber Igor Saremba nebenbei noch als Fotograf für die staatliche russische Nachrichtenagentur Itar-Tass arbeitet. Dank des Fotoverkaufs kann sich das Blatt finanziell auch einigermaßen über Wasser halten.

„Wir haben bewusst auf Sponsoren verzichtet, um unsere Unabhängigkeit nicht zu

²⁹⁹ Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

gefährden“³⁰⁰, begründet Lebedjewa die Philosophie des Königsberger Expresses. Thematisch beschäftigt sich der Königsberger Express vorzugsweise mit zwei Gebieten. Zum einen untersucht er die Geschichte der Region, beschreibt den Zustand der bei den alten Ostpreußen bekannten Baudenkmäler oder veröffentlicht Biographien einstiger Königsberger Größen aus Wissenschaft, Kultur und Dichtung (von Immanuel Kant über Friedrich Samuel Bock bis hin zum heute weitgehend unbekanntem Ludwig Friedländer). Ein nicht unbedeutender Teil der Seiten wird von Leserbriefen eingenommen.

Zum anderen berichtet die Monatszeitschrift über aktuelle Ereignisse und Tendenzen in der Stadt und im Gebiet Kaliningrad. Hierbei ist zu betonen, dass die Zeitung – im Gegensatz zu manch anderen revanchistisch angehauchten Journalen von Vertriebenenverbänden kein Problem mit der neuen Bezeichnung der Stadt hat. Das ehemalige Königsberg heiße nun einmal inzwischen Kaliningrad. Daher sei es unsinnig, starr auf der alten Bezeichnung zu beharren, begründet Tschernyschow. Der Name Königsberg werde daher nur benutzt, wenn es um geschichtliche Ereignisse aus der ostpreußischen Periode gehe.³⁰¹ Auch sonst werden die aktuellen Ereignisse nicht aus revanchistischer Blickweise, sondern eher mit patriotischem Elan betrachtet. Überschriften, wie „Unsere Landsleute auf der Kieler Woche“³⁰² verdeutlichen dies. Manchmal geht freilich die Anteilnahme zu Lasten des im Journalismus üblichen Abstands zum Objekt.

Da der Express mit seinem Zielpublikum nicht auf den Main Stream setzt, sind die Einnahmen aus Verkauf und Reklame natürlich niedrig. Ein Einbruch in der Redaktion zu Beginn des neuen Jahrtausends, als die Computertechnik gestohlen wurde, erwies sich daher beinahe als tragisch für den Fortbestand des Unternehmens. Inzwischen hat der Königsberger Express aber zumindest diese Schwierigkeiten überwunden. Trotz des bescheidenen Finanzhaushalts der Zeitung wurde sogar schon ein Internetauftritt bewerkstelligt. Die Seite ist unter der Adresse www.koenigsberger-express.com abrufbar.

³⁰⁰ Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

³⁰¹ Viktor Tschernyschow im Gespräch mit dem Autoren, 06.06.2005.

³⁰² Tschernyschow, Viktor, 08/2002: S. 5.

6.4.4. Medien als Instrument des Business

„Bei uns besteht jedoch das Problem darin, dass bislang für die Pressefreiheit das Wichtigste fehlt, die wirtschaftliche Grundlage der Freiheit. Ein Medienmarkt, ein Markt für Werbung, das, wodurch die Medien als kommerzielle Unternehmen funktionieren können, existiert bei uns gegenwärtig so gut wie nicht. Normale wirksame Massenmedien können als kommerzielle Unternehmen so gut wie überhaupt nicht existieren ohne Unterstützung irgendwelcher außenstehender Sponsoren. Ab diesem Moment stellen sie sich in den Dienst wirtschaftlicher Gruppeninteressen. Das ist es. Ich sehe meine Aufgabe darin, für die freie Presse eine solche wirtschaftliche Basis zu schaffen. Ich will nicht abstreiten, dass die Presse in den Regionen irgendwelche Schwierigkeiten hat.“³⁰³

Dieses Zitat stammt nicht von irgendjemandem, sondern von Russlands Präsident Putin. Auch wenn ihm von politischen Beobachtern vorgeworfen wird, sein Versprechen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien zu bekämpfen, nicht eingelöst zu haben, sondern sie im Gegenteil für seine Zwecke auszunutzen, verdeutlicht das Zitat recht eindrucksvoll, mit welchen Problemen die provinzielle Presse, darunter auch die Kaliningrader Medien, zu kämpfen hat.

Einer der wichtigsten Machtfaktoren in Kaliningrad ist der Ölkonzern Lukoil. Nach der faktischen Ausschaltung von Yukos ist Lukoil der größte Erdölförderer Russlands. Konzernchef Wagit Alekperow wird auf der Forbes-Liste der reichsten Männer Russlands auf Platz 2 hinter dem Chelsea-Besitzer Roman Abramowitsch geführt. Das geschätzte Vermögen Alekperows beläuft sich auf elf Milliarden US-Dollar.³⁰⁴ Hauptfördergebiet des Konzerns ist das Gebiet Tjumen in Westsibirien, doch auch in der russischen Teilrepublik Komi, in Kasachstan und sogar Ägypten ist der Ölkonzern aktiv. In Kaliningrad hat Lukoil ebenfalls wirtschaftliche Interessen. Vor der Küste der Exklave wird Öl gefördert. Die größte Lagerstätte wird nahe der litauischen Grenze von der Bohrinself „DF-6“ ausgebeutet. Knapp 180 Mio. Tonnen Öl sollen dort lagern. Ein lukratives Geschäft für Lukoil, andererseits aber auch ein ständiger Zankapfel zwischen Russland und Litauen. Der kleine baltische Nachbar befürchtete gravierende Umweltschäden, sollte es zum Unfall kommen. Doch die Kaliningrader Presse berichtete über diese Streitigkeiten allein aus der Perspektive Lukoils

³⁰³ Wladimir Putin im Interview mit der ARD, zitiert nach der Webseite des russischen Außenministeriums.

³⁰⁴ Vgl. Ballin, André, 10.03.2006.

„Unsere Presse schrieb über den Skandal höchstens als Anwalt von Lukoil, so nach dem Motto: Die Litauer sollen sich nicht so haben, da kann nichts passieren“³⁰⁵, berichtet Wypolsow. Ähnlich verhielt sich der Großteil der Presse beim Bau zweier umstrittener Öl-Terminals in der Kleinstadt Swetly.

Die Ölbranche war natürlich an deren Errichtung interessiert, besorgte Einwohner und Ökologen strikt dagegen. Ein Referendum sollte die Entscheidung bringen. Die Abstimmung wurde massiv von den Ölkonzernen (in dem Fall die tatarische Ölgesellschaft Tatneft) beeinflusst. Wähler wurden mit Wodka und einigen Hundert Rubel gekauft, um während der Abstimmung zu Hause zu bleiben. Am Ende ging die Rechnung auf. Zwar stimmten 98 Prozent der Wähler gegen den Bau der zwei Terminals, doch die Wahlbeteiligung lag mit 48 Prozent knapp unter der notwendigen 50-Prozent-Marke. Damit scheiterte das Referendum. Den Skandal um die Beeinflussung der Wähler nahm die Presse nicht auf.

Lediglich die Korrespondenten der russlandweiten Nachrichtenagentur Regnum und der deutsch-russischen Nachrichtenagentur rufo fuhren überhaupt zum Ort des Geschehens, um sich ein Bild zu machen.

Grund der Zurückhaltung anderer Publikationsorgane ist entweder die direkte finanzielle Abhängigkeit von den Ölkonzernen oder die Angst vor einem Konflikt mit der mächtigen Branche.

Das markanteste Beispiel für diese Abhängigkeit ist die „Kaliningradszkaja Prawda“. Das Blatt hat die längste Tradition in der Region. Am 9. Dezember 1946 erschien die erste Ausgabe. In den Perestroika-Jahren gewann das Blatt an Selbständigkeit. Doch die lange Zeit sehr angesehene Zeitung verlor in den letzten Jahren zunehmend an Renommee, da sie von Sponsorengeldern des Ölkonzerns Lukoil abhängig ist. Inzwischen ist der Ölkonzern auch einer der Eigner des Blattes. Neben „Lukoil-Kaliningradmorneft“ tritt noch die Reederei „Reftransflot“ als Inhaber auf. Die Konzerne üben starken Einfluss auf die Redaktionspolitik aus. Von Kollegen wird die Zeitung daher scharf kritisiert.

„Die „Kaliningradszkaja Prawda“ ist doch sehr vom Hafen und vom Öl abhängig. Wenn Lukoil jetzt auf Jegorow als Gouverneur setzt, dann schreibt die Zeitung für Jegorow. Ist Lukoil gegen ihn, dann schreibt auch die Zeitung so. Wer bezahlt, bestimmt die Musik“³⁰⁶, analysierte Lebedjewa Mitte 2005 die Situation um die einst angesehene

³⁰⁵ Andrej Wypolsow im Interview mit dem Autoren, 14.06.2005.

³⁰⁶ Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

Tageszeitung.

Kurz darauf schien sich eine Wende zum Besseren anzudeuten. Der Chefredakteur und amtierende Generaldirektor Boris Nisnewitsch wurde am 21. Juni 2005 entlassen und durch die angesehene Journalistin Tamara Samjatina ersetzt.

Samjatina hatte bis 1990 bei der „Kaliningradsckaja Prawda“ gearbeitet, später dann war sie Auslandskorrespondentin der staatlichen Nachrichtenagentur Itar-Tass in Jugoslawien und zuletzt arbeitete sie als stellvertretende Chefredakteurin beim „Polititscheski Journal“. Mit ihrem Engagement schien der Weg zu einer neuen, unabhängigeren Redaktionspolitik geebnet.

Doch schon nach kurzer Zeit sollte sich zeigen, wie scharf die Eigentümer Lukoil und Reftransflot die Redaktionspolitik kontrollierten. Im November sollte in der Zeitung ein Leitartikel unter der Überschrift „Wohnungsfrage für eine Million Dollar“ erscheinen, der sich kritisch mit einem Antrag von Gouverneur Boos beschäftigte, Wohnungen für sich und die neuen Mitglieder seiner Regierung aus Haushaltsmitteln bauen zu lassen. In mehreren regionalen Radiosendern wurde am Abend bereits eine Vorankündigung des Skandalartikels gemacht, doch am Morgen erschien die Zeitung ohne diesen Leitartikel.

Der Generaldirektor Igor Nikonow hatte den von der Chefredakteurin genehmigten Artikel persönlich aus dem Druck genommen. Samjatina holte sich vom Management eine Rüge wegen der „unprofessionellen Gestaltung der politischen Beziehungen zur regionalen Führung“ ab und erfuhr inoffiziell bereits von ihrer bevorstehenden Entlassung. Am Ende entschieden sich die Eigner für einen leichteren Weg. Der bis zum 1. Februar 2006 geltende Vertrag mit Samjatina wurde nicht verlängert. Bereits im Januar schied Samjatina aus und wurde durch Juri Woronenkow, einen guten Bekannten von Generaldirektor Nikonow (beide hatten gemeinsam im Gebiet Kostroma gearbeitet), ersetzt.

Die „Kaliningradsckaja Prawda“ ist allerdings nicht das einzige abhängige Medium. Auch die Media-Holding „Kaskad“ war selbst unter Jegorow keineswegs so „unabhängig“, wie dies in der offiziellen Selbstbeschreibung des Unternehmens klang.

„Die Media-Holding Kaskad hängt ebenfalls von Lukoil ab. Jeder weiß, dass Kaskad-Journalisten von Lukoil Wohnungen zugewiesen bekamen. Doch niemand berichtet natürlich darüber. Deshalb gibt es in der Kaliningrader Presse eigentlich auch keine

negativen Schlagzeilen über Lukoil³⁰⁷, behauptete Wypolsow schon Mitte 2005. Konkrete Beweise für diese Behauptung konnten im Laufe der Dissertation nicht gesammelt werden. Allerdings war die Berichterstattung von „Kaskad“ keineswegs kritisch gegenüber Lukoil.

Im Jahr 2000 beispielsweise brachte der Kanal in der besten Sendezeit mehrere Reportagen über Ölleitungen, technische Geräte und Arbeiten von Lukoil. Das Ganze wurde als „spezial und exklusiv“ vermarktet. Die recht langweiligen Beiträge sollen nicht nur von Lukoil in Auftrag gegeben worden sein, sondern sogar das „Drehbuch“, wenn man es denn so nennen kann, soll von Ingenieuren des Ölkonzerns geschrieben worden sein.

Die Zuschauer fanden die Reportageserie nicht besonders spannend. „Dennoch rühmte sich später die Führung von „Kaskad“ im engen Kreis mit unverhohlener Freude, dass aus kommerzieller Sicht dies die besten Materialien gewesen seien, die jemals vom „unabhängigen“ „Kaskad“ gezeigt wurden. Höchstwahrscheinlich wurden die guten Honorare, die die Gesellschaft für die Serie langweiliger Reportagen bekam, als Bezahlung für ganz andere Dienstleistungen getarnt.“³⁰⁸

Auch im Wahlkampf 2000 soll „Kaskad“ nicht nur aus eigener Überzeugung und Antipathie gegenüber Gorbenko Reklame für Jegorow gemacht haben, sondern auch, weil Lukoil dafür bezahlte. Insofern muss sich die Führung des Senders die spätere „feindliche Übernahme“ der Medienholding durch die Boos-Administration auch teilweise selbst zuschreiben. Ihr Potential als Agitator hatte sie nämlich dabei genauso unter Beweis gestellt wie ihre Käuflichkeit. Daher ist der Schritt von Boos, sich das Medium unterzuordnen, aus machtpolitischer Perspektive logisch.

6.5. Die soziale Lage der Journalisten

Wie schon aus den vorangegangenen Kapiteln hervorging, ist die wirtschaftliche Lage Kaliningrads alles andere als stabil. Es sei eine Illusion, dass Kaliningrad auf kurze oder mittlere Sicht zu einer Drehscheibe zwischen Russland und der EU werde, meint auch Wolfgang Eichwede.³⁰⁹

Dies wirkt sich unmittelbar auf die soziale Lage in Kaliningrad aus. Die

³⁰⁷ Andrej Wypolsow im Interview mit dem Autoren, 14.06.2005.

³⁰⁸ Drylenko, Jewgeni, in www.vslux.ru/article.phtml?id=42.

³⁰⁹ Wolfgang Eichwede im Interview mit dem Autoren, 29.11.2005.

Arbeitslosigkeit liegt über zehn Prozent.³¹⁰ Die Durchschnittsgehälter sind niedriger als im gesamtrossischen Mittel, obwohl die Ausgaben für den täglichen Warenkorb nicht geringer sind. Logisch, dass die Region nicht als besonders attraktiv gilt. Der Zuzug in die Region hat daher in den vergangenen 15 Jahren deutlich abgenommen. Zwar ist Kaliningrad eine der wenigen russischen Regionen, deren Bevölkerung seit der Perestroika noch zugenommen hat. Dies ist jedoch auf mehrere Ursachen zurückzuführen, die nicht unbedingt für die Attraktivität Kaliningrads sprechen. Erstens wurden viele Soldaten, die zuvor in den baltischen Staaten und auf dem Gebiet der DDR stationiert waren, nach Kaliningrad verlegt. Als die Einheiten dann teilweise aufgelöst wurden, mussten sie sich irgendwie in ihrer neuen Heimat durchschlagen. Die zweite Gruppe von „Einwanderern“ kommt ebenfalls aus den baltischen Staaten. Die Diskriminierung der russischsprachigen Minderheit dort führte zu einem teilweisen Exodus, obwohl die Lebensverhältnisse in den drei neuen EU-Staaten – auch dank westlicher Finanzspritzen - wesentlich besser sind als in Kaliningrad. Eine dritte Gruppe von Neuankömmlingen stammt aus den einstigen mittelasiatischen Sowjetrepubliken. Die in Russland nicht besonders beliebten „Gastarbeiter“ sind vor allem in wenig attraktiven Berufen als Bauarbeiter oder Straßenkehrer aktiv. Der in den 90er Jahren unternommene halbherzige Versuch, gut qualifizierte Russlanddeutsche in der Region anzusiedeln, scheiterte hingegen weitgehend. Der Großteil der Volksgruppe zog kurze Zeit später noch ein Stück weiter nach Westen und nur einige wenige blieben in Kaliningrad.

Die wirtschaftlichen Probleme der Region wirkten sich auch auf das Sozialverhalten der Bevölkerung negativ aus. Den Vergleich mit den plötzlich besser gestellten Nachbarn im Baltikum vor Augen bei gleichzeitiger Perspektivlosigkeit der eigenen Situation flüchteten viele Menschen in eine Scheinwelt. Dabei bietet das Medium Fernsehen eine der Fluchtmöglichkeiten. Der russische Schriftsteller Viktor Pelewin hat das Phänomen in seiner Novelle „Generation P“ treffend beschrieben: „Für den Zuschauer verschwindet [beim Einschalten – d.A.] der Fernseher als materielles Objekt, welches Gewicht, Ausmaße und andere physikalische Qualitäten hat. Stattdessen entsteht beim Zuschauer der Eindruck, in einer völlig anderen, allen Versammelten gut bekannten Umgebung zu sein.“³¹¹ Das Fernsehprogramm in Kaliningrad zeichnet sich nicht durch besondere Originalität aus. Hier wie überall

³¹⁰ Einem Bericht von Alexej Dubatow für „Die Presse“ zu Folge lag sie Anfang 2002 bei 12,7 Prozent. Vgl. Dubatow, Alexej, 28.03.2002.

³¹¹ Pelewin, Viktor, 2000: S. 123-124.

werden Seifenopern (in Russland werden besonders gern und häufig südamerikanische Produktionen gezeigt) und Reality-Shows präsentiert, in die die Menschen eintauchen, um ihre eigenen Probleme zu vergessen.

Andere flüchten sich in Alkohol und Drogen. Diese Probleme in der Region waren lange eines der beherrschenden Themen in den Medien. Der Drogenkonsum führte zu einem weiteren Problem: Jahrelang führte Kaliningrad in Russland die traurige Statistik der AIDS-Erkrankungen an.

„Als die HIV-Epidemie gerade erst begann, nahm man an, dass man sich bei ausländischen Mitbürger, Seeleuten, die von einer Auslandsreise wiederkamen, und im Krankenhaus anstecken konnte. Aber diese Überträger bekam man schnell in den Griff, sobald Maßnahmen zur Infektionssicherheit getroffen wurden und man Instrumente zum einmaligen Gebrauch verwendete. Eine andere Sache waren die Drogenabhängigen, die immer mehr wurden. In den Jahren 1996 – 1997 stellten sie 98% aller HIV-Infizierten. Das Gebiet Kaliningrad belegte den ersten Platz im Land bei den HIV-Infektionen.“³¹²

Der erste bekannte und in den Medien diskutierte Fall war allerdings tatsächlich ein homosexueller Polizist aus Kaliningrad, der die Krankheit 1987 von einem Amerika-Aufenthalt mitbrachte.³¹³ In der Anfangszeit machten die Junkies allerdings den Löwenanteil der Infizierten aus. Schon 1999 überschritt die Zahl der Infizierten 3.000. Von der EU (TACIS-Projekte) und dem russischen Gesundheitsministerium geförderte Aufklärungskampagnen haben die Dynamik der Ansteckung durch die Nadel in Kaliningrad inzwischen abflauen lassen. Andere Regionen (allen voran Petersburg und Moskau) haben Kaliningrad bei der Pro-Kopf-Erkrankung an AIDS überholt, doch noch immer liegt Kaliningrad unter den „Top-10“. Auch die Zahlen sind alles andere als beruhigend. Offiziellen Daten zu Folge leben in der Region 3.847 HIV-Infizierte, wobei davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer wesentlich darüber liegt. So gibt es bspw. offiziellen Angaben nach etwa 300.000 HIV-Infizierte in Russland, Experten schätzen die Zahl jedoch auf etwa eine Million Infizierte. Das entspricht etwa dem Dreifachen und würde für Kaliningrad über 10.000 Infizierte bedeuten bei einer Einwohnerzahl von unter einer Million Menschen in der Oblast bzw. etwas über 400.000 in der Gebietshauptstadt.

121 Todesfälle werden in Kaliningrad direkt auf AIDS zurückgeführt. Seit Beginn der

³¹² Gorbatschowa, Ada, 30.09.2005: S. 8.

³¹³ Die italienische Zeitung La Stampa berichtete knapp 20 Jahre später von dem Schicksal des Mannes, vgl. inopressa.ru, 02.12.2005.

Statistik wurden außerdem 1.017 Personen gezählt, die an einer Überdosis Drogen starben. Ämter und Medien geben daher noch keine Entwarnung, was diesen sozialen Brennpunkt betrifft.

Natürlich wäre es übertrieben, Kaliningrad als „schwarzes Loch“ darzustellen, in der Perspektivlosigkeit, Kriminalität und Drogensucht herrschen³¹⁴. Die oben aufgeführten Zahlen und Fakten verdeutlichen andererseits, dass es reale soziale Probleme in der russischen Exklave gibt.

Unter der unbefriedigenden Situation leiden auch die Journalisten in Kaliningrad. Die Menschen investieren ihr Geld selten in den Kauf einer Tageszeitung. Die Abonnentenzahlen sind sehr niedrig. Auf 1.000 Einwohner werden gerade einmal 101 Periodika abonniert (vgl. Tabelle oben). Perspektiven auf ein gutes und geregeltes Einkommen bietet der Journalismus im Allgemeinen nicht. Im Gegensatz zu früher zieht es daher keine Medien-Profis in die Region. Hinzu kommt, dass in der Region selbst es lediglich einen Zusatzstudiengang für Journalismus gibt. Jelena Lebedjewa sieht die Qualität des Journalismus daher in großer Gefahr.

„Nun schmoren wir im eigenen Saft. Es gibt zwar hier an der Uni einen Zusatzstudiengang, der sich mit Journalismus beschäftigt, aber das ist nicht wirklich seriös. Natürlich kann man Journalismus nicht im Studium erlernen, dazu bedarf es Erfahrung und Praxis, aber bei vielen, die hier anfangen wollen, fehlen die einfachsten Grundlagen. Sie wissen nicht, wie man eine Reportage schreibt. Sie wissen nicht, wie man recherchiert, wie man eine Information überprüft.“³¹⁵

Für den Medienrechtler Alexej Simonow ist dies freilich ein generelles Problem in der Provinz. „Die Presse in den Regionen fühlt ihren Mangel an Mitteln und Kräften. In einer Region etwas mehr, in einer anderen etwas weniger. Es gibt derzeit eine Unmenge an Fakultäten (bis zu 100), die Journalisten ausbilden. Meiner Meinung nach bilden sie jedoch ungenügend aus, weil sie die Studenten nur theoretisch vorbereiten. Die Praxis unterscheidet sich jedoch stark von der Theorie. Immer haben in Russland diejenigen ausgebildet, die kein eigenes Talent zum Journalisten hatten.“³¹⁶

Zwar ist auch Alexej Simonow (im Gegensatz zu seinem Vater Kyrill, der Schriftsteller und Journalist war) als Chef des Glasnost-Fonds journalistisch eher ein

³¹⁴ Eine Beschreibung, wie ihn die gern zu Übertreibungen neigende Presse (auch die westliche) häufig nutzte, und der, wie der Korrespondent des Independent, Stephen Castle, dann bei einem Besuch in Kaliningrad feststellen konnte, so nicht stimmt. Vgl. Castle, Stephen, 23.03.2006.

³¹⁵ Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

³¹⁶ Alexej Simonow im Interview mit dem Autoren, 28.12.2004.

Theoretiker als ein Praktiker, doch die Kritik hat in vielen Fällen ihre Berechtigung. Im Fall Kaliningrad allerdings geben mit Marina Wassiljewa und Waleri Birjukow immerhin auch zwei aktive Journalisten Unterricht an der Kant-Universität.

Da es freilich keinen vollwertigen Ausbildungsgang für Journalismus gibt, ist das Niveau der Nachwuchsjournalisten dennoch in der Regel eher gering einzuschätzen. Vor allem das Verifizieren einer Information gehört für viele Reporter nicht zum fest eingeübten Handwerkszeug. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass Artikel gerichtlich anfechtbar sind. „Juristische Unerfahrenheit“ nennt Panfilow diese Schwäche.

Würden die Journalisten die Gesetze besser kennen, könnten sie sich oft vor Klagen schützen, glaubt der Leiter des „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“.³¹⁷

Diese Unprofessionalität gibt es aber in vielen Regionen auch auf der anderen Seite, was die Medien noch angreifbarer macht.

„...einer der Hauptgründe für diese Ungeschütztheit [der Medien – d.A.] ist die Rechtsunwissenheit der provinziellen Justiz im Bereich Medien. Es sind Fälle bekannt, wo der Richter, an den sich die Redaktion wandte, darum bat, ihm zusammen mit der Klage auch das „Gesetz über Massenmedien“ zu bringen, um sich damit bekannt zu machen“, klagt Simonow³¹⁸.

Auch in der Region Kaliningrad kam es daher mehrfach zu gerichtlichen Auseinandersetzungen und Verurteilungen von Medien oder Journalisten, die auf Nichtbeachtung der Mediengesetze (von der einen oder anderen Seite) schließen lassen.

Im Jahr 2005 wurde der regionale Fernsehkanal „Dünen“ wegen eines Beitrags über das Bernsteinkombinat, indem die Autoren über ein angeblich künstlich geschaffenes Defizit an Rohstoffen und ineffektive Führung des Insolvenzverwalters berichteten, zu einer Gegendarstellung und zu einer Schadenersatzzahlung verurteilt.³¹⁹

„In Kaliningrad erscheinen relativ häufig Artikel, die man gerichtlich anfechten könnte. Wenn eine Zeitung weniger häufig verklagt wird, ist das kein Zeichen dafür, dass sie über weniger aktuelle Themen schreibt. Ich bin der Meinung, dass sich jeder für das, was er schreibt, verantworten können muss“ berichtet Wassiljewa über die Fehler der Medien. Auf der anderen Seite schildert sie aber auch einen Fall aus der eigenen Praxis, wo die Zeitung nach einem offiziellen Kommentar eines Beamten von dritter Seite verklagt wurde und sich vor Gericht verantworten musste, während der Beamte

³¹⁷ Vgl. Oleg Panfilow im Interview mit dem Autoren, 07.02.2006

³¹⁸ Simonow, Alexej, 2004: S. 92.

³¹⁹ Vgl. Zentrum für Journalismus in Extremsituationen, in : <http://www.rights.cjes.ru/?p=3&id=78>,

„in den Hintergrund trat“.³²⁰

Unprofessionalität und schlechte Bezahlung beinhalten eine weitere Gefahr, nämlich die, dass sich die Journalisten an den meistbietenden „verkaufen“, d.h. Auftragsartikel schreiben. Ganze Zeitungen, wie die schon oben beschriebene „Kaliningradskaja Wetschorka“ oder die Boulevardzeitung „Dwornik“ finanzieren sich durch die Beteiligung an schmutzigen Informationskriegen. Sie lassen sich als Hetzblätter oder Werbeagitatoren für den jeweils bestzahlenden Kunden instrumentalisieren.

Der Imageschaden trifft nicht nur für die entsprechenden Journalisten, sondern die gesamte Branche. Wie in ganz Russland ist das Ansehen der schreibenden Zunft in Kaliningrad nicht besonders hoch.

„Politiker und Geschäftsleute glauben, dass man Kaliningrader Journalisten für 100 Dollar kaufen kann. Aber ich halte dies für falsch“³²¹, gibt Wypolsow zumindest eine andere Eigensicht auf die Journalistik in Kaliningrad.

Dennoch ist es bezeichnend, dass der Begriff „politischer Journalismus“ für viele Kaliningrader Medienakteure mit negativer Semantik behaftet ist. Die Chefredakteurin des „Königsberger Expresses“, Jelena Lebedjewa, verwahrte sich gegen die Behauptung, dass ihre Zeitung ein politisches Publikationsorgan sei. „Ich verstehe politische Publikationen als parteinehmend. Dass heißt, hinter einer politischen Zeitung steht eine bestimmte politische Richtung, bestimmte Interessen, eine bestimmte Partei. Wir sind jedoch völlig unabhängig und neutral.“³²²

Politisch ist in diesem Fall gleichbedeutend mit parteiisch. Viele Journalisten in der Region teilen diese Sichtweise.

Einen etwas anderen Standpunkt vertritt hingegen Marina Wassiljewa vom Blatt „Strana Kaliningrad“, das sich vorwiegend bunten Themen widmet. Sie bestand darauf, dass ihre Zeitung durchaus politisch sei.

„Wir betrachten alles aus dem Blickwinkel des einfachen Menschen und wie sich bestimmte Entscheidungen auf sein Leben auswirken. Deshalb kann man unsere Zeitung auch nicht völlig apolitisch nennen. Die Leute interessieren sich zwar in der Regel nicht für die große Politik an sich, aber für die Auswirkungen auf ihr Leben schon. Wir gestalten unsere Berichterstattung daher menschlicher.“³²³

³²⁰ Marina Wassiljewa im Interview mit dem Autoren, 21.06.2005.

³²¹ Andrej Wypolsow in einer Email vom 22.05.2006 auf die Frage des Autoren nach dem Bild und Selbstbild der Journalisten in Kaliningrad.

³²² Jelena Lebedjewa im Interview mit dem Autoren, 07.06.2005.

³²³ Marina Wassiljewa im Interview mit dem Autoren, 21.06.2005.

Interessant ist zu beobachten, dass die Journalisten in Kaliningrad in der Regel deutlich europäischere Sichtweisen an den Tag legen als ihre Kollegen in Kernrussland. Zwar weisen auch hier nur wenige Korrespondenten ein Praktikum oder eine vorhergehende Tätigkeit im Ausland auf, doch allein durch das Bereisen der europäischen Nachbarländer – in Polen und Litauen war praktisch jeder schon einmal, auch Deutschland kennen viele schon – haben die Journalisten mehr Möglichkeiten des Vergleichs als ihre Kollegen beispielsweise aus Krasnodar oder Baschkortostan. Dies wird auch an den Texten deutlich, in denen dann häufig die Situation in Kaliningrad mit denen der Nachbarländer verglichen wird. Das Resultat kann unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden. Einmal kommt es dadurch mitunter zu ungerechtfertigter Kritik – da die Situation in Kaliningrad schon auf Grund der finanziellen Voraussetzungen deutlich ungünstiger ist als bei den Nachbarn. Zum anderen aber wird damit auch ein Vorbild entworfen, dem es nachzustreben gilt. Damit nehmen die Medien in Kaliningrad eine progressive Rolle ein. Außerdem kooperieren einige der Kaliningrader Medien mit der polnischen oder litauischen Presse und übernehmen von dort Artikel, was zur Vielfalt des Meinungsbildes beiträgt. Hinzu kommt ein relativ hoher Stellenwert des Internets in der Region. Es wird von den Medien einerseits häufig bei Recherchen genutzt, andererseits haben die meisten Medien auch ihren eigenen Internetauftritt, womit sie den Medien in Krasnodar deutlich voraus sind.

Beim Geschlechterverhältnis hingegen sind kaum Unterschiede festzustellen. In beiden Regionen ist ein relativ hoher Anteil an Frauen zu verzeichnen, wenn sich auch nach dem Rauswurf von Tamara Samjatina der Anteil der Frauen in verantwortlicher Position verringert hat – mit Jelena Lebedjewa und Marina Wassiljewa gibt es aber nach wie vor Beispiele von Chefredakteurinnen in der Region Kaliningrad.

6.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Kaliningrad

Eine endgültige Einschätzung der Pressefreiheit in Kaliningrad fällt schwer. Lange Zeit zeichnete sich das Gebiet vor allem durch den Konkurrenzkampf verschiedener, vor allem wirtschaftlich orientierter Gruppen mit ihren Medien aus. In dem Konflikt-Medien-Modell war Platz für ein buntes Medienfeld mit einer hohen Meinungspluralität.

Unter dem schwachen Gouverneur Wladimir Jegorow waren die Medien von politischen Akteuren relativ unabhängig. Größter Schwachpunkt der Medien in Kaliningrad ist ihre ökonomische Unselbständigkeit. Lediglich die Komsomolskaja Prawda Kaliningrad steht erfolgreich auf eigenen Füßen.

Daher war und ist die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Akteuren eines der Hauptprobleme der Kaliningrader Medien. In erster Linie muss dabei der Ölkonzern Lukoil genannt werden, der in der Region einen hohen Einfluss auf die Medien ausübte und noch bis heute ausübt.

Diesen Einfluss nutzt der Konzern zur eigenen Imagewerbung, aber auch zur Durchsetzung eigener ökonomischer und politischer Ziele. Als Beispiel kann die von Lukoil finanzierte Medienkampagne bei der Gouverneurswahl 2000 gelten, als der Konzern seinen Wunschkandidaten Jegorow durchbrachte.

Fünf Jahre später haben sich die Vorzeichen ein wenig umgekehrt. Lukoil richtet sich auch unter dem neuen Gouverneur Georgi Boos ein – allerdings übt die Ölgesellschaft nun mehr Druck auf die eigenen Medien aus, um die Obrigkeit zufrieden zu stellen (Bsp. dafür ist die Entlassung der Chefredakteurin der „Kaliningradsckaja Prawda“ Tamara Samjatina), während der Konzern zuvor in erster Linie mit seinen Medien Druck auf die Politik der Region ausübte.

Inzwischen scheint so neben dem wirtschaftlichen Druck auch noch politischer Druck auf die Medien hinzu zu kommen. Der Konflikt um die Medien-Holding „Kaskad“ verdeutlicht dies recht anschaulich. Der dem neuen Moskauer Statthalter gegenüber kritische Sender wurde in einer harten Übernahmeschlacht von den Gefolgsleuten des neuen Gouverneurs übernommen und ist seitdem handzahn.

Dies ist ein Anzeichen dafür, dass in Kaliningrad die Tendenz, die in Russland seit Beginn der Putin-Ära zu beobachten ist, nun auch in der Exklave mit Verspätung einsetzt. Waren in Russland in den 90er Jahren vor allem Oligarchen in den Medien aktiv, wurden sie seit dem Amtsantritt des zweiten russischen Präsidenten mehr und mehr von staatlichen Akteuren verdrängt. Wie der Kreml inzwischen quasi ein Monopol auf dem russischen TV-Markt besitzt, hat auch Gouverneur Boos sich diesen Sektor in seiner Region weitgehend untergeordnet.

Ein vollständiges Informationsmonopol jedoch hat er nicht und strebt es möglicherweise auch gar nicht an. Nachrichtenagenturen, Internet und teilweise auch die Presse berichten nach wie vor relativ offen über die Probleme des „Bernsteinlandes“.

7. Die Lage der Medien in Baschkortostan

„Die baschkirischen Medien haben dem kommunistischen System unterwürfig gedient. Noch raffinierter versorgen sie das Regime einer vulgären, falschen Demokratie. Pressefreiheit verstanden sie in ihrem Sinne – als völlige Freiheit einer Lobpreisung des herrschenden Regimes und der Verherrlichung der neuen Führer und kein Wort über Andersdenkende und Oppositionelle. Nach den Daten der „Rossiskaja Gaseta“ sind die baschkirischen Medien mit die verschlossensten in ganz Russland.“
(Zitat aus der baschkirischen Oppositionszeitung Otetschestwo, 5.11.2001)

7.1. Kurzporträt der Republik Baschkortostan

Baschkirien oder, wie es offiziell heißt, Baschkortostan liegt im östlichsten Winkel Europas an den westlichen Ausläufern des Uralgebirges, das die geographische Scheidewand zwischen Europa und Asien bildet. Administrativ ist die russische Teilrepublik in den Wolga-Verwaltungsbezirk eingegliedert. Mit der Belaja durchfließt auch ein großer Nebenfluss der Wolga die Republik. Während im Osten der Ural das Gebiet begrenzt, ist der Süden Baschkortostans bereits Steppenland. Es sind die Ausläufer der kasachischen Steppe, die durch das russische Gebiet Orenburg hindurch stellenweise schon Baschkortostan erreichen. Das Meer ist weit – und das wird am rauen Kontinentalklima deutlich. Der Winter beginnt oft schon im Oktober und dauert bis in den April hinein. Für die Landwirtschaft sind das ungünstige Voraussetzungen. Selbst die in Russland weit verbreitete Existenzwirtschaft mit dem Leben vom eigenen Gartenanbau ist nur eingeschränkt möglich. Die Einwohner nennen Baschkortostan daher auch scherzhaft das „Land der grünen Tomaten“. Allerdings ist es auch das Land des „schwarzen Goldes“. Öl gibt es in Baschkortostan reichlich und dieser Rohstoff sorgt für einen gewissen Wohlstand in der Bevölkerung, wenn auch die Einnahmen daraus nicht gleichmäßig verteilt sind. Mit über vier Millionen Einwohnern ist Baschkortostan eines der größten Föderationssubjekte Russlands. Insgesamt steht es an siebter Stelle, betrachtet man allein die Föderationssubjekte, die Republikstatus haben, so steht Baschkortostan sogar an Nummer 1 noch vor dem bekannteren Tatarstan. In der Hauptstadt Ufa leben mehr als eine Million Menschen, hinzu kommen die Großstädte Sterlitamak (265.000), wo vor allem Soda abgebaut wird, Salawat (158.000), Neftekamsk (119.000) und Oktjabrski (108.000)³²⁴

³²⁴ Zahlen nach dem Russischen Statistikamt. Vgl.: http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/04-17.htm

Obwohl die dem Islam zugehörigen Baschkiren Titularnation der russischen Teilrepublik sind, stellen sie nur eine Minderheit dar. Gerade einmal etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung (21%) sind ethnische Baschkiren. Die eng mit ihnen verwandten Tataren stellen immerhin 29 Prozent der Bevölkerung. Größte Bevölkerungsgruppe in der Republik jedoch sind Russen, die knapp die Hälfte der Bevölkerung (43%) stellen.

Das Titularvolk genoss schon zu Sowjetzeiten bestimmte Privilegien in „seiner“ Region. So wurden Sprache und Kultur gepflegt und auch bei der Ämterbesetzung galt es, Quoten einzuhalten. Nach dem Zerfall der Sowjetunion konnten die Baschkiren den Status Quo nicht nur aufrecht erhalten, sondern die Situation sogar noch zu ihren Gunsten verbessern. In praktisch allen wichtigen Positionen der Republik sitzen ethnische Baschkiren, was vor allem bei den Tataren auf wenig Gegenliebe stößt. Daher gibt es in der Region latente Spannungen. Offene Konflikte treten allerdings nicht zutage, da die Obrigkeit die Situation völlig unter Kontrolle hat. Der Status einer Republik bringt Baschkortostan einen relativ großen Grad an Freiheit gegenüber dem Moskauer Zentrum. Präsident Murtasa Rachimow nutzte dies in den 90er Jahren vor allem für die Sicherung seiner persönlichen Macht. Inzwischen hat der Kreml die Führung wieder deutlich gestrafft und auch Rachimow muss sich den Moskauer Vorgaben fügen. Um seine Macht abzusichern, trat er der Kremlpartei „Einiges Russland“ bei. Bei den letzten Gouverneurswahlen gewann Rachimow bei einer umstrittenen Abstimmung im Dezember 2003. Sein Gegenkandidat trat nach einem Wink aus Moskau nicht mehr zur zweiten Runde an. Bemühungen Rachimows, sich vom russischen Präsidenten in seinem Amt bestätigen zu lassen, blieben jedoch bislang fruchtlos.

7.2. Geschichte

Baschkirien gehört schon lange zum Bestand des russischen Reiches. Die Baschkiren, ein eng mit den Tataren verwandtes Volk, sind seit dem 10. Jahrhundert im Wolgagebiet bezeugt. Nach ihrer Unterwerfung durch Dschinghis Khan (1220) verblieben die Baschkiren vier Jahrhunderte unter mongolischer Herrschaft. Erst nach dem Fall des tatarischen Khanats von Kasan, trat Baschkirien freiwillig dem Russischen Reich bei. Die Baschkiren baten den Zaren Iwan den Schrecklichen um die Erlaubnis, eine Stadt als Schutz des Landstrichs zu bauen, was dieser bewilligte.

1574 wurde eine Festung errichtet, die den Grundstein für die heutige baschkirische Hauptstadt Ufa legte. Die Bevölkerung behielt den Islam bei, der in Baschkirien jedoch seit jeher nicht mit einer kriegerischen Tradition, sondern eher mit despotischer Unterwürfigkeit verbunden ist. Das hielt die Baschkiren freilich in ihrer Geschichte nicht davon ab, sich an größeren Aufständen zu beteiligen. Als der Umstürzler Pugatschow Russland in einen Bauernaufstand führte (1773 – 1775), versuchte auch Salawat Julajew sein Volk aufzuwiegeln. Heute gilt er als Volksheld in Baschkirien, obwohl genau betrachtet sein Versuch eher kläglich war und schnell scheiterte.

Nach der Oktoberrevolution wurde Baschkirien zur Autonomen Sowjetrepublik Baschkortostan und unterschied sich kaum von seinen Nachbarn. Während des Zweiten Weltkrieges erfuhr die Hauptstadt Ufa einen gewaltigen Schub, weil viele strategisch wichtige Produktionsbetriebe, aber auch Universitäten aus Westrussland hierher verlagert wurden. Ein Beispiel hierfür ist die bekannte „Staatliche Technische Universität für Luftfahrt“, die bis 1941 in Rybinsk beheimatet war.

Schon zuvor, in den 30er Jahren, war der wichtigste Reichtum Baschkortostans entdeckt worden: Öl. Die Ausbeutung des Rohstoffs führte zum Aufbau der Schwerindustrie und zum Zuzug vieler Russen in die Region. Schnell entwickelte sich der Ölsektor zum wichtigsten Wirtschaftszweig des Gebiets, was sich später auch politisch auswirken sollte.

Dann kam die Perestroika, die in Baschkirien, ähnlich wie in der Nachbarrepublik Tatarstan zu einer Verschärfung der Nationalitätenfrage führte. Als die Sowjetunion zusammenbrach, gab es ernsthafte Bestrebungen, die Souveränität Baschkortostans auszurufen. Der neue Mann an der Spitze, Murtasa Rachimow, begriff schnell die Unmöglichkeit solcher Vorhaben, nutzte aber die Forderungen in der Folgezeit immer wieder, um politische Gegner und unbequeme Medien auszuschalten und die Moskauer Führung zu Zugeständnisse zu zwingen.

Wenn heute die Lage der baschkirischen Medien als besonders problematisch in Russland gilt, hängt dies auch mit dem besonderen Weg der Transformation in der russischen Teilrepublik zusammen, die ganz wesentlich von ihrem jetzigen Präsidenten Murtasa Rachimow geprägt wurde. Er verstand es in den Jahren seiner Amtszeit ein System von Abhängigkeiten zu schaffen, die ihm diktatorische Allmacht in seiner Region verschaffen.

Murtasa Rachimow, gebürtiger Baschkire, wurde 1934 geboren und machte zu

Sowjetzeiten Karriere in der Ölbranche. 1986 stieg er zum Direktor des Ölverarbeitungswerks in Ufa auf. Diese Position nutzte der „Rote Direktor“ als Ausgangsbasis, um sich 1990 in den halbdemokratischen Obersten Sowjet Baschkortostans wählen zu lassen.

„Als nach der Konstituierung des neuen Obersten Sowjets im März 1990 ein neuer Vorsitzender gesucht wurde, erwies sich Rachimov als idealer Kandidat: Als Wirtschaftskader war er selbstverständlich Parteimitglied und vereinigte damit zwei wichtige Eigenschaften in sich, die ihn als glaubwürdigen Vertreter der wesentlichen Interessengruppen in der Republik erscheinen ließen: Den baschkirischen Wirtschaftsbossen galt er aufgrund seines beruflichen Hintergrunds als einer der Ihren; gleichzeitig war er langjähriges Parteimitglied, ohne sich bisher als reiner Apparatschik, als Ideologe oder als Kreatur Moskaus desavouiert zu haben. Der Masse der Abgeordneten war er als „Mann der Praxis“ gut zu vermitteln. Zugleich war er im Politikgeschäft Außenseiter genug, um für eine Abkehr vom alten System der Parteierrschaft zu stehen und einen selbstbewußteren Kurs im Umgang mit Moskau zu verheißen.“³²⁵

Als Vorsitzender des Obersten Sowjets Baschkortostans musste er seine Macht anfangs sowohl mit dem regionalen KP-Chef als auch dem Ministerpräsidenten der ASSR teilen. Doch geschickt verstand er es, sich im Machtkampf zuerst gegen das Parteikomitee und später gegen den Ministerpräsidenten Marat Mirgasjamow (von der Abstammung her ein Tatare) durchzusetzen. Als schlagkräftige Waffe setzte er dabei immer wieder die Forderung nach Souveränität Baschkiriens ein. Nach dem Augustputsch 1991 verbot Boris Jelzin in Russland die Kommunistische Partei und entledigte Rachimow eines Opponenten um die Macht.

Mirgasjamow und Rachimow, die sich während der Augusttage nicht eindeutig positionierten, obwohl sie wohl eher mit den Putschisten sympathisierten, kamen hingegen mit einem blauen Auge davon. Jelzin und seine Anhänger mussten sich zuerst um die Machtfrage in Moskau kümmern und hatten keine Zeit für den Nebenkriegsschauplatz Baschkirien.

Rachimow nutzte die Zeit, um die Souveränität Baschkiriens voran zu treiben und seinen Widersacher um die Macht zu stürzen. Der Oberste Sowjet arbeitete angestrengt an einer eigenen Verfassung für die russische Teilrepublik, selbst die Steuerhoheit beanspruchte Ufa für sich. Anfang 1992 stellte Baschkirien praktisch die

³²⁵ Grävingholt, Jörn, 2002: S. 114.

Zahlungen nach Moskau ein. Baschkirische Beamte unterlagen in erster Linie baschkirischem und nicht russischem Recht, womit ihre Unterstellung unter Moskauer Behörden in Frage gestellt wurde.

„Innenpolitisch“ taktierte Rachimow ebenfalls geschickt. Als er im November 1991 erkannte, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Republik nicht zu seinem Vorteil ausfallen würden, überzeugte er die anderen Mitglieder des Obersten Sowjets, den angesetzten Urnengang wieder abzusagen. Begründet wurde der Schritt damit, dass die Durchführung von Wahlen den baschkirischen Staatsapparat zu einem ungünstigen Zeitpunkt lähme (in Moskau wurde die UdSSR zu Grabe getragen) und die Lage in der Republik destabilisiere.³²⁶

Im Herbst 1992 war es dann soweit. Rachimow provozierte ein „Vertrauensvotum“³²⁷ gegen Mirgasjamow. Der fiel bei der Abstimmung im Obersten Sowjet durch und als einziges Machtzentrum in der Republik verblieb Rachimow.

Es dauerte allerdings noch ein Jahr, ehe der damalige Chef des Obersten Sowjets seine Machtposition als neugewählter Präsident Baschkiriens endgültig zementierte.

7.3. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik

7.3.1. Das System Rachimow

Im vorangegangenen Kapitel wurde kurz der Weg Rachimows zur Macht skizziert. Doch wie gelang es dem inzwischen 72jährigen, sich so lange an der Spitze zu halten?

Dazu muss man sich das System von Abhängigkeiten vor Augen führen, das Rachimow in all den Jahren seiner Amtszeit im Baschkortostan schuf und immer weiter verfeinerte. Um das zu erreichen, musste er nicht nur die Opposition innerhalb seiner Republik ausschalten, sondern auch gleichzeitig den Einfluss Moskaus auf die Politik in Ufa limitieren.

Den ersten Schritt dazu unternahm die baschkirische Führung mit dem Entwurf einer eigenen Verfassung. Diese wurde Ende 1993 verabschiedet. Sie installierte ein Präsidentialregime in Baschkortostan mit Rachimow an der Spitze und betonte die

³²⁶ Vgl. Grävingholt, Jörn, 2002: S. 128.

³²⁷ Der Unterschied zwischen einem Vertrauensvotum und einem Misstrauensvotum besteht darin, dass die Regierung bei einem Vertrauensvotum die Mehrheit der Stimmen bekommen muss. Enthaltungen zählen also wie Gegenstimmen. Bei einem Misstrauensvotum hätte Mirgasjamow sich wohl halten können, glaubt Grävingholt, 2002: S. 132.

Souveränität der Republik. In der Verfassung wurde der Gedanke der freiwilligen und theoretisch reversiblen Integration Baschkiriens in die russische Föderation verankert. Vor allem die staatliche Souveränität „als unveräußerlicher, qualitativer Zustand der Republik“ gab Rachimow das notwendige Werkzeug in die Hand, um Einmischungsversuche aus dem Kreml zu unterbinden. Die in der russischen Verfassung vorgesehenen Föderalismus-Regelungen sahen wesentlich weniger Freiheiten für die Föderationssubjekte vor. Doch die Bevölkerung der Republik hatte beim gesamtrossischen Referendum 1993 die russische Verfassung mehrheitlich abgelehnt: 58 Prozent stimmten dagegen, 42 Prozent dafür.

Insofern hatte Rachimow gute demokratische Argumente für seine Position. Das Zentrum in Moskau war zu jener Zeit zu schwach, um die aufsässigen Provinzfürsten an die Leine zu nehmen. So ließ der Kreml die einzelnen Republiken erst einmal gewähren. Mit Tatarstan, Baschkortostan und weiteren Republiken wurden Abgrenzungsverträge über die jeweiligen Zuständigkeiten geschlossen, die weiten Spielraum für die regionalen Eliten ließen.

Genau das war es eigentlich auch, was Rachimow wollte. An einer vollständigen staatlichen Unabhängigkeit war er genau so wenig interessiert wie sein tatarischer Amtskollege Mintimier Schaimijew. Beide nutzten nur die Forderung radikaler Nationalisten nach Unabhängigkeit für den eigenen Machtausbau und deren Absicherung aus.

„Unter Souveränität verstand er [Rachimow – d.A.] in erster Linie Unkontrolliertheit. Die Loslösung aus der Kontrolle Moskaus. Und das hat er erreicht“³²⁸, charakterisiert der Chefredakteur der oppositionellen Zeitung „Otetschestwo“, Sergej Kusnetzow die Politik Rachimows gegenüber dem Kreml in den 90er Jahren.

Das Präsidialsystem in Baschkortostan räumte dem Präsidenten zwar eine dominante Stellung ein, hatte allerdings auch bestimmte Prärogativen (die wichtigste bestand natürlich in der Gesetzgebung) für das Parlament festgeschrieben. Doch Rachimow gelang es, die Zusammensetzung des Parlaments in seinem Sinne zu formen. Die Wahlbezirke wurden so geschnitten, dass die ländliche Bevölkerung, die pro Rachimow war, deutlich überrepräsentiert war. Die liberalere städtische Bevölkerung hingegen bekam nicht das politische Gewicht, das ihr auf Grund der Bevölkerungsanteile zugestanden hätte.³²⁹

³²⁸ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005.

³²⁹ Vgl. Grävingholt, Jörn, 2002: S. 164 – 165.

Für diese Haltung der Dorfbevölkerung gibt es plausible Gründe. Erstens ist dort der Anteil der Baschkiren höher als in den Städten, zweitens gilt Rachimow den einfachen Leuten als einer der ihren und wird dementsprechend freudig begrüßt.

„Wie ein echter Held liebt und versteht es Rachimow, in der Liebe des Volkes zu baden, aus der er seine seelische Kraft und Energie gewinnt. Seine seelische Stütze ist das Dorf, vor allem die baschkirische Provinz des Vorurals, die nicht nur stets aktiv und „wie nötig“ abstimmt, sondern den Präsidenten auch ausnahmslos freudig empfängt. Aufs Land fährt er fast jede Woche. Vor Städtern, besonders vor den Ufaern tritt er hingegen selten auf. Obwohl er ein halbes Jahrhundert in der Stadt gelebt hat, blieb der baschkirische Präsident in seiner Seele ein Dorfbewohner mit der diesem Menschentyp eigenen Liebe zu Ordnung und einem gesunden Konservatismus“³³⁰ urteilt das Carnegie-Zentrum in Moskau über Rachimow.

Mit der ihm eigenen „Bauernschläue“ verlor sich Rachimow allerdings auch nicht in der Millionenstadt Ufa und setzte die richtigen, d.h. ihm loyalen Leute an die entscheidenden Posten. Dies gilt auch für das Parlament. Der größte Teil der Parlamentarier arbeitete ehrenamtlich. Somit bewarben sich in erster Linie von Rachimow abhängige Verwaltungsbeamte um diese Ämter, da sie auch nach Antritt ihres Mandats weiter bezahlt wurden - und somit auch weiterhin vom Präsident abhängig blieben.

Die Judikative befindet sich ebenfalls unter dem Einfluss Rachimows. Der baschkirischen Verfassung nach hat der Präsident das Vorschlagsrecht für alle Richterposten, inklusive der Verfassungsrichter in der Republik. Eine unabhängige Gerichtsbarkeit in Baschkortostan gibt es dementsprechend nicht. Das wohl eindrucksvollste Beispiel dafür sind die Polizeipogrome in der baschkirischen Kleinstadt Blagoweschtschensk, die auf Druck der Obrigkeit von Staatsanwaltschaft und Justiz gemeinschaftlich vertuscht werden. Ein Prozess, der gegen die Schuldigen trotz aller Widerstände von oben in Gang gesetzt wurde, wird seit Jahren verschleppt.³³¹

Neben den formellen Machtbefugnissen hat sich Rachimow auch alle informellen Hebel zur Machtausübung gesichert. Das Recht, Stadt- und Kreischefs ebenso zu ernennen wie praktisch die gesamte Beamtenschaft Baschkiriens nutzte Rachimow

³³⁰ Rabinowitsch, Igor; Fufajew, Sergej

³³¹ Einzelheiten dazu im Kapitel: Die Polizeipogrome von Blagoweschtschensk

dazu aus, seinen Clan in alle wichtigen Positionen zu bringen. Nicht umsonst nennen Kritiker des baschkirischen Präsidenten das Regierungs- und Herrschaftssystem in der russischen Teilrepublik feudal.³³²

Der Postenschacher betrifft dabei nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Ebene und hier besonders die finanziell lukrative Ölbranche. Murtasa hat hier vor allem seinen Sohn Ural Rachimow auf die besten Posten gesetzt. Bei Baschkirenergo ist er Vorstandsvorsitzender. Außerdem besitzt er über zahlreiche Ölonternehmen die Kontrolle mittels seiner Aktienanteile. „Im Jahre 2003 waren 74,9% des Ufaer Ölverarbeitungswerks, 85% des Ölverarbeitungswerks Nowoufa, 71,8% von „Ufaorgsintesa“, 60,6% von „Ufaneftechim“, 63,7% von Baschneft, 57% von „Baschkirnefteprodukt“ und 32% von „Baschkirenergo“ unter die Kontrolle des Präsidentensohnes geraten“³³³, beschreibt Waleri Somow den Zustand in der Republik.

7.3.2. Die Medien unter Rachimow

Vor dem Gostiny Dwor, dem Nobeleinkaufszentrum in der baschkirischen Hauptstadt Ufa, prangt ein riesiges Plakat, auf dem Putin und Rachimow gemeinsam abgebildet sind. „Gemeinsame Arbeit für eine bessere Zukunft“ steht darunter. Das Bild symbolisiert dabei nicht so sehr die enge Freundschaft zwischen den beiden Präsidenten, die dem Vernehmen nach eher ein angespanntes Verhältnis untereinander haben, als die Allgegenwart Rachimows in der baschkirischen Öffentlichkeit.

Rachimow mag es, wenn er fotografiert oder über ihn geschrieben wird, wissen die Journalisten in der Republik. In der offiziellen Presse taucht er daher praktisch in jeder Ausgabe auf, egal ob der Verlag staatlich oder privat ist. Dabei sind kritische Äußerungen über ihn tabu. Wenn der Dekan der Journalistikfakultät an der Lomonossow-Uni, Jassen Sassurski, für Russland resigniert feststellte: „...media are free to criticize and to expose, but the Government and the courts are free to ignore these criticisms, revelations and exposures“³³⁴, so haben die offiziellen Medien in Baschkirien nicht einmal die Freiheit zu kritisieren.

„Jetzt kann ich Ihnen als Beauftragter des Präsidenten, was die Arbeit mit der Presse

³³² Vgl. Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005.

³³³ Somow, Waleri, 29.06.2006. In: www.bashnews.ru

³³⁴ Sassurski, Jassen, 2002: S. 93-94.

betrifft, versichern, wir kontrollieren die Medien nicht, wir üben keine Zensur, sondern wir bauen tatsächlich partnerschaftliche Beziehungen auf. Ich bin sogar bereit zuzugeben, dass in den von uns unabhängigen Zeitungen, Internetmedien oder Radiostationen oft etwas erscheint, was nicht unseren Standpunkt widerspiegelt. Wir verhalten uns dazu entspannt, weil es Bestandteil der pluralistischen Gesellschaftsordnung ist“³³⁵, behauptet Rachimows Pressesekretär Rostislaw Mursagulow.

Wenn es tatsächlich, wie Mursagulow behauptet, eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Obrigkeit und Medien sein sollte, so erinnert sie an die Partnerschaft zwischen einem autoritären und eifersüchtigen Ehemann und seiner unterwürfigen und abhängigen Gemahlin. Wenn das Verhältnis inzwischen konfliktfrei ist, so liegt das daran, dass jeglicher Widerstand von Seiten der Presse gebrochen wurde. Dies stellt auch ein Bericht des Glasnost-Fonds über die Situation der Medien in Baschkirien aus dem Jahre 2003 fest.

„Es ist so, dass die Presse Baschkortostans heute praktisch in einem konfliktfreien Regime existiert, wovon auch die geringe Anzahl an Klagen gegen Medien (90 Prozent aller Klagen laufen gegen die Zeitung der Kommunisten) und das völlige Fehlen investigativer und kritischer Materialien in den Medien zeugt.“³³⁶

Wie aus der Tabelle auf S. 98 hervorgeht, ist Baschkortostan eine Region mit hoher Mediendichte. Mit knapp 2,1 Mio. Exemplaren ist es in absoluten Zahlen sogar Spitzenreiter bei den Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften. In der Pro-Kopf-Statistik liegt die Republik hinter Tatarstan auf Platz 2.

Die überwältigende Mehrheit der Zeitungen befindet sich allerdings in städtischem oder regionalem Besitz. Insgesamt gibt es 67 von den einzelnen Verwaltungen gesponsorte Kreiszeitungen (Stand 2003). Da gibt es die Medienholding „Wetschernjaja Ufa“, die im Besitz der Stadtverwaltung Ufa ist. In die Holding fließen die Tageszeitung „Wetschernjaja Ufa“ mit einer Auflage von 42.000 Exemplaren, die Wochenzeitschrift „Ufimskaja Nedelja“ mit einer Auflage von 61.000 Exemplaren und die in baschkirischer Sprache erscheinende Zeitung „Kisky Ufy“ (5.300 Exemplare). Noch deutlich größer ist der republikanische Verlag „Baschkortostan“, der die politischen Tageszeitungen „Baschkortostan“ (50.000 Exemplare in baschkirischer Sprache) und „Republik Baschkortostan“ (40.000 Exemplare in russisch und

³³⁵ Rostislaw Mursagulow im Interview mit dem Autoren, 08.11.2005.

³³⁶ Gorewoi, Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 175.

tatarisch) herausgibt. Daneben arbeitet der Verlag „Baschkortostan“ aber auch als Nachrichtenagentur „Baschinform“ und damit als primäres Medium mit einem gewaltigen Stab, das alle anderen Medien mit Informationen versorgt. „Baschinform“ tritt ebenfalls als Herausgeber einer politischen Tageszeitung auf. Das Blatt „Wersija“ („Version“) hat eine Auflage von 32.000 Exemplaren. Es hat zwar den gleichen Namen wie die Moskauer Boulevardzeitung, im Gegensatz zu dieser fehlt jedoch in der baschkirischen Version jeder Ansatz von Kritik an der Obrigkeit.

Daneben gibt es noch drei große offiziell unabhängige Zeitungen: Der „Moskowski Komsomolez w Ufe“ und die „Komsomolskaja Prawda w Ufe“ sowie die „Argumenty i Fakty Baschkortostan“. Die Hauptredaktionen dieser Zeitungen liegen in Moskau, so dass die Republikführung wenig Einfluss auf deren politischen Kurs hat. Die Beilage für Baschkortostan wird jedoch von einer Redaktion in Ufa gemacht. Deren Nähe zur Republikführung ist relativ leicht zu erkennen. Oft wird der Präsident zitiert, dafür umso seltener kommentiert.

In dem Artikel „Der Präsident Baschkiriens hat der Sittenlosigkeit den Kampf angesagt“ kann der Leser in der „Komsomolskaja Prawda w Ufe“ z.B. folgendes finden: „In einem Land, das alljährlich bis zu einer Million Menschen verliert, haben leider der Zerfall junger Familien, Vandalismus, Suizid und andere – ich würde sagen – unnatürliche Erscheinungen ein breites Ausmaß angenommen, sagte Murtasa Gubaidullowitsch [Rachimow – d.A.] mit unverstelltem Schmerz in der Stimme.“³³⁷ Doch gegenüber den Tönen, die in der der Administration unterstellten Presse angeschlagen werden, sind solche Textpassagen geradezu harmlos. Die Wochenzeitschrift „Ufinskaja Nedelja“, deren Chefredakteur behauptet, das Blatt sei unpolitisch und eigentlich nur für die leichte Lektüre gedacht³³⁸, berichtet über jede auch noch so nebensächliche Tätigkeit des Präsidenten. In der Ausgabe vom 13. – 19. November fällt auf der Seite 2 (Seite 1 widmete sich tatsächlich bunten Themen: 2 Autounfälle und das Schicksal des viermillionsten Einwohners der Republik wurden thematisiert) in drei von vier Artikeln der Name Rachimow bzw. die im Russischen besondere Achtung ausdrückende Anrede mit Vornamen und Vatersnamen, Murtasa Gubaidullowitsch. Im ersten Artikel beglückwünscht er die Arbeiter eines E-Werks zur Inbetriebnahme einer Gasturbine, im zweiten Artikel pflanzt er ein Bäumchen während des Feiertags „Ewig jung mein Baschkirien“ und im dritten Artikel weiht er

³³⁷ Nujkina, Maria, 27.01.2006.

³³⁸ Asat Faisejew im Interview mit dem Autoren, 20.10.2005.

das neue Gebäude des baschkirischen Rentenfonds ein³³⁹. Der vierte Artikel, in dem der Name Rachimow nicht fällt, beschäftigt sich stattdessen damit, was die Einwohner des Kreises Iglinski dem russischen Präsidenten Putin zu dessen Geburtstag geschenkt haben. Mit anderen Worten, auch hier wird das Verhältnis zwischen der „gnädigen Obrigkeit“ und dem „dankbaren Volk“ thematisiert. Bei der Lektüre der Zeitung fällt noch etwas ins Auge: Stets wird Rachimows Amtsbezeichnung „Präsident“ groß geschrieben, obwohl die Substantivgroßschreibung im Russischen nicht gebräuchlich ist. Dies ist freilich keine Ausnahmeerscheinung in der baschkirischen Presse, wie der Journalist einer anderen Zeitung verdeutlicht:

„Seine [Rachimows – d.A.] Amtsbezeichnung „Präsident“ schreiben wir mit Großbuchstaben, obwohl die russische Orthographie das eigentlich nicht fordert. Sie wissen aber, was das in der russischen Sprache bedeutet. Bei Präsident Putin schreiben wir Präsident beispielsweise mit kleinem Anfangsbuchstaben, es ist ja schließlich nur eine Amtsbezeichnung.“³⁴⁰

Im Russischen werden lediglich Titel großgeschrieben. Daraus kann ersehen werden, dass viele baschkirische Medien Rachimow bereits den Titel „Präsident“ verliehen haben. Im Gegensatz zu einem Amt, wird ein Titel auf Lebenszeit verliehen. Nach einer derart langen Herrschaftszeit mag es vielleicht verständlich sein, dass niemand mehr an eine Abdankung Rachimows glaubt. Dennoch ist auch die Großschreibung des Wortes „Präsident“ ein Symbol für die Allmacht Rachimows in seiner Republik und für den Personenkult, der um ihn veranstaltet wird.

Auch das Fernsehen gefährdet das Informationsmonopol Rachimows nicht. Zwar sind in Ufa alle föderalen Sender zu empfangen, doch deren Interesse für Baschkortostan hält sich in engen Grenzen. Dementsprechend gibt es auf diesen Kanälen auch nur eine recht eingeschränkte Berichterstattung aus der Republik. Die Berichterstattung des Regionalfernsehens hingegen ist einseitig und zeigt fast ausschließlich, wie der Präsident mal wieder ein Bändchen zerschneidet und damit ein weiteres Objekt einweiht.

„Regionale Nachrichten sind ein überaus amüsantes Schauspiel. Erstens sind sie sehr offiziös, d.h. sie widmen sich zum Großteil der Vorführung verschiedener offizieller Veranstaltungen – Sitzungen, der Überreichung von Auszeichnungen,

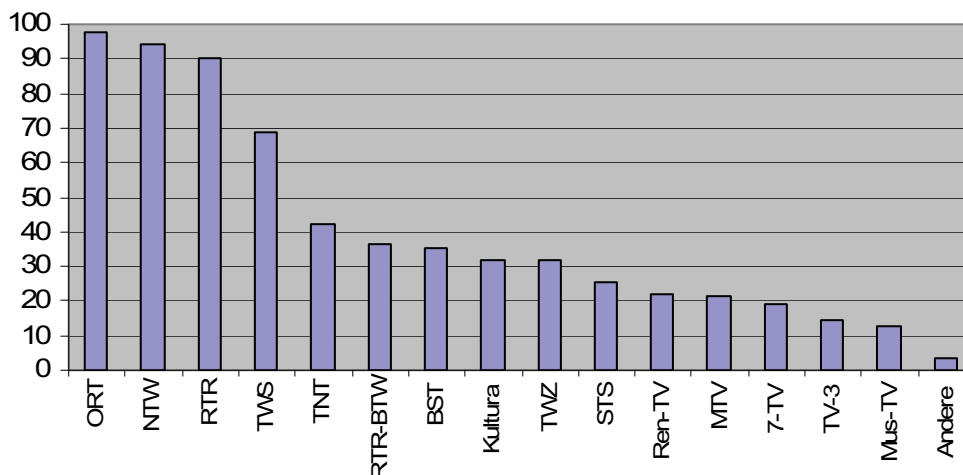
³³⁹ Vgl. Siganschin, Ilschat; Agletdinow, Alfred und Schuschpanow, Sergej, 13. – 19.10.2005: S. 2

³⁴⁰ Journalist der Zeitung „Djelowoi Mir“ im Interview mit dem Autoren, 18.10.2005. Der Interviewte bat um Anonymität. Name ist dem Autoren bekannt.

Beschlussfassungen, Präsentationen, Treffen, d.h. all der Ereignisse, an denen die Beamtenschaft der Republik teilnimmt... Praktisch alle Reportagen tragen streng beschreibenden, aufmunternd-rapportierenden Charakter und die Bilder werden in einer Sprache vertont, die Tschukowski „Kanzleiton“ nannte. Und wenn man bedenkt, dass jeder bürokratisch-werbende Spot sich 10 Minuten lang hinzieht, so finden sich wohl kaum Personen, die in der Lage sind das Nachrichtenprogramm bis zum Ende zu schauen. Höchstens dann, wenn der Fernseher als Hintergrund im Zimmer läuft.“³⁴¹

Das Rating der Sender ist dementsprechend niedrig. Eine Marktanalyse des Analysezentriums „Virtuos“ kam zu dem Schluss, dass die Sender BST und das Regionalprogramm von GTRK, RTR-BTW in der Zuschauergunst weit abgeschlagen hinter den föderalen Sendern liegen, obwohl sie ebenso wie diese im gesamten Sendegebiet zu empfangen sind (vgl Grafik).³⁴²

Zuschauerverteilung



Gerade einmal 36,7% geben an, das Regionalprogramm RTR-BTW gesehen zu haben. Davon sind nur 12 Prozent mehr oder weniger ständige Zuschauer, während 24,7% in den Kanal „hineinzappen“. BST kommt auf den gleichen Wert: 35 Prozent werden dem Sender als Auditorium zugeordnet, 12,7% als ständige Zuschauer, während der Rest nur einen kurzen Blick reinwirft.

³⁴¹ Ohne Autor, gefunden in <http://antibst.narod.ru/progs/black.htm>, 07.07.2006. Dort übernommen aus dem Moskowski Komsomolez in Ufa.

³⁴² Mamlejew, R., 5/2003.

7.3.3. Die Gängelung unabhängiger Medien

Um diesen Einfluss zu erlangen, griff Rachimow auf verschiedene Methoden zurück. Die überregionalen Korrespondenten hielt er jahrelang mit der eigenen baschkirischen Staatsbürgerschaft am Gängelband. „Vertreter der föderalen Medien mussten sich also im baschkirischen Außenministerium als Vertreter ausländischer Medien registrieren lassen“, ³⁴³ berichtet Jakowenko. Inzwischen ist dieser Hebel seiner Macht abgeschafft worden, da die Putinschen Reformen eine Angleichung der regionalen Gesetzgebung an föderales Recht durchsetzten. Immerhin drohte diese Maßnahme Rachimows ja auch den „einheitlichen Informationsraum“ in Russland zu gefährden.

Die innerrepublikanischen Medien hingegen sind nach wie vor dem Druck der Administration nahezu schutzlos ausgeliefert. Zwar gibt es auch in Baschkortostan offiziell keine Zensurbehörde mehr, die ein Publikationsorgan nach der Veröffentlichung von Kritik verbieten könnte, doch die Obrigkeit hat ein reiches Arsenal, um der Opposition das Leben zu erschweren.

„Durchsuchungen, Überprüfungen gibt es ständig. Vor kurzem wurde die polizeiliche Überprüfung abgeschlossen, alle unsere Dokumente wurden mehrmals überprüft. Solche Überprüfungen wechseln sich ständig ab: Zuerst war hier das Justizministerium, dann die Steuerbehörde, jetzt die Miliz, als nächstes kommt wahrscheinlich die Brandschutzbehörde“³⁴⁴, berichtet Robert Sagrejew über die üblichen Methoden, oppositionelle Zeitungen mundtot zu machen.

Wenn die Behörden etwas finden wollen, dann finden sie in der Regel auch etwas. Dies bedeutet dann das Aus für das entsprechende Medium. Entweder wird es als „unredlicher Steuerzahler“ zur Verantwortung gezogen oder aber wegen Nichteinhaltung der Brandschutzverordnung mit einer Strafzahlung belegt und gekündigt.

Da viele Redaktionsgebäude sich in munizipalem oder republikanischem Besitz befinden, ist in manchen Fällen nicht einmal eine Begründung notwendig, um eine unliebsame Redaktion vor die Tür zu setzen. Die Unterteilung in eigene und fremde Medien mit dementsprechend unterschiedlich hohen Mieten für die Redaktionssitze ist allerdings auch für viele andere russische Regionen ein typisches Kennzeichen.

³⁴³ Igor Jakowenko im Interview mit dem Autoren, 14.10.2005.

³⁴⁴ Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005.

Korrespondenten oppositioneller Medien in der Republik werden nicht akkreditiert, bekommen somit keinen Zugang zu öffentlichen Stellen, haben nicht das Recht, Informationen einzufordern und sind daher weitgehend vom Informationsfluss ausgeschlossen.

Daneben übt die Administration auch Einfluss auf Druckereien und Zusteller aus, um das Monopol auf dem Zeitungsmarkt sicher zu stellen. Es gibt daher keine einzige(!) oppositionelle Zeitung am Kiosk zu kaufen. Die größte Agentur in der Republik, „Ufa-Petschatj“, nimmt sie nicht ab, da sie abhängig von der Regionaladministration ist. Es gibt zwar neben den staatlichen auch einige private Druckereien auf dem Gebiet der Republik, doch auch die stehen alle unter dem Einfluss der Verwaltung und müssen mit Sanktionen rechnen, sollten sie etwas drucken, das nicht dem Willen Rachimows entspricht. Offen oppositionelle Zeitungen oder Kritik an Rachimow sind daher nicht druckfähig.

„Keine einzige Druckerei nimmt unsere Aufträge hier entgegen, weil sie dann durch administrative Maßnahmen geschlossen wird“³⁴⁵, weiß daher auch Sagrejew. Sagrejew ist Redakteur bei der Zeitung „Für lokale Selbstverwaltung“. Das Blatt wird in der tatarischen Großstadt Nabereschnye Tschelny gedruckt, um den Repressionsmaßnahmen zu entgehen. Verteilt werden muss sie dann ebenfalls durch eigene Aktivisten der Opposition.

Andere Zeitungen lassen im Nachbargebiet Tscheljabinsk drucken.

Mit der Gründung der Generalgouvernements durch Putin ist Rachimow ein Instrument zur Ausschaltung unliebsamer Medien abhanden gekommen. Die Registrierung von Medienorganen findet jetzt nicht mehr in Ufa, sondern in Nischni Nowgorod, dem Zentrum des Wolga-Bezirks statt. Dementsprechend können sich dort auch baschkirische Oppositionsblätter im Gegensatz zu früher relativ problemlos registrieren lassen. Dies in Verbindung mit dem Aufkommen des Internets, das in Baschkirien bei weitem nicht so scharf überwacht wird wie Fernsehen, Radio und Presse, haben möglicherweise bei einigen Beteiligten das Gefühl aufkommen lassen, dass es einen größeren Freiheitsgrad in der Republik als früher gibt.

„Etwa ab 2002 kam so eine Welle auf, dass die Meinungsfreiheit erweitert wurde und demokratische Werte in der Gesellschaft mehr Anerkennung fanden. Inzwischen ist die Meinungsfreiheit in Baschkirien fast auf einem Level mit der russischen Situation. Früher galt Baschkortostan als „verschlossene Region“ und auf lokaler Ebene konnte

³⁴⁵ Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005.

man nicht über alles reden“³⁴⁶, behauptet beispielsweise der Korrespondent der russlandweiten Nachrichtenagentur Regnum, Artjom Alijew. Er selbst habe viele kritische Materialien veröffentlicht und es sei kein Druck auf ihn ausgeübt worden, sagte Alijew, wobei er freilich einschränkte, dass die Erweiterung der Pressefreiheit nicht für Republikzeitungen gelte.

Um diese Einschätzung besser einordnen zu können, muss erwähnt werden, dass etwa ab dieser Zeit eine neue Zentralisierung bei der größten staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt WGTRK einsetzte.

In einigen Regionen wurden die Filialleiter nun nicht mehr vom Gouverneur (bzw. Präsidenten einer Republik) bestimmt, sondern direkt vom Leiter der Sendeanstalt WGTRK in Moskau Oleg Dobrodejew ernannt. Gleichzeitig wurden die regionalen WGTRK-Filialen besser finanziert, so dass sie weniger abhängig von den lokalen Gegebenheiten wurden.

Daher habe ab 2002 beim Sender tatsächlich in einigen Regionen die Kritik an der Provinzführung zugenommen. Diese Kritik richte sich aber niemals gegen föderale Beamte in den Regionen oder gar den Kreml selbst, gibt Aslamasjan zu bedenken. Hinzu komme, dass auf Grund dieser Zentralisierung alle regionalen Nachrichten vor ihrer Ausstrahlung nach Moskau zur Kontrolle geschickt werden müssten.³⁴⁷

In Baschkortostan fand kein Personalwechsel an der Spitze des Kanals statt, doch durch die größere Kontrolle aus Moskau wurden möglicherweise die schärfsten Blüten des Personenkultes ausgemerzt. Mit anderen Worten, in der Republik wurde beim Sender GTRK nur ein Zensor gegen einen anderen – möglicherweise weniger strengen – eingetauscht.

Da aber nach wie vor die gleichen Personen am Ruder sitzen, kann von einer realen Verbesserung der Lage keine Rede sein. In Baschkortostan herrscht nach wie vor eine scharfe Kontrolle über die regionalen Medien. Die Meinungsfreiheit in Baschkortostan bleibt noch hinter dem russischen Niveau zurück, das einer Einschätzung von „Reporter ohne Grenzen“ international ohnehin lediglich den 138. Rang belegt.³⁴⁸

³⁴⁶ Artjom Alijew im Interview mit dem Autoren, 01.11.2005.

³⁴⁷ Manana Aslamasjan im Interview mit dem Autoren, 05.08.2006.

³⁴⁸ Daten für 2005. Vgl. www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=554 (Stand: 09.08.2006)

7.3.4. Präsidentschaftswahlen und Medien

Dreimal gab es bislang Präsidentschaftswahlen in Baschkortostan. Jedesmal ging Murtasa Rachimow als Sieger aus der Abstimmung hervor. Dabei hatte die Verfassung von 1993, in diesem Punkt dem russischen Vorbild folgend, eigentlich nur eine Wiederwahl des Präsidenten vorgesehen. Neben der Begrenzung auf zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten zu jeweils fünf Jahren sahen die Bestimmungen noch eine Altersgrenze von 65 Jahren beim Amtsantritt vor. Beiden Ansprüchen wurde Rachimow bei der letzten Abstimmung 2003 nicht gerecht. Erst eine Änderung der entsprechenden Paragraphen erlaubte es Rachimow, auch ein drittes Mal anzutreten. Andere Bestimmungen, wie z.B. die Pflicht, dass der Präsident Baschkirisch können muss, wurden hingegen nicht geändert. Dieser Passus hatte einen Großteil potentieller Gegenkandidaten Rachimows von vornherein von der Wahl ausgeschlossen.

Trotz dieser Restriktionen gab es bei allen drei Urnengängen immer wieder potentiell schwere Gegner für Rachimow.

1993 konnte er durch eine Terminverlegung den für sich günstigsten Zeitpunkt der Wahl bestimmen. Der zu dem Zeitpunkt stärkste Gegenkandidat, der Bankier Rafis Kadyrow, wurde außerdem durch eine Medienkampagne diskreditiert.

„Im Sommer 1993 wurde Rafis Kadyrov ins Visier genommen. Nachdem er selbst Korruptions- und Veruntreuungsvorwürfe gegen den Außenhandelsminister erhoben hatte, wurde ihm seinerseits vorgeworfen, seine Bank sei mit verschwundenen Geldern der Kommunistischen Partei aufgebaut worden. Entsprechende Unterlagen wurden den Medien zugespielt, ein Abgeordneter holte die Affäre auf die Bühne des Obersten Sowjets.“³⁴⁹ Tatsächlich gibt es einige Hinweise darauf, dass der Hoffnungskandidat der Demokraten, Kadyrow, von den Kommunisten finanziert wurde. Ganz bewiesen werden konnte das nicht. Die Presse griff den Skandal dennoch auf. Zu dem Zeitpunkt hatte Rachimow die Medien noch nicht unter seiner Kontrolle, dennoch konnte er den populären Bankier durch die schwarze PR ausbooten.

Rachimow siegte im ersten Wahlgang. Die offizielle Zeitung „Respublika Baschkortostan“ kommentierte dies im Rückblick so:

³⁴⁹ Grävingholt, Jörn, 2002: S. 142.

„Schon im ersten Wahlgang erzielte Murtasa Gubaidullowitsch 64 Prozent der Stimmen (insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei 62,7 Prozent) und wurde erster PRÄSIDENT der Republik Baschkortostan.

Dies war eine absolut richtige Wahl. Schon damals war ersichtlich, dass Rachimow ein starker, perspektivreicher Führer ist, der selbst in dieser wirren Zeit Stabilität und sozialen Frieden in der Region erhalten konnte. Wichtig ist auch, dass er sich ein zuverlässiges, stabiles Team echter Profis zusammenstellte. Im Ergebnis war und ist Baschkortostan im Laufe vieler Jahre eine Region mit stabilem Potenzial, eine Zahlerregion und eins der am höchsten entwickelten Subjekte Russlands³⁵⁰

Auch 1998 verlegte Rachimow die Wahlen vor, um der Opposition weniger Zeit zur Vorbereitung zu geben. Einer der Gegenkandidaten, der Kommunistenführer Nikitin bekam daher die notwendige Anzahl der Unterschriften (zwei Prozent aller Wahlberechtigten) nicht zusammen, so dass er nicht zugelassen wurde. Eine spätere Klage Nikitins gegen die Wahl scheiterte.

Vier weitere Kandidaten übersprangen diese Hürde jedoch. Der inzwischen vom Bankier zum Ex-Bankier mutierte Kadyrow stellte zwar 1998 keine ernsthafte Gefahr mehr dar, wurde aber dennoch zusammen mit den beiden schärfsten Konkurrenten Rachimows, Ex-Premier Mirgasjamow und dem Duma-Abgeordneten Alexander Arinin, schon vor der Abstimmung aus dem Rennen genommen. Übrig blieb Rachimows Forstminister, der freilich bei seinen Auftritten Reklame für Rachimow machte. Der Sieg des Amtsinhabers war ungefährdet.

„Dann wurden Mirgasjamow und Arinin illegal aus dem Rennen genommen. Die wehrten sich, doch die Sache wurde verschleppt und so traten nur zwei Kandidaten an: Rachimow und sein Minister. Der Minister agitierte für Rachimow. Klar, dass es keine Kontrolle über die Wahlen gab. Rachimow gewann. Nach den Wahlen entschied das Oberste Gericht Russlands, dass der Wahlausschluss der beiden Kandidaten ungesetzlich war. Rachimow blieb dennoch an der Macht. So sind die Wahlen ausgegangen“³⁵¹, erklärte der Oppositionelle Kusnetzow den Verlauf der Wahlen.

Noch interessanter ist freilich für diese Dissertation, wie Rachimow in dieser Periode die (von ihm) unabhängigen Medien ausschaltete. Der Radiosender „Titan“, der wohl Kadyrow nahe stand, wurde von Polizeieinheiten in einem wahren Sturmangriff

³⁵⁰ Peresypkina, Tamara, 11.12.2004.

³⁵¹ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005.

genommen.

Schon zuvor wurde Druck auf den Sender ausgeübt. Der Bürgermeister der baschkirischen Hauptstadt Ufa hatte von den Vermietern des Gebäudes, in dem Radio „Titan“ untergebracht war, gefordert, den Mietvertrag zu kündigen. Der Staatssekretär der Republik Baschkortostan, Manzur Ajupow, rief den Generaldirektor von Radio „Titan“, Altaf Galejew an und forderte, die Kritik an der Präsidentialadministration einzustellen. Ständige Überprüfungen durch Vertreter von Baschenergo und der staatlichen Telekombehörde sollten die Redaktion zermürben.³⁵²

Doch Galejew hatte auf die Drohungen nicht so reagiert wie erwartet und sendete weiter. Als ihm im Mai 1998 dann erst das Wasser und kurz darauf auch die Telefonleitungen abgestellt wurden und Mitarbeiter des baschkirischen Innenministeriums die Funkantenne beschlagnahmten, sendete „Titan“ mit Hilfe einer eigenen Anlage und mehreren Verstärkern weiter.

Dies provozierte die regionale Führung zu drastischen Maßnahmen. Am 27. Mai wurde die Redaktion von mit Maschinenpistolen bewaffneten Mitarbeitern des Innenministeriums gestürmt. Die Redaktionsmitglieder wurden verhaftet. Alle Mitarbeiter des Senders wurden nach drei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt – bis auf Galejew. Der hatte während des Sturms aus einer Gaspistole einen Warnschuss abgegeben und wurde daraufhin wegen bössartigen Vandalismus und Waffengebrauch angeklagt. Während der gesamten Zeit der Untersuchungen musste Galejew im Gefängnis bleiben, obwohl er unter Herzproblemen litt.

Erst ein Jahr später wurde Galejew unter der Auflage entlassen, die Republik nicht zu verlassen. Galejew hielt sich verständlicherweise nicht an diese Auflage und emigrierte.

Die Präsidentschaftswahlen 2003 standen unter grundlegend anderen Vorzeichen als die vorangegangenen Urnengänge. Zwar war Jelzin kein Freund des autoritären Rachimow, der darüber hinaus mehrere Male offen oder versteckt mit den Jelzin-Gegnern sympathisiert hatte, doch war das Zentrum sowohl 1993 als auch 1998 (wegen der Finanzkrise im August des Jahres) zu schwach, um auf die Entwicklung in der Region Einfluss zu nehmen. Putin jedoch hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Führung der Regionen straff zentralisiert.

Baschkortostan gliederte er in das neue Generalgouvernement Wolgagebiet ein.

³⁵² Vgl. Gorewoi, Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 175-176.

Damit rief er gleich in mehrfacher Hinsicht den Unmut Rachimows hervor. Erstens setzte er dem völligen Unabhängigkeit von Moskau gewöhnten Provinzfürsten einen direkten Vorgesetzten vor die Nase. Zweitens war Baschkortostan wirtschaftlich eher auf die Uralregion fokussiert und drittens bedeutete die Eingliederung in den Wolgabezirk, dass Baschkortostan im Generalgouvernement hinter dem bedeutenderen Tatarstan lediglich die zweite Rolle spielen würde.

Kein Wunder, dass Rachimow die Reformen öffentlich kritisierte. Fügen musste er sich dennoch. Dies zeigt ein neues Kräfteverhältnis in der Beziehung zwischen Moskau und Ufa an.

Dementsprechend musste Rachimow auch bei den Präsidentschaftswahlen Einmischung von außen befürchten. Das hielt ihn nicht davon ab, seinerseits, massiv den Wahlkampf seiner Gegner zu stören. Die Wahlen liefen somit keineswegs fair ab. In einem Brief, der sowohl an die zentrale Wahlkommission als auch an die Staatsanwaltschaft gerichtet war, beschwerten sich gleich drei seiner Gegenkandidaten über überhöhte Preise in den offiziellen regionalen Medien für Wahlspots. So verlangte bspw. der republikanische Sender BST 1,2 Mio. Rubel (35.000 Euro) von Präsidentschaftskandidaten für eine Minute Reklamezeit, in den Zeitungen „Baschkortostan“ und „Republik Baschkortostan“ kostete eine Seite 880.000 Rubel (26.000 Euro).³⁵³ Die Preise wurden auf Vorschlag der Administration so hoch geschraubt. Damit war den meisten Kandidaten Wahlwerbung schon aus finanziellen Gründen unmöglich. Außerdem verklagten drei Kandidaten den Sender GTRK „Baschkortostan“, der Wahlspots aus dem Programm genommen hatte, die die Programmleitung als „beleidigend für die Bürger der Republik“ einstufte. Dafür veranstaltete der Sender BST in der Vorwahlzeit die Tele-Show „Stimm ab und gewinne“. Die Kandidaten mussten versuchen, möglichst genau das Ergebnis der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu prognostizieren. Der Journalistenverband kritisierte die Show, die „die Wahlbeteiligung senkt, da die Wähler, denen eingeflößt wird, ihr Kandidat habe keine Chance, sich oft dafür entscheiden, nicht zur Wahl zu gehen.“

Gleichzeitig versuchte Rachimow die letzten verbliebenen unabhängigen Medien auszuschalten. Drei Radiosender, ein TV-Kanal und eine Zeitung gehörten zu den Opfern dieser Kampagne. Am härtesten traf es dabei die Radiosender „Bulgar“ und „Retro“. Die Chronik dieser Ereignisse liest sich beeindruckend:

³⁵³ Vgl. Safin, R.; Idijatullin, Ch.; Schugurov, R. u.a., 2003.

Der erste Wahlgang sollte am 7. Dezember stattfinden. Am 5. November versuchten Unbekannte unter der Führung eines Majors des Innenministeriums die neu gesetzte Antenne des Radiosenders „Bulgar“ zu demontieren. Diese Antenne erlaubte es dem Sender, einen höheren Umkreis abzudecken. Die Redaktion alarmierte wegen des Angriffs auf ihr Eigentum nicht nur die Polizei, sondern auch Medienkollegen. Als kurz darauf die Presse eintraf, flohen die Männer unverrichteter Dinge. Vier Tage später erfolgte der zweite Versuch. Diesmal stiegen mit Maschinenpistolen bewaffnete Milizionäre auf das Dach, um die Antenne abzuschrauben. Doch wieder retteten Kollegen der Radiojournalisten die Situation. Die Eindringlinge flohen vor den Kameras und versuchten, ihre Gesichter zu verstecken. Einen Tag später allerdings erreichten die Angreifer ihr Ziel. Durch die Abschaltung des Stroms sperren sie die Wache des Radiosenders in ihren Räumlichkeiten ein. Danach stiegen mehrere Männer mit Motorsägen auf das Dach und kappten den Antennenmast. Gleichzeitig durchtrennten sie an mehreren Stellen ein HF-Radiokabel. Der geschätzte Schaden belief sich auf 143.000 Rubel (4.200 Euro).

Am 12. November erhielt die Direktion des Radiosenders „Hit-FM“ vom Ministerium für Eigentumsfragen die fristlose Kündigung für die angemieteten Räumlichkeiten. Begründung: Eigenbedarf. Die Journalisten bekamen am Morgen bis zum Mittag Zeit, um ihre Sachen zusammen zu packen.

Am 17. und 20. November bekam die Redaktion des Senders „Retro“ Besuch von der Miliz. Obwohl alle Genehmigungen für die Ausstrahlung mit der neuen Antenne vorlagen, versuchten die Polizisten, die Antenne zu beschlagnahmen. Ihnen zur Seite standen Mitarbeiter der Brandschutzbehörde. Was bei den ersten beiden Anläufen nicht gelang, klappte beim dritten Versuch. Am 4. Dezember wurde die Antenne des Senders „Retro“ gekappt. Am gleichen Tag hatte der Sender „Bulgar“ seinen Betrieb wieder aufgenommen, doch das Signal wurde durch einen Störsender einfach übertönt.³⁵⁴

Dennoch gelang es Rachimow nicht, seine gefährlichsten Widersacher auszuschalten und trotz der geballten Unterstützung der ihm hörigen offiziellen Provinzmedien gelang es ihm auch nicht, sich in der ersten Runde durchzusetzen. Der Unternehmer Sergej Weremejenko kam in der ersten Runde auf gut ein Viertel der Stimmen, während Rachimow dem offiziellen Wahlergebnis zu Folge etwa 40 Prozent der Stimmen holte. Dabei erschütterte ein heftiger Skandal die Ural-Region:

³⁵⁴ Vgl. dazu das Zentrum für Journalistik in Extremsituationen, www.cjes.ru.

Kurz vor der Abstimmung hatte die Polizei in einer Druckerei etwa 100.000 gefälschte Wahlzettel gefunden. Zwar brach kurz danach in dem Haus ein Feuer aus und vernichtete einen Großteil der Dokumente. Mitarbeiter der Druckerei gaben gegenüber der Staatsanwaltschaft jedoch zu, dass die gefälschten Wahlbögen von der Präsidentialadministration in Auftrag gegeben wurden. Trotz eines heftigen Dementis aus der Präsidentialverwaltung, die das Ganze als Provokation bezeichnete, kam der Skandal an die Öffentlichkeit.³⁵⁵ Dies musste die Chancen Rachimows beim zweiten und entscheidenden Wahlgang deutlich beeinträchtigen.

Die Zeit zwischen den beiden Urnengängen ließen die Behörden nicht ungenutzt verstreichen.

Die TV-Gesellschaft „Nowy Telekanal“ bekam am 10. Dezember einen Brief vom russischen Presseministerium, in dem der Sendeleitung mitgeteilt wurde, dass ihr die Lizenz entzogen worden sei und sie den Sendebetrieb unverzüglich einzustellen habe. Als Begründung wurden u.a. Verstöße gegen die objektive Berichterstattung bei der Beleuchtung der Präsidentschaftswahlen in Baschkortostan genannt. Am 18. Dezember, drei Tage vor dem entscheidenden Wahlgang wurde die Auflage der Lokalzeitung „Wetscherni Neftekamsk“ beschlagnahmt. Die Journalisten von „Wetscherni Neftekamsk“ hatten in der Vergangenheit des öfteren die Politik Rachimows kritisiert.³⁵⁶

Internetseiten der Opposition waren aus „technischen Gründen“ in diesem Zeitraum nicht zugänglich. Und dennoch war es nicht möglich, alles auszuschalten. Auch der Geschäftsmann Sergej Weremejenko hatte sich ein großes Arsenal an Wahlkampfmedien zusammengestellt. Dabei handelte es sich nicht einmal unbedingt um in der Republik etablierte Oppositionsmedien, sondern um neu und speziell für den Wahlkampf herausgegebene Zeitungen.

„Es gibt in Russland einige Zeitungen, die speziell für den Wahlkampf geschaffen wurden. Ein Jahr vor den Wahlen etwa werden diese dann hierher geschickt, wenn der Kandidat das nötige Kleingeld hat. Und sie erscheinen dann. Es gab hier einige solcher Zeitungen, z.B. „Wybory Naroda“ (Wahlen des Volkes) usw.“³⁵⁷, gibt Kusnetzow über das Geschehen anno 2003 Auskunft.

Diese Praktiken, die eine Besonderheit in Russland sind, kritisiert der Journalistenverband scharf, da sie natürlich imageschädigend für die gesamte

³⁵⁵ Vgl. z.B. Deeg Lothar, 04.12.2003 oder Packeiser, Karsten, 22.12.2003.

³⁵⁶ Vgl. dazu das Zentrum für Journalistik in Extremsituationen, www.cjes.ru.

³⁵⁷ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005

Branche sind. Im eigentlichen Sinne stellen diese im Wahlkampf auftauchenden Blätter auch keine Medien, sondern Propagandainstrumente dar, da ihre Aufgabe eben nicht in der Informierung des Lesers, sondern in der Diffamierung eines Kandidaten oder der Lobhudelei für den Auftraggeber besteht.

In Baschkortostan stellte Weremejenko damit freilich nur Waffengleichheit her, da die republikanischen Medien gnadenlos über ihn herzogen. Das Bild des gewissenlosen Oligarchen zeichneten die offiziellen Medien mit Vorliebe.

So veröffentlichte die republikanische Nachrichtenagentur Bashinform wenige Tage vor der Wahl den für Weremejenko wenig schmeichelhaften Artikel „Sie sind bereit, dem Teufel ihre Seele zu verkaufen“. In dem Text behauptet die Autorin dann, dass Bankier Weremejenko große Summen in eine unlautere Imagekampagne investiert habe, die ihn „mit allen Mitteln“ als ethnischen Tataren und vor allem als Interessenvertreter der starken tatarischen Minderheit in Baschkortostan darstellen sollte. Weremejenkos Wahlhelfer werden als „Hochstapler“ und „extremistisch“ bezeichnet.³⁵⁸ Ein anderer Autor der Nachrichtenagentur beschuldigte Weremejenko, soziale Umfragen gefälscht zu haben und wirft ihm versuchten Rufmord und Anbiederei vor.³⁵⁹

Doch trotz der Schmutzkampagne hatte die Wahlfälschungsaffäre das Image Rachimows so beschädigt, dass ein Sieg seines Gegners Sergej Weremejenko zwangsläufig schien. In diesem Moment griff der Kreml zu Gunsten des Amtsinhabers in das Geschehen ein. Weremejenko wurde nahe gelegt, seine Kandidatur aufzugeben. Der Geschäftsmann, der das frische Beispiel Chodorkowskis vor Augen hatte (dieser wurde im Oktober 2003 verhaftet), verstand den Wink und folgte der Anweisung. Rachimow erzielte bei der Abstimmung ohne Gegenkandidaten 78 Prozent und verteidigte seine Macht.

Über die Gründe, die den Kreml zu dieser Einmischung bewogen, gibt es verschiedene Meinungen. Während die einen argumentieren, der Kreml habe sich für das gute Abschneiden der Kremlpartei „Einiges Russland“ revanchiert, die bei den Duma-Wahlen in der Region überdurchschnittliche 39 Prozent holte, geben andere wirtschaftliche Beweggründe an oder verweisen auf Sorgen um die Stabilität in der Region.

„Einmal könnte der Kreml befürchtet haben, dass, wenn Weremejenko gewinnt, es zu

³⁵⁸ Farchutdinowa, Rimma, 01.12.2003. In: <http://www.bashinform.ru/index.php?id=8870>

³⁵⁹ Stepanow, Viktor, 03.12.2003. In: <http://www.bashinform.ru/index.php?id=8996>

Instabilität in der Region kommt. Das Geld ist in den Händen eines Clans konzentriert, es gibt viele im nationalistischen Sinne vorbereitete und erzogene Gruppen und man kann schon sagen Einheiten. Zum zweiten ist der Kreml gerade dabei wieder zu zentralisieren. Gazprom wurde mit Sibneft vereint und Gazprom reichen die Kapazitäten zur Ölverarbeitung nicht aus. Daher wollen sie sich den hiesigen Bestand einverleiben. Mit Rachimows Hilfe versuchen sie das gerade.“³⁶⁰ Die zuletzt genannte Version scheint am plausibelsten von allen. Tatsächlich überführte Rachimow zumindest offiziell einige der ölverarbeitenden Unternehmen, die er sich angeeignet hatte, wieder in Staatsbesitz. Dies deutet auf einen Deal zwischen Moskau und Ufa um Einfluss- und Besitzsphären in der Region hin. Hinzu kommt, dass bei den anschließenden russischen Präsidentschaftswahlen 2004 Rachimow uneingeschränkt die Kandidatur Putins unterstützte. Das Resultat war ein sagenhaftes 96-Prozent-Ergebnis für den Amtsinhaber in der Region Baschkortostan. Lediglich Tschetschenien mit einem Ergebnis von 100 Prozent Zustimmung für Putin übertraf den Wert von Baschkortostan noch. Daher ist die Unterstützung ganz sicher als Dankeschön und Loyalitätsbeweis Rachimows für Putin zu werten.

Es gibt allerdings auch für die Theorie, dass sich die Lage in Baschkortostan nach einem Machwechsel destabilisieren könnte, Anhaltspunkte. So explodierte Anfang November ein Auto in der Innenstadt von Ufa. Bei dem Anschlag kamen zwei Menschen ums Leben, drei Personen wurden verletzt. Die Administration machte die Opposition für den Terrorakt verantwortlich. Diese wolle die Lage in der Region vor den Präsidentschaftswahlen destabilisieren, behauptete ein Sprecher des Innenministeriums.³⁶¹

Tatsächlich sind Teile der Opposition durch die despotische Politik Rachimows radikalisiert worden. Es ist freilich auch nicht auszuschließen, dass die Tat als Provokation von der Administration geplant wurde, um den Druck auf die Opposition zu rechtfertigen. Die Aufklärung des Falls, die sich über zwei Jahre hinzog, ergab am Ende zumindest nach offizieller Version, dass es sich um Konflikte im kriminellen Milieu gehandelt habe. Diese Version schließt einen politischen Hintergrund der Tat aus.

Dennoch war ein möglicher Machtwechsel mit enormen Spannungen verbunden,

³⁶⁰ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005.

³⁶¹ Vgl. Packeiser, Karsten, 06.11.2003.

hatte doch die herrschende Elite absolut kein Interesse an dem Verlust der Macht. Wegen des Auftauchens der falschen Stimmzettel wurde zwar ein Strafverfahren eingeleitet, doch konnte (oder wollte) die Staatsanwaltschaft der Republik bis heute nicht herausfinden, wer die Bögen in Auftrag gegeben hatte. Insofern versickerte die Affäre.

7.3.5. Die Rechtssituation in Baschkortostan

Die Verschleppung der Untersuchungen im oben geschilderten Fall der Wahlfälschung dokumentiert die Abhängigkeit der Staatsanwaltschaft von der Administration. Ein ebenfalls bereits kurz angeführtes Beispiel soll nun ausführlicher behandelt werden, um auch die enge Verquickung zwischen der Judikative und der Exekutive zu demonstrieren.

1998 bei den Wahlen, waren die schärfsten Kontrahenten Rachimows, Arinin und Mirgasjamow, ausgeschlossen worden – „illegal“ wie Kusnetzow meinte. Was bedeutet das?

Zunächst einmal mussten nach der baschkirischen Wahlordnung alle Kandidaten für das Präsidentschaftsamt Baschkirisch frei beherrschen. Arinin, von der Nationalität her Russe, focht diesen Passus vor dem Obersten Gericht Russlands an und erhielt Recht. Das Gericht befand diese Norm nicht mit der russischen Verfassung vereinbar. Die baschkirische Gesetzgebung verstieß gegen russisches Recht. Nach dieser Entscheidung konnte Arinin seine Wahlkampagne beginnen. Im ersten Schritt müssen dazu nach der baschkirischen Wahlordnung 56.600 Unterschriften gesammelt werden. Schon nach knapp einem Monat hatte er 100.000 zusammen, von denen er die geforderten 56.600 der Wahlkommission in Ufa präsentierte. Diese erklärte sieben Prozent der Stimmen für ungültig und schloss Arinin aus der Wahl aus. Das Oberste Gericht von Baschkortostan unterstützte diesen Entscheid, obwohl es die Anzahl der angeblich ungültigen Stimmen auf drei Prozent herabsetzte. Erneut musste das Oberste Gericht der RF einschreiten, um dem Gesetz in Baschkirien zum Recht zu verhelfen. Es widerrief die Entscheidung seiner Ufaer Richterkollegen und forderte, Arinin erneut als Kandidaten zu registrieren. Die Behörden in Baschkortostan fügten sich Zähne knirschend, nur um Stunden nach der Registrierung neue Prozedurfehler in der Wahlkampagne Arinins „aufzudecken“ und ihn erneut auszuschließen. Diesmal blieb dem Politiker keine Zeit

mehr, um sich rechtzeitig an das Oberste Gericht der RF zu wenden.³⁶² Erst nach der Wahl entschied das Gericht, dass der Ausschluss Arinins rechtswidrig war. Das hatte jedoch keinen Einfluss mehr auf das Ergebnis. Der Ausschluss Mirgasjamows verlief nach dem gleichen Muster, auch hier konnte das Oberste Gericht der RF erst im Nachhinein die Rechtswidrigkeit der Entscheidung seiner baschkirischen Kollegen feststellen.

Unter dem rechtsfreien Raum leiden auch die Journalisten in der Republik. Am tragischsten ist sicher das Schicksal des Chefredakteurs der oben schon erwähnten Zeitung „Wetscherni Neftekamsk“, Firat Walejew. Seit 1995 musste das Blatt wegen seiner Kritik an Rachimow außerhalb der Republik gedruckt werden.

Den ersten ernsthaften Konflikt mit den Rechtssicherheitsorganen hatte Walejew im Jahr 2000. Im Mai des Jahres hatte er über Korruption in der Präsidentialadministration geschrieben. Die Beschuldigten zeigten ihn danach wegen Ehrverletzung an. Eine Vorladung vor Gericht bekam Walejew allerdings eigenen Angaben zu Folge nie. Stattdessen bekam er im Oktober 2000 Besuch von mehreren bewaffneten Milizionären, die ihn aus seinem Büro ins Gericht schleiften, wo ihn die Richterin Lillija Aktjamowa wegen „Nichtachtung des Gerichts“ zu einer Haftstrafe von zehn Tagen verurteilte. Im Gefängnis wurde er mehrfach von Polizisten zusammengeschlagen. Trotz des Einschüchterungsversuchs gab Walejew seine Zeitung weiter heraus, auch als er zwei Jahre später mehrere anonyme Drohanrufe bekam.

Am 20. Juli 2002 starb Walejew dann bei einem Autounfall, als ein entgegenkommender LKW Walejews Auto rammte. Der „Fonds zum Schutz von Glasnost“ hält diesen Unfall für „nicht zufällig“ und erinnert daran, dass ähnliche Methoden zur Ausschaltung unliebsamer Personen sowohl in Weißrussland (dabei starb der 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei, Pjotr Mascherow) als auch in der Ukraine (hier traf es neben einem Führer der ukrainischen Nationalisten auch in der Nach-Sowjet-Ära bereits Journalisten) angewendet wurden.³⁶³ Die Ermittlungen wurden inzwischen eingestellt. Der Fahrer des LKW konnte nicht ermittelt werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des damaligen Leiters der Pressestelle des baschkirischen Präsidenten, Marat Jamalow, gegenüber Mitarbeitern des Fonds: „An ihrer Stelle würde ich mich für die Einzelheiten der Konfliktsituation zwischen Walejew und der Stadtverwaltung von

³⁶² Vgl. Lankina, Tomila, 1998: S. 62 – 64.

³⁶³ Vgl. Gorewoi, Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 176 – 177.

Neftekamsk interessieren“³⁶⁴, sagte er. Diese Andeutungen lassen vermuten, dass Walejew tatsächlich einem politischen Anschlag zum Opfer fiel. Irina Jemschanowa, die in Neftekamsk ein Schulungsprojekt für baschkirische Journalisten durchgeführt hat, zweifelt freilich an der Version, dass die Stadtverwaltung in den Mord verwickelt sei. „Neftekamsk ist nicht Baschkirien, der Anteil der Baschkiren liegt bei etwa zehn Prozent. Dort stimmt die Bevölkerung bei den Wahlen gegen Rachimow.“ Der Bürgermeister jener Zeit Garifulin sei deutlich demokratischer gewesen als Rachimow im Amt des Präsidenten. Walejew sei bestimmt nicht auf Anweisung der Stadtverwaltung Neftekamsk ermordet worden, glaubt Jemschanowa.³⁶⁵

Für ihre These spricht einiges. Vor allem aber die Tatsache, dass in Neftekamsk praktisch der einzige von staatlichen Geldern unabhängige Sender Baschkiriens, ART-TV, existiert. Außerdem war der Großteil der Zeitungsauflage nicht für die Stadt Neftekamsk mit ihren 169.000 Einwohnern bestimmt, sondern ging nach Ufa und kritisierte in erster Linie den Präsidenten und seine Umgebung. Mit anderen Worten, vom Tod Walejews profitierte in erster Linie Rachimow.

Wenn es sich tatsächlich, wovon den Indizien nach auszugehen ist, um Mord handelt, dann bedeutet dies natürlich eine gravierende Rechtsunsicherheit für alle unabhängigen und kritischen Journalisten in der Republik.

Freilich gibt es auch andere Mittel, um Druck auszuüben. Diese werden verhältnismäßig oft angewandt. So werden Vertreter oppositioneller Medien nicht akkreditiert, was einem Informationsausschluss gleichkommt.

Weniger häufig sind inzwischen Verleumdungsklagen, da „die Journalisten inzwischen maximal korrekt schreiben“³⁶⁶, wie sich der ehemalige stellvertretende Presseminister der Republik, Fanil Kudakajew, ausdrückte.

Einzig die oppositionellen Zeitungen „Nasch Wybor“ (gehört den Kommunisten) und „Otetschestwo“ sahen sich in der jüngsten Vergangenheit Verleumdungsklagen gegenüber. Dabei wird „Otetschestwo“ in der Regel mehrmals pro Jahr verklagt, was aber teilweise auch auf die mangelnde juristische Kompetenz der Schreibenden zurückzuführen ist.

Interessanterweise konnte Otetschestwo dabei allerdings vor einem Ufaer Gericht einen besonders wichtigen Fall gewinnen. Das Innenministerium der Republik hatte die oppositionelle Zeitung auf einen Betrag von insgesamt 2 Mio. Rubel (knapp

³⁶⁴ Jamalow, zitiert nach Gorewoi Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 180.

³⁶⁵ Irina Jemschanowa im Interview mit dem Autoren, 10.08.2006.

³⁶⁶ Zitiert nach Gorewoi Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 179.

60.000 Euro) verklagt, als diese kritische Berichte über das Polizei-Pogrom von Blagoweschtschensk veröffentlichte. Dabei fühlte sich sowohl der stellvertretende Innenminister in seiner Ehre verletzt, als auch die Spezialeinheit der Polizei, OMON, die an den Ausschreitungen beteiligt war. Ein Gericht in Ufa wies jedoch die Klage des stellvertretenden Ministers zurück, was die Zeitung folgendermaßen kommentierte: „Das sowjetische [sowjetische ist in diesem Fall ein Eigenname, der auch nach dem Fall der Sowjetunion nicht geändert wurde – d.A.] Bezirksgericht stellte keine moralischen Verletzungen bei General A. Smirnow fest, von Ehre, Würde und geschäftlicher Reputation ganz zu schweigen.“³⁶⁷

Kritische Artikel können aber auch mit Arbeitsplatzverlust und praktischem Berufsverbot bestraft werden. Ein markantes Beispiel dafür ist das Schicksal der ehemaligen Redakteurin Veronika Schachowa, die ebenfalls über die Ereignisse in der baschkirischen Kleinstadt Blagoweschtschensk berichtete.

7.3.6. Die Polizei-Pogrome von Blagoweschtschensk

Im Dezember 2004 kam es in der baschkirischen Kleinstadt Blagoweschtschensk zu einem schauerlichen Ereignis. Auslöser war eine Auseinandersetzung zwischen einem örtlichen Unternehmer und einer Polizei-Patrouille. Über den Konflikt, der wohl in einer Kneipe Anfang Dezember stattfand, gibt es verschiedene Versionen. Polizisten versuchten dort, einen Unternehmer festzunehmen „Mit Tritten und Schlägen“ wurden sie daran gehindert, die Gesetzesübertreter festzunehmen, behauptet Rachimows Pressesekretär Mursagulow. „Diese Menschen haben sich absolut nicht korrekt verhalten. Es gab einen Rechtsverstoß. Die Polizisten, Vertreter der exekutiven Macht gingen auf den Gesetzesübertreter zu, machten ihre Forderungen deutlich. Als Antwort lief eine Menge zusammen, stieß sie mit Schlägen weg und lief auseinander.“³⁶⁸

Die Bürgerrechtlerin Veronika Schachowa behauptet im Gegenzug, dass die Auseinandersetzung nicht in eine Schlägerei ausartete. Der dritte Befragte, Artjom Alijew von der Nachrichtenagentur „Regnum“ offerierte eine dritte Version. Eine Rangelei habe es gegeben. Diese sei aber bei weitem nicht so schwerwiegend gewesen, wie von der Polizei im Nachhinein behauptet wurde. Man habe die

³⁶⁷ Ohne Autor: „Moralische Verletzungen wurden nicht entdeckt“. In: Otetschestwo, 05.06.2005: S. 4

³⁶⁸ Rostislaw Mursagulow im Interview mit dem Autoren, 08.11.2005.

Polizisten einfach abgedrängt. Die Männer hätten sich nur auf Geheiß ihres Vorgesetzten später krankschreiben lassen, um einen Vorwand für die folgenden Ereignisse zu schaffen³⁶⁹. Obwohl keiner der drei Interviewten direkt bei dieser Auseinandersetzung dabei war, scheint die dritte Version die glaubhafteste, weil die Polizisten keine äußeren Verletzungen aufwiesen. Wie dem aber auch sei, die Reaktion der Ordnungskräfte im Anschluss muss als absolut überzogen betrachtet werden.

Die Polizei reagierte auf dieses Vorkommen sehr hart: „Der Verwaltungschef entschied, OMON-Truppen hierher zu holen, angeblich für eine prophylaktische Maßnahme. Der Vorfall war am 8. Dezember, die OMON-Leute kamen hier am 10. Dezember an. Auf dem Marktplatz wurden sie ausgeladen. Sehr professionell sperrten sie die Stadt ab, ausgerüstet mit Masken, Gummiknüppeln und Maschinenpistolen. Wer innerhalb der abgesperrten Zone war, hatte Pech. Er wurde ohne viele Worte auf einen Bus verladen und zur Miliz gefahren. Unabhängig von Alter, Geschlecht oder sonst irgendwelchen Merkmalen. Die Leute haben überhaupt nicht begriffen, was los war; ob ein Film gedreht wird oder sonst irgend etwas, denn in der Stadt war es absolut ruhig. Niemand wusste, dass da irgend etwas vorgefallen ist. Das war alles sehr überraschend. Vier Tage haben sie hier gewütet“³⁷⁰, berichtet Schachowa.

Waren es nach offiziellen Angaben etwa 350 Betroffene, schätzen Bürgerrechtler, dass über 500 Menschen (einige sprechen sogar von über 1.000) von der Polizei willkürlich verhaftet wurden. Diese wurden dann zu einem so genannten „Filtrationspunkt“ gebracht, geschlagen, gedemütigt und teilweise beraubt. Dass niemand den Verletzungen erlag, muss eher als Zufall gewertet werden. Mehrere Opfer erlitten schwere Verletzungen. Ein junger Mann lag mehrere Tage mit Schädelverletzungen auf der Intensivstation, die Ärzte wussten nicht, ob er überleben werde.

Der Anwalt der Opfer, Stanislaw Markelow, ist der Ansicht, dass sich die Täter mit ihrer Vorgehensweise über jedes russische Gesetz hinweggesetzt haben: „Was ein „Filtrationspunkt“ ist, ist unklar, denn in der russischen Rechtsprechung gibt es so eine Einrichtung nicht. Das ist ein Punkt, wo Leute hingeschafft werden und sie aller Rechte beraubt sind. Mit ihnen kann alles passieren. So eine Praxis wurde auch

³⁶⁹ Artjom Alijew im Interview mit dem Autoren, 01.11.2005.

³⁷⁰ Veronika Schachowa im Interview mit dem Autoren, 25.10.2005.

im Kaukasus angewendet, nur gab es da keine Dokumente, auf deren Grundlage das erfolgte. Hier gibt es den Befehl, auf deren Basis gehandelt wurde.“³⁷¹

Den vorliegenden Befehl als Grundlage nutzend strebten die Opferanwälte einen Prozess gegen die Verantwortlichen an. Dennoch wurde nur gegen acht Verdächtige ein Verfahren eingeleitet. Der Innenminister, dessen Geheim-Befehl 870 die Basis zum Handeln gab, wurde von der Staatsanwaltschaft nicht einmal als Zeuge vorgeladen, geschweige denn angeklagt.

Von den Unmittelbar Ausführenden konnte auch niemand überführt werden, weil sich die 17 OMON-Leute (OMON ist eine Spezialeinheit der Polizei) und die etwa 130 am Pogrom beteiligten Blagoweschtschensker Polizisten profilaktisch maskiert hatten, so dass eine eindeutige Überführung, wer geschlagen hatte, nicht möglich war.

Immerhin gegen acht Beamte der mittleren Befehlsebene wurde ein Verfahren aufgenommen, dass aber von Verteidigung und Justiz bereits über ein Jahr in die Länge gezogen wurde. Die Angeklagten sind unterdessen weiter in Amt und Würden und üben Macht in der Kleinstadt aus. Somit ist das Einschüchterungspotential der Behörden gegenüber Zeugen hoch.

Auch Journalisten, die über den Vorfall berichteten, mussten mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Veronika Schachowa, zu jener Zeit Redakteurin beim Lokalblatt „Serkalo“ („Spiegel“), erfuhr das am eigenen Leib. Die Redaktion von Serkalo berichtete als erste von den massenhaften Übergriffen. Sie wurde aktiv, nachdem erste besorgte Anrufe aus der Bevölkerung in der Redaktion eingingen, was denn überhaupt los sei.

„Wir haben dann natürlich auch nachgeforscht. Bei den offiziellen Stellen, z.B. hieß es: Es ist alles ruhig. Keine besonderen Vorkommnisse. Ich rief dann spät abends an und mir wurde mitgeteilt, dass eine OMON-Einheit angereist sei, die eine prophylaktische Maßnahme durchführe. Womit das zusammenhänge, wollte niemand kommentieren. Der Verwaltungschef wollte sich überhaupt nicht mit mir oder meinen Journalisten treffen. Dazu gebe es keinen Grund“³⁷², berichtet Schachowa über die Informationssperre der Obrigkeit zu Beginn der Ereignisse.

Da aber die OMON-Einheiten ganz in der Nähe der Redaktion die Menschen zusammentrieben, versuchte ein Korrespondent zu fotografieren, was ihm aber sofort von einem herbeieilenden Maskierten untersagt wurde. Der offensichtliche

³⁷¹ Stanislaw Markelow im Interview mit dem Autoren, 25.10.2005.

³⁷² Veronika Schachowa im Interview mit dem Autoren, 25.10.2005.

Widerspruch zwischen den offiziellen Aussagen und dem tatsächlichen Geschehen war so groß, dass sich die Redaktion entschied, über die Ereignisse zu berichten. Die Journalisten waren sich des Drucks und der Gefahr bewusst, als sie die Nummer herausbrachten.

„Es war natürlich anders als gewöhnlich. Wir haben z.B. die Disketten sofort beseitigt, als wir die Nummer geschrieben hatten. Die Zeitung, die gewöhnlich kostenpflichtig ist, haben wir an dem Tag gratis verteilt. Wir haben die Nummer im Auto ausgefahren und dann schnell, bevor es jemand mitkriegen konnte, die Zeitung ausgeladen. Wir hatten ein bisschen Angst“³⁷³, berichtet Schachowa.

Die Konsequenzen wurden schnell deutlich: Die zu jener Zeit etwa seit einem Jahr bestehende Wochenzeitung bekam große Schwierigkeiten. So wurde sie nach dem Ereignis nur noch einmal monatlich herausgegeben, später dann in noch unregelmäßigeren Abständen. Nach dem Erscheinen der unliebsamen Ausgabe musste sich die Zeitung nämlich eine neue Druckerei außerhalb Baschkortostans suchen. „Die Druckerei, die uns bislang druckte, sagte: „Tut uns leid, die Maschinen sind kaputt gegangen“. Bei allen anderen war es genauso.“

Als „Serkalo“ schließlich im Gebiet Tscheljabinsk auf der anderen Seite des Urals eine neue Druckerei fand, ging im Februar eine Klage des Innenministeriums gegen das Blatt ein.

„Sie verklagten uns wegen Verletzung der Würde und Verunglimpfung der Reputation. Sie forderten eine Gegendarstellung und eine moralische Entschädigung in Höhe von einer Mio. Rubel. Drei Zeitungen wurden verklagt, „Serkalo“ „Otetschestwo“ und die Moskauer „Nowaja Gaseta“.

Ab März mischten sich dann die Zeitungsgründer in die Redaktionspolitik ein, forderten die Artikel vorher zu kontrollieren. Bis dahin hatte sie das zufrieden gestellt, was die Redaktion lieferte“³⁷⁴, berichtet Schachowa über den weiteren Verlauf des Konflikts. Drei Millionen Rubel entsprechen nicht ganz 100.000 Euro – eine erhebliche Summe für ein Lokalblatt. Da Schachowa sich aber weiter in dem Fall engagierte und sich öffentlich für die Opfer des Polizei-Pogroms einsetzte, stellten sie die Eigner des Blattes vor die Wahl: Sie sollte entweder ihre Tätigkeit als Bürgerrechtlerin völlig aufgeben und die Ereignisse des Dezember 2004 auch publizistisch nicht weiter beleuchten oder sich eine andere Stelle suchen. Schachowa

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ Ebd.

kündigte nach diesem Gespräch. Eine neue Anstellung fand sie in Baschkirien nicht – nicht einmal in ihrem eigentlichen Lehrerberuf, den sie vor ihrer Journalistentätigkeit ausgeübt hatte. Sie hat praktisch Berufsverbot in Baschkortostan erhalten.

Dass sich andererseits aber auch zumindest einige der Verantwortlichen für die Ausschreitungen der Polizei vor Gericht rechtfertigen müssen, ist zumindest ein kleiner Erfolg Schachowas und der Beweis, dass auch in Baschkortostan die Medien über einen gewissen Grad an Einfluss verfügen. Die Publikationen einer kleinen Lokalzeitung hatten natürlich wenig Einfluss auf das Handeln der Obrigkeit und die Affäre wäre wohl im Sand versickert. Dass der Skandal dennoch nach und nach publik wurde, hat verschiedene Ursachen. Einmal gelangte ein Exemplar der Zeitung nach Moskau. Dort nahmen sich Bürgerrechtler der Sache an und schlugen Alarm. Die bekannte Moskauer Journalistin Anna Politkowskaja reiste nach Baschkortostan, um dort für die „Nowaja Gaseta“ zu recherchieren. Ihre Beiträge fanden lauten Anklang in der Öffentlichkeit und wurden unter anderem von der baschkirischen Oppositionszeitung „Otetschestwo“ nachgedruckt.

Zum anderen wurden auch baschkirische Journalisten auf den Skandal aufmerksam: „Von Blagoweschtschensk erfuhren wir durch ein Internetforum. Auf einem der Foren in Ufa tauchte diese Information so um den 14. Dezember auf. Die Ereignisse selbst liefen ja vom 10. - 14. Dezember. Wir haben das selbstverständlich überprüft. Da die Information auf dem Forum der Komsomolskaja Prawda auftauchte, habe ich dort angerufen und wir haben dann über sie versucht, die Information zu verifizieren. Wir schickten einen Brief im Namen der „KP“ an das Innenministerium mit der Bitte, diese Mitteilung entweder zu bestätigen oder zu dementieren. Doch als Antwort bekamen wir weder ein ja noch ein nein. Das dort eine Operation stattfand, haben sie zu dem Zeitpunkt noch nicht mitgeteilt. Das erste Mal haben sie das am 24. Dezember, also 10 Tage später zugegeben. Als der Pressedienst des Innenministeriums mitbekam, dass es eine undichte Stelle gibt und die Info so oder so nicht länger geheim gehalten werden kann, gaben sie die Info selbst heraus“³⁷⁵, berichtet der Regionalkorrespondent der russlandweiten Nachrichtenagentur Regnum, Artjom Alijew.

Alijew war einer derjenigen Journalisten, die sich am intensivsten mit dem Fall Blagoweschtschensk befassten. Während viele seiner Kollegen schwiegen oder

³⁷⁵ Artjom Alijew im Interview mit dem Autoren, 01.11.2005.

einseitig den Standpunkt der Obrigkeit wiedergaben, versuchte Alijew zu erfahren, was dort geschah, um dann darüber zu berichten. Dabei ist ein Wandel in seiner Berichterstattung festzustellen. Waren anfangs allein offizielle Quellen Motivation für den Bericht, so bezog Alijew bereits einige Tage später in seine Berichte die Aussagen von Bürgerrechtlern und Opfern des Exzesses ein. Dies spiegelt sich auch in der Art der Berichterstattung wider. Der erste Artikel, der sich den Vorgängen in Blagoweschtschensk widmet, erschien am 23. Dezember und berichtet über den Angriff auf eine Polizeipatrouille. Zu dem Zeitpunkt war auch die anschließende „Prophylaxe-Maßnahme“ der Polizei bereits neun Tage her. Am 27. Dezember berichtete Regnum dann erstmals über den Polizei-Einsatz. Im Artikel „Das Innenministerium der Republik Baschkortostan gibt die Durchführung prophylaktischer Maßnahmen in Blagoweschtschensk zu“ ist eine positive Bewertung der Polizei-Aktion deutlich spürbar:

„Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass in den drei Tagen, in denen die prophylaktische Maßnahme in Blagoweschtschensk durchgeführt wurde, 280 Personen zur Verantwortung gezogen wurden, im Allgemeinen wegen der Störung der öffentlichen Ordnung in betrunkenem Zustand. In der gleichen Zeit wurden 6 zuvor begangene, ernsthafte Verbrechen aufgeklärt und 2 Personen festgenommen, die landesweit gesucht wurden.“³⁷⁶

Die Informationen zu dem Artikel stammen allein aus der Pressestelle des baschkirischen Innenministeriums. Einen Tag später werden dann die Schattenseiten des Einsatzes aufgezeigt: „Wir erinnern daran, dass es bei der Durchführung „allgemein prophylaktischer Maßnahmen“ durch Angehörige von OMON und Miliz zu zahlreichen unmotivierten Verhaftungen, Erniedrigungen und handgreiflichen Übergriffen kam.“³⁷⁷

Wenige Tage später spricht Alijew dann bereits in der Überschrift von „Ausschreitungen der Miliz“³⁷⁸ Nur wenige baschkirische Journalisten vollzogen diesen Wandel von der reinen Darstellung des offiziellen Standpunkts zu einer umfassenden Darstellung der Ereignisse.

Schließlich musste sich sogar Rachimow zu den Vorfällen äußern. Mehr als zwei Monate hatte er versucht, diese für ihn unangenehme Geschichte auszusitzen. Im Februar dann sagte er endlich etwas zu den Vorfällen und fand einen

³⁷⁶ Alijew, Artjom, 27.12.2004. In: www.regnum.ru

³⁷⁷ Alijew, Artjom, 28.12.2004. In: www.regnum.ru

³⁷⁸ Alijew, Artjom, 31.12.2004. In: www.regnum.ru

überraschenden Schuldigen: die Medien. Den Journalisten warf er vor, die Geschichte aufgebauscht zu haben. Sein Pressesekretär versuchte dies später zu rechtfertigen: „Was sagte Rachimow weiter: „Ich glaube, dass die Geschichte wohl tatsächlich zu stark aufgebauscht wurde“, aber das kann man auch nicht bestreiten. Diese Ereignisse fanden ungefähr im gleichen Zeitraum wie Beslan statt und wir haben beobachtet, wie die Medien diese Ereignisse beleuchteten. Dabei fiel auf, dass über die Ereignisse von Blagoweschtschensk mehr berichtet wurde, als über Beslan. Aber in Blagoweschtschensk wurde eine Person ernsthaft verletzt – das ist verabscheuenswert, das ist schrecklich, das muss untersucht werden – und in Beslan starben Hunderte Kinder.“³⁷⁹ Die Resultate des angeblich von der Administration durchgeführten Medienmonitorings müssen stark bezweifelt werden. In Moskau beschäftigte sich eigentlich nur die „Nowaja Gaseta“ ernsthaft mit den Vorfällen von Blagoweschtschensk. Einzelne Meldungen tauchten bei den Internetzeitungen newsru und gazeta.ru auf, aber im Großen und Ganzen ignorierten die Moskauer Tageszeitungen den Skandal weitgehend. Dies liegt auch daran, dass die Blätter, obwohl sie einen gesamtnationalen Anspruch haben, den Großteil ihrer Leser in Moskau finden. Ereignisse, die 1.500 Kilometer weit weg von der russischen Hauptstadt stattfinden, werden daher nur am Rande betrachtet. Die offiziellen baschkirischen Zeitungen befinden sich jedoch, wie bereits ausgeführt, unter vollständiger Kontrolle der Administration und hatten darum kein gesteigertes Interesse daran, den Vorfall und den anschließenden Prozess näher zu beleuchten. Insofern muss die Einschätzung von Mursagulow als falsch zurückgewiesen werden. Das belegt auch die Aussage des Opferanwalts Markelow, der während des Prozesses keine besondere Aufmerksamkeit der Medien registrierte: „In den Medien wird dieser Prozess kaum betrachtet. Ich kann ein Bsp. bringen: Als heraus kam, dass ein Filtrationspunkt eingerichtet wurde, interessierte das in erster Linie die Journalisten der „Nowaja Gaseta“ und die westliche Presse. Ich habe das Gefühl, dass der „Stern“ oder ein kanadischer Verlag, ich habe den Namen vergessen, sich deutlich mehr für diese Maßnahmen interessieren, als diejenigen, die es betrifft.“³⁸⁰

³⁷⁹ Rostislaw Mursagulow im Interview mit dem Autoren, 08.11.2005.

³⁸⁰ Stanislaw Markelow im Interview mit dem Autoren, 25.10.2005.

7.3.7. Die Opposition

Die autoritäre Führung in Baschkortostan hat eine radikale Opposition hervorgerufen. So scheint die Einschätzung von Oleg Panfilow, dass die Opposition in der Republik keine konstruktive Kritik übe, sondern allenfalls populistische Losungen verbreite³⁸¹, zumindest teilweise berechtigt.

„Vor uns haben wir ambitionierte Graueit. Das heißt die schlechteste Variante eines Führers. Dann tritt an die Stelle von echtem Respekt erniedrigende Unterwürfigkeit, anstelle echter Arbeit theatrale Dekoration, anstelle ökonomisch professioneller, humaner und gesetzestreuer Obrigkeit Beamtenilletantismus, Starrköpfigkeit und Willkür sowie der hündische Instinkt, niemanden auf sein Territorium zu lassen“³⁸², kritisiert z.B. die Zeitung „Rossiski Obosrewatjel“ im Wahlkampf 2003 und legt dabei wenig Wert auf politische Korrektheit in ihrer Ausdrucksweise. Rachimow, der sich (wohl zu Recht) beleidigt fühlte, beschwerte sich beim Journalistenverband in Moskau und dieser kritisierte, dass der Wahlkampfartikel tatsächlich bei der Wahl der Begrifflichkeiten über das Ziel hinausgeschossen sei. Wie an diesem Artikel erkennbar ist, wurde auf beiden Seiten „scharf geschossen“.

Auf Flugblättern, die massenhaft in den Briefkästen der Hauptstädter landeten, wurden alle offiziellen Kandidaten, die sich um einen Sitz im Stadtparlament von Ufa bemühten, pauschal als Marionetten bezeichnet, die ein Puppenspieler in einem „schändlichen Reigen“ führe.

Doch das größte Problem der Opposition und ihrer Medien liegt nicht einmal in der unsachlichen Auseinandersetzung mit der Republikführung. Viel gravierender ist der Mangel, dass in vielen Fällen kein eigenes Konzept der Opposition zu erkennen ist. Es geht hier nicht um die Unterstützung für einen Gegenkandidaten des Präsidenten, denn da inzwischen der Präsident nicht mehr vom Volk, sondern von Putin gewählt wird, hat die gegenwärtige Opposition in Baschkirien auf dessen Wahl wenig Einfluss und ist sich dessen auch bewusst. Es geht um Inhalte, die es zu vermitteln gilt, doch genau darin liegt das Problem der Opposition.

Die Rachimow-Kritiker wissen sehr gut, was – oder vielmehr wen – sie nicht wollen, aber was sie wollen, das wissen sie entweder selbst nicht oder geben es nicht zu erkennen. Es ist auch viel einfacher, die Fehler eines anderen zu erkennen und zu

³⁸¹ Oleg Panfilow im Interview mit dem Autoren, 07.02.2006.

³⁸² Raskatow, Igor, 07.10.2003, zitiert nach Tschelyschow, Witali, 3/2004: S. 18.

kritisieren, als selbst eine sinnvolle Alternative aufzuzeigen. Dies wäre aber auch die Aufgabe kritischer Medien.

Ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht, sollte eigentlich die Zeitung „Sa mestnoje samouprawlenije“ sein. Ins Deutsche übersetzt bedeutet der Titel: „Für lokale Selbstverwaltung“.

„Schon der Name der Zeitung ist ein Aufruf an die Bevölkerung, dafür zu kämpfen, besser zu leben. Die Aufgabe unserer Zeitung besteht darin mittels Agitation und Propaganda den Menschen zu erklären, was das für eine neue Form der Volksherrschaft ist und die Bürger dazu anzuregen, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen“³⁸³, erklärt Redakteur Robert Sagrejew das Ziel des Blattes. Leider bleibt auch diese Zeitung viel zu oft im Ansatz stecken und widmet sich eher der Aufdeckung echter oder angeblicher Skandale der Stadtverwaltung als der Erklärung, was die Wahl des Bürgermeisters an der Korruption ändern könne. Das liegt unter anderem daran, dass es keine wirtschaftlich unabhängige Presse in der Region gibt. Die Oppositionsblätter sind also auf finanzielle Unterstützung von Geschäftsleuten angewiesen, die ein Interesse an der Destabilisierung des Systems Rachimow haben.

Dazu gehört in erster Linie der tatarischstämmige Geschäftsmann Ramil Bignow. Nach dem Abschluss des Instituts für Ölindustrie in Ufa machte er zu Sowjetzeiten Karriere in der Bauindustrie. Später kam er dann als Bankier zu Reichtum. Die Tageszeitung „MK w Ufe“ machte sich deshalb über seine revolutionären Ansichten lustig: „Mit unbedecktem Haupt und in Lederjacke war Ramil Imamagsamowitsch ganz offensichtlich stolz über das revolutionäre Aussehen eines Sturmvogels. Und möglicherweise konnte er den einen oder anderen mit seinen Schreien, dass die Rentner würdig leben sollen, in die Irre führen. Es ist allerdings sehr schwer, sich einen Volkshelden mit einem Berg an Privatvermögen, das in die Millionen geht, vorzustellen“³⁸⁴

³⁸³ Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005.

³⁸⁴ Galiullin, Ildar, 06.04.2005.

7.4. Das Verhältnis zwischen Medien und Business

7.4.1. Die wirtschaftliche Situation Baschkortostans

Baschkortostan ist eines der wirtschaftlich am besten aufgestellten Subjekte in der Russischen Föderation. Der Reichtum der Republik sind seine Rohstoffe, vor allem das in den 30er Jahren entdeckte Öl, daneben auch reiche Sodavorkommen in der Gegend von Sterlitamak. Baschkortostans Ökonomie ist daher vor allem von der Ölindustrie geprägt. Städtenamen wie Neftekamsk (Neft = russ. für Öl) vermitteln einen Eindruck davon, welche Bedeutung der Rohstoff für die Region hat. Zum einen gibt es in der Republik bedeutende Ölvorkommen, die gefördert werden. Zum anderen gibt es in Baschkortostan das wohl größte Netz ölverarbeitender Betriebe und Raffinerien in ganz Russland, ja ganz Europa. Die vier größten, zur Holding „Baschneftechim“ zusammengefassten Raffinerien verarbeiteten im ersten Vierteljahr 2006 nach Angaben des russischen Wirtschaftsministeriums 4,57 Mio. Tonnen Öl. Trotz dieser Zahlen sind ausländische Investitionen in die Regionen eher eine Seltenheit. 75 Mio. USD wurden im ersten Halbjahr in Baschkortostan von ausländischen Unternehmern investiert, das etwa gleich große Tatarstan bekam hingegen 440 Mio. USD.³⁸⁵

Dies hat seinen Grund. Wenn schon für Russland gilt, dass Politik und Wirtschaft eng miteinander verflochten sind, so gilt dies für Baschkortostan umso mehr. Der Rachimow-Clan hatte zu Beginn des neuen Jahrtausends die Ölindustrie der russischen Teilrepublik faktisch usurpiert. Nicht umsonst tritt ausgerechnet die Präsidentialadministration als einer der Sponsoren des regionalen Journalistenwettbewerbs „Wirtschaft Baschkortostans – Auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung“ auf.

Wenn Rachimows Pressesekretär Mursagulow behauptet, dass es keine Übernahmeschlachten in der Republik gegeben habe und dies „teilweise auch dank der staatlichen Kontrolle über die Medien“³⁸⁶, so ist dies wohl nur die halbe Wahrheit. In erster Linie ist die geräuschlose Unterordnung der Petroleumindustrie dem Umstand zu verdanken, dass Rachimow selbst aus der Ölbranche stammte. Er war Direktor des Ufaer Ölverarbeitungswerks, bevor er in die Politik wechselte. Nutzte er

³⁸⁵ Angaben nach dem Russischen Statistikamt, aufgeführt in den Russlandanalysen 67/05: S. 8.

³⁸⁶ Rostislaw Mursagulow im Interview mit dem Autoren, 08.11.2005.

anfangs die Unterstützung der Öllobby, um seinen politischen Aufstieg abzusichern, gebrauchte er später seine politische Macht, um die Ölkonzerne unter seine Kontrolle zu bekommen.

So wurden in den 90er Jahren die vier größten Ölverarbeitungsbetriebe Ufas renationalisiert. In einem ersten Schritt handelte die Führung in Ufa mit Moskau aus, dass 51 Prozent der Aktien ihr zustanden. Der Kreml war auf die Steuergelder der Ölindustrie in Baschkortostan angewiesen und wich dem Konflikt aus. So gestand Jelzin der Republikführung die Aktienmehrheit an den Unternehmen zu. Danach erhöhte Rachimow seine Anteile gar auf 90 Prozent. Das Schema dazu war relativ einfach: Die gegenüber dem regionalen Haushalt verschuldeten Betriebe wurden dazu gezwungen, zusätzliche Aktien auszugeben, um ihre Schulden zu begleichen. Diese Papiere wurden von den Steuerbehörden zum Nennwert mit den Schulden verrechnet. So brachte Rachimow elegant und kostengünstig den gesamten Erdölverarbeitungssektor unter seine Kontrolle. Hinzu kam noch ein staatlicher Anteil am größten Erdölförderer der Region, Baschneft, in Höhe von 67,9 Prozent. Mit der Gründung der Holding „Baschkirskaja Topliwnaja Kompanija“, die den gesamten staatlichen Energie- und Brennstoffsektor der Republik integrierte, war die Unterordnung des Ölbusiness unter Rachimows Kontrolle abgeschlossen, denn die Leitung der neuen Holding übernahm dessen Sohn Ural Rachimow.³⁸⁷

Kurz vor den Wahlen 2003 wurde durch einen Erlass Rachimows sr. ein Großteil der zusammengefassten Unternehmen teilprivatisiert. Die Aktien kaufte die Gesellschaft „Baschkirski Kapital“, die von Rachimow jr. kontrolliert wird. Nach den Wahlen änderte sich allerdings das Machtverhältnis in der baschkirischen Wirtschaft ein wenig.

Der Kreml verlangte für seine Einmischung in den Wahlkampf, bei dem Weremejenko zur Aufgabe bewegt wurde, als Gegenleistung Zugang zu den baschkirischen Ölfirmen. Der russische Journalist Waleri Somow hat eine leicht abweichende Version zu diesem Prozess:

„Gekonnt PR-Technologien und administrative Ressourcen nutzend, machte das föderale Zentrum seinen Kandidaten, den Unternehmer und Mäzen aus Baschkirien, Sergej Weremejenko, zum Leader des Präsidentschaftsrennens. Allem Anschein nach, hat Rachimow sr. unter diesen Umständen Moskau versprochen, „Gazprom“ Zugang zu baschkirischen Brennstoff-Aktiva zu gewähren. Sofort danach „verlor“ der

³⁸⁷ Vgl. Grävingholt, Jörn, 2002: S. 178 – 179.

Kandidat Weremejenko sein Interesse am Präsidentensessel und lehnte eine Teilnahme am zweiten Wahlgang ab³⁸⁸

Diese Erklärung würde bedeuten, dass Weremejenko eine reine Marionette des Kremls gewesen ist, was zwar möglich, aber unwahrscheinlich ist. Eher ist zu vermuten, dass der Kreml die Gunst der Stunde nutzte, als sich Weremejenkos Siegchancen abzeichneten und den erfolgreichen Kandidaten daran erinnerte, was mit zu ehrgeizigen Geschäftsleuten in Russland passieren kann.

Ganz erfüllte Rachimow nach dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen seine Versprechungen gegenüber dem Kreml allerdings nicht. Dies lag auch daran, dass sich sein Sohn Ural entschieden einer Enteignung widersetzte. Es kam zum offenen Konflikt zwischen den beiden, der damit endete, dass Vater Rachimow alle Berater seines Sohnes aus den Ämtern bei den Ölfirmen entfernen ließ. Nur seinen eigenen Sprössling rührte er dabei nicht an. Dieser sitzt immer noch im Chefsessel der großen Ölgesellschaft Baschneft.

Immerhin kam es vorübergehend zu einer Einigung zwischen Ufa und Moskau und sieben Unternehmen wurden an die Moskauer Holding „AfK Systema“ verkauft. Da „Baschkirski Kapital“ freilich immer noch die Mehrheit an den wichtigsten Ölbetrieben der Region hält, sind die Beziehungen zwischen Ufa und Moskau weiterhin gespannt.

7.4.2. Medien als Business

Die relativ gute Wirtschaftslage der Republik bietet dem Medienbusiness eigentlich hervorragende Ausgangsbedingungen. Es ist genügend Geld im Umlauf, um mittels Reklame und guten Absatzzahlen seinen Lebensunterhalt als Print- oder elektronisches Medium zu sichern. Umso erstaunlicher ist die niedrige Taxierung der Region durch Russlands größte Reklameagentur Video International. Die Experten schätzten den Reklamemarkt für Medien in der baschkirischen Hauptstadt Ufa auf zwölf Millionen USD (2004) Umsatz³⁸⁹. Selbst wenn sie dem Markt überdurchschnittliche Wachstumschancen nachsagten, stellen die blanken Zahlen der Medienlandschaft ein Armutszeugnis aus. Der Umsatz in der Millionenmetropole Ufa ist damit nämlich um über eine Million USD schwächer als in Krasnodar, das deutlich kleiner ist als Ufa.

³⁸⁸ Somow, Waleri, 27.06.2006. In: <http://www.wek.ru/politic/1443/>

³⁸⁹ Rantschina, Xenia, 04.02.2005. In: www.mediaguide.ru

Für dieses Phänomen gibt es mehrere Erklärungsversuche. Eine Version geht dahin, dass sich in Baschkortostan bis heute das marktwirtschaftliche System nicht vollständig durchgesetzt hat. Die größten Ölbetriebe sind allesamt staatlich, die meisten Medien sind es auch – auf beiden Seiten gibt es daher kaum ein Bedürfnis an Reklame.

Besonders trübe sieht es auf dem Fernsehmarkt aus. Lediglich einen regionalen Privatanbieter gibt es in Ufa. In der baschkirischen Hauptstadt sind etwas mehr als zehn Sender zu empfangen (Kabelsender nicht mitgerechnet). Die meisten von ihnen sind föderale Sender, wie „1.Kanal“, NTW oder Ren-TV. Einige von ihnen haben in ihr Netzwerk regionale Anbieter eingeschlossen, die ein bestimmtes Zeitfenster mit Programm füllen. Das sind für den Moskauer Sender TWZ die TV-Gesellschaft „Wsja Ufa“ („Ganz Ufa“), für TNT „Nowy Telekanal – Ufa“ sowie für den Sender „Rossia“ die örtliche Abteilung der staatlichen Sendeanstalt WGTRK „RTR Baschkortostan“. Hinzu kommt der reine Regionalsender BST, der aber praktisch ein Zwilling von „RTR Baschkortostan“ ist. Beide sind staatlich und praktisch völlig von der Administration kontrolliert. Selbst das Personal ist das gleiche. Auch die TV-Gesellschaft „Wsja Ufa“ wird aus dem Budget finanziert – in diesem Fall aus dem städtischen.

Mit Einschränkungen kann lediglich der Sender „Nowy Telekanal – Ufa“ als kommerzieller Lokalsender bezeichnet werden³⁹⁰. Die Relativierung ist notwendig, da der Netzbetreiber TNT im Eigentum der mehrheitlich staatlichen Gazprom AG ist und der Gasmonopolist seine Sender u.a. mit erhöhten Werbepreisen für Reklame finanziert.

Dessen ungeachtet ist der Generaldirektor von „Nowy Telekanal – Ufa“, Wassili Tretjakow, ein Profi im Medienbusiness. Er hat Erfahrung beim Aufbau eines kommerziellen Senders in der südrussischen Region Rostow gesammelt. Den Reklame- und TV-Markt in Ufa kritisiert er scharf als zurückgeblieben.

„Der potenzielle TV-Markt Ufas sollte 1,2 Mio. USD im Monat betragen, das sind zwischen 30 – 36 Mio. Rubel. Andererseits zeigen Umfragen und indirekte Einschätzungen, dass der örtliche TV-Markt irgendwo zwischen 8 – 12 Mio. Rubel im Monat ausmacht. Das sind 3 – 4(!) mal weniger als er einbringen soll. Diese Zahlen bestätigen noch einmal, entschuldigen Sie den groben Ausdruck, die Armseligkeit

³⁹⁰ Im April 2006 wurde zwar feierlich der Sender STS-Ufa eingeweiht, doch mit der Ausstrahlung eines eigenen Programmes will Generaldirektor Asamt Chuschachmetow erst in ein zwei Jahren. Vgl. Retschister, Wjatscheslaw, 21.04.2006. In: http://02.rosfirm.ru/companies_news/analytic?news_id=71936

des Ufaer TV-Markts.“³⁹¹

Tatsächlich ist er damit etwa nur halb so groß wie der der tatarischen Hauptstadt Kasan, die sich geradezu als Vergleichsobjekt anbietet, da beide Metropolen etwa gleich groß sind, geographisch dicht beieinander liegen und Hauptstadtstatus einer rohstoffreichen Republik haben. Doch sowohl in der Anzahl der TV-Stationen (privat wie auch in der Gesamtzahl) als auch bei den Einnahmen aus Reklamegeldern hinkt Ufa weit zurück.

Eine weitere Besonderheit des baschkirischen Reklamemarkts ist der relativ hohe Anteil von Presse und Radio am Reklamemarkt. Tretjakows Angaben zu Folge kommen Radiosender in der Region etwa auf die gleichen Werbeeinnahmen wie das Fernsehen³⁹² – eine wohl unikale Erscheinung in Russland. Freilich trägt auch der „Nowy Telekanal – Ufa“ nicht zu einer Explosion des Werbemarktes für das Fernsehen bei. Mit einem Zuschaueranteil von 6,5 Prozent (7,3% in der Prime Time) nimmt die Senderkoalition TNT/Nowy Telekanal – Ufa keine herausgehobene Stellung im System ein. Der Regionalsender hält sich damit gerade einmal über Wasser. Mit solchen Giganten wie „Efir“, die der Geschäftsmann Andrej Grigorjew im benachbarten Tatarstan aufgebaut hat und den bis zu 27 Prozent der Bevölkerung von Kasan schauen³⁹³, lässt er sich bei weitem nicht vergleichen.

In der gesamten Republik gibt es faktisch nur einen Privatsender, der relativ unabhängig arbeiten kann. Das ist ART-TV aus der nordwestbaschkirischen Großstadt Neftekamsk.³⁹⁴ Der Direktor des Senders Andrej Marin, ein Russe, war in den USA, um die Besonderheiten eines Lokalsenders zu studieren. Seine Erkenntnisse halfen ihm beim Aufbau des 1995 von ihm gegründeten Senders. Es ist ein bescheidenes Erfolgsmodell. Auch Marin kann sich kein Vollprogramm leisten und teilt sich die Frequenz mit dem Moskauer Sender Ren-TV. Selbständig bringt ART-TV die Nachrichtensendung „Gorod“ („Stadt“), eine Morgensendung und das Info- und Analyseprogramm „Dialog“ heraus.

Auf dem Zeitungsmarkt hingegen gibt es weitere finanzielle Erfolgsmodelle. Freilich hat auch hier Baschkortostan in den letzten Jahren seine Spitzenposition bei den

³⁹¹ Tretjakow, Wassili, 2005. In: <http://www.tntufa.ru/print/ratings1-5002.html>

³⁹² Ebd.

³⁹³ Andrej Grigorjew ist der Besitzer eines regionalen Medienholding, in die neben dem TV-Sender „Efir“ auch die Radiosender „Chanson“ und „Dynamit FM“, die Zeitungen „MK w Tatarstane“ und „Wostotschny Express“ sowie ein Anteil an der tatarischen Filiale des Senders STS einfließen. Vgl. dazu Mansilla-Cruz, Alexander, 27.09.2004: S. 36 – 44.

³⁹⁴ Angaben nach Irina Jermischanowa, 10.08.2006.

Abonnentenzahlen pro Kopf an das benachbarte Tatarstan abgeben müssen. Der Journalistenverband Russlands begründet dies mit fehlender Marktwirtschaft und Pressefreiheit. Bei ansonsten gleichen Bedingungen, d.h. einem hohen Niveau an Zuschüssen für die regionale Presse, einem relativ hohen Lebensniveau der Bevölkerung und einer Vielzahl an nationalsprachlichen Zeitungen ist in Tatarstan die Pressefreiheit deutlich höher. Zugleich „haben die Medienmärkte Tatarstans und Baschkortostans eine spiegelverkehrte Struktur: in Tatarstan ist der Umfang der Reklamegelder doppelt so hoch wie der Umfang der staatlichen Subventionen, in Baschkortostan ist es umgekehrt. Also zeigen die Marktmechanismen nach und nach ihre Überlegenheit“³⁹⁵, schlussfolgert der Verband.

Dies bedeutet, dass die hohen Subventionen der regionalen Medien diesen ein Leben ohne Reklame ermöglichen, während andererseits das geringe Niveau der Pressefreiheit die Medien als Reklameträger nicht übermäßig attraktiv macht. Das bedeutet nicht, dass es in Baschkortostan keine Medien gibt, die sich finanziell selbst tragen können. Freilich sind dies in erster Linie keine politischen Publikationsorgane, sondern Werbeblätter. Die drei größten in der Republik, „Eurasien“, „Kurier“ und „Extra in Baschkortostan“, haben eine Auflage von je 250.000 Exemplaren und werden kostenlos an die Haushalte vor allem Ufas, aber auch anderer Großstädte verteilt. Sie tragen sich allein durch Werbeeinnahmen. Die Blätter sind auf Grund ihrer hohen Auflage bei Werbekunden sehr begehrt, auch wenn viele potenzielle Leser sie ungesehen in den Papierkorb entsorgen. Der Nutzwert dieser Zeitungen beschränkt sich dabei nicht allein auf die Übermittlung von Werbeangeboten. Der Leser kommt in den Genuss zahlreicher weiterer Informationen. Er erfährt z.B. das Fernsehprogramm und öffentliche Bekanntmachungen. Service-Telefone sind angegeben und der eine oder andere Artikel über Personen des öffentlichen Lebens lockern die Werbekolonnen auf. Da die Herausgeber derartiger Zeitungen nicht an einem Konflikt interessiert sind, werden politische Themen dabei nicht berührt. Das ist und kann auch nicht Aufgabe kostenloser Werbezeitungen sein.

Als Printmedium mit (mehr oder weniger) politischer Berichterstattung weist die Komsomolskaja Prawda in Ufa finanzielle Unabhängigkeit auf. Mit einer Tagesauflage von 17.000 Exemplaren und einer Wochenaufgabe von etwa 70.000 Exemplaren verkauft sich das Boulevardblatt sehr gut. Dementsprechend hoch kann

³⁹⁵ Journalistenverband Russlands, 2005: S. 54.

die Marketingabteilung die Werbepreise ansetzen. Für eine Seite bei der Tagesausgabe verlangt sie 38.000 Rubel (über 1.100 Euro) für die dicke Wochenausgabe 69.000 Rubel (über 2.000 Euro). Dies sind die höchsten Reklamepreise für eine Regionalausgabe der Komsomolskaja Prawda im gesamten Wolga-Bezirk obwohl die Zeitung in den Gebieten Samara und Perm mehr Exemplare verkauft.³⁹⁶

Ein interessantes Projekt ist auch die Wochenzeitung „Meridian“ des Moskauer Geschäftsmanns Boris Giller. Der jetzige Besitzer des Verlagshauses „Provinzia“ hatte einst in Kasachstan ein großes Medienimperium aufgebaut, ehe er sich mit Präsident Nursultan Nasarbajew überwarf. Er siedelte nach Russland über und spezialisierte sich auf die Herausgabe von Zeitungen in der Provinz. In gesamt Russland beträgt die Auflage der 40 Regionalzeitungen etwa zwei Millionen Exemplare. Unter anderem gibt „Provinzia“ die Zeitungen „Krasnodarer Kurier“ und „Bernsteinkarawanne“ (Kaliningrad) heraus. Ein Großteil der Materialien kann von Moskau aus für den gesamten Pool der Regionalzeitungen produziert werden, was deutlich die Personalkosten senkt.

Der „Meridian“ in Baschkortostan wird in einer Auflagenstärke von 36.000 Exemplaren verlegt. Neben vielen Boulevardthemen finden sich auch ab und zu analytische Artikel, z.B. über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Faschismus in Russland und Baschkortostan.³⁹⁷ Die regionale Berichterstattung beschränkt sich freilich im Wesentlichen auf die Beantwortung von Leserbriefen, dem Fernsehprogramm und einigen bunten Geschichten. Kritik an der Führung in Ufa wird nicht geübt, um das Erscheinen des Blattes nicht in Frage zu stellen. Da der Stellenwert der politischen Berichterstattung wie in anderen Boulevardblättern auch eine untergeordnete Rolle spielt, fällt dies kaum auf.

7.4.3. Medien als Instrument im Geschäft

Daneben gibt es Zeitungen, die sich zwar finanziell selbst tragen, deren Konzept aber so bizarr anmutet, dass es schwer fällt, sie überhaupt als Medium einzuordnen. Dazu zählt u.a. die Monatszeitschrift „Djelowoi Mir“ („Geschäftswelt“) ein Blatt, das nur Reklame bringt. Im Gegensatz zu den offen so antizipierten kostenlosen

³⁹⁶ Zahlen nach den Angaben der Komsomolskaja Prawda.

³⁹⁷ Vgl. Pawlenkow, Sergej, 26.10.2005: S. 4 sowie Kornejew, Grigori ebd.

Werbeblättchen, ist die Reklame bei „Djelowoi Mir“ nicht als solche gekennzeichnet, sondern aufgemacht wie ein normaler Artikel.

Die Arbeit bei „Djelowoi Mir“ sei eine Mischung aus journalistischer und Marketingarbeit, sagte ein ehemaliger Mitarbeiter der Zeitung³⁹⁸. Die Zeitung schreibt über die Eröffnung von Fabriken und Werken und interviewt deren Direktoren. Für den Beitrag müssen die entsprechenden Unternehmen der Zeitung einen Festpreis pro Seite zahlen. Die Aufgabe der „Journalisten“ besteht darin, zuerst diese Direktoren anzusprechen und Verträge mit ihnen abzuschließen, um anschließend Artikel über das Unternehmen zu schreiben oder Interviews aufzuzeichnen – natürlich in enger Abstimmung und nach vorheriger Abnahme durch den Auftraggeber.

„Es gibt auch politische Themen, allerdings in der Form, dass Rachimow wieder mal irgendein Werk eröffnet oder eine Ausstellung besichtigt hat. Unsere Kunden sind daran interessiert, dass darüber geschrieben wird, wenn der Präsident bei Ihnen war.“³⁹⁹

Im Fall „Djelowoi Mir“ handelt es sich praktisch um ein klassisches PR-Instrument. Die Grenze zwischen Journalismus und Reklame kann nicht klar gezogen werden. Zwar ist allen Abonnenten des Blattes – die Zeitung wird kostenlos an alle Direktoren großer Betriebe verteilt – mehr oder weniger klar, dass es sich um bestellte Artikel handelt. Rein formal sind sie jedoch nicht als Werbung gekennzeichnet.

Diese Käuflichkeit der Presse mag zynisch wirken, ist für die beiden Eigentümerinnen des Blattes, die die Zeitung als Chefredakteurin und Finanzdirektorin auch leiten, aber finanziell so lukrativ, dass es keiner zusätzlichen Sponsorengelder bedarf, um die Zeitung am Leben zu erhalten. D.h. es steht kein Mäzen mit politischen Ambitionen hinter dem Blatt.

Anders sieht es mit den Stadt- und Kreiszeitungen aus, die im Besitz der Administration sind. Zwar behauptet der Redakteur der Wochenzeitschrift „Ufimskaja Nedelja“, Asat Faisejew, dass sich seine Zeitung selbst trage⁴⁰⁰, doch gibt es berechnete Zweifel an dieser Aussage. Möglicherweise gibt es keine direkten Finanzspritzen, dafür jedoch zahlreiche Vergünstigungen, wie z.B. die kostengünstige Unterbringung der Redaktion. Die Redaktionsräume befinden sich im

³⁹⁸ Im Interview mit dem Autoren, 18.10.2005. Der Interviewte bat um Anonymität. Name ist dem Autoren bekannt.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ Asat Faisejew im Interview mit dem Autoren, 20.10.2005.

zentralen „Haus der Presse“, dort wo die Mehrzahl der staatlichen Medien untergebracht ist. Die Redaktion ist mit fünf Angestellten relativ klein, d.h. für Gehaltszahlungen wird nicht allzu viel ausgegeben. Dies ist deshalb möglich, da ein Großteil der Materialien von der Pressestelle des Präsidenten geschrieben wird. Diese aber wird natürlich aus dem Budget finanziert.

Da in Baschkortostan stärker als in den restlichen Föderationssubjekten Russlands im Allgemeinen eine korporatistische Wirtschaft unter strikter Kontrolle des Staates (sprich der Regionalführung) entstanden ist, müssen staatliche Stellen in dem Sinne auch als wirtschaftliche Akteure betrachtet werden. Es drängt sich darüber hinaus der Verdacht auf, dass der Fluss der Werbegelder durch staatliche Stellen beeinflusst wird, d.h. dass mehrheitlich im Staatsbesitz befindliche Betriebe ihre Reklamegelder auf Anweisung der Republikspitze auch in municipale oder republikanische Medien investieren.

Freilich sind auch die Oppositionsmedien nicht unabhängig im eigentlichen Sinne. Der Chefredakteur von „Otetschestwo“, Sergej Kusnetzow, gibt das auch mehr oder weniger deutlich zu: „Regelmäßig kommen wir nicht heraus, nur wenn Geld da ist, ansonsten muss jeder sehen, wie er sich durchschlägt. Geld ist in bestimmten Situationen da, besonders natürlich vor Wahlen. Da finden sich dann viele Interessenten.“⁴⁰¹

Tatsächlich macht die enge Verquickung von Politik und Wirtschaft Medien für Geschäftsleute besonders dann interessant, wenn sich daraus politische Vorteile schlagen lassen. So versuchte der Bankier Rafis Kadyrow 1993, Arinin 1998 und Weremejenko 2003 Einfluss auf die oppositionellen Medien zu gewinnen, um die Chancen auf einen Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen zu erhöhen.

Zuletzt scheint der tatarischstämmige Geschäftsmann und Oppositionär Ramil Bignow sich mehr und mehr mediale Unterstützung zu sichern.

So haben die Zeitung „Für lokale Selbstverwaltung“ und die tatarischsprachige Zeitung „Chalyk Ichtyjar“ („Volkswille“) offiziell zwei völlig unterschiedliche Herausgeber. „Für lokale Selbstverwaltung“ wird von einem gleichnamigen Fonds herausgegeben, die tatarische Zeitung von der nationalen Kulturautonomie der Stadt Ufa. Doch beide Redaktionen sitzen im gleichen Haus, dass ihnen von Bignow zur Verfügung gestellt wird.

Auch für den Druck und den Vertrieb müssen Sponsorengelder herhalten. Weil diese

⁴⁰¹ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005.

nicht regelmäßig und immer in der gleichen Höhe fließen, kommt die Zeitung „Für lokale Selbstverwaltung nur unregelmäßig heraus. Auch die Auflage schwankt zwischen 5.000 – 200.000, wie der Redakteur Sagrejew zugibt.“⁴⁰²

Diese Abhängigkeit von Sponsorengeldern lässt auch eine ideelle Unabhängigkeit absurd erscheinen. Eine Wiederholung der Aussage Putins, dass die Medien zuerst einmal wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen müssen, ist hier daher durchaus angebracht. In Baschkortostan ist dies in den wenigsten Fällen so.

7.5. Soziale Lage der Journalisten

7.5.1. Soziales Umfeld, Milieu

Wie bereits dargestellt wurde, ist Baschkortostan eine der wirtschaftlich besser gestellten Regionen in Russland. Dies wirkt sich positiv auf die soziale Lage in der Republik aus. Der Durchschnittsverdienst der Bevölkerung liegt offiziell bei 4.153 Rubel (120 Euro – Stand 2003). Damit liegt Baschkortostan im Vergleich mit anderen russischen Regionen auf einem vorderen Platz, vor allem wenn man die russische Hauptstadt Moskau, die eine Sonderrolle spielt, in die Betrachtung nicht miteinbezieht. Hinzu kommt, dass der offizielle Verdienst in Russland in der Regel unter dem tatsächlichen liegt. Neben dem offiziellen Gehaltsscheck erhalten die meisten Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern eine weitere, nicht deklarierte Summe, die nicht versteuert wird. Doch innerhalb der Republik gibt es große Unterschiede im Gehaltsgefälle. Neben den ölfreudigen Regionen, die im relativen Wohlstand leben, gibt es Kreise, denen es deutlich weniger gut geht. So geht es z.B. dem Gebiet um Blagoweschtschensk, wo die soziale Lage angespannt ist.

„Ungleichmäßig ist der Reichtum unserer Bodenschätze verteilt. Einige Kreise unserer Republik sitzen buchstäblich auf dem Öl oder anderen Rohstofflagerstätten. Andere wiederum müssen sich mit den unendlichen Weiten des Landes begnügen. Die einen müssen nur verstehen, das richtig zu nutzen, was ihnen in die Hände gefallen ist, die anderen müssen ständig nach Wegen suchen, um zu überleben in der schwierigen Marktwirtschaft.“⁴⁰³

Landwirtschaft ist neben dem Abbau der Rohstoffe der am weitesten verbreitete

⁴⁰² Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005

⁴⁰³ Musina, Aigul, 44/2005: S. 7.

Wirtschaftszweig. Die Bevölkerung ist ländlich geprägt. Vor allem die Baschkiren wohnen auf dem Lande. Während in Ufa Russisch gesprochen wird und kaum einer der Bewohner überhaupt Baschkirisch oder Tatarisch beherrscht (erst ab September 2006 ist Baschkirisch Pflichtfach in allen Schulen der Republik), so sieht die Situation auf dem Lande anders aus.

Es gibt hochausgebildete Fachleute und Spezialisten in der Hauptstadt. Die UGATU (Staatliche Technische Universität für Luft- und Raumfahrttechnik) ist eine der besten Hochschulen im Land. Doch das Gros der Bevölkerung zeichnet sich nicht durch einen hohen Bildungsgrad aus. Dies wirkt sich auch auf die politische Aktivität der Masse aus. Oleg Panfilow umschrieb diese Apathie in drastischen Worten:

„Auf Baschkortostan trifft wohl der Spruch zu: In diesen Regionen muss man nicht die Führung, sondern die gesamte Bevölkerung auswechseln. Obrigkeit und Bevölkerung sind dort ein Ganzes. Eine autoritäre Führung und eine amorphe Bevölkerung, die überhaupt nichts tut.“⁴⁰⁴

Diese Apathie wurde u.a. bei den Wahlen deutlich. Wie sah die Reaktion der Bevölkerung aus, als 2003 nach dem ersten Wahlgang klar war, dass Rachimow betrogen hatte, dass der Amtsinhaber anschließend mit dem Kreml einen Deal aushandelte und sein Widersacher daher kampflös das Feld räumte?

Es gab keine Reaktion, keinen Aufschrei, kein großes Protestelektorat. Rachimow wurde mit deutlicher Mehrheit (78 Prozent) wiedergewählt. Wer nicht einverstanden war mit dem vorhersehbaren Ausgang der Abstimmung, blieb zu Hause.

Demokratietheoretiker stellen immer wieder gern die These auf, dass eine Verbesserung der Wirtschaftslage einher geht mit einer Erhöhung des Demokratisierungsgrades⁴⁰⁵. Baschkostostan ist der Beweis des Gegenteils.

Wirtschaftlich wesentlich besser gestellt als beispielsweise Kaliningrad, ist die Bevölkerung demokratischen Werten weitaus ferner als die in der russischen Exklave. Fern ist die Republik auch Europa und das nicht nur vom geographischen Standpunkt aus gesehen. Nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung fühlen sich in erster Linie als Europäer, das ist sogar weniger als im russischen Altai-Gebiet, obwohl dieses geographisch gesehen tatsächlich nicht zu Europa zählt.

Im Gegensatz dazu herrscht in Baschkortostan eine starke Identifizierung mit der eigenen Region. Über die Hälfte der Befragten sah sich in erster Linie als Bewohner

⁴⁰⁴ Oleg Panfilow im Interview mit dem Autoren, 07.02.2006.

⁴⁰⁵ Vgl. z.B. Lipset, Seymour Martin, 1960.

der Region (52,1%). Deutlich weniger empfinden sich in erster Linie als Russen (43,6%), obwohl auch hier der Prozentsatz über dem gesamtrussischen Mittel (40,6%) liegt.⁴⁰⁶ Dies hat auch Folgen für die soziale Beweglichkeit der Bevölkerung. Weit weg vom Moskauer Zentrum, mitten drin in der russischen Provinz, hört für einen Großteil der Bevölkerung die Welt an den Grenzen Baschkostostans auf. Interessant war die Antwort eines Interviewten auf die Frage, wie er den Stand der Pressefreiheit in Russland einschätze: „Darüber kann ich kaum urteilen, weil ich in Russland nicht lebe.“⁴⁰⁷

Dies zeigt den tatsächlichen Stand der Unabhängigkeit, den Rachimows Baschkortostan auch in den Augen seiner Bevölkerung von Moskau erlangt hat. Ein eigener Staat im Staate. Der aktivste Teil der Bevölkerung hat daher der Republik den Rücken gekehrt und versucht sein Glück in der Fremde, d.h. in erster Linie in der russischen Hauptstadt Moskau.

7.5.2. Journalistische Ausbildung, Selbstbild und Anspruch

Selbstbildnis und Anspruch an den eigenen Beruf prägen die Berichterstattung eines Journalisten ganz wesentlich. Die Fragen „Welche Aufgaben hat ein Journalist? Wie soll er arbeiten?“ beantwortet jeder Schreibende (oder Sendende) für sich ganz individuell. Dennoch können die Antworten auf eine solche Frage auch Aufschlüsse über den Gesamtzustand der Journalistik innerhalb eines Mediums oder einer Region geben. Daher ist hier einmal beispielhaft im Dialog die Aussage des Redakteurs der städtischen Wochenzeitung „Ufimskaja Nedelja“ aufgeführt auf die Frage, worin die eigentliche Aufgabe des Journalisten besteht:

„Faisejew: Der Journalist soll beleuchten, er soll den Menschen Informationen liefern. Nach Möglichkeit soll diese Information ehrlich sein.

Ballin: Nach Möglichkeit?

Faisejew: Nach Möglichkeit. Jede Zeitung hat einen Gründer und andere Personen. Nicht immer kann der Journalist schreiben, was er will. Das ist nicht nur in Baschkirien und Russland so, das gilt weltweit, glaube ich. Im Idealfall soll der Journalist natürlich... aber inwieweit das möglich ist...⁴⁰⁸

Dieser Gesprächsausschnitt veranschaulicht die Einstellung der meisten Journalisten

⁴⁰⁶ Zahlen einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung, 2005 entnommen.

⁴⁰⁷ Robert Sagrejew im Interview mit dem Autoren, 21.10.2005.

⁴⁰⁸ Asat Faisejew im Interview mit dem Autoren, 20.10.2005.

in der Region. Tatsächlich ist es nicht immer einfach, die Wahrheit zu berichten, besonders wenn sie unangenehm ist. Doch wenn Journalisten schon beim Beschreiben ihrer eigentlichen Aufgabe solche Ausflüchte machen, ist dies kein gutes Zeichen. Im Laufe des Gesprächs wurde offensichtlich, dass dieser Journalist, der darüber hinaus noch in verantwortlicher Position, d.h. auf einem Redakteursposten, saß, eigentlich immer den „Weg zur Hintertür“ suchte. Im gleichen Interview wurde Faisejew z.B. gefragt, wie denn seine Zeitung über die Abschaffung der Sozialvergünstigungen berichtet habe, die in ganz Russland und auch in Baschkortostan für Aufruhr in der Bevölkerung sorgten. Auch die Antwort auf diese Frage zeugt von einer übergroßen Vorsicht, genauer gesagt vor Konfliktscheu: „Wir sind sehr vorsichtig beim Publizieren solcher Sachen, weil die Verhältnisse nicht eindeutig sind. Tatsächlich gibt es keine Einheitlichkeit darüber in der Gesellschaft.“⁴⁰⁹

Es gab große Protestkundgebungen in Ufa und anderen baschkirischen Städten, doch die offiziellen Medien reagierten kaum auf die Ereignisse. Aus Angst vor persönlichen Konsequenzen zogen die meisten Korrespondenten und Redakteure es vor, die Vorfälle nicht näher zu beleuchten. Dies ist nur eines der Beispiele, das zeigt, dass in vielen Fällen die Zensur in Baschkortostan bereits durch Selbstzensur ersetzt wurde. Die russische Bürgerrechtlerin Ljudmilla Alexejewa verglich daher anlässlich eines Runden Tisches gar die örtliche Presse mit der Presse der Stalinzeit und fand keine Unterschiede: „Gäbe es in Baschkirien keine Bürgerrechtsorganisationen, würden wir nie erfahren, dass die Menschenrechte hier verletzt werden. Die örtliche Presse unterscheidet sich in keinsten Weise von den Zeitungen der Stalinzeit: Alle durcheinander loben Präsident Rachimow“.⁴¹⁰

Der Zustand der baschkirischen Presse wird selbst von den Kollegen aus Moskau kritisch beurteilt. Diese habe eine ihrer wichtigsten sozialen Funktionen eingebüßt, urteilt der Fonds zum Schutz von Glasnost. Dies lasten die Medienrechtler auch den baschkirischen Journalisten an:

„Bei den [...] befragten Journalisten staatlicher, kommunaler und merheitlich auch nichtstaatlicher Medien fehlt das Interesse, die Bürger über die reale wirtschaftliche, politische und soziale Situation in der Republik zu informieren. Sie stellt die Veröffentlichung des offiziellen Standpunkts auf diese oder andere Fragen völlig

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Ljudmilla Alexejewa, zitiert nach Zybankow, Waleri, 01.03.2003.

zufrieden, was faktisch Symptom ihrer professionellen und sozialen Degradierung ist.“⁴¹¹

Über ein markantes Beispiel, wie diese Selbstzensur sich auf die Berichterstattung auswirkt, berichtet Irina Jermischanowa, die in Neftekamsk ein Internews-Schulungsprojekt für TV-Journalisten und -direktoren durchführte: Bei der Fernsehgesellschaft „Wsja Ufa“ wollte die Nachrichtenchefin Irina Motorina einen Bericht über eine Lebensmittelvergiftung im Kindergarten bringen.

Programmdirektorin Gisel Ibragimowa verbot die Ausstrahlung des Beitrag mit der Begründung: „Unser Bürgermeister liebt Kinder über alle Maßen. Wenn wir jetzt diesen Bericht über die Lebensmittelvergiftung bringen, dann grämt er sich fürchterlich“. Es gab keine Order von oben, den Beitrag nicht zu zeigen, die Programmdirektorin versuchte von sich aus zu erraten, was der Stadtverwaltung recht sei.⁴¹²

Tatsächlich ist es der Republikführung durch das Zeigen einiger beispielhafter Vorfürungen – die Verhaftung des Radiojournalisten Altaf Galejew oder der Tod des Zeitungsredakteurs Firat Walejew seien hier erwähnt – gelungen, bei den übrigen Journalisten Angst zu erzeugen. Viele haben sich daher an eine stromlinienförmige Berichterstattung gewöhnt. Die Selbstzensur ist ein markantes Merkmal des baschkirischen Journalismus.

Nicht ganz unschuldig daran ist die Ausbildung zum Journalistenberuf in der Republik. Rachimow hat es verstanden, eine fast vollständig aus Vertretern seiner Nationalität bestehende Elite in Baschkortostan heranzuziehen. Da auch Journalisten mit einer potentiellen Macht ausgestattet sind, wird die Auswahl, wer Journalismus studieren darf und wer nicht, sehr sorgfältig getroffen. Die Russin Veronika Schachowa fiel durch das Raster:

„Auf die Journalistikfakultät konnte ich nicht. Man hat mir gleich gesagt: „Hier studieren nur Baschkiren“⁴¹³.

Offizielle Dokumente zur Reglementierung des Zugangs zur Journalistikfakultät gibt es natürlich nicht. Die Selektion erfolgt auf informeller Ebene. Russen und Tataren sind bei dieser Auswahl deutlich benachteiligt. Natürlich gibt es auch russische und tatarische Journalisten in der Republik. Die hochoffizielle Monatszeitschrift „Respublika Baschkortostan“ wird ja sowohl in russisch als auch in tatarisch

⁴¹¹ Gorewoi, Ruslan; Saweljew, Viktor, 2003: S. 175.

⁴¹² Irina Jermischanowa im Interview mit dem Autoren, 10.08.2006

⁴¹³ Veronika Schachowa im Interview mit dem Autoren, 25.10.2005.

herausgegeben. Zumindest für die tatarische Ausgabe sind also Muttersprachler, d.h. Tataren erforderlich. Doch die meisten nichtbaschkirischen Journalisten stammen entweder noch aus der Sowjetzeit oder sind Seiteneinsteiger. Auf den Chefposten der offiziellen Zeitungen sitzen in der Regel Baschkiren. Dabei ist Professionalismus nicht das Hauptkriterium für die Besetzung der Posten, sondern Loyalität gegenüber Rachimow.

Talentierte und anspruchsvolle Journalisten zieht es daher nach wie vor nach Moskau, wo sie mehr verdienen können und mehr Freiraum zur eigenen Entfaltung genießen. Wer hingegen in Baschkortostan schreibt oder sendet, hat in der Regel keine Auslandserfahrung. Auch die Beteiligung baschkirischer Journalisten an Weiterbildungsmaßnahmen der NGO „Internews“ war stets unterdurchschnittlich, berichtet Aslamasjan.⁴¹⁴ Dabei sind deren Lehrgänge kostenlos gewesen.

Hinzu kommen gravierende Ausbildungsmängel. Dies alles führt am Ende zu so schwerwiegenden Kaderproblemen, dass selbst der Pressesekretär Rachimows, Mursagulow sie zugibt:

„...der [Mangel – d.A.] ist sehr stark spürbar. Das beginnt schon bei der Ausbildung. Formal gibt es bei uns solche Fachrichtungen, aber ich komme darauf zurück, es fehlen die tiefen Traditionen. Wenn es bei uns professionelle, gute Journalisten gibt, dann ist das leider eher die Ausnahme als die Regel, weil eben die Traditionen dafür fehlen.“⁴¹⁵

Die finanzielle Entlohnung der Journalisten trägt das Ihrige dazu bei, das Ansehen des Journalistenberufes zu senken. Die „Informationselite“ zählt in Baschkortostan nicht zur „Finanzelite“. Während man als Regionalkorrespondent föderaler Medien noch verhältnismäßig gut verdienen kann, sieht die Bezahlung der regionalen Medienangestellten eher dürftig aus. Sie liege über dem Existenzminimum, sei aber sehr niedrig⁴¹⁶, fasst Alijew diesen Aspekt zusammen. Sie setzt sich aus einem geringen Festgehalt und einem Zeilenhonorar für die Korrespondenten zusammen. Genaue Zahlen gibt es leider nicht.

Noch komplizierter sieht es bei den oppositionellen Zeitungen, u.a. „Otetschestwo“ aus. Gibt es Sponsorengelder, wird geschrieben und gedruckt. Dann verdienen die Journalisten gut. Doch „ansonsten muss jeder sehen, wie er sich durchschlägt“⁴¹⁷,

⁴¹⁴ Manana Aslamasjan im Interview mit dem Autoren, 05.08.2006.

⁴¹⁵ Rostislaw Mursagulow im Interview mit dem Autoren, 08.11.2005.

⁴¹⁶ Artjom Alijew im Interview mit dem Autoren, 01.11.2005.

⁴¹⁷ Sergej Kusnetzow im Interview mit dem Autoren, 24.10.2005.

verrät Kusnetzow.

7.6. Einschätzung der Pressefreiheit in Baschkortostan

Von den drei untersuchten Regionen weist Baschkortostan den geringsten Freiheitsgrad für die Medien auf. Trotz relativ guter wirtschaftlicher Voraussetzungen in der Region durch reichhaltige Ölvorkommen und eine breite verarbeitende Rohstoffindustrie konnte sich in der russischen Teilrepublik kein freies Medienbusiness entwickeln. Dies ist in erster Linie auf die autokratische Führung des Präsidenten Murtasa Rachimow zurückzuführen, der faktisch alle Prozesse in Baschkortostan kontrolliert. Selbst wenn einige Teilnehmer des Prozesses eine Abnahme des Drucks auf die Medien beobachtet haben wollen, ist die Kontrolle über die Regionalmedien durch die politische Führung immer noch strikt und uneingeschränkt. Die Zensur, die es offiziell in der Republik Baschkortostan nicht gab, die aber durch verschiedene Druckmittel bis hin zur Ausübung physischer Gewalt (Tod Firat Walejews), praktisch lange Zeit auf die Journalisten wirkte, ist inzwischen weitgehend durch eine Selbstzensur der Journalisten abgelöst worden. Denn noch immer müssen Redakteure oder Korrespondenten, die unangenehme Sachen zur Sprache bringen, mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Das Beispiel der Redakteurin des Lokalblatts „Serkalo“, Veronika Schachowa, die nach der Veröffentlichung von Beiträgen über die Polizeipogrome von Blagoweschtschensk entlassen wurde und über die praktisch ein Berufsverbot in der Republik verhängt wurde, belegt dies.

So ist es kein Wunder, dass bis heute in den offiziellen Zeitungen allein Loblieder auf das Oberhaupt der Region, Rachimow, zu lesen sind. Personenkult, wie er vielleicht nicht zu Zeiten Stalins, aber doch zu Zeiten Breschnews geherrscht hat, ist in Baschkortostan bis heute anzutreffen.

Auf der anderen Seite gibt es radikale Oppositionsmedien, die im Untergrund veröffentlichen. Auch sie zeichnen sich leider mehrheitlich durch eine einseitige Berichterstattung, die mehr mit Losungen als mit tatsächlich konstruktiven Vorschlägen arbeitet, aus. Das liegt auch daran, dass für tatsächlich investigativen Journalismus die finanziellen Grundlagen fehlen. Während die städtischen oder republikanischen Medien oft von den Geldern der jeweiligen Administration leben, sind die Oppositionszeitungen von Mäzenen abhängig, die ihnen die Bedingungen

für ein Sponsoring diktieren.

Eine echte Veränderung der Situation ist nur durch einen konsequenten Wechsel an der Führungsspitze Baschkortostans möglich. Da die Bürger Russlands inzwischen der Möglichkeit verlustig gegangen sind, ihr Regionaloberhaupt selbst zu bestimmen, entscheidet also der Kreml über das weitere Schicksal der Republik. Das Mandat Rachimows gilt allerdings bis 2008 und endet nach der Amtszeit Putins, sollte dessen Kommando den alternden Präsidenten Baschkortostans nicht vorher zum Rücktritt drängen.

8. Zusammenfassung und Schlusswort

Die Dissertation beleuchtete die Situation der Medien in drei russischen Regionen näher. Dabei ergaben sich drei völlig verschiedene Bilder. In der Region Krasnodar gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Medien. War in den 90er Jahren dadurch auch eine Meinungsvielfalt gewährleistet, wird diese Pluralität nun mehr und mehr eingeschränkt. Der Mechanismus, den die Regionaladministration dazu anwendet, ist einfach und sehr effektiv. Ein so genanntes „Register“ schafft einen ungleichen Wettbewerb in der südrussischen Region. Der Administration gegenüber loyal eingestellte Publikationsorgane werden durch dieses Register wirtschaftlich besser gestellt. Sie erhalten Steuererleichterungen und auch direkte Subventionen für die Veröffentlichung von PR-Materialien der regionalen oder lokalen Verwaltungen. Dieser unlautere Wettbewerb entzieht unabhängigen Medien faktisch den Boden unter den Füßen. Das traurige Paradebeispiel dafür ist die Wochenzeitschrift „Sotschi“, deren Chefredakteur und Herausgeber vor einigen Jahren wegen andauernder Finanzschwierigkeiten entnervt aufgab.

Außerdem hat die Regionalverwaltung, die finanziellen Schwierigkeiten der Medien nutzend, einen Großteil von ihnen in ihren Besitz gebracht, wozu sie sich der Steuergelder bediente. Kritische Journalisten, die bei diesen Medien arbeiteten, wurden aussortiert und entlassen, was leider in vielen russischen Regionen Gang und Gebe ist.

Dennoch gibt es nach wie vor kritische Stimmen in der Region Krasnodar. Während das Fernsehen weitgehend ausgeschaltet wurde, ist die Presse noch nicht unter völliger Kontrolle. Dies ist auch damit zu erklären, dass für den Unterhalt eines klassischen elektronischen Mediums ein hohes Grundkapital des Eigners notwendig ist, während der Betrieb einer Zeitung notfalls auch von weniger begüterten Privatpersonen aufrecht erhalten werden kann.

Zugegebenermaßen haben diese Zeitungen keine große Auflage und gefährden das Informationsmonopol der Krasnodarer Verwaltung in ihrer Region nicht ernsthaft. Es ist aber ein Beleg dafür, dass sich bei einigen der Krasnodarer Journalisten die demokratische Aufbruchsstimmung, die vor allem in den 90er Jahren herrschte, als Krasnodars Oberhaupt Nikolai Kondratjenko von den meisten der Medien für seine xenophoben Ausfälle scharf kritisiert wurde, erhalten hat.

Diese Aussage gilt leider nicht für die Mehrzahl der Journalisten. Dass bei einem

Großteil der Medienschaffenden inzwischen mehr der Wunsch, die Obrigkeit zu befriedigen als der die Leserinteressen zu vertreten, die Oberhand gewonnen hat, wird u.a. daran deutlich, dass sich nach Amtsantritt Alexander Tkatschows auch in vielen regionalen und lokalen Medien Texte xenophoben Inhalts häuften. Dies ist sicher nicht ohne den Einfluss der Regionalverwaltung geschehen. Gouverneur Alexander Tkatschow ist des öfteren gegen Minderheiten (vor allem gegen nicht slawische) aufgetreten. Während seiner Regentschaft erkannten die USA dem Volk der Mescheten den Status einer verfolgten Minderheit in Krasnodar an und räumten ihnen Asyl ein. Seitdem wird das Thema sowohl von der Krasnodarer Administration als auch von den regionalen Medien umgangen.

Das Streben der Obrigkeit in Krasnodar, die Medien zu PR-Instrumenten in ihren Händen zu entwickeln, kann als weitgehend erfolgreich betrachtet werden. Ihnen zu Hilfe kam der bei vielen Journalisten aktive Reflex der Selbstzensur, der die Unterordnung der Medien erst ermöglichte.

Während in Krasnodar die politische Elite auf das Pressespektrum einwirkte, bestimmten in Kaliningrad jahrelang wirtschaftliche Probleme die Ausgestaltung der Medienszene. Sowohl der von Korruptionsskandalen umwitterte Gouverneur Leonid Gorbenko als auch der Ex-Flottenadmiral Wladimir Jegorow übten keine wirksame Kontrolle über die regionalen Medien aus. Dafür sicherten sich Wirtschaftsakteure einen gehörigen Einfluss bei den Regionalmedien. Der Ölkonzern Lukoil und der Kaliningrader Hafen versuchten mittels ihrer Publikationsorgane eigene Interessen durchzusetzen.

Mit dem Amtsantritt von Georgi Boos änderte sich dies. Der neue Gouverneur nahm zuerst einmal die ihm feindlich gegenüber stehende TV-Gesellschaft „Kaskad“ unter seine Kontrolle. Dabei wurde ein ähnliches Schema verwendet, wie es vor einigen Jahren auf nationaler Ebene bei der NTW-Übernahme durch Gazprom erfolgreich exerziert wurde.

Hier wie dort ging es offiziell um einen Eigentumsstreit ohne politischen Hintergrund. In beiden Fällen hatten gravierende Fehler des Eigentümers der TV-Gesellschaft das Handeln der angreifenden Partei wesentlich erleichtert. Bei NTW waren es Kreditschulden, bei „Kaskad“ war es eine unsaubere Buchführung, die die Übernahme vereinfachten. Doch auch wenn die Eigentümer – im Fall von „Kaskad“ das Ehepaar Kotowskaja/Rostow – sich eine Mitschuld an ihrer Niederlage eingestehen müssen, ist der Angriff durchaus politisch gesteuert gewesen. Als neuer

Generaldirektor der größten Kaliningrader TV-Gesellschaft agiert nun ein alter Vertrauter von Gouverneur Georgi Boos aus gemeinsamen Moskauer Tagen. Die Informationspolitik des Senders ist, obwohl der Kanal offiziell weiter in Privatbesitz verblieb, jetzt auf die Bedürfnisse der Verwaltung hin „harmonisiert“.

Auf die Presse der russischen Exklave wird nun ebenfalls eine stärkere Kontrolle ausgeübt. Die Chefredakteurin der „Kaliningradskaja Prawda“ musste nach der Genehmigung eines Boos-kritischen Artikels ihren Posten räumen. Die Eigentümer der Zeitung – Lukoil und „Reftransflot“ – wollten sich die Beziehungen zur regionalen politischen Führung nicht verderben.

Dennoch herrscht in der Region nach wie vor ein relativ hoher Grad an Meinungsfreiheit. Vor allem bei den Journalisten ist wenig Unterwürfigkeitsdenken feststellbar. Kaliningrad kann daher noch als eine der russischen Regionen mit einem relativ hohen Grad an Pressefreiheit bezeichnet werden. Negativ muss die Verstrickung vieler Medien in so genannte „Informationskriege“ hervor gehoben werden. Wenn Kritik in Schmutzkampagnen umschlägt, ist dies nicht im Sinne der Pressefreiheit.

In der Region Baschkortostan gibt es weder Informationskriege noch Pressefreiheit. Seit 16 Jahren herrscht Murtasa Rachimow in der Republik und seit über einem Jahrzehnt tut er es uneingeschränkt. Es gibt in Baschkortostan weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Gegengewicht zu seiner Macht. Die Zentralmacht in Moskau hat in den letzten Jahren zwar an Gewicht gewonnen, ist allerdings immer noch nicht stark genug, um Rachimow ernsthaft in die Schranken zu weisen.

So sind die Regionalmedien völlig unter seiner Kontrolle. Ein Großteil der Medien ist entweder in republikanischem oder in munizipalem Besitz. Privatpresse und –funk muss sich in den engen Grenzen bewegen, die das System Rachimow gesetzt hat. Versuche des Widerstandes wurden mitunter durch offene Gewalt gebrochen – hier sei an die Beispiele Firat Walejew (Zeitung „Wetscherni Neftekamsk) und Altaf Galejew (Radio „Titan“) erinnert. Inzwischen sind derartige Maßnahmen zur Einschüchterung der Journalisten nicht mehr nötig, da sich bei vielen bereits ein derart hohes Niveau der Selbstzensur eingepegelt hat, dass kaum noch Druck von der Obrigkeit ausgeübt werden müsste. Anpassung und Hörigkeitsdenken ist eines der prägenden Merkmale der baschkirischen Journalistik. Medienrechtler in Moskau kritisieren die Republik daher zu Recht als „schwarzes Loch“ innerhalb der Russischen Föderation.

Die empirische Betrachtung dieser drei Regionen lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Regionalmedien in Russland mit mannigfaltigen Problemen konfrontiert sind.

Sowohl wirtschaftliche Herausforderungen als auch politischen Druck gilt es vielerorts zu überwinden, wobei sich häufig beide Probleme überlagern.

Während Anfang der 90er Jahre bei den so genannten unabhängigen Medien Aufbruchstimmung herrschte, neue Zeitungen und TV-Gesellschaften gegründet wurden und oft über Jahre die Medienszene in ihrer Stadt (Wochenzeitschrift „Sotschi“) bzw. ihrer Region (TV-Gesellschaft „Kaskad“) mitbestimmten, zeigt die Tendenz seit einigen Jahren wieder in die entgegengesetzte Richtung. Die Medien müssen sich entweder mit einem Moskauer Partner arrangieren, um ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden oder einen Sponsor aus Politik und Wirtschaft finden, der ihren Unterhalt finanziert. Dies wirkt sich natürlich negativ auf die Unabhängigkeit der Berichterstattung aus. In keiner der drei beobachteten Regionen kann die Presse die Aufgaben, die ihr in einer modernen Demokratie zukommen, d.h. in erster Linie die Kontrolle über die Regierenden, in vollem Umfang erfüllen.

Dennoch kann kein einheitlich schwarzes Bild gezeichnet werden, da die Lage der Medien in Russland tatsächlich von Provinz zu Provinz differiert. Schon beim Vergleich dieser drei betrachteten Regionen wurden beträchtliche Unterschiede deutlich. Die Lage der relativ erfolgreichen Medien in einigen sibirischen Regionen konnte im Verlaufe dieser Dissertation aus Kapazitätsgründen überhaupt nicht betrachtet werden.

Die Auswertung der Föderationssubjekte Krasnodar, Kaliningrad und Baschkortostan verdeutlicht aber bereits, dass es neben Regionen mit einem gewissen Freiheitsgrad auch Provinzen gibt, in denen die Medien zu reinen PR-Instrumenten der regionalen Elite verkommen sind. Dort haben sie die Möglichkeit verloren, selbst eine Akteursrolle beim Aufbau einer Zivilgesellschaft zu übernehmen.

Die Vorstellung von einem Monolithen Russland, in dem alles einheitlich aus Moskau befohlen und gelenkt wird, muss korrigiert werden. Selbst nach der Putin'schen Zentralisierung wurde nur in den wenigsten Föderationssubjekten die regionale Elite ausgetauscht, in den meisten Regionen blieb alles beim Alten. Die regionalen Eliten widersetzen sich damit erfolgreich einer vollständigen Kontrolle aus dem Kreml.

Ein Ausblick auf die künftige Entwicklung zu geben, fällt nicht ganz leicht. Die Amtszeit von Präsident Wladimir Putin endet 2008 und er selbst hat immer wieder

betont, die Verfassung zu Gunsten einer dritten Amtszeit nicht ändern zu wollen. Somit ist es kaum vorstellbar, dass ihm in den verbleibenden knapp zwei Jahren das gelingt, was er in den ersten sechs Jahren seiner Regierungszeit nicht erreicht hat; die vollständige Kontrolle der Regionen durch Moskau.

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass auch nach dem Abgang des jetzigen Präsidenten Kontinuität an der Führungsspitze in Russland herrscht. Der Nachfolger wird aller Voraussicht nach aus dem Team des jetzigen Kremlherrschers stammen. Somit dürfte auch die Politik der Re-Zentralisierung fortgeführt werden – das Ringen zentraler und regionaler Eliten um Einfluss wird also weitergehen. Da die Medien in Russland als Machtfaktor gelten, wird auch der Kampf um die Kontrolle über sie fortgesetzt werden.

Um eine eigenständige Akteursrolle einzunehmen, wäre es für die Medien wichtig, finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Doch trotz eines beeindruckenden Wirtschaftswachstums von jährlich sechs – sieben Prozent derzeit, ist noch nicht absehbar, wann der Zeitpunkt erreicht ist, an dem die Medien – und insbesondere die Regionalmedien – in Russland wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen.

9. Anhang

9.1. Liste der Interviewpartner:

Artjom Alijew - Korrespondent der Nachrichtenagentur Regnum in Baschkortostan (01.11.2005, Ufa)

Manana Aslamasjan – Chefin von Internews (05.08.2006)

Waleri Birjukow – Regionalkorrespondent der Nachrichtenagentur Rosbalt (03.07.2005, Swetlogorsk)

Waleri Beljajew – Leiter des staatlichen Senders GTRK „Sotschi“ (19.01.2005, Sotschi)

Gerald Böhm – österreichischer Journalist in Moskau (20.11.2002, Moskau)

Wolfgang Eichwede – Direktor der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen (29.11.2005, Bremen)

Asat Faisejew - Redakteur der Wochenzeitschrift „Ufimskaja Nedelja“ (20.10.2005, Ufa)

Georgi Iwanow – Ehemaliger Chefredakteur der Wochenzeitung „Sotschi“ (23.01.2005, Sotschi)

Igor Jakowenko – Generalsekretär des Journalistenverbandes (14.10.2005, Moskau)

Irina Jermshanowa – 2004 Leiterin eines Schulungsprojekts von „Internews“ für TV-Journalisten, -Direktoren und –Marketingverantwortliche in Baschkortostan (10.08.2006)

Sergej Kusnetzow – Chefredakteur der Zeitung „Otetschestwo“ (24.10.2005, Ufa)

Jelena Lebedjewa – Chefredakteurin des „Königsberger Expresses“ (07.06.2005, Kaliningrad)

Stanislaw Markelow – Anwalt der Opfer von Blagoweschtschensk (25.10.2005, Ufa)

Dmitri Medwedjew – Korrespondent des Senders NTW im Gebiet Krasnodar (24.01.2005, Sotschi)

Rostislaw Mursagulow – Pressesekretär von Baschkortostans Präsident Murtasa Rachimow (08.11.2005, Ufa)

Oleg Panfilow – Leiter des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen (07.02.2006, Moskau)

Tatjana Polinjuk – Chefredakteurin des lokalen TV-Kanals FTK (22.01.2005, Sotschi)

Sergej Sabowodny - Staatsanwalt der Kaliningrader Aufsichtsbehörde zur

Überprüfung regionaler Gesetze auf ihre Kompatibilität zu föderalen Gesetzen
(12.07.2005, Kaliningrad)

Robert Sagrejew – Redakteur der Zeitung „Sa mestnoje samouprawlenije“
(21.10.2005, Ufa)

Veronika Schachowa – Ex-Journalistin, Bürgerrechtlerin (25.10.2005,
Blagoweschtschensk)

Sanobar Schermatowa – Expertin für Mittelasien, langjährige Korrespondentin der
Moskowskije Nowosti, inzwischen bei der Zeitschrift „Bolschaja Politika“ (Moskau)

Gennadi Schljachow – Ex-Nachrichtenchef des Lokalsenders Max-TV (22.01.2005,
Sotschi)

Alexej Simonow – Leiter der Stiftung zum Schutze von Glasnost (28.12.2004,
Moskau)

Galina Taschmatowa – Herausgeberin der Zeitung „Nowaja Gaseta Kubani“
(31.01.2005, Krasnodar)

Wjatscheslaw Toropow – Stellvertretender Leiter des staatlichen Senders GTRK
„Sotschi“ (19.01.2005 und 02.02.2005, Sotschi)

Viktor Tschernyschow – Redakteur des „Königsberger Expresses“ (06.06.2005,
Kaliningrad)

Swetlana Turjalai – Korrespondentin der Tageszeitung „Komersant“ in Krasnodar,
(31.1.2005, Krasnodar)

Sergej Warschawtschik – TV-Analyst der Moskauer Tageszeitung „Njesawissimaja
Gaseta (zahlreiche Gespräche in Moskau)

Marina Wassiljewa - Chefredakteurin und Herausgeberin von Strana Kaliningrad,
Mitbesitzerin einer Medienholding um die „Komsomolskaja Prawda“ (21.06.2005,
Kaliningrad)

Andrej Wypolsow – Regionalkorrespondent der Nachrichtenagentur Regnum und der
Tageszeitung „Kommersant“ (14.06.2005, Kaliningrad)

9.2. Literaturverzeichnis

a) Monographien

de Saussure, Ferdinand: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Berlin, 1967.

Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg i. Breisgau, 1970.

Entman, Robert M: Democracy without citizens: Media and the decay of American politics, Oxford 1989.

Frenzke, Dietrich: Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993. Eine texthistorische Dokumentation mit komparativem Sachregister, Berlin, 1995

Gladkov, Sabine Alexandra: Macht und Ohnmacht der „Vierten Gewalt“. Die Rolle der Massenmedien im russischen Transitionsprozess, Münster, 2002.

Grävingholt, Jörn: Pseudodemokratie in Russland. Der Fall Baschkortostan, Dissertation, Berlin, 2002.

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1996.

Hobbes, Thomas: Leviathan: oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, Frankfurt/Main, 2000.

Jegorow, Wladimir, u.a.: Kaliningradsckaja oblast.strategia sotrudnitschestwo (Kaliningrader Oblast. Strategie der Zusammenarbeit), hrsg. von der Gebietsverwaltung Kaliningrad, Moskau, 2004.

Journalistenverband Russlands: Sredstwa massowoi informazii. 2004. Analys. Tendenzii. Prognos (Massenmedien in Russland. Das Jahr 2004. Analyse. Tendenzen. Prognose), Moskau, 2005.

Kellner, Douglas: Media Culture, London, 1995.

Kitowa, Olga: Djelo Nr. 12, Wlasti Belgorodskoi oblasti protiv Olgi Kitowoi, Moskau, 2003.

Kolodisch, Boris: O roli SMI w dialoge etnokultur i formirowanie meschetnitscheskoi tolerantnosti w sowremennom rossiskom obschtschestwe, (Über die Rolle der Massenmedien im Dialog der Ethnokulturen und bei der Formierung interethnischer Toleranz in der modernen Gesellschaft Russlands), Jaroslawl, 2004.

Linz, Juan; **Stepan**, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, London, 1996.

- Lipset**, Seymour Martin: Political man. The social basis of politics, New York, 1960.
- Luhmann**, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main, 1992.
- Luhmann**, Niklas: Die Theorie der Massenmedien, 2. Auflage, Opladen, 1996.
- McNair**, Brian: An Introduction to Political Communication, London, New York, 1995.
- Mickiewicz**, Ellen: Changing Channels. Television and the struggle for power in Russia, Durham, London, 1999.
- Monachow**, Viktor: Medien und Internet. Probleme der rechtlichen Regulierung, Moskau, 2003.
- Paine**, Thomas: Political Writings, hrsg. v. Bruce Kuklick, Cambridge, 2000.
- Pelewin**, Viktor: Generation P, Moskau, 2000.
- Popper**, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Freinde 2, Tübingen, 1997.
- Potapenko**, Sergej: Problemy sudebnoi saschtschity ot diffamazii w SMI (Probleme des Rechtsschutzes gegen Diffamierung in den Medien), Dissertation, Krasnodar, 2002.
- Prochorow**, Jewgeni: Journalistika i demokratia (Journalistik und Demokratie), Moskau, 2004.
- Sassurski**, Iwan: Rekonstrukzia Rossii. Mass-Media i politika w 90-e (Rekonstruktion Russlands. Massenmedien in den 90ern), Moskau, 2001.
- Saxer**, Ulrich; **Langenbucher**, Wolfgang; **Fritz**, Angela: Kommunikationsverhalten und Medien: Lesen in der modernen Gesellschaft, Gütersloh, 1989.
- Street**, John: Mass Media, Politics and Democracy, Basingstoke (New York), 2001.
- Simonow**, Alexej: Obretschonnye na nemotu (Zur Stummheit Verurteilte), Moskau, 2003.
- Simonow**, Alexej: Konez prasnika neposluschanija (Ende des Feiertags der Ungehorsamkeit), Moskau, 2004.
- Swerewa**, Nina: Schkola regionalnogo teleschurnalista (Schule für den regionalen TV-Journalisten), Moskau, 2004.
- Taschmatowa**, Galina; **Sakiewa**, R.: Monitoring elektoralnych predpotschteni w period isbiratelnych kampani 1991 – 1996 godow, Rol SMI Krasnodarskogo Kraja, (Monitoring der Wählervorlieben in der Zeit der Wahlkampagnen 1991 – 1996, Die Rolle der Medien im Krasnodarer Gebiet), Moskau, 2000.
- Thiel**, Markus: Wehrhafte Demokratie. Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen Grundordnung, Tübingen, 2003.

Tishkov, Valery: Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union, London, Thousand Oaks, New Delhi, 1997.

Wendler, Hauke: Rußlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur. Die Rolle der Printmedien im Prozeß des politischen Systemwandels 1990-1993, Münster, 1995.

b) Aufsätze und Kommentierungen

Basylew, W.; Beltschikow, J.; Leontjew, A.; Sorokin, J.: Ponjatija tschesti i dostoinstva, oskorblenia i nenormativnosti w textach prawa i sredstw massowoi informazii. (Das Verständnis von Ehre und Würde, Beleidigung und Normverletzung in Rechts- und Medientexten) In: Tschest, dostoinstvo i reputazija: Schurnalistika i jurisprudenzia w konflikte (Ehre, Würde und Reputation: Journalistik und Jurisprudenz im Konflikt), hrsg. v. Alexej Simonow, Moskau, 1998.

Bolschakow, Sergej: Sakonodatjelstwo Rossiskoi Federazii i rabota SMI po osweschtscheniu wyborow (Gesetzgebung der Russischen Föderation und die Arbeit der Medien bei der Beleuchtung von Wahlen). In: Rol SMI w regionalnych wyborow (Die Rolle der Medien in Regionalwahlen), Moskau, 2003.

Boos, Ellen: Entwicklung und Funktion der politischen Parteien. In: Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, hrsg. von Hans-Hermann Höhmann und Hans-Henning Schröder, Münster, 2001.

de Sola Pool, Ithiel: Die Auswirkung der Kommunikation auf das Wählerverhalten. In: Grundfragen der Kommunikationsforschung, hrsg. v. Wilbur Schramm, München, 1968.

Donsbach, Wolfgang: Die Selektivität der Rezipienten. Faktoren, die die Zuwendung zu Zeitungsinhalten beeinflussen. In: Medienwirkungen: Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft, hrsg. Von Winfried Schulz, Weinheim, 1992.

Foster, Frances H: Information and the Problem of Democracy: The Russian Experience. In: Russian Media Law and Policy in the Yeltsin Decade, hrsg. v. Monroe E. Price, Andrei Richter, Peter K. Yu, Den Haag, London, New York, 2002.

Gorewoi, Ruslan; **Saweljew**, Viktor: Poloschenie SMI w Baschkortostane (Die Lage der Medien in Baschkortostan) In: Ostrowa glasnosti-2, Chronika Missii FSG w regiony Rossii, Publikazii (Glasnost-Inseln 2, Chronik der Missionen des Fonds in die Regionen Russlands, Publikationen), hrsg. vom Glasnost-Fonds, Moskau, 2003.

Herstein, John A: Voter Thought Processes and Voting Theory. In Mass Media and Political Thought, hrsg. von Sydney Kraus und Richard M. Perloff, Beverly Hills, 1985.

Hübner, Peter: Der Zerfall des „einheitlichen Informationsraums“ in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion, Teil I: Presselandschaft. In: Berichte des BIOSt, Köln, 1995.

Jäckel, Michael: Auf dem Weg zur Informationsgesellschaft? Informationsverhalten und die Folgen der Informationskonkurrenz. In: Politik und Medien, hrsg. v. Michael Jäckel und Peter Winterhoff-Spurk, Berlin, 1994.

Lankina, Tomila: Showcase of Manipulated Democracy: elections without choice in Bashkortostan. In: Transitions vol.5, 1998.

Mamlejewa, R: Telekanaly g. Ufy: Reitingy, predpotschtenia auditorii w wybore teleperedatsch I reklamnych rolikow (TV-Sender Ufas: Rating, Vorlieben des Publikums bei der Auswahl von Sendungen und Reklamespots) In: Marketing w Rossii i sa rubeschom, 5/2003.

Mommsen, Margareta: Russlands politisches System des „Superpräsidentalismus“. In: Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, hrsg.v. Hans-Hermann Höhmann und Hans-Henning Schröder, Münster, 2001.

Safin, R.; **Idijatullin**, Ch.; **Schugurow**,R.: Offener Brief an die Zentrale Wahlkommission, Ufa, 2003.

Sassurski, Jassen: Freedom and Responsibility in the Russian Media. In: Russian Media in the Yeltsin Decade, hrsg. von Monroe E. Price, Andrei Richter und Peter K. Yu, Den Haag, London, New York, 2002.

Schatz, Heribert: Massenmedien. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Uwe Andersen und Wichard Woyke, Bonn, 1997.

Tarasow, Alexander: „Krasnodarskoje delo“, ono sche „Delo N 112 – 17“ („Der Fall Krasnodar, oder „Strafsache N 112 –17“). In: Eto kratkoje slowo swobody (Das ist das kurze Wort der Freiheit), Moskau, 2004.

Taschmatowa, Galina: Redebeitrag zum Thema: Macht und Medien in der Wahlzeit: Verantwortung vor den Bürgern, Widerstand gegen schmutzige Wahlkampfmethoden. In: Rol SMI w regionalnych wyborach (Die Rolle der Medien in regionalen Wahlen), hrsg. v. Swetlana Kolesnik, Moskau, 2003.

Thomaß, Barbara: Medienethik und journalistische Ethik in den Transformationsgesellschaften Osteuropas. In: Medienethik zwischen Theorie und Praxis, hrsg. v. Christian Schicha und Carsten Brosda, Münster, 2000.

Tscherwentschuk, Galina: Redebeitrag zum Thema: Macht und Medien in der Wahlzeit: Verantwortung vor den Bürgern, Widerstand gegen schmutzige Wahlkampfmethoden. In: Rol SMI w regionalnych wyborach (Die Rolle der Medien in regionalen Wahlen), hrsg. v. Swetlana Kolesnik, Moskau, 2003.

c) Zeitschriften- und Zeitungsartikel:

Agletdinow, Alfred: Rasti, moja berjoska! (Wachse, meine Birke!). In: Ufimskaja Nedelja, 13. – 19.10.2005.

Baranez, Viktor: Wsgljad s 6-go etascha (Blick aus der 6. Etage). In: Komsomolskaja Prawda Kaliningrad, 11.03.2005.

Below, Sergej: Regionalnye gasety w Rossii: poworot k rynotschnoi ekonomike (Regionalzeitungen in Russland: Umbruch zur Marktwirtschaft). In: Journalist, 09/97.

Bordjug, Timur; **Kulikowa**, Julia; **Owtschinikow**, Roman: Wodku – tschitatjeljam, piwo sritjeljam (Wodka – den Lesern, Bier – den Zuschauern) In Kommersant, 16.12.2004.

Borejko, Alexander: Metodom otkljutschenia. (Mit der Methode der Abschaltung). In: Segodnja, 16.12.2000.

Castle, Stephen: Kaliningrad: from Russian relic to Baltic boom town. In: Independent, 23.03.2006

Dubatow, Alexej: Kaliningrad liebäugelt mit Distanzierung von Russland. In: Die Presse, 28.03.2002.

Eimermacher, Karl: Staatsmacht ohne Volk. Das System Putin und die Zukunft Rußlands. In: osteuropa 3/2004.

Frolow, Sergej: Saschtschitim russki narod! (Schützen wir das russische Volk!). In: Kuban Segodnja, 09.11.2001.

Galiullin, Ildar: Igry patriotow.Wolschebnik kumatschogo goroda (Spiele der Patrioten. Der Zauberer der Kattun-Stadt) In: Moskowski Komsomolez w Ufe, 06.04.2005.

Gladkov, Sabine: Medien und Wahlkampf. Zensur durch die Hintertür. In Russlandanalysen 7/2003, hrsg. v. der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 2003.

Gontscharowa, Olga: General-polkownik Leonid Iwaschow: Nado gotowitsja k partisanskoi woine (General-Oberst Leonid Iwaschow: Man muss sich auf den Partisanenkrieg vorbereiten). In: Komsomolskaja Prawda Kaliningrad, 11.03.2005.

Gorbatschowa, Ada: Bes w rebro (Teufel in der Rippe) In: Njesawissimaja Gaseta, 30.09.2005.

Gordjuschow, Igor: Moschet li „koschka“ s mnogotysjatschnym tiraschom guljat sama po sebe? (Kann eine „Katze“ mit tausendfacher Auflage alleine wandeln?) In: Krasnodarskije Iswestija, 13.01.2004.

Gorewoi, Ruslan; **Polonizki**, Pjotr: Poloschenie SMI v Krasnodarskom Kraie (Die Lage der Medien im Gebiet Krasnodar). In: Wsgljad 1/2003 hrsg. v. Glasnost Defense Foundation, Moskau, 2003.

Gromow, Boris: Offener Brief an die Kosaken von Komi. In: Kubanskije Nowosti, 03.04.2002.

Iwanow, Georgi: Potschemu ja prodal gasetu (Warum ich meine Zeitung verkauft habe). In: Wsgljad 2(3)/2004 hrsg. v. Glasnost Defense Foundation, Moskau, 2003.

Jermakow, Alexander: Wybory interesnee gibeli „Kurska“? (Sind die Wahlen interessanter als der Untergang der „Kursk“?). In: Komsomolskaja Prawda Kaliningrad, 04.03.2006.

Kodeks professionalnoi etiki rossiskogo journalista (Kodex der professionellen Ethik der russischen Journalistik) In: Journalist 11/94.

Kornejew, Grigori: A shto u nas? (Und wie ist es bei uns?) In: Meridian, 26.10.2005.

Koslow, Sergej: Nam ne nuschny igry w respubliku (Wir brauchen keine Republik-Spielchen) In: Kaliningradskaja Wetschorka, 25.02.2005

Kotowskaja, Olga: Etot „Kaskad“ wam i ne snilsja (Dieses „Kaskad“ hätten Sie sich nicht träumen lassen). In: Kaliningradskije Nowye Kolesa, 06.04.2006.

Kowalewskaja, Schanna: Marta wyschla samusch sa russkogo soldata (Martha heiratete einen russischen Soldaten). In: Strana Kaliningrad, 08.06.2005.

Lankina, Jelena: Kanal bes liza (Kanal ohne Gesicht). In: Moskovskije Nowosti, Nr. 1271, 28.01. – 03.02.2005

Mansilla-Cruz, Alexander: Swoboda slowo na dolgote N (Pressefreiheit auf der Wellenlänge N) In: Expert, 27.09.2004.

Miljukow, Oleg: Kreditnaja istoria (Kreditgeschichte). In: Moskovskaja Promyslennaja Gaseta Nr.40, Moskau, 30.09. – 06.10.2004

Musina, Aigul: Semlja, moloko i rynok (Erde, Milch und Markt) In: AiF Baschkortostan, Nr. 44/2005.

Nikolajewa, Anna; **Iwanow**, Witali; **Derbilowa**, Jekaterina: Isbiratjel Nr. 1 (Wähler Nr.1). In: Wedomosti, 14.09.2004.

Nujkina, Maria: President Baschkortostana objawil boi besnrawstwennosti (Der Präsident Baschkiriens hat der Sittenlosigkeit den Kampf angesagt). In: Komsomolskaja Prawda w Ufe, 27.01.2006.

Papier, Hans-Jürgen: Parlamente werden schleichend ausgezehrt. Interview in den Stuttgarter Nachrichten (online) 18.11.2004.

Pawlenkow, Sergej: Fischka smertj (Nervenkitzel Tod) In: Meridian, 26.10.2005

Pawlowskaja, Tatjana: Krasnodarski Krai. In: Wlasti chwatit wsem (Die Macht reicht für alle), Rossiskaja Gaseta, 15.03.2004.

Peresypkina, Tamara: odinadzatj let s presidentom (Elf Jahre mit dem Präsidenten) In: Respublika Baschkortostan, 11.12.2004.

Plath, Thoralf: Wenn Kant das wüsste. In: Die Zeit, 15.05.2003.

Popow, Nikolai: Nowogodny podarok Jelzina. (Das Neujahrgeschenk Jelzins) In: Nowoje Wremja, Moskau, 23.01.2000.

Pressedienst der Krasnodarer Administration: Obrasez malogo bisnesa w sewerskom raione (Musterbeispiel des Kleingewerbes im Kreis Sewersk). In: Kubanskije Nowosti, 23.05.2006.

Rogoschin, Georgi: Wybory mera Krasnodara: shto i trebowalos dokasat (Die Bürgermeisterwahlen von Krasnodar: Was zu beweisen war). In: Nowaja Gaseta Kubani. 19.09.2005.

Rostowa, Natalja: Rawnajais SMI! (Richt Euch, Medien!). In Nowaja Gaseta, Moskau, 19.05. - 22.05.005.

Sapper, Manfred: Machiavelli, das System Putin und die Zukunft Rußlands. In: osteuropa 3/2004.

Sassurski, Jassen: U wladelzew samy tschuwstwitelny organ - karman (Das sensibelste Organ der Besitzer – ist die Brieftasche) In: Schurnalist 05/2002.

Schäfer, Anke: TV und andere Medien in Rußland. Zwischen Aufbruch und Desillusionierung. In: osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Berlin, 07/1998.

Schurbenko, Tatjana: Nadojeli gosti chosjajewam (Die Hausherren haben von den Gästen die Nase voll). In: Wolnaja Kuban, 21.12.2001.

Schuschpanow, Sergej: Pensiony fond sprawljajet nowoselje (Der Pensionsfonds feiert Hauseinweihung). In: Ufimskaja Nedelja, 13. – 19.10.2005.

Sergejew, Wassili: Boos pomoschet Sawenko borotsja s problemami Kaliningrada (Boos hilft Sawenko bei der Bekämpfung der Probleme Kaliningrads) In: Kaliningradskaja Wetschorka, 04.03.2006.

Sergejew, Wassili: „Jedinaja Rossija“ predpotschitaet konkretnymi delami borotsja s satorami na awtodorogach Kaliningrada („Einheitliches Russland“ zieht es vor, mit konkreten Taten die Staus in Kalingrad zu bekämpfen). In: Kaliningradskaja Wetschorka, 04.03.2006.

Siganschin, Ilja: Perwaja w Ufe (Die erste in Ufa). In: Ufimskaja Nedelja, 13. – 19.10.2005.

Sokolov, Maksim: Die allzu gelenkte Demokratie. In: osteuropa: 1/2004.

Stein, Stephan: Aufstieg, Fall und Neuanfang. In: osteuropa: 2-3/2003.

Stulow, Igor: Gubernator Wladimir Jegorow: „My ne chotim prewratit oblast w Liberiu“ (Gouverneur Wladimir Jegorow: „Wir wollen die Oblast nicht in Liberia

verwandeln“). In: Iswestija, 11.05.2005.

Tambowski, Wolf: Partija, dai porulit (Partei, lass uns lenken). In „39. Region“, 22.06.2005.

Timoschenko, Boris: Sto dwazatj dewjataja, „professionalnaja“, ili schto-to mnogo raswelos nyntsche klewetnikow...(Artikel 129 als „Berufskrankheit“, oder irgendwie sind es jetzt ziemlich viele Verleumder geworden...) In: Schurnalist 10/2003.

Tretjakow, Witali: Ogranitschenie nesawissimosti – ot plochich rezultatow reform (Die Begrenzung der Freiheit – in Folge der schlechten Resultate der Reformen). In: Journalist 05/2002.

Tschelyschow, Witali: Informazionnye dueli (Informationsduelle) In: Journalist 3/2004.

Tschernowa, Viktoria: Ot redaktora (Vom Redakteur). In: Kaliningradszkaja Wetschorka, 10.06.2005.

Tschernyschow, Viktor: Unsere Landsleute auf der Kieler Woche. In: Königsberger Express, 08/2002.

Turjalai, Swetlana: Beschenzy is Rossii (Flüchtlinge aus Russland) In: Iswestija, 23.07.2004.

Welt-Nachrichtendienst: Jelzin siegt klar über Sjuganow. In: Die Welt, 5.7.1996

Winogradow, Michail: Bywschi natschalnik porta protiv komandujuuschtschego flotom (Der frühere Hafendirektor gegen den Oberkommandierenden der Flotte) In: Russkaja Mysl, 14.-20.09.2000.

Wirtschaftsredaktion (der Iswestija): Kuban w perwom polugodii. Mestny WWP ne stremitsja k udwojeniu (Kuban im ersten Halbjahr. Das regionale BIP strebt nicht nach der Verdoppelung). In: Iswestija, 20.8.2004.

Wladimirowa, Anna: Kak separatisty sudilis (Wie die Separatisten vor Gericht zogen) In: Kaliningradszkaja Wetschorka, 10.06.2005.

Wolokutin, Viktor: Komu schalitsja? (Wem klagen?) In: 7 dnjei Kubani, 18.12.2001.

Zygankin, Waleri: „Osobych naruscheni w respublike net“ („Besondere Rechtsverletzungen gibt es in der Republik nicht“) In: Njesawissimaja Gaseta, 01.03.2003.

d) Internetquellen:

Alijew, Artjom: W MWD RB prisnjat fakt prowedenija profilaktitscheskich meroprijati w Blagoweschtschenske (Das Innenministerium der Republik Baschkortostan gibt die Durchführung prophylaktischer Maßnahmen in Blagoweschtschensk zu). In: <http://www.regnum.ru/news/district-ural/bash/383417.html>, 27.12.2004.

Alijew, Artjom: W MWD Baschkirii naschli winownogo w isbijenii schiteljei Blagoweschtschenska? (Hat das Innenministerium Baschkiriens einen Schuldigen für die Übergriffe auf die Bürger von Blagoweschtschensk gefunden?) In: <http://www.regnum.ru/news/district-ural/bash/383860.html>, 28.12.2004.

Alijew, Artjom: Bestschinstwa milizii w Baschkirii – nowye podrobnosti (Ausschreitungen der Miliz in Baschkirien – neue Einzelheiten). In: <http://www.regnum.ru/news/district-ural/bash/385451.html>, 31.12.2004.

Ballin, André: TWS schließt wegen Pleite – NTW macht Gewinne. In www.aktuell.ru, 18.06.2003.

Ballin, André: Neue Erkenntnis in Russland: Bier ist schädlich. In: www.aktuell.ru, 02.08.2004.

Ballin, André: Privatisierungsskandal in Krasnodar. In: www.aktuell.ru, 02.02.2005.

Ballin, André: Kaliningrad: Mit Schmugglern unterwegs. In: www.kaliningrad.aktuell.ru, 22.07.2005.

Ballin, André: Porno gerät in Russlands Internet aus der Mode. In: www.aktuell.ru, 02.09.2005.

Ballin, André: Weißrussische Oppositionszeitung vor der Pleite. In: Evangelischer Pressedienst, 29.09.2005.

Ballin, André: Russlands Milliardäre werden noch reicher. In: www.aktuell.ru, 10.03.2006.

Ballin, André: Gasprom-Media. Der nimmersatte Gigant. In: Spiegel Online (www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,426454,00.html), 14.07.2006.

Birjukow, Waleri: W kaliningradskoi gostipografii "Jantarny skas" smenili direktora (In der Kaliningrader staatlichen Druckerei wurde der Direktor ausgewechselt). In: www.rosbalt.tu/2005/10/13/230530.html

Coalsen, Robert: Getting Radical About Extremism. Auf Radio Free Europe, Radio Liberty, 18.07.2002 In: <http://www.rferl.org/newsline/2002/07/5-NOT/not-180702.asp>

Country Reports on Human Right Practices 2004, hrsg. v. Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, 28.2.2005. In: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/41704.htm>

Deeg, Lothar: Präsidentenadministration als Wahlfälscher? In: www.aktuell.ru, 04.12.2003.

Deeg, Lothar: Der plötzliche Tod eines Polit-Magazins. In: www.aktuell.ru, 02.06.2004.

Drylenko, Jewgeni: Admiral otwetil „Jest!“ (Der Admiral antwortete: „Jawohl!“). In: www.vslux.ru/article.phtml?id=42

Falter, Jürgen: Die Wahlen 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien. In: <http://www.km.bayern.de/blz/web/100083/100083kapitel7.pdf>

Farchutdinowa, Rimma: Oni gotowy duschu djawolu prodats (Sie sind bereit, dem Teufel ihre Seele zu verkaufen) In: <http://www.bashinform.ru/index.php?id=8870>, 01.12.2003.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Moskau: Herrschaft und Gesellschaft im neuen Russland. Kommunikationselite 2001, München, Moskau 2001. In: http://www.fesmos.ru/Publikat/4_Kommunikationselite2001/komm3_1.html

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Moskau: Russland – ein Selbstbildnis. Was eint die Russen, wie beurteilen sie Russlands Zeitgeschichte und was erwarten sie für Russlands Zukunft? Moskau, 2005.

Garmasch, Sergej: Wybory glawy Krasnodara: gonka s predkasujemym resultatom. (Wahlen zum Bürgermeister von Krasnodar: Ein Rennen mit vorhersehbarem Ende). In: www.yuga.ru, 21.09.2005

Hinstein, Alexander: K swoemu welikomu stydu ja dasche ne pomnju, kto ko mne obratilsja (Zu meiner großen Schande erinnere ich mich nicht mehr, wer sich an mich wandte), Interview mit der Nachrichtenagentur Regnum: In: www.regnum.ru

Kubanski Antisemit Nikolai Kondratjenko. In: <http://www.gazeta.ru/elections2003/info/51553.shtml?print>

Maksakow, Ilja: Desertirstwo otzow naroda (Desertierung der Väter des Volkes). In: <http://www.annews.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=694>

Mischke, Johanna: Korrupter Vize-Gouverneur verhaftet: In: www.aktuell.ru, 13.8.2004.

Mischke, Johanna: Kaliningrad bekommt Drogenproblem nicht in den Griff. In: www.aktuell.ru, 27.05.2005.

Mischke, Johanna: Kaliningrad: Litauen erhebt die Transitgebühren. In: www.aktuell.ru, 20.07.2005.

Mischke, Johanna: Boos: Kaliningrad soll Öl-Region werden. In: www.aktuell.ru, 19.12.2005.

Mrozek, Gisbert: Pasko-Urteil: Rückfall in finstere Vergangenheit. In www.aktuell.ru, 26.12.2001

Packeiser, Karsten: Amnesty fordert „Solidarität für Russland“. In www.aktuell.ru, 30.10.2002.

Packeiser, Karsten: TWS ist zahlungsunfähig. In: www.aktuell.ru, 30.05.2003.

Packeiser, Karsten: Autobombe reißt zwei Menschen in den Tod. In: www.aktuell.ru,

06.11.2003.

Packeiser, Karsten: Provinz-Diktator darf weiter herrschen. In: www.aktuell.ru, 22.12.2003.

Packeiser, Karsten: Zeitung muss 8,8 Mio Euro Schadenersatz zahlen. In www.aktuell.ru, 20.10.2004.

Packeiser, Karsten: Weißrussland: Journalist stirbt mysteriösen Tod. In: www.aktuell.ru, 27.10.2005.

Packeiser, Karsten: Zensur: Journalisten kündigen bei Ren-TV. In: www.aktuell.ru, 06.12.2005.

Putin, Wladimir:

http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/0/58f7669827b9f81343256ad2005e952a?OpenDocument

Rabinowitsch, Igor; **Fufajew**, Sergej: Chosjain. Strichi k polititscheskomu portretu Murtasy Rachimowa (Der Hausherr. Konturen eines politischen Porträts Murtasa Rachimows), Bericht der Carnegie-Stiftung Moskau.

Rantschina, Xenia: Journal The Chief idjot sa neftju (Die Zeitschrift The Chief läuft dem Öl nach). In: http://www.mediaguide.ru/news_sub.php?number=42033115.

Retschister, Wjatscheslaw: TV w detaljach (TV im Detail) In: „Business Journal Respubliki Baschkortostan“. Im Internet unter: http://02.rosfirm.ru/companies_news/analitic?news_id=71936, 21.04.2006.

Russisches Statistikamt: In: www.gks.ru/PEREPIS/t11.htm, Stand 01.08.2006.

Rudnikow, Igor: O fakte otschuschdenia akzi OOO Teleradiokompania „Djuny“ (Über den Fakt der Aneignung von Aktien der TV-Gesellschaft „Dünen“. In: <http://www.rudnikov.ru/printitem.php3?newsid=1748>, 29.11.2004.

Saltanowa, Swetlana: SMI Kaliningrada: „Ostrownye“ osobennosti (Die Medien Kaliningrads: „Insel“-Besonderheiten). In: http://www.mediaguide.ru/news_sub.php?number=437c47b8, 17.11.2005

Samjatina, Tamara: Gubernator Georgi Boos „sakatywajet w asfalt“ mestnuju pressu (Gouverneur Georgi Boos „walzt die örtliche Presse in den Asphalt“). In: www.annews.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=27384, 18.01.2006.

Schubina, Olessja: W nasche wremja sloschno sluschit odnomu bogu...nawernoje (In unserer Zeit ist es sicherlich schwer nur einem Gott zu dienen) In: <http://www.journalist-virt.ru/forum/viewtopic.php?t=10>, 18.10.2003.

Solowkin, Sergej: Loschis! Sud idet! (Auf den Boden! Das Verfahren läuft!). In: Nowaja Gaseta, 14.02.2002, abgedruckt auch unter: <http://2002.novayagazeta/nomer/2002/02n/n02n-s09.shtml>

Somow, Waleri: Kreml gotowit smenu vlasti w Baschkirii? (Bereitet der Kreml einen

Machtwechsel in Baschkirien vor?) In: <http://www.wek.ru/politic/1443>, 29.06.2006.

Stepanow, Viktor: Ach, kak chotschetsja w presyenty! (Ach, wie gern wäre man Präsident!) In: <http://www.bashinform.ru/index.php?id=8996>, 03.12.2003

Tretjakow, Wassili: TNS Gallup Media. In: <http://www.tntufa.ru/print/ratings1-5002.html>.

Tuschinski, Wladimir: Krasnodarski Krai. Bericht der Moskauer Helsinki-Gruppe, Moskau 2002. In: <http://www.mhg.ru/publications/231BD2C>

Wypolsow, Andrej: Moskwa moschet ne uspet profinansirovat 750-letije Kaliningrada (Moskau könnte es nicht schaffen, die 750-Jahrfeier Kaliningrad mitzufinanzieren). In: www.regnum.ru/news/klngrad/290168.html

Wypolsow, Andrej: Gubernator Jegorow o „Jedinoi Rossii“: “Kogda kotu delat netschego” Kaliningrad sa nedelju (Gouverneur Jegorow über „Einheitliches Russland“: Wenn die Katze nichts zu tun hat...Kaliningrad in dieser Woche). In: <http://www.regnum.ru/news/362858.html>, 21.11.2004.

Wypolsow, Andrej: Debosch Ex-Guberantora Leonida Gorbenko na kaliningradskom Balu pressa: podrobnosti (Skandal des Ex-Gouverneurs Leonid Gorbenko auf dem Kaliningrader Presseball) In: <http://www.regnum.ru/news/427816.html>, 26.3.2005.

Zentrum für Journalismus in Extremsituationen: www.cjes.ru

Selbständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer Prüfungsbehörde zur Erlangung eines akademischen Grades vorgelegt.

Rostock, den 24. September 2006

André Ballin

Tabellarischer Lebenslauf

- 21.8.1977 in Rostock geboren
- 1984 eingeschult in die 7. Polytechnische Oberschule Rostock
- 1986 Wechsel auf die Clara-Zetkin-OS mit erweitertem Russisch-Unterricht
- 1991 Wechsel auf das Gymnasium am Goetheplatz
- 1996 Abitur
- 1996 – 1998 Ausbildung zum Reserveoffizier bei den Panzeraufklärungstruppen in Eutin
- 1998 – 2002 Studium der Politikwissenschaft und Germanistik an den Universitäten Rostock und München
- WS 2002/2003 Gastsemester an der Moskauer Lomonossow-Universität zur Niederschrift meiner Magisterarbeit, Thema: „Medienpolitik in Russland unter Präsident Putin“
- März 2003 Hochschulabschluss an der Universität Rostock
- seit April 2003 Arbeit als Korrespondent und Redakteur bei der deutsch-russischen Nachrichtenagentur RUFO und der Internet-Zeitung Russland-Aktuell in Moskau
- seit Oktober 2004 Niederschrift der Dissertation zum Thema „Regionalmedien in Russland“, gefördert von der Landesgraduiertenförderung Mecklenburg-Vorpommern